

Populismus

—

Gefahr oder Chance für den demokratischen Verfassungsstaat?

Inaugural-Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades
der Geschichts- und Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät
der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt

vorgelegt von

Harald Schmidt

Eichstätt 2009

Referent: Prof. Dr. Joachim Detjen

Koreferent: Prof. Dr. Dr. Manfred Brocker

Inhalt

1. Das Gespenst des Populismus	4
1.1 Stand der Forschung	8
1.2 Gegenstand der Untersuchung und Fragestellungen.....	15
1.3 Aufbau der Arbeit	18
2. Zentrale Begriffe	20
2.1 Der demokratische Verfassungsstaat.....	20
Die zwei Säulen des demokratischen Verfassungsstaates.....	20
Nicht etablierte und etablierte demokratische Verfassungsstaaten.....	26
2.2 Populismus	31
Eine Welt voller Populismen.....	33
Gemeinsamkeiten	36
„Alter“ vs. „neuer“ Populismus	40
Populismus „von oben“ und „von unten“	42
Populismus „von rechts“ und „von links“	44
Ideologie vs. Methode	50
Vier Spielarten des Populismus’	53
Populist Dictatorship.....	56
Populist Democracy	57
Reactionary Populism.....	59
Politicians’ Populism	62
Zusammenfassung	64
3. Fallbeispiel I: Die FPÖ unter Jörg Haider in Österreich	66
3.1 Vorgeschichte der Alpenunruhen.....	66
Genese und Grundzüge des politischen Systems	66
Drei Lager	67
Republik wider Willen	68
Von der autokratischen zur totalitären Herrschaft.....	70
Die Zweite Republik.....	71
Das dritte Lager in der Zweiten Republik.....	72
Haider übernimmt die Führung.....	76
3.2 Jörg Haiders FPÖ auf dem Weg zum Gipfelkreuz	78
Strategie der Selbstisolierung.....	78
Heute Kärnten, morgen ganz Österreich.....	80
Unaufhaltsam in der Erfolgsspur	81
Regierungseintritt	86
Entzauberung der Freiheitlichen	89
Der Führer verlässt die Seilschaft.....	92
3.3 Jähres Ende einer Bergtour – Zwischenbilanz des Absturzes	95
Charismatische Führungspersönlichkeit.....	95
Ideologe oder Stimmenmaximierer?	97
Zuwachs im Parteiensystem	98
Doch alles beim Alten?	102
Die Alpenrepublik als Beute der Populisten?	104
4. Fallbeispiel II: Die LPF unter Pim Fortuyn in den Niederlanden.....	107
4.1 Der Hafen der Toleranz	107
Das Poldermodell	108

Politisches System	109
Stabile Vielparteienlandschaft	112
Die Säulen der niederländischen Gesellschaft.....	116
Zentralinstanz Kabinett	119
4.2 Unruhe im Polder – Pim Fortuyn stört das Idyll	122
Violett als Farbe der Krise.....	122
Die Leefbaar-Bewegungen	123
Pim Fortuyn flutet die Zweite Kammer.....	125
Ursachenforschung.....	128
Regierungsbeteiligung der LPF	133
Der Pegel fällt.....	136
4.3 Schiffbruch? – Vorläufige Bilanz des Fortuynschen Wassereinbruches	139
Veränderung der Parteienlandschaft.....	139
Regierungsbeteiligung ohne Folgen	144
Neugestaltung der politischen Agenda	145
Wandel des politischen Klimas.....	147
Veränderte politische Teilnahme.....	150
Auf dem Weg zur populistischen Demokratie?	151
Pim Fortuyn – ein Feind des Rechtsstaates?	152
5. Auslotung der Potentiale.....	155
5.1 Das Konzept der populistischen Demokratie	156
5.2 Enttabuisierung der Politik: Gefahr und Chance	164
5.3 Gefahr für den demokratischen Verfassungsstaat: Die Autoritarismusthese. 168	
Primat von Persönlichkeiten	168
Primat des Volkswillens	172
5.4 Chance für den demokratischen Verfassungsstaat: Die Remobilisierungsthe- se 175	
Aufbruch der Parteiensystemstrukturen.....	175
Intensivierung der Partizipation	177
5.5 Die Indikatorfunktion von Populismus	181
5.6 Aussichten: Die Marginalisierungs- und Domestizierungsthe- se	184
Personal bedingte Fragilität	184
Fragile Identität	186
Domestizierung durch systemische Integration.....	188
Verlust von Alleinstellungsmerkmalen	190
5.7 Begegnungsstrategie Bildung.....	192
Politische Bildung zwischen Indoktrination und Förderung der Mündigkeit.....	193
Demokratiekompetenz.....	196
Bürgerbilder	197
Populismus und politische Bildung.....	198
6. Resumé.....	202
Guter und schlechter Populismus?	202
Systemkonformer und fundamentaloppositioneller Populismus	204
Gefahr und Chance	206
Abbildungsverzeichnis.....	209
Abkürzungsverzeichnis	210
Literaturverzeichnis.....	212

1. Das Gespenst des Populismus

Die liberale Demokratie erscheint als die Siegerin des Wettstreits der Systeme, welcher die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts bestimmte. Angesichts des Zusammenbruchs der Sowjetunion und der allgegenwärtigen Hinwendung zum demokratisch legitimierten Rechtsstaat wurde bereits das „Ende der Geschichte“¹ proklamiert. Tatsächlich hat die liberale Demokratie aus heutiger Sicht, trotz zahlreicher Widerstände und Rückschläge, eine beeindruckende Erfolgsgeschichte geschrieben. Zufrieden blickt man in den etablierten Demokratien westlicher Prägung auf Jahrzehnte des Friedens und der Prosperität. Doch diese freiheitliche Ordnung, die das Individuum und dessen persönliche Rechte zum Ankerpunkt staatlichen Handelns erklärt, sieht sich von innen, aus sich selbst heraus, bedroht: Ein Gespenst geht um in den für gefestigt gehaltenen etablierten Demokratien.

Populismus geistert durch die politischen Landschaften. Die Demokratie erscheint defekt.² Demagogen und Agitatoren stürmen an der Spitze von Protestparteien und -bewegungen die politische Bühne und rütteln an den Grundfesten des rechtsstaatlich-demokratischen Fundamentes. So lässt sich der Tenor einiger Analytiker zugespitzt zusammenfassen. Dieselben Analytiker attestieren auch dem Führungspersonal der etablierten Parteien immer wieder populistisches Gebaren. So wurde Populismus, zumindest im europäischen Kontext, in den vergangenen Jahren zu einer Art Generalanklage, die jeden politischen Gegner ins Abseits stellen, ihn pauschal abkanzeln und als Gefährdung der bestehenden Ordnung brandmarken ließ. Dass sich der Populismus-Vorwurf offenbar gut zur Diffamierung politischer Akteure eignet, kann aber nur ein Teil der Erklärung dafür sein, warum er derzeit so allgegenwärtig auftritt. Vielmehr scheint sich tatsächlich eine signifikante Ausbreitung von populistischen oder populistisch genannten Tendenzen nicht nur in einer Vielzahl der als etablierte Demokratien gehandelten europäischen Staaten, sondern auch in Parteilagern aller Couleur zu vollziehen. Weitaus bedrohlicher noch als der Populismus, den sich die etablierten Spieler

¹ Francis Fukuyama: *Das Ende der Geschichte: Wo stehen wir?* München 1992.

² Wissenschaftlich geprägt wurde der Begriff der defekten Demokratie u. a. von Wolfgang Merkel, Hans-Jürgen Puhle, Aurel Croissant und Peter Thiery; dieselben: *Defekte Demokratie. Band 1: Theorie*, Opladen 2003 bzw. *Defekte Demokratie. Band 2: Regionalanalysen*, Wiesbaden 2006. Auch die Presse bedient sich des Terminus: *Defekte Demokratie* nennt beispielsweise Thomas Assheuer seinen Artikel über die aus seiner Sicht beunruhigenden Tendenzen in den etablierten Demokratien in: *DIE ZEIT* 2002 Nr.15, S. 33.

auf der politischen Bühne gegenseitig vorwerfen, erscheinen die außerhalb des altbekannten Spektrums sprießenden populistischen Strömungen.

Diese, oftmals als neo- oder rechts- oder linkspopulistisch gehandelten neuen Parteien oder Bewegungen erscheinen in einer fundamentaloppositionellen Haltung zum politischen Establishment. Stellen sich ihre Vertreter auch gegen das politische System? Jedenfalls feierten Populisten mit harscher Kritik an den bestehenden Verhältnissen in den zurückliegenden Jahren bemerkenswerte Wahlerfolge. Ihre Stimmenzugewinne haben sie in Parlamente einziehen und Parteienlandschaften durcheinander wirbeln lassen. Inzwischen besetzten und besetzen sie in mehreren europäischen Staaten auch Regierungsbänke.

Es gibt nach wie vor Anlass, dem Gespenst des Populismus³ in einem wissenschaftlichen Anlauf nachzugehen. Denn sowohl die Heterogenität der in Presse und Wissenschaft als Populismen bezeichneten Phänomene als auch die politiktheoretischen Implikationen dieser oftmals besprochenen jedoch nach wie vor nicht zur Gänze analysierten Erscheinungen verlangen eine intensive Betrachtung, um zu einer Ordnung und Klärung zu gelangen. Gespensterhaft erscheint Populismus in zweifacher Hinsicht. Denn wie viele andere Schlüsselbegriffe in der wissenschaftlichen Diskussion bleibt er gerade bei genauerem Hinsehen vage und entzieht sich hartnäckig einer befriedigenden Definition. Dennoch geistert Populismus in vielfältigen Kontexten mit unterschiedlichen Konnotationen durch den Raum des Politischen und verbreitet dabei ein unangenehmes Gefühl diffuser Bedrohung.

Das Gespenst taucht bereits im neunzehnten Jahrhundert unter seinem heutigen Namen auf, wird zumeist als integraler Bestandteil der aufkeimenden faschistischen und nationalsozialistischen Bewegungen der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts angesehen und prägt die politische Auseinandersetzung in den Demokratien Lateinamerikas bis heute ebenso maßgeblich, wie auch die jungen Demokratien, die in der Nachfolge der Auflösung der Sowjetunion und des Warschauer Paktes entstanden. Blickt man bis in die Antike zurück, so ließe sich schon dort den großen Volksführern und Agitatoren wie Kleisthenes und Solon ebenso populistische Methodik attestieren wie den Volkstribunen im alten Rom. Wie lässt sich ein so alter Geist fassen? Wo liegen die Gemeinsamkeiten seiner Auftritte in der Historie?

³ Vgl.: Helmut Dubiel: *Das Gespenst des Populismus*, in: Dubiel 1986, S. 33-50.

Wenn Harry C. Boyte zusammenfasst „most simply, populism calls for the return of power to ordinary people,“⁴ dann veranschaulicht er damit sehr eingängig die populistische Auffassung von der entscheidenden Schiefelage in repräsentativen politischen Systemen. Die Vorherrschaft von Eliten über den „Willen des Volkes“ zu brechen, ist erklärtes Anliegen des Populisten, der sich als Sprachrohr dieses Willens deklariert. Häufig tritt hier ein charismatischer Führer auf den Plan. Er erklärt sich zum Stellvertreter des Volkes, da dieses selbst nicht in der Lage sei bzw. daran gehindert werde, mit einer Stimme für die eigenen Interessen zu sprechen. Der „Wille des Volkes“ steht nach populistischer Auffassung unter Berufung auf die Volkssouveränität über jeder Regel.

Populismus findet also im Spannungsverhältnis zwischen Volk oder Masse einerseits und politischer Führung andererseits statt. Wenn ein autokratischer Monarch sich volkfreundlich geriert, dann kann und möchte er möglicherweise populär sein. Populistisch kann er nicht genannt werden, da seine Macht weder formal noch materiell vom Volkswillen abhängig ist. Nur wenn das Volk zumindest formal als Legitimationsquelle politischer Herrschaft angesehen wird, können oder müssen sich Führer in populistischer Weise mit dem Volk in Beziehung setzen. Diese Aussage lässt sich weiter entwickeln zu der Behauptung, dass überall, wo das Volk Souverän ist oder sein soll, dort, wo es als Quelle politischer Macht und Herrschaft fungiert,⁵ sich Populismus im Sinne eines Bezugs der politischen Elite auf den „Willen des Volkes“ feststellen lassen muss. Somit drängt sich auf, dass Demokratie und Populismus auf gewisse Weise unzertrennlich sind.

Ein ebenfalls unzertrennliches Paar bilden in den heutigen etablierten liberalen Demokratien die Volkssouveränität und der Rechtsstaat. Beide Konzepte sind im Laufe der Geschichte trotz der ihnen innewohnenden Widersprüchlichkeiten so sehr zur gängigen Vorstellung einer freiheitlichen Ordnung verschmolzen, dass vielerorts nur noch von Demokratie und freien Wahlen als ihrem wichtigsten Merkmal und ihrer unverzichtbaren Voraussetzung gesprochen wird, ohne die rechtsstaatliche Komponente gesondert zu erwähnen. Dabei müssen sich in einem fragilen und stets neu auszulotenden Kompromiss Volkssouveränität als Legitimationsquelle politischer Ordnung und

⁴ Harry C. Boyte: *The New Populism*, Philadelphia 1986, S. 3.

⁵ Tatsächlich wird das Volk als ursprüngliche Quelle politischer Herrschaft in vielen Verfassungsdokumenten genannt. Beispielhaft hierfür seien die US-amerikanische Verfassung und das deutsche Grundgesetz erwähnt.

Herrschaft mit rechtsstaatlich gesicherten individuellen Freiheitsrechten, die staatliches Handeln in Grenzen verweisen, ergänzen. Politische Macht wird im Rechtsstaat eingehegt und gemäßigt durch den allgemeinen Vorrang des Rechts. Dieser drückt sich aus in den klassischen Elementen der Verfassungsstaatlichkeit, Gewaltenteilung, Gesetzlichkeit, Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, Justizrechten, Willkürverbot und einklagbaren Grundrechten.

Wenn nun jemand den „Willen des Volkes“ über die Verfahrensregeln stellt, ihn gegen das Establishment und das System ins Feld führt und mit dieser Absicht sogar einen Regierungsauftrag durch das Volk erhält, ist dann die rechtsstaatliche Ordnung der Demokratie gefährdet?

Dass Populismus Gefahrenpotentiale birgt, scheint angesichts der Empörung in Öffentlichkeit und Medien in zahlreichen Fällen von attestiertem Populismus evident. Allerdings bleibt die exakte Qualität dieser Gefahren meist unklar. Populismus ist in der aktuellen westeuropäischen Diskussion zu einem Kampfbegriff geworden, dessen Konturen meist sehr unscharf bleiben. Das Schlagwort lässt eine diffuse Drohkulisse entstehen, ohne dass denen, die es verwenden, immer vollends klar zu sein scheint, welche Bedrohung denn tatsächlich am populistisch angestrahlten Horizont aufzieht. Insofern erscheint der Begriff vom Gespenst des Populismus in zweifacher Hinsicht passend. Denn Populismus tritt auf als etwas Bedrohliches, und er ist aufgrund seiner mangelnden Stofflichkeit kaum zu erfassen. Die nebulöse Aura des Populismus' trägt dazu bei, der diffusen Bedrohung des etablierten Systems Nachdruck zu verleihen. Doch liegt in einer „Popularisierung“ von Politik, einer vermeintlichen oder möglicherweise tatsächlichen (Rück-)Bindung von Politik an das Volk, *Populus*, nicht auch eine Chance?

An dieser Stelle setzt diese Untersuchung an. Das Gespenst soll „durchleuchtet“ oder seines Schleiers beraubt werden, um feststellen zu können, welche Bedrohung tatsächlich von ihm ausgeht, und ob es sich möglicherweise auch als „guter Geist“ erweisen kann.

1.1 Stand der Forschung

Gefährdungen und Bedrohungen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung des demokratischen Verfassungsstaates sind ein angestammtes Feld der Extremismusforschung. Eine ganze Reihe von Autoren hat sich intensiv mit den Themen „Neue Rechte“ und europäischer Rechtsextremismus auseinandergesetzt.⁶ Der Druck von „rechts“ auf die Demokratie scheint oft virulenter als etwaige Bedrohungen seitens „linker“ Gruppierungen. Das zeigen unter anderem auch die Jahrbücher „Extremismus & Demokratie“ von Uwe Backes und Eckhard Jesse,⁷ die in der wissenschaftlichen Diskussion der Extremismusforschung seit Jahren eine Konstante darstellen.⁸ Im Dunstkreis des Extremismus tauchen auch immer wieder, häufig unscharf, die Konturen von Populismus auf. In den, für die vorliegende Arbeit untersuchungsrelevanten, etablierten Demokratien wird das Gespenst vor allem in seiner Ausprägung als so genannter „Rechtspopulismus“ wahrgenommen.⁹ Der „Linkspopulismus“ fand insgesamt weniger Berücksichtigung oder wurde, wie von Micha Brumlik, sogar zu einem „Unding“ erklärt.¹⁰ Viola Neu kommt zu dem Schluss, dass die PDS im Rahmen ihrer dominierenden sozialistischen Kernideologie nicht als populistische Partei habe verstanden werden können sondern Populismus als Vehikel zum Transport linksextremer Inhalte

⁶ So bspw. Franz Greß, Hans-Gerd Jaschke und Klaus Schönekäs: *Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa*, Opladen 1990; Martina Kirfel und Walther Oswald (Hrsg.): *Die Rückkehr der Führer. Modernisierter Rechtsradikalismus in Westeuropa*, Wien u. Zürich 1991; Wolfgang Gessenharer: *Kippt die Republik? Die Neue Rechte und ihre Unterstützung durch Politik und Medien*, München 1994; Herbert Kitschelt: *The Radical Right in Western Europe*, Ann Arbor 1997; André Osterhoff: *Die Euro-Rechte*, Münster 1997; Michael Minkenberg: *Die neue radikale Rechte im Vergleich. USA, Frankreich, Deutschland*, Opladen/Wiesbaden 1998; Britta Obszerninks: *Nachbarn am rechten Rand. Republikaner und Freiheitliche Partei Österreichs im Vergleich*, Münster 1999; Michael Jungwirth: *Europas Rechtspopulisten. Haider, Le Pen & Co*, Graz 2002.

⁷ Von Eckhard Jesse auch: *Politischer Extremismus in Deutschland und Europa*, München 1993.

⁸ Uwe Backes u. Eckhard Jesse (Hrsg.): *Jahrbuch Extremismus & Demokratie (E&D)*, zuletzt: 20. Jahrgang, Baden-Baden 2008; Dieselben: *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, 3Bde, Köln 1989.

⁹ Armin Pfahl-Traugher: *Rechtspopulistische Parteien in Westeuropa*, in: Eckhard Jesse: *Politischer Extremismus in Deutschland und Europa*, München 1993, S. 39-56; Hans-Georg Betz: *Radikal rechtspopulistische Parteien in Westeuropa*, in: APuZ B44/91, S. 3-14; ders.: *Radical right-wing populism in Western Europe*, New York 1994; ders.: *Rechtspopulismus: Ein internationaler Trend?*, in: APuZ B9-10/98, S. 3-12; Hans-Henning Scharsach: *Rückwärts nach rechts. Europas Populisten*, Wien 2002; Joachim Bischoff u. a.: *Moderner Rechtspopulismus. Ursachen, Wirkungen Gegenstrategien*, Hamburg 2004; Manuela Glaab: *Tabubruch als Tugend. Rechtspopulismus in Europa*, in: IP 4/2003, S. 55-56; Oliver Geden: *Diskursstrategien im Rechtspopulismus*, Wiesbaden 2006; Sven Schönefelder: *Rechtspopulismus. Teil Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit*, Schwalbach/Ts. 2008.

¹⁰ Micha Brumlik: *Geistesaristokraten und Einpunktegaltaristen. Ein antipopulistisches Pamphlet*, in: Helmut Dubiel: *Populismus und Aufklärung*, Frankfurt a. M., 1986, S. 248-277.

eingesetzt habe.¹¹ Damit stimmt sie einer vielfach geäußerten Auffassung zu, dass Populismus nur schwer als eigenständige Doktrin oder Ideologie aufgefasst werden könne.¹²

Uwe Backes hat sich Ende der 1980er Jahre und zu Beginn der 1990er Jahre wiederholt mit dem Verhältnis von Populismus und Extremismus auseinandergesetzt¹³ und sich um eine Einordnung des Phänomens in seine normative Rahmentheorie bemüht.¹⁴ Zum Zweck einer phänomenologischen und demokratietheoretischen Einordnung verwandte er auch den Begriff der „nationalpopulistischen“ Protestparteien.¹⁵ Bedeutsam für die Annäherung an das Thema sind neben diesen Ausführungen die Arbeiten von Armin Pfahl-Traughber¹⁶ und Hans-Georg Betz¹⁷ sowie auch die jüngeren Publikationen von Frank Decker,¹⁸ die sehr dezidierte und differenzierte Analysen vor allem so genannter rechtspopulistischer Phänomene vorgelegt haben. Susanne Falkenbergs, an der Gesamthochschule Duisburg vorgelegte, Dissertation¹⁹ weist in eine ähnliche Richtung wie die Arbeiten der vorgenannten Autoren. Allerdings liegt ihr Vergleich zwischen französischem, italienischem, und österreichischem Populismus so lange zurück, dass sie einen zentralen Aspekt dieser Untersuchung, die Frage nach den Auswirkungen von Regierungsbeteiligung populistischer Parteien, nicht behandeln konnte. Nur die 226tägige erste Regierungszeit Silvio Berlusconis, nicht jedoch die Regierungsbeteiligungen der FPÖ in Österreich, der LPF in den Niederlanden und die erneute

¹¹ Viola Neu: *Die PDS: Eine populistische Partei?*, in: Werz 2003, S. 263-277, S. 276.

¹² Vgl.: Uwe Backes: *Politischer Extremismus in Demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie*, Opladen 1989, S. 220-225; und Armin Pfahl-Traughber: *Volkes Stimme? Rechtspopulismus in Europa*, Bonn 1994, S. 17-20.

¹³ Vgl.: Uwe Backes: *Extremismus und Populismus von rechts. Ein Vergleich auf europäischer Ebene*, APuZ B46-47/90, S. 3-14.

¹⁴ Uwe Backes: *Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie*, Opladen 1989.

¹⁵ Vgl.: Uwe Backes: *Nationalpopulistische Protestparteien in Europa. Vergleichende Betrachtungen zur phänomenologischen und demokratietheoretischen Einordnung*, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 1991-1, S. 7-17.

¹⁶ Armin Pfahl-Traughber: *Volkes Stimme? Rechtspopulismus in Europa*, Bonn 1994; sowie: *Rechtsextremismus – Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung*, Bonn 1995; und: *Konservative Revolution und Neue Rechte. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat*, Opladen 1998.

¹⁷ Hans-Georg Betz: *Radical right-wing populism in Western Europe*, New York 1994; sowie: *The New Politics of the Right. Neo-Populist Parties and Movements in Established Democracies*, Basingstoke u. a. 1998.

¹⁸ Frank Decker: *Parteien unter Druck. Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien*, Opladen 2000; ders.: *Der Neue Rechtspopulismus*, Opladen 2004.

¹⁹ Susanne Falkenberg: *Populismus und Populistischer Moment im Vergleich zwischen Frankreich, Italien und Österreich*, Duisburg 1997.

Regierungsübernahme Berlusconis in Italien konnten in ihre Untersuchungen eingehen.

In den vergangenen Jahren erschien eine ganze Reihe von Publikationen, zum Teil auch journalistischer Provenienz, die das Aufkommen von Neo-, National- oder Rechtspopulismen in den westeuropäischen Demokratien thematisierten.²⁰ Gerade die österreichische Version des Populismus unter Jörg Haider hat eine Reihe von Beschreibungen und Untersuchungen sowohl von wissenschaftlicher als auch von journalistischer Seite nach sich gezogen.²¹ Doch auch Pim Fortyns Aufstieg in den Niederlanden fand in publizistischer und wissenschaftlicher Hinsicht ein breites Echo.²²

Bei der Beschreibung bzw. Kritik der aktuellen Phänomene wurde dabei oftmals ein einheitliches und allgemein gültiges Verständnis von Populismus vorausgesetzt. Wie schwierig sich allerdings tatsächlich die begriffliche Präzisierung gestaltet, das mussten schon Jahre zuvor eine Reihe von Autoren erkennen, die im Gefolge von Ghita Ionescu und Ernest Gellner²³ versucht haben, den Bedeutungsgehalt des Populismusbegriffes zumeist vor verschiedenen Folien konkreter historischer Beispiele zu erfassen. Sowohl der Begriff als auch der Versuch seiner wissenschaftlichen Durchdringung haben eine lange Geschichte. Margaret Canovans Standardwerk „Populism“²⁴ legt einen bis heute für einige Autoren maßgeblichen Versuch einer Kategorisierung von Populismen vor. Nach ihr hat Helmut Dubiel als Herausgeber einer bemerkenswerten Aufsatz-

²⁰ Dietmar Loch: *Der schnelle Aufstieg des Front National: Rechtsextremismus im Frankreich der 80er Jahre*, München 1990; Thomas Lampe: *Der Aufstieg des „Front National“ in Frankreich: Extremismus und Populismus von rechts*, Frankfurt a. M. 1992; Wolfgang Eismann (Hrsg.): *Rechtspopulismus. Österreichische Krankheit oder europäische Normalität?*, Wien 2002; Gabriella Hauch u. a. (Hrsg.) *Populismus. Ideologie und Praxis in Frankreich und Österreich*, Innsbruck u.a. 2002; Michael Jungwirth: *Europas Rechtspopulisten. Haider, Le Pen & Co*, Graz 2002; Hans-Henning Scharsach: *Rückwärts nach rechts. Europas Populisten*, Wien 2002; Nikolaus Werz: *Populismus. Populisten in Übersee und Europa*, Opladen 2003; Rudolf von Thadden u. Anna Hofmann (Hrsg.): *Populismus in Europa – Krise der Demokratie?*, Göttingen 2005; Susanne Frölich-Steffen u. Lars Rensmann (Hrsg.): *Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa*, Wien 2005.

²¹ So z. B.: Christa Zöchling: *Haider. Licht und Schatten einer Karriere*, Wien 1999; Hans-Henning Scharsach u. Kurt Kuch: *Haider. Schatten über Europa*, Köln 2000; Fritz Plasser, Peter A. Ulram, Franz Sommer: *Das österreichische Wahlverhalten*, Wien 2000; Wolfgang Eismann (Hrsg.): *Rechtspopulismus. Österreichische Krankheit oder europäische Normalität?*, Wien 2002; Fritz Plasser u. Peter A. Ulram (Hrsg.): *Wahlverhalten in Bewegung. Analysen zur Nationalratswahl 2002*, Wien 2003; sowie: *Wechselwahlen. Analysen zur Nationalratswahl 2006*, Wien 2007.

²² U. a.: Paul Pennings u. Hans Keman: *The Dutch Parliamentary Elections in 2002 and 2003: The Rise and Decline of the Fortuyn Movement*, in: *Acta Politica* 2003, 38, S. 51-68; Wouter van der Brug: *How the LPF Fuelled Discontent: Empirical tests of explanations of LPF support*, in: *Acta Politica* 2003, 38, S. 89-106; Frank Eckhardt: *Pim Fortyn und die Niederlande. Populismus als Reaktion auf die Globalisierung*, Marburg 2003; Friso Wielenga: *Konsens im Polder?* In: *Wielenga/Taute* 2004, S. 13-129.

²³ Ghita Ionescu u. Ernest Gellner: *Populism. Its Meaning and National Characteristics*, London 1969.

²⁴ Margaret Canovan: *Populism*, New York u. London 1981.

sammlung einen weiteren Versuch unternommen, das „Gespenst des Populismus“ einzufangen.²⁵ Besonders der darin enthaltene Beitrag von Hans-Jürgen Puhle hat die begriffliche Verortung im Blick.²⁶ Auch der wenig später erschienene Sammelband über Populismus in Österreich, herausgegeben von Anton Pelinka,²⁷ unternimmt in einleitenden Beiträgen von Rupert Breitling²⁸ und Werner Ernst²⁹ den Versuch einer allgemeinen theoretischen Durchdringung des Phänomens. Dass die Forschung bis dato zu keiner allgemein akzeptierten und verbindlichen Definition von Populismus gelangt ist, zeigen die in jeder Publikation wiederkehrenden und von Kontroversen geprägten Abhandlungen zur Klärung der Begrifflichkeiten.³⁰

Eine Untersuchung von Populismus setzt nicht erst mit den Ereignissen und Publikationen der neunziger Jahre ein. 1985 promovierte Josef Korsten an der RWTH Aachen zum Thema „Rechtspopulismus und Neokonservatismus in den heutigen USA.“³¹ Er bezeichnete in seiner Arbeit den Rechtspopulismus als hochaktuelles Phänomen, welches in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts entscheidend an der Veränderung der politischen Kultur der USA mitgewirkt habe.³² Mit Peter Lösche³³ verweist er auf die historischen Ursprünge des Populismus in den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts, als sich die Agrarierbewegung des amerikanischen Mittelwestens selbst als *Populist Party* bezeichnete. Diese in der Regel als erste (moderne) populistische Erscheinung aufgefasste Bewegung wurde viel besprochen³⁴ und auch mit dem beinahe zeitgleichen russi-

²⁵ Helmut Dubiel: *Das Gespenst des Populismus*, in: Ders.: *Populismus und Aufklärung*, Frankfurt a. M., 1986, S. 33-50.

²⁶ Hans-Jürgen Puhle: *Was ist Populismus?*, in: Dubiel 1986, S. 12-32; Hans-Jürgen Puhle steuert 17 Jahre später erneut einen Aufsatz zur Begriffsbestimmung bei: *Zwischen Protest und Politikstil: Populismus, Neo-Populismus und Demokratie*, in: Nikolaus Werz (Hrsg.): *Populismus. Populisten in Europa und Übersee*, Opladen 2003, S. 15-43.

²⁷ Anton Pelinka: *Populismus in Österreich*, Wien 1987.

²⁸ Rupert Breitling: *Populismus*, in: Pelinka 1987, S. 26-34.

²⁹ Werner W. Ernst: *Zu einer Theorie des Populismus*, in: Pelinka 1987, S. 10-25.

³⁰ So auch die in jüngerer Vergangenheit erschienenen Titel von Everhard Holtmann, Adrienne Krappidel u. Sebastian Rehse: *Die Droge Populismus. Zur Kritik des populistischen Vorurteils*, Wiesbaden 2006; Frank Decker (Hrsg.): *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?*, Wiesbaden 2006 und Karin Priester: *Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen*, Frankfurt a. M. 2007.

³¹ Josef Korsten: *Rechtspopulismus und Neokonservatismus in den heutigen USA*, Aachen 1985.

³² Korsten 1985, S. 6.

³³ Peter Lösche: *Politik in USA*, Opladen 1977.

³⁴ Beispielsweise von: Lawrence Goodwyn: *The Populist Moment. A short history of the agrarian revolt in America*, Oxford u.a. 1978; Comer Vann Woodward: *A history of the South, Vol. IX: Origins of the New South 1877-1913*, Baton Rouge 1971; Steven Hahn: *The roots of southern populism*, New York 1983; Karin Priester: *Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen*, Frankfurt a. M. 2007.

schen *Narodnicestvo* verglichen.³⁵ So füllen diese frühen als Populismen bezeichneten Erscheinungen auch die beiden ersten Kapitel des bereits erwähnten Standardwerks von Margaret Canovan.³⁶

Natürlich ist jede Vorstellung von Populismus, sowohl im historischen als auch aktuellen Kontext, ohne den Gedanken an die politischen Strukturen Lateinamerikas unvollständig. Seit Jahrzehnten erscheinen Aufsätze und Monographien, welche die populistisch geprägte politische Kultur verschiedener lateinamerikanischer Staaten zum Thema haben.³⁷

Angesichts der zahlreichen historischen und geographischen Kontexte, in denen das Gespenst des Populismus mitunter als „guter“ zumeist jedoch als „böser“ Geist auftaucht, müssen die Versuche von Guy Hermet,³⁸ der die Populismen der Welt zusammenzufassen sucht, und Nikolaus Werz,³⁹ der Populisten in Übersee und Europa in einem Sammelband vereint, als Antworten auf sehr große Herausforderungen gewertet werden.

Die Forschung sieht sich also allergrößten Schwierigkeiten ausgesetzt, den schillernden Begriff so zu erfassen, dass sich ein einheitlicher Bedeutungsgehalt durch alle Epochen und Regionen, in denen das Gespenst des Populismus auftaucht, festhalten ließe. Viele, zum Teil journalistisch geprägte, Darstellungen beschränken sich darauf, Einzelphänomene, wie beispielsweise den Aufstieg und Fall einzelner populistischer Führer, zu beschreiben.⁴⁰ Oft wird nicht nach dem, aus politiktheoretischer Sicht hochinteressanten, unauflöselichen Zusammenhang von Demokratie und Populismus gefragt, sondern lediglich nach den konkreten Ursachen für das Aufkeimen von Populismus oder den

³⁵ Siehe z.B. Hans-Jürgen Puhle: *Was ist Populismus?*, in: Dubiel 1986, S.12-32 und: Ders.: *Zwischen Protest und Politikstil: Populismus, Neo-Populismus und Demokratie*, in: Werz 2003, S. 15-43; hier: S. 22f.

³⁶ Canovan 1981, S. 17-97.

³⁷ So bspw.: Torcuato di Tella: *Populism and Reform in Latin America*, in: Veliz 1965, S. 47-74; Robert H. Dix: *The Developmental Significance of the Rise of Populism in Colombia*, Houston/Texas 1975; Ders.: *Populism: Authoritarian and Democratic*, in: Latin American Research Review Vol. XX Nr.2 1985, S. 29-52; Gino Germani u.a.: *Populismo y contradicciones de clase en Latinoamérica*, Mexiko 1977; Steve Stein: *Populism in Peru*, Madison/Wisconsin 1980; Raanan Rein: *Peronismo, populismo y política. Argentina 1943-1955*, Buenos Aires 1998; Michael L. Connif (Hrsg.): *Populism in Latin America*, Tuscaloosa u. London 1999; Peter Peetz: *Neopopulismus in Lateinamerika. Die Politik von Alberto Fujimori (Peru) und Hugo Chávez (Venezuela) im Vergleich*, Hamburg 2001.

³⁸ Guy Hermet: *Les populismes dans le monde*, Paris 2001.

³⁹ Nikolaus Werz (Hrsg.): *Populismus. Populisten in Übersee und Europa*, Opladen 2003.

⁴⁰ Bspw. Zöchling 1999; Scharsach 2000; Eckardt 2003.

verstärkten Zulauf, welchen populistische Bewegungen auch in etablierten demokratischen Verfassungsstaaten zuletzt vermehrt erhalten, gesucht.

Fündig werden die Autoren bei „gesellschaftlichen Entstehungshintergründen.“⁴¹ Zu den Umwälzungsprozessen, die zu Modernisierungsverlierern und Globalisierungsgegnern sowie Politikverdrossenen und Systemgegnern führen, ist die Literatur kaum überschaubar. Die demokratietheoretischen Implikationen von populistischen Strömungen für die von einem mehrere Jahrzehnte währenden Konsolidierungsprozess geprägten und inzwischen größtenteils stark konsensual ausgerichteten westlichen Regime werden oft nur am Rande gestreift. Frank Decker, der unter anderem aufgrund des „historisch belasteten Umfeldes“ dem Rechtspopulismus in Deutschland keine besonders großen Chancen einräumt,⁴² kommt in seiner zweiten Monografie zum Thema Populismus kurz auf die Frage zu sprechen, ob es sich beim neuen Rechtspopulismus um ein nützliches Korrektiv oder eine Gefahr für die Demokratie handle.⁴³ Er widmet eben dieser Frage zwei Jahre später einen ganzen Band, dessen Artikeln diese Arbeit viele Anregungen und Anknüpfungspunkte verdankt.⁴⁴ Ähnliche, demokratietheoretisch relevante, Fragen stellt Paul Taggart, indem er im Anschluss an einige Fallstudien die Beziehung von Populismus und repräsentativer Demokratie untersucht.⁴⁵ Mit diesem Spannungsverhältnis beschäftigen sich auch einige Artikel des von Yves Meny und Yves Surel herausgegebenen Sammelbandes über die populistische Herausforderung der Demokratie.⁴⁶ Besonders fruchtbar für die hier vorliegende Auseinandersetzung mit den demokratietheoretischen Implikationen sind hieraus Margaret Canovans Beitrag, welcher Populismus als die „Ideologie der Demokratie“ beleuchtet,⁴⁷ sowie Peter Mairs Artikel, in dem er die populistische und die Parteiendemokratie einander gegenüberstellt.⁴⁸

⁴¹ Decker 2004, S. 25-28.

⁴² Frank Decker: *Insel der Seligen? Warum deutsche Rechtspopulisten oft scheitern*, in: IP 4/2003, S. 13-22.

⁴³ Decker 2004, S. 271-279.

⁴⁴ Frank Decker (Hrsg.): *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?*, Wiesbaden 2006.

⁴⁵ Paul Taggart: *Populism*, Buckingham u. a. 2000.

⁴⁶ Yves Meny u. Yves Surel: *Democracies and the Populist Challenge*, Basingstoke u. a. 2002.

⁴⁷ Margaret Canovan: *Taking Politics to the People: Populism as the Ideology of Democracy*, in: Mény/Surel 2002, S. 25-44.

⁴⁸ Peter Mair: *Populist Democracy vs. Party Democracy*, in: Mény/Surel 2002, S. 81-98.

Die oben dargestellte Aktualität des Schreckens, welchen das Gespenst des Populismus verbreitet, hat, wie aufgezeigt, in den vergangenen Jahren zu einer ganzen Reihe an Publikationen geführt. Dennoch scheinen nicht alle Winkel ausgeleuchtet. Vor allem die politiktheoretische Auseinandersetzung mit einem Phänomen, welches einerseits als Totengräber des demokratischen Verfassungsstaates erscheint und andererseits untrennbar mit ihm verbunden zu sein scheint, steht noch vor einer Reihe von offenen Fragen. „Why not have a look at populism?“ schließt Margaret Canovan 2004 ihren Artikel im *Journal of Political Ideologies*.⁴⁹ Diese fragende Aufforderung hat ihre Aktualität seitdem keineswegs eingebüßt.

⁴⁹ Margaret Canovan: *Populism for Political Theorists?*, in: *Journal of Political Ideologies* Vol. 9 No.3 Oktober 2004, S. 241-252.

1.2 Gegenstand der Untersuchung und Fragestellungen

Was ist Populismus, und welche Wirkung kann er in unserer Staatsform entfalten? Diese beiden scheinbar einfachen Fragen bilden den Ausgangspunkt des Erkenntnisinteresses, welches der vorliegenden Arbeit zu Grunde liegt.

Populismus ist zweifellos ein hochaktuelles, keineswegs jedoch ein neues Phänomen. Es erscheint weit verbreitet, divers und vielschichtig. Deshalb muss ein erstes Anliegen darin bestehen, unter Bezug auf historische Phänomene und bereits formulierte begriffsanalytische Ansätze herauszuarbeiten, wie der „gespensterhafte“ Begriff des Populismus in diesem Forschungszusammenhang verstanden und gebraucht werden soll. Die Auseinandersetzung mit diesem Zentralbegriff der Arbeit erfolgt in zwei getrennten Schritten. Zunächst wird eine Begriffsbestimmung vorgenommen, welche verschiedene Aspekte der Auseinandersetzung mit und Einordnung von Populismus beleuchtet und mit einer Typologie von Populismen schließt. Im abschließenden Teil der Arbeit wird eine Analyse der Potentiale von Populismus im demokratischen Verfassungsstaat und damit eine Bewertung des Phänomens in diesem Kontext vorgenommen.

In Bezug auf die zweite Frage klang bereits an, dass einige Versuche unternommen wurden, um das Verhältnis von (repräsentativer) Demokratie und Populismus auszu-leuchten. Allerdings kann die Forschung bisher ihren Fokus noch nicht erschöpfend auf die Fragen nach der Verwirklichung postulierter Politikziele von Populisten in Regierungsverantwortung und die tatsächlichen Folgen in etablierten demokratischen Verfassungsstaaten legen. Daher sind die tatsächlichen Umsetzungspotentiale von populistischen Grundhaltungen bisher wenig beleuchtet. Eine realistische Einschätzung der Gefährdungssituation etablierter, rechtsstaatlich organisierter Demokratien durch den populistischen Hang zur Überbetonung der volkssouveränen Komponente zu Lasten der liberalen Einschränkungen war so lange nicht möglich, wie populistische Bewegungen und Parteien nicht in der Regierungsverantwortung standen und nicht über legislative Macht verfügten. Heute eröffnet sich neben anderen Beispielfällen der

Blick auf zwei FPÖ-Regierungsbeteiligungen in Österreich und den kurzen Auftritt der LPF in der Regierung der Niederlande.

Um die normativen Überlegungen und politiktheoretischen Aussagen dieser Arbeit zu stützen, werden diese beiden konkreten populistische Phänomene und Regierungsbeteiligungen einer genauen Betrachtung unterzogen. Die beiden Länderstudien nehmen einen relevanten Umfang ein, da sie neben der Genese der untersuchten populistischen Bewegungen auch die Genese und Struktur der nationalen politischen Systeme darstellen. Ebenso wird die jeweilige politische Kultur der betreffenden Staaten thematisiert. So können Aussagen über die Folgen des Erstarkens und der Vergabe von legislativen Machtbefugnissen in die Hände von Populisten mit dem Status ante kontrastiert werden.

Die zweite leitende Forschungsfrage nach den Entfaltungspotentialen richtet sich vorrangig auf die Wirkmächtigkeit von Populismus in Staaten mit einer bestimmten systemischen Verfasstheit und vergleichbarer politischer Kultur. Das Hauptaugenmerk liegt hierbei vornehmlich auf der Betrachtung westeuropäischer Staaten. Ihre politischen Systeme dürfen nicht zuletzt aufgrund ihrer seit mindestens zwei Generationen währenden Dauer und mehrfach in Folge von freien, allgemeinen und gleichen Wahlen erfolgten Regierungswechseln als etabliert gelten. Wegen der ihnen gemeinsamen, vergleichsweise großen, institutionellen Stabilität erscheinen sie unter dem Aspekt der politiktheoretisch relevanten Implikationen von Populismen für die rechtsstaatliche Demokratie vergleichbar.

Die Herangehensweise an das zu untersuchende ambivalente Verhältnis stellt eine methodische Kombination dar. Grundsätzlich normativ ausgerichtete Betrachtungen werden, um politiktheoretische Aussagen zu untermauern, mit empirisch-deskriptiven Elementen verknüpft. Die Fallbeispiele aus Österreich und den Niederlanden dienen, ebenso wie gelegentliche Bezüge auf Phänomene in Frankreich, Deutschland und anderen Staaten, der plastischen Veranschaulichung von allgemeinen abstrakt-theoretischen Aussagen über die Potentiale von Populismus.

Das empirische Gewicht der deskriptiven Elemente ist naturgemäß begrenzt. Insofern können die Beispiele keineswegs als unumstößliche Belege für die Richtigkeit der angebotenen Überlegungen dienen. Als Ankerpunkte für die Nachvollziehbarkeit einiger Annahmen sind sie aber wohl geeignet. Neben dem Bereich des Gesetzgebungsoutputs

lässt das verstärkte Aufkommen von Populismus in einem System auch eine Veränderung im Bereich der politischen Kultur vermuten. Solche Klimawechsel sind nur schwer zweifelsfrei belegbar und ihre Folgen kaum zu prognostizieren. Dennoch wird unter Bezug auf die Fallbeispiele der Versuch unternommen, einen möglichen Wandel der Politikstile aufzuzeigen und daraus resultierende Implikationen für die politische Kultur und Landschaft in den betroffenen Staaten abzuleiten.

Obwohl deutlich ist, dass sich die hier untersuchten populistischen Phänomene in einer Gruppe von Staaten eines bestimmten Typs manifestier(t)en und ausnahmslos jüngeren Datums sind, werden in der Arbeit mitunter auch Populismen aus früheren Zeiten und unter anderen Rahmenbedingungen herangezogen, um Entwicklungen zu kontrastieren oder Parallelen aufzuzeigen.

Neben der Vorstellung und Diskussion eigener Thesen, auch anhand der realen Beispiele, besteht ein zentrales Anliegen dieser Arbeit darin, die vornehmlich negativen Konnotationen von Populismus zu überprüfen und abschließend gegebenenfalls zu einer Neubewertung des Begriffs zu gelangen.

1.3 Aufbau der Arbeit

Die Literaturübersicht hat einen ersten Eindruck davon vermittelt, dass der Begriff des Populismus durchaus unterschiedlich aufgefasst werden kann. Das Spektrum reicht von einer Methode über eine Politikform bis hin zu einer Ideologie oder auch einem Phänomen des politischen Extremismus. Es ist daher zweifelsfrei notwendig, für die weitere Auseinandersetzung klare Konturen des Begriffs herauszuarbeiten. Hierin liegt das erste zentrale Anliegen der vorliegenden Forschungsarbeit.

Dem einleitenden ersten Kapitel, welches den gegenwärtigen Forschungsstand abbilden, die zentralen Fragestellungen herausarbeiten und die Arbeit verorten soll, folgt die Annäherung an die zentralen Begrifflichkeiten in Kapitel 2.

Da der demokratische Verfassungsstaat lediglich das Umfeld zur Untersuchung des wesentlichen Kernbegriffs darstellt, beschränkt sich das erste Unterkapitel auf eine knappe Zusammenfassung der Genese und Wesensmerkmale dieser Form staatlicher Organisation unter Bezugnahme auf maßgebliche Arbeiten anerkannter Autoren. Das zweite, umfassendere Unterkapitel soll die Konturen des „Gespenstes Populismus“ deutlicher sichtbar machen. Klassifikationsansätze sollen nachvollzogen und bewertet werden, um zu mehr begrifflicher Klarheit zu gelangen. Eine Listung diverser Phänomene, welche in der Literatur unter dem Begriff des Populismus reüssieren, stellt den Auftakt dar. Anschließend werden einige Systematisierungsansätze diskutiert. Im letzten Teil des Kapitels wird die dieser Arbeit zugrunde liegende Auffassung des Begriffs vorgestellt.

Die Kapitel 3 und 4 befassen sich mit zwei Fallbeispielen von populistischer Regierungsbeteiligung, indem sie die politischen Verhältnisse und Rahmenbedingungen der Beispielstaaten sowie den Weg der Populisten in die Regierung und deren Aktivitäten in der Verantwortung beleuchten. Da sowohl die FPÖ unter Jörg Haider als auch Pim Fortuyns LPF in der Literatur einhellig als populistische Phänomene eingeordnet werden, erscheint eine Rechtfertigung dieser Beispiele mir nicht notwendig, zumal die beiden Zugpferde sich selbst als Populisten bezeichneten, bzw. diese Bezeichnung als Auszeichnung auffassten. Wegen des angenommenen Zusammenhangs zwischen dem Status quo eines gegebenen politischen Systems und dem Aufkeimen populistischer

Tendenzen nehmen die Darstellungen des Aufbaus und der Genese der politischen Systeme in Österreich und den Niederlanden einigen Raum ein, bevor sich der Fokus auf die populistischen Phänomene richtet. Beide Fallbeispiele schließen jeweils mit einem Resümee unter Bezug auf die entwickelten Typen des Populismus' und einer Bewertung der Auswirkungen.

Kapitel 5 zieht die Befunde aus den beiden vorangegangenen Kapiteln heran, um allgemeine Annahmen und Aussagen zu den Potentialen des Populismus in demokratischen Verfassungsstaaten zu flankieren. Es werden Thesen zu den Auswirkungen populistischer Wogen und den Wechselwirkungen zwischen Populismus und politischem System entwickelt und diskutiert, so dass in Kapitel 6 eine (Neu-)Bewertung der Qualitäten von Populismus vorgenommen werden kann.

2. Zentrale Begriffe

2.1 Der demokratische Verfassungsstaat

Darum lassen wir keinen einzelnen Menschen herrschen, sondern das Gesetz.

Aristoteles

Die zwei Säulen des demokratischen Verfassungsstaates

Wenn in irgendeinem Winkel der Erde die despotischen oder diktatorischen Mächtschaften einzelner Machthaber oder einer Junta angeprangert werden, erschallt in aller Regel die Forderung nach einer Demokratisierung des betreffenden Landes. Die Demokratie gilt Vielen als das Allheilmittel für beklagenswerte Missstände in Gemeinschaften, in denen beispielsweise Minderheiten diskriminiert oder elementare Menschenrechte missachtet werden. Doch eine alleinige Forderung nach Demokratisierung greift zu kurz. Sie lässt einen wesentlichen Bestandteil einer staatlichen Ordnung, welche das Ziel der Sicherung von Freiheit und Teilhabe verfolgt, außer Acht. Bei diesem handelt es sich um die Herrschaft des Rechts, welche die wesentliche zweite – und ältere – Säule des komplexen Gebäudes jener Staatlichkeit bildet, welche die Freiheit des Einzelnen sichern soll und erst seit vergleichsweise kurzer Zeit ihre legitimierende Grundlage in der Souveränität des Volkes findet.

Der Weg zur Versöhnung dieser beiden Prinzipien erscheint ebenso lang wie steinig und ist bis heute weder in der Praxis noch in der politischen Theorie zum Ziel gelangt. Bereits in der Frühzeit moderner Demokratievorstellungen bzw. in der ersten neuzeitlichen Implementierungsphase eines demokratisch legitimierten Rechtsstaates in den Vereinigten Staaten von Amerika trafen die Differenzen zwischen den Theorien des Liberalismus und der Demokratie aufeinander.⁵⁰ Der Ausgleich zwischen den widerstrebenden Prinzipien war eines der Anliegen der Autoren der Federalist Papers, Madison, Jay und Hamilton, wobei die Autoren aus liberaler Warte die neue Republik vor der „Tyrannei der Mehrheit“ zu schützen trachteten.⁵¹ Bis heute schwelt der Konflikt,

⁵⁰ Vgl. Erhard Forndran: *Demokratie und demokratischer Staat in der Krise?* Baden-Baden 2002, S. 52.

⁵¹ Alexander Hamilton, James Madison und John Jay: *Die Federalist Papers*, hrsg. von Barbara Zehnpfennig, Darmstadt 1993.

wie der Untertitel „Zwischen Legitimationskonflikt und Deutungsoffenheit“ des jüngst erschienenen Werks zum demokratischen Verfassungsstaat von Birgit Enzmann belegt.⁵² Der Legitimationskonflikt und die Frage nach der Vereinbarkeit von Demokratieprinzip und Verfassungsvorrang werden in der Forschung kontrovers diskutiert. Da sich das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit vorrangig auf den Begriff des Populismus⁵ richtet, soll in diesem Kapitel die Komplexität der Diskussion um den demokratischen Verfassungsstaat nur angerissen werden. Zwangsläufig muss dann eine Entscheidung zugunsten eines Definitionsansatzes getroffen werden, welcher für den weiteren Verlauf der Untersuchung tragfähig erscheint.

Dieser Ansatz sucht die Auflösung des Konfliktes in folgender Formel: Herrschaft des Rechts und Volkssouveränität ergänzen sich *zum* aber nicht *im* demokratischen Verfassungsstaat. Dieser wird nach aktueller Lesart der überwiegenden Mehrheit der Politikwissenschaftler, Politiker und auch in weiten Teilen der Bevölkerung von auf diese Weise verfassten Staaten als diejenige Organisationsform angesehen, welche dem Ideal einer „guten Ordnung“ am nächsten kommt. Der unbestimmte Begriff einer guten Ordnung kann gefüllt werden mit Attributen wie Legitimität, Interessenausgleich, Partizipation, Freiheit, Schutz, Duldung und Toleranz. Der Grad der Verwirklichung dieser Wertansprüche kann als Richtgröße für die Bewertung der Qualität einer gegebenen Ordnung dienen.

Wenn Winston Churchill, der ehemalige Premierminister Großbritanniens, in seinem inzwischen zum Gemeingut gewordenen Ausspruch, die Demokratie die beste aller schlechten Regierungsformen nannte, dann spielte er mit dieser Sentenz nicht zuletzt auf die unmögliche Erreichung eines Ideals der guten Ordnung an. Im Hinblick auf die oben genannten Aspekte, unter denen eine Herrschaft oder Regierungsform betrachtet und beurteilt werden kann, scheint sich gegenwärtig kaum eine Alternative zum demokratischen Verfassungsstaat anzubieten, die den in einer Ordnung organisierten Mitgliedern eines Gemeinwesens mehr Freiheit und zugleich Sicherheit offeriert.

Der demokratische Verfassungsstaat erfährt dennoch in allen konkreten Umsetzungen des Zusammengehens der beiden oben genannten Prinzipien trotz seiner Spitzenleistungen hartnäckig und allerorten Kritik. Das hat zum Großteil immanente Gründe, von denen an dieser Stelle drei knapp umrissen werden.

⁵² Birgit Enzmann: *Der demokratische Verfassungsstaat. Zwischen Legitimationskonflikt und Deutungsoffenheit*, Wiesbaden 2009.

Erstens stellt Toleranz ein wesentliches Element jeder freiheitlichen Verfasstheit dar, so dass die Nichtunterdrückung von dissentierenden Auffassungen im Rahmen der normierten Ordnung ein unabdingbares Merkmal demokratischer Verfassungsstaaten bedeutet. Laut geäußerte Kritik stellt daher eine Art nie verstummender Begleitmusik einer freiheitlichen Ordnung dar. Im Idealfall führt die Kritik an bestehenden Zuständen zu einer Veränderung zum Besseren, was wiederum eine Annäherung an das Ideal einer guten Ordnung bedeuten würde. Dass dieses Ideal stets unerreichbar bleiben muss, liegt in seiner Natur, und dass stets darüber zu streiten sein wird, welche Maßnahme oder Veränderung in einem gegebenen konkreten Fall eine Wendung zum Besseren bedeuten soll, weist in Richtung des zweiten Grundes.

Denn zweitens bewirkt die Individualität der Mitglieder einer jeden Gemeinschaft als anthropogene Grundkonstante zwangsläufig eine Interessendivergenz. Zwar kann eine freiheitliche Ordnung so beschaffen sein, dass sie einen Ausgleich zwischen Interessen befördert. Sie kann alternierende Herrschaft zeitlich begrenzter Natur fördern und kann Kompromisse erzwingen oder doch zumindest nahe legen. Sie kann und will jedoch niemals vollständige Interessengleichheit herstellen. Dieses Wollen bleibt einer totalitären Ordnung vorbehalten, welche mittels Vernichtung der Freiheit unter Zwang eine gleichförmige Gesellschaftsstruktur zwar anstreben aber wahrscheinlich nie erreichen kann. Achtet eine Ordnung den Wert der Freiheit und konzidiert gleichsam einen Pluralismus an Meinungen und Präferenzen, so wird sie also immer auch mit unzufriedenen Mitgliedern konfrontiert sein.

Ein dritter Grund für die nie verstummende Kritik an der beschriebenen Ordnung, liegt in der komplexen Natur des konfligierenden Doppelprinzips aus „Herrschaft des Volkes“ und „Herrschaft des Rechts.“ Das in vielen Fällen in Form einer Verfassung verwirklichte Rechtsstaatsprinzip scheint dort mit dem Demokratieprinzip zu kollidieren, wo die Verfassung die absolute Wahlfreiheit des Elektors einschränkt. Wenn Demokratie als Herrschaft des Volkes im Sinne einer völligen Entscheidungsfreiheit verstanden wird, schränkt ein unabänderlicher Verfassungsabschnitt ganz vordergründig die Souveränität des Volkes ein. Ähnliches gilt für unumstößliche Verfahrensregeln. Eine sich in solchen Einschränkungen materialisierende und von Kritikern vielfach beklagte Herrschaft der Toten über die Lebenden lässt sich illustrieren an der von jeglichen Quoren unabhängigen Unabänderbarkeit einiger Passagen des bundesdeutschen

Grundgesetzes,⁵³ dessen Väter ihren Enkeln durch eine „Ewigkeitsklausel“ beispielsweise keine Alternative zur föderalen Struktur der Bundesrepublik ermöglichten.

Die freie Entfaltung des Willens – auch einer überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung – stößt also im demokratischen Verfassungsstaat an Grenzen, welche das Recht setzt. Dass diese Grenzen eine wichtige Schutzfunktion erfüllen, wird sofort ersichtlich im Hinblick auf die negativen Freiheitsrechte, welche Individuen und Minderheiten vor elementare Rechtsgüter gefährdenden Mehrheitsbeschlüssen bewahren. Der Ausgleich zwischen Einzel- und Gemeinwohl ist eine wesentliche Aufgabe der Rechtsstaatlichkeit, welche die Wahrung und Sicherung von individueller Freiheit ebenso sicherzustellen sucht, wie die Begrenzung derselben. Die Abgrenzung der unverletzlichen Rechtsgüter von Individuen und Gruppen ist das Verdienst der rechtsherrschaftlichen Komponente im nur auf den ersten Blick dualen Wesen des demokratischen Verfassungsstaates. Das demokratische Herrschaftsprinzip alleine, nach welchem eine möglichst große Zahl der Mitglieder eines Gemeinwesens an der Entscheidungsfindung beteiligt sein sollen, gewährt noch keinen Schutz für die Unterlegenen in einer Abstimmung.

Wie lassen sich also „Herrschaft des Volkes“ und „Herrschaft des Rechts“ im Konstrukt des demokratischen Verfassungsstaates so kombinieren, dass der diesen Prinzipien innewohnende Konflikt aufgelöst erscheinen kann? Uwe Backes und Eckhard Jesse verwenden und definieren den Begriff des demokratischen Verfassungsstaates in ihrem Standardwerk „Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland.“ Die beiden Autoren sprechen von der Bundesrepublik Deutschland als einer „pluralistischen, rechtsstaatlichen, gewaltenteilenden, freiheitlichen, repräsentativen und konstitutionellen Demokratie.“⁵⁴

In eben diesen, der Demokratie zugeordneten, Attributen wird deutlich, wieso zwar von einer „Herrschaft des Volkes“ gesprochen werden kann, nicht aber von dessen Souveränität bei der Ausübung dieser Herrschaft. Vor allem in Wahlen und in geringerem Maße auch im Rahmen von Abstimmungen kann der rechtlich dazu ermächtigte Teil der Bevölkerung eines Staates Einfluss nehmen auf die Personal- und Sachentscheidungen der politischen Arena. Das geschieht allerdings in einem eng gesteckten

⁵³ GG Artikel 79 (3) schützt vor einer Änderung der grundsätzlichen Gliederung der Bundesrepublik in Länder, der Abschaffung der Mitwirkung der Länder an der Gesetzgebung und die in Artikel 1 und 20 niedergelegten Grundsätze.

⁵⁴ Uwe Backes u. Eckhard Jesse, Eckhard: *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Köln 1989 Bd. II S. 24.

Rahmen aus Kompetenzzuweisungen und -beschränkungen, den die Wahl- und Abstimmungsbürgerschaft unter den Maßgaben der Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, Repräsentativität und Konstitutionalität zugewiesen bekommt. Der Clou im Konstrukt des demokratischen Verfassungsstaates steckt in der Tatsache, dass sich in ihm kein Souverän mehr findet.

Im Verfassungsstaat gibt es keinen Souverän. Die Vorstellung eines Souveräns ist revolutionärer Sprengstoff gegen den Verfassungsstaat.

Martin Kriele⁵⁵

Martin Krieles grundlegende Aufarbeitung der Geschichte und des Begriffs des demokratischen Verfassungsstaates ist für diese Arbeit maßgeblich. Er hat eine Stufenfolge des Verfassungsstaates erarbeitet, deren fünfte und höchste der parlamentarische Verfassungsstaat darstellt. Bei diesem handele es sich um einen „umfassenden, alle anderen Stufen in sich integrierenden Rechtsstaatsbegriff.“⁵⁶ Die Vorstufen des formalen Gesetzesstaats, des materiellen Rechtsstaats, des Rechtswegestaats und des gewaltenteilenden Verfassungsstaats entsprächen dabei einer zwar logischen, nicht aber einer historischen Stufenfolge. Zwar schließe eine höhere die jeweils niedrigere Stufe dieser Abfolge, „wenn auch nicht notwendigerweise und ausnahmslos, so doch im Allgemeinen“ ein, doch die realen Erscheinungsformen in der Geschichte verliefen, so Kriele, in zum Teil anderen Reihenfolgen.⁵⁷

Souveränität als die ungeteilte, unbedingte, unbeschränkte Macht, Recht zu durchbrechen und zu schaffen kommt im Verfassungsstaat nicht (mehr) vor. Schon die Vorstellung eines Souveräns ist in diesem Zusammenhang als existenzielle Bedrohung des Verfassungsstaates zu sehen. Denn dieser hat durch sein komplexes System der Kompetenzzuweisungen und sein Verfahren der gegenseitigen Kontrolle in einem gewaltenteiligen Gefüge jedes Organ in seiner Machtentfaltung eingehegt. Die Verfassungsordnung stellt somit die höchste Instanz dar, welche den einzelnen Verfassungsorganen Kompetenzen und mit diesen korrespondierende Rechtsmittel zuweist. Dass Rechts-

⁵⁵ Martin Kriele: *Einführung in die Staatslehre. Die geschichtlichen Legitimitätsgrundlagen des demokratischen Verfassungsstaates*, Opladen 1981, S. 111f.

⁵⁶ Ebd., S. 105.

⁵⁷ Ebd., S. 104-106.

staaten, wie das Beispiel Großbritanniens zeigt, auch ohne eine explizit schriftlich niedergelegte Verfassung existieren können, sei hier nur am Rande erwähnt. Dieses Beispiel zeigt, wie wirkmächtig tradierte Verfahrensweisen und Regelsysteme als Institutionen fungieren können.

Ihr Primat als höchste Instanz macht aus der Verfassung – gleich ob geschrieben oder ungeschrieben – keineswegs einen Souverän. Dazu fehlt den reinen Normen das Vermögen, als Handelnde auf den Plan zu treten. Herrschaftsmacht nennt Martin Kriele dieses Element der Souveränität, welches die tatsächliche Befähigung zur Rechtsbrechung bzw. -neusetzung beschreibt.⁵⁸ Einzig eine Verabsolutierung im Sinne einer Ewigkeitsgarantie der Unveränderbarkeit der gesamten Verfassung würde das System auf eine Stasis verpflichten, welche die Forderung nach Handlungsfähigkeit im Sinne einer Herrschaftsmacht theoretisch aufheben würde. Doch tatsächlich bestehen in der Realität Möglichkeiten zur Verfassungsänderung durch Gesetzgeber, bei denen es sich um Parlamente oder auch die Bevölkerung handeln kann.

Auch diese können jedoch nicht als souverän betrachtet werden. Parlamente genießen zwar aufgrund ihrer starken Kompetenzausstattung nach Kriele ein „Übergewicht über alle anderen Organe,“ blieben jedoch in ihren Entscheidungsspielräumen verfassungsrechtlich eingebunden. Trotz ihrer Prärogative könne somit keinesfalls von Souveränität gesprochen werden.⁵⁹ Auf den ersten Blick verhält es sich beim Volk, welches seine Verfassung per Abstimmung außer Kraft setzen und sich eine gänzlich neue geben kann, anders. Es erscheint als Souverän. Doch tatsächlich vollzieht es diese Handlungen nicht im Rahmen seiner verfassungsrechtlichen Kompetenzen innerhalb des demokratischen Verfassungsstaates, sondern betätigt sich in solchen Fällen als „pouvoir constituant“ also oberhalb bzw. zeitlich betrachtet vor dem Verfassungsstaat, den es im Rahmen des beschriebenen Prozesses (neu) kreiert.⁶⁰

Die letzte Etappe auf der Suche nach Souveränität im demokratischen Verfassungsstaat führt in den Bereich der Ausnahmezustände und Notstandsregelungen. Hier kann es vorkommen, dass einzelne Organe mit umfassenden Machtbefugnissen ausgestattet werden. Tatsächlich jedoch sind diese Befugnisse Teil einer genauen, verfassungsrechtlichen Regelung, welche Organkontrolle und zeitliche Befristung beinhaltet. Somit

⁵⁸ Ebd., S. 113.

⁵⁹ Ebd., S. 114f.

⁶⁰ Ebd., S. 113.

trifft zwar möglicherweise temporär der Befund von ungeteilter keineswegs jedoch unbedingter oder unbeschränkter Macht zu, welche Souveränität per definitionem beinhalten muss. Demnach wird man auch im Bereich der Notstandsregelungen in demokratischen Verfassungsstaaten nicht fündig auf der Suche nach Souveränität. Dort nämlich, wo der Ausnahmezustand unbegrenzt fort dauert, ist das Verfassungssystem an sein Ende gelangt.

Die vermeintliche Konkurrenz der beiden Säulen von Rechtsstaatlichkeit im Sinne der Herrschaft des Rechts und Volkssouveränität im Sinne der Herrschaft des Volkes, die sich gegenseitig zwar ergänzen, sich zugleich jedoch auch beschränken bzw. bekämpfen, ist dem Ansatz Martin Krieles nach im demokratischen Verfassungsstaat aufgehoben. Er ersetzt die Souveränität durch ein Gefüge verfassungsrechtlicher Kompetenzen.

Nicht etablierte und etablierte demokratische Verfassungsstaaten

Diese Arbeit fragt nach den Gefährdungen und möglichen Chancen, welche Populismus für den demokratischen Verfassungsstaat bedeuten kann. Demnach werden das bestehende System destabilisierende oder stabilisierende Faktoren ins Auge gefasst. Für eine solche Betrachtung spielt es eine entscheidende Rolle, in welcher Verfassung sich das potentiell vom Einsturz bedrohte staatliche Gebäude befindet. Bei der Einschätzung der Stabilität einer gegebenen, konkreten, politischen Ordnung hat deren Genese und Historie besonderes Augenmerk verdient. Eine Analyse politischer Ordnungen kann demnach nicht umhin, neben der in der Regel schriftlich fixierten Verfasstheit eines Staates auch seine informellen Strukturen, Haltekräfte und Sollbruchstellen zu untersuchen. Das (verfassungs-)rechtlich kodifizierte Institutionengefüge eines Staates steht und geht nicht automatisch aufrecht, wenn ein begabter Archon einen schlüssigen Staatsentwurf vorlegt. Vielmehr sind es historische Gelegenheitsstrukturen, Persönlichkeiten, kulturelle sowie wirtschaftliche Faktoren und Besonderheiten der Nationen oder Bevölkerungsgruppen eines Staates, welche die Funktionalität und Stabilität eines Regimes maßgeblich beeinflussen.

Im Laufe der Geschichte eines Staates können sich vielfältige und tief greifende Wandlungsprozesse vollziehen, welche seine institutionelle Organisation nur moderat oder auch grundlegend verändern. Die Geschwindigkeit und der Grad der Veränderung von

institutionellen Gefügen sind mögliche Indikatoren bei der Beurteilung der Stabilität einer staatlichen Ordnung.

So hat sich beispielsweise in den Vereinigten Staaten von Amerika, der gegenwärtig ältesten repräsentativen Demokratie, ein bedeutender Wandel der öffentlichen Wahrnehmung von den Machtverhältnissen zwischen den Institutionen Kongress und Präsident vollzogen. Dieser Wandel vollzog sich im Verlauf von vielen Jahrzehnten und war sowohl von den Persönlichkeiten einzelner Amtsinhaber als auch von der Veränderung der Lebensumstände und der allgemeinen politischen Kultur des Landes abhängig. Obwohl sich das formale Korsett der Kompetenzzuteilung im Rahmen der geschriebenen Verfassung nur marginal verändert hat, bestehen aktuell ganz andere Wahrnehmungen der Bedeutung der einzelnen Institutionen und Machtzuschreibungen als in den ersten Jahrzehnten des unabhängigen Föderalstaates. Die Zuordnung von Ursachen und Wirkungen dieser nicht linear verlaufenden Wandlungsprozesse muss schwer fallen, da die angeführten Faktoren sich gegenseitig beeinflussten und aufeinander reagierten. Trotz gelegentlicher Kontroversen beispielsweise über die unterschiedliche Kompetenzauslegung verschiedener Präsidenten hat sich die Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika in den zurückliegenden mehr als zwei Jahrhunderten kaum verändert. Das Vertrauen in die Funktionalität dieses speziellen Systems der gegenseitigen Kontrolle und Gewaltenverschränkung ist unter anderem auch aus diesem Grund vergleichsweise stark ausgeprägt. Die Wandlungsprozesse spielten sich über einen langen Zeitraum ab, welcher viele Generationen überdauerte.

Im Gegensatz zur gegenwärtig ältesten Repräsentativdemokratie der Welt stehen die jungen Transformationsstaaten der postsowjetischen Ära erst am Anfang einer neuen Phase staatlicher Unabhängigkeit. In diesen jungen Demokratien wird gegenwärtig zum Teil intensiv um die Ausgestaltung des Institutionengefüges gerungen. Die Verfassungsdokumente sind noch jung, und die Auslegungen der Zuständigkeiten und Kompetenzverteilungen zwischen Organen der Gesetzgebung, Regierung und der Rechtsprechung differieren unter den Spielern auf der politischen Bühne. Gleiches gilt für die Parteien, welche unverzichtbare Bausteine für das Funktionieren einer repräsentativen Ordnung darstellen. Sie sind oftmals ebenfalls jung und stehen organisatorisch oft noch auf unsicheren Beinen. Auch in jenen Staaten, die im Verlauf eines Transformationsprozesses auf eigene Erfahrungen äußerer und innerer Souveränität zurückblicken können, müssen im Fall einer Wiedererlangung der Unabhängigkeit Parteiorganisatio-

nen und Institutionen der Zivilgesellschaft in aller Regel erst neu geschaffen oder wiederbelebt und anschließend stabilisiert werden.

Für die Beharrungskräfte in einer politischen Ordnung sind die Stabilität und Verwurzelung der beteiligten Spieler und deren Verhältnis zueinander bedeutend. Stabile Verhältnisse entwickeln sich zumeist über lange Zeiträume. Allerdings bedeutet die lange Fortdauer einer politischen Ordnung nicht zwangsläufig, dass es sich dabei um eine stabile Ordnung handeln muss. So können innerhalb grundsätzlich stabiler Ordnungen einzelne Institutionen kurz- oder langfristige Schwächephasen durchlaufen. Beispielsweise haben die zahlreichen Regierungswechsel und verkürzten Legislaturperioden in Italien die grundlegende Ordnung des Landes insofern nicht nachhaltig erschüttern oder vollständig destabilisieren können, als dass auch unter dem Eindruck parlamentarischer Instabilität an den wesentlichen Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und der repräsentativen Demokratie festgehalten wurde.

In Anlehnung an wesentliche Strömungen der Transformationsforschung, welche den Grad der Konsolidierung einer Demokratie betrachten, wird in dieser Arbeit unterschieden zwischen nicht etablierten und etablierten demokratischen Verfassungsstaaten. Somit rückt neben der Verwirklichung der Ansprüche an Attribute wie Gewaltenteilung, Partizipation, Pluralismus, Responsivität und Rechtsstaatlichkeit vor allem die Laufzeit einer politischen Ordnung in den Fokus. Mit seinem Mehrebenenmodell der demokratischen Konsolidierung hat Wolfgang Merkel eine geeignete Vorlage geliefert, anhand derer die untersuchten Demokratien abgegrenzt werden können.⁶¹ Zwar beginnt nach Merckels Theorie der Transformation die Konsolidierung einer Demokratie auf allen vier Ebenen zeitgleich, kann jedoch erst nach unterschiedlich langen Perioden abgeschlossen werden.⁶² So werden auf den ersten beiden Ebenen der institutionellen (Ebene 1) und repräsentativen (Ebene 2) Konsolidierung die formalen Voraussetzungen für einen erfolgreichen, länger währenden Prozess der Verhaltenskonsolidierung (Ebene 3) und der Herausbildung einer *civic culture* (Ebene 4) geschaffen. Die Aufstellung der Verfassungsorgane und des Wahlsystems auf der ersten sowie der Parteien und Verbände als Interessenrepräsentanten auf der zweiten Ebene bedeuten zwar stärker formale als affektive Aspekte der Konsolidierung eines demokratischen Verfas-

⁶¹ Wolfgang Merkel: *Theorien der Transformation: Die demokratische Konsolidierung postautoritärer Gesellschaften*, in: Klaus von Beyme u. Claus Offe (Hrsg.): *Politische Theorien in der Ära der Transformation*, PVS Sonderheft 26, Opladen 1996, S. 30-58.

⁶² Ebd., S. 38.

sungsstaates, doch auch Wolfgang Merkel weist ausdrücklich auf die Bedeutsamkeit der „gemeinsamen Konfiguration“⁶³ dieser Komponenten in Bezug auf das Verwirklichen der Ebenen 3 und 4 hin. Die zumeist Jahrzehnte beanspruchende „Stabilisierung des sozio-politischen Unterbaus der Demokratie“ bedeutet nach Merkel den Abschluss des Konsolidierungsprozesses im Stadium einer „krisenresistenten Demokratie.“⁶⁴

Aber selbst ein auf allen vier Ebenen konsolidiertes demokratisches System ist nicht gänzlich gegen potentielle Dekonsolidierungstendenzen immun.

Wolfgang Merkel

Hier setzt der Fragehorizont der Arbeit an. Bei beiden gewählten Länderbeispielen handelt es sich um etablierte demokratische Verfassungsstaaten. Beiden ist ein vergleichbar hohes Maß an Stabilität der politischen Ordnung zu attestieren. Auch erfüllen beide Beispielstaaten das formale Konsolidierungskriterium eines mehrfachen in friedlichen Wahlen herbeigeführten Wechsels zwischen Regierung und Opposition. Schon aufgrund der Laufzeit von mehr als zwei Generationen, die seit dem zweiten Weltkrieg vergangen sind, ohne dass elementare Systemwechsel herbeigeführt wurden oder nachhaltige Infragestellungen der bestehenden Ordnung erfolgten, ist in beiden untersuchten Staaten ein Vertrauen in stabile Institutionen zu erwarten.

Damit unterscheiden sich die untersuchten Länder von Transformationsstaaten mit nicht abgeschlossenen Konsolidierungsprozessen. Gerade im Bereich der Verhaltenskonsolidierung, die eine Abnahme der Tendenz, Interessen unter Umgehung der demokratischen Verfassungsinstitutionen oder sogar gegen diese durchzusetzen, beschreibt, liegt ein bedeutendes Betätigungsfeld für populistisch agitierende Akteure. Sie können das Gebäude des demokratischen Verfassungsstaates für sich vereinnahmen lange bevor es im Rahmen des Konsolidierungsprozesses fertig gestellt wurde.

Aber diese Arbeit untersucht in erster Linie nicht, wie Transformationsstaaten zur Beute von Einzelnen oder Cliquen werden können, sondern fragt nach möglichen Bedrohungen und Reaktionen in etablierten Regimes. Dass der etablierte demokratische Verfassungsstaat trotz der ihm attestierten Krisenfestigkeit keineswegs immun gegen ihn

⁶³ Ebd., S. 39.

⁶⁴ Ebd.

zersetzende Tendenzen ist, klang im Zitat oben an. Inwieweit tatsächlich der Populismus innerhalb von Staaten dieser Kategorie ein Gefährdungspotential entfalten kann, wird im Rahmen dieser Arbeit zu beantworten gesucht.

2.2 Populismus

Trotz aller Bemühungen ist der Ausdruck bislang eine Art begrifflicher Pfannkuchen geblieben. Platt, großflächig und unscharf an den Rändern mangelt es ihm an einer prägnant konturierten Semantik. [...] Das macht seine Verwendung in theoretischen Zusammenhängen zu einem schwierigen, wenn nicht gar riskanten Unternehmen. Andererseits prädestiniert ihn gerade seine Vieldeutigkeit zu einem probaten Schlagwort in der politischen Auseinandersetzung. Ein solcher Pfannkuchen lässt sich dem Gegner besonders leicht an den Kopf schleudern. Er verletzt nicht, gibt jedoch umso eindrucklicher den Angegriffenen der Lächerlichkeit preis.

Wolfgang Kraushaar⁶⁵

Wegen der angesprochenen Vieldeutigkeit macht die seit einiger Zeit anhaltende Konjunktur des Populismusbegriffes eine schlüssige und allgemein anerkannte Definition dieses für die vorliegende Arbeit zentralen 'Terminus' sehr schwierig. Aber gerade weil der Begriff in gesellschaftlichen Diskursen sowie Wissenschaft und Forschung nach wie vor Verwendung findet und in manchen Zusammenhängen eine geradezu inflationäre Verwendung erfährt, ist eine Klärung unumgänglich.

Nicht erst seitdem Populismus als Phänomen eine Renaissance erlebt, haben Wissenschaftler wiederholt versucht, eine gültige Definition dieses schillernden Begriffes zu entwickeln. Doch zwangsläufig muss jeder Versuch, eine so facetten- und variantenreiche Spielart politischer Strategie bzw. Ideologie in einen festen begrifflichen Rahmen zu pressen, auf allergrößte Schwierigkeiten stoßen. Denn *den* Populismus, der sich begrifflich klar fassen ließe, gibt es ebenso wenig, wie *die* Demokratie, *den* Liberalismus oder *die* Gerechtigkeit. Heute, da die Begriffe „Populismus“ und „populistisch“ erneut in Mode gekommen sind, gilt, ebenso wie schon seit Dekaden, dass ein breites Spektrum von politischen Phänomenen mit diesen Termini belegt wird. Die Bandbreite dieser Phänomene hat verschiedentlich schon dazu geführt, dass einzelne Wissenschaftler grundsätz-

⁶⁵ Wolfgang Kraushaar: *Die Neue Leutseligkeit*, in: Dubiel 1986, S. 278-315, S. 284f.

lich das Vorhandensein eines Bedeutungsgehaltes der Begriffe in Frage stellen⁶⁶ oder aber zu dem Schluss kamen, zwischen Populismus einerseits und populistisch andererseits zu unterscheiden. So schlägt Hans-Jürgen Puhle vor, „weniger von Populismus [zu] reden“, da der Begriff über kaum analytisches Potential verfüge, wohl aber weiter vom Adjektiv Gebrauch zu machen, da es „klar umrissene Assoziationen“ hervorrufe und „in aller Kürze und sehr plastisch eine bestimmte Richtung, Intensität und Farbe von politischen Interaktionsweisen kennzeichnen“ könne.⁶⁷ Angesichts dieses Beispiels einer zumindest artifiziellen, wenn nicht willkürlichen, Festlegung kann es kaum überraschen, dass weder die von den jeweiligen Autoren intendierten Bedeutungsinhalte noch konsequenterweise das Verständnis auf Leserseite als annähernd deckungsgleich bezeichnet werden können. Wenn überhaupt, dann bleiben die Konturen der Begriffe zumeist unscharf umrissen. Ebenso wie in der Tagespresse werden auch in der wissenschaftlichen Diskussion die Termini uneinheitlich verwandt und bedürfen daher in jedem Falle einer Klärung durch den jeweiligen Autor.

Eben dieser Klärung der Begrifflichkeiten widmet sich dieses Kapitel. Es soll nicht versucht werden, eine allgemein verbindliche oder allzeit gültige Definition von Populismus zu finden. Vielmehr soll zunächst ein keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebender Einblick in die Vielschichtigkeit des Populismus – oder besser: der Populismen – gegeben werden. Im Anschluss an den Versuch Gemeinsamkeiten der zahlreichen und miteinander disparaten Phänomene festzustellen sollen wesentliche, in der Forschung diskutierte Scheidelinien im weiten Feld der Populismen aufgezeigt werden. Danach werden vier Spielarten von Populismus dargestellt, welche eine Differenzierung und Analyse sowohl der Fallbeispiele als auch der Potentiale von Populismus allgemein ermöglichen sollen. Dabei wird auf eine Schematisierung des Populismusbegriffes von Margaret Canovan zurückgegriffen.⁶⁸ Anhand der von ihr vorgenommenen Einteilung lassen sich die Populismen, von denen in dieser Arbeit die Rede sein wird, versuchsweise einordnen.

⁶⁶ So geschehen auf einer Tagung zur Klärung des Populismus-Begriffes, aus der das Standardwerk von Ernest Gellner und Ghita Ionescu: *Populism: Its Meanings and National Characteristics*, London 1969 hervorging.

⁶⁷ Hans-Jürgen Puhle: *Was ist Populismus?*, in: Dubiel 1986, S. 12-32, S. 32.

⁶⁸ Canovan 1981, S. 3-16.

Eine Welt voller Populismen

Das zweifellos meistzitierte historische Beispiel für Populismus stellt die Agrarier-Bewegung des ländlichen Südens und Westens der USA im Ausgang des 19. Jahrhunderts dar.⁶⁹ Der nach dem Bürgerkrieg einsetzende Industrialisierungsschub, das Aufkommen von landwirtschaftlichen Großunternehmen und die mit diesen beiden Entwicklungen zusammenhängende Konzentration von Kapital bei den vornehmlich im Osten ansässigen Großbanken beschwor in breiten Teilen der agrarisch geprägten Gesellschaft des Südens und Westens Unmut herauf. Gegen die mächtiger werdenden Korporationen und gegen eine zunehmende Zentralisierung formierten sich die „kleinen Leute“ in einer Massenbewegung aus der in den 1890er Jahren die *People's Party* bzw. *Populist Party* erwuchs. Die Forderungen dieser Bewegung zielten im Wesentlichen auf eine *Grass-Roots-Democracy* ab, waren also geprägt von einem stark partizipatorischen Demokratieverständnis.⁷⁰

Häufig in einem Atemzug mit der Agrarier-Bewegung des amerikanischen Südens und Westens wird ein zu beinahe gleicher Zeit in Russland auftretendes Phänomen genannt.⁷¹ Auch für die *Narodniki* spielte die Landbevölkerung im ausgehenden 19. Jahrhundert eine bedeutende Rolle. Nur waren die Bauern hier Ziel und nicht Träger einer Bewegung. Die oft auch als „Volkstümpler“ bezeichneten „Volksfreunde“ waren eine weitgehend heterogene und zu keinem Zeitpunkt zentral gelenkte Gruppe von Intellektuellen, die sich, von romantischen Vorstellungen geleitet, in einer Frontstellung gegen westlichen Kapitalismus, gegen jede Form von Imperialismus und vor allem auch gegen den Zaren sahen. In seiner Vielschichtigkeit – man könnte auch von ideologischer Ambivalenz sprechen – wird der als Populismus bezeichnete *Narodnicestvo* sowohl als Vorläufer der russischen Anarchisten und Sozialisten, als auch der russischen Sozialdemokratie interpretiert.

In der Zwischenkriegszeit finden sich in Mittel- und Osteuropa, sowie in Skandinavien populistische Bauernbewegungen und -parteien. Als eine Art von romantischer Agra-

⁶⁹ Kaum eine der Darstellungen von Populismus oder Rechtspopulismus verzichtet auf eine einleitende Erwähnung des frühen US-amerikanischen Phänomens. So bspw.: Decker 2000, S. 26; Pfahl-Traughber 1994, S. 17; Puhle in: Dubiel 1986, S. 12-32, S. 16.

⁷⁰ Eingehende Darstellungen finden sich u.a. bei Boyte 1986; Goodwyn 1976 u. 1978; Woodward 1971.

⁷¹ Z.B. bei den o.g. Decker 2000, S. 26; Pfahl-Traughber 1994, S. 17; Puhle in: Dubiel 1986, S. 12-32, S. 20.

rideologie war der so genannte *Peasantism*⁷² auch inspiriert vom russischen *Narodnicestvo*. Der basisdemokratisch geprägte Selbstbestimmungsanspruch der „grünen Erhebung“ trat sowohl gegen die christlichen Volksparteien einerseits, als auch gegen die kommunistische Bauerninternationale andererseits in Konkurrenz. Die mitunter starke Betonung nationalistischer Tendenzen ließ diese Agrarierbewegungen teilweise auch in die Nähe von faschistischen Bewegungen driften.

Nationalsozialismus in Deutschland, Faschismus in Italien und Kommunismus in der Sowjetunion wären im 20. Jahrhundert ohne populistischen Habitus wohl kaum zu ihrer zerstörerischen Stärke gelangt. Somit kann der Populismus dieser Bewegungen als Steigbügel des Totalitarismus gesehen werden. Ebenfalls totalitär präsentierte sich der als Bauernbewegung seinen Anfang nehmende chinesische Maoismus. Auch die chinesische Spielart des Kommunismus wird mitunter als Populismus klassifiziert.⁷³

Große Einigkeit besteht in der Forschung darin, bei der Betrachtung der politischen Verhältnisse in verschiedenen Staaten Lateinamerikas Populismus zu konstatieren. Hier sticht vor allem der allenthalben erwähnte Peronismus hervor. Aber auch von einem *Ibañismus* in Chile,⁷⁴ einem *Rojismus* in Kolumbien⁷⁵ und populistischen *Fidelistas* auf Kuba⁷⁶ ist die Rede.

Bis auf den fünften Kontinent lassen sich heute die Spuren des Populismus verfolgen. In den 90er Jahren des zu Ende gegangenen Jahrhunderts errang Pauline Hanson an der Spitze ihrer Partei *One Nation* in Australien Erfolge,⁷⁷ während der Populismus auch in Neuseeland in Form von *New Zealand First* reüssierte.⁷⁸

Auch in den USA tauchte Populismus im ausgehenden 20. Jahrhundert erneut und diesmal in doppelter Gestalt auf. Eine Gruppe von „linken“ Populisten knüpfte an die partizipatorisch geprägte Tradition der Populisten des 19. Jahrhunderts an und wendete

⁷² Puhle in: Dubiel 1986, S. 12-32, S. 22.

⁷³ So bspw. bei Dix 1985, S. 29; Pfahl-Traugber 1993, S. 39; Puhle, in: Dubiel 1986, S. 12-32, S. 25.

⁷⁴ Vgl. Dix 1985, S. 29-52 im Vergleich mit Rojismus und Peronismus.

⁷⁵ Ebd.

⁷⁶ So bspw. bei DiTella 1965.

⁷⁷ Johnson 1998.

⁷⁸ Miller 1998.

sich in der Bewegung des *New Populism* gegen den als rechten „Populismus von oben“ verteufelten *Reaganism*.⁷⁹

In Europa hingegen stellt sich das „Gespenst des Populismus“, welches den Kontinent seit den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts erneut heimsucht, für viele einseitiger dar: Vor allem als „Rechtspopulismus“ identifiziert, sieht sich das Phänomen einer vorherrschenden Ablehnung gegenüber. Die große Skepsis, mit der jeder populistischen Anwendung in Europa begegnet wird, liegt häufig im nahe liegenden Bezug zu den oben erwähnten totalitären Erfahrungen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts begründet. In den westlich geprägten, als etabliert geltenden, Demokratien wird Populismus als Ab- und Ausgrenzungsterminus verwendet. Dem politischen Gegner wird populistisches Gebaren vorgeworfen, um ihn öffentlich zu diskreditieren.

Zweifellos handelt es sich bei den im Vorangegangenen aufgelisteten Erscheinungsformen von Populismus um eine anfechtbare Auswahl. Mit Sicherheit könnten noch weitere Beispiele angeführt werden. Mit ebenso großer Sicherheit ist es möglich, an der Einordnung des einen oder anderen Phänomens unter der Rubrik Populismus Kritik zu üben. Deshalb sei an dieser Stelle noch einmal betont, dass die obige Auflistung nicht den Zweck einer vollständigen Erfassung aller Populismen in Geschichte und Gegenwart verfolgt. Das Anliegen liegt darin, durch das Anreißen einer Auswahl von als Populismen bezeichneten Phänomenen die schon erwähnte große Bandbreite des Begriffes zu veranschaulichen. Darüber hinaus soll in der Folge im Rahmen der Vorstellung von Systematisierungsansätzen auf einige der Beispiele von Populismen verwiesen werden, um vorgenommene Unterscheidungen nachvollziehbar zu machen. Auf einer solchen Grundlage wird eine engere Umgrenzung des in dieser Arbeit untersuchten Gegenstandes möglich.

Am Anfang der Systematisierung steht eine Suche nach und Zusammenfassung der Gemeinsamkeiten der aufgezählten Populismen. Diese Suche fördert – soviel kann vorweggenommen werden – tatsächlich einen sehr kleinen gemeinsamen Nenner zutage. Augenmerk verdient bei der Betrachtung von Gemeinsamkeiten, ob sie sich entweder als inhaltliche oder formale Übereinstimmungen subsumieren lassen. Sollte bezüglich dieser Fragestellung eine eindeutige Zuordnung möglich sein, wäre der wissenschaftliche Dau-

⁷⁹ Siehe hierzu v.a. Boyte u.a. 1986 sowie Norman Birnbaum: *Populismus, Reaganismus und die amerikanische Demokratie*, in: Dubiel 1986, S. 106-132.

erstreit, ob es sich bei Populismus um eine im politischen Spektrum eigenständige Ideologie oder lediglich eine Methode der Politikvermittlung bzw. Machtgewinnung handelt beizulegen. Im Falle einer weitgehenden Kongruenz der Leitideen, Grundmotive und Forderungen von (allen) populistischen Bewegungen und Parteien ließe sich der Populismus neben anderen politischen Grundströmungen wie Konservatismus, Liberalismus oder Sozialismus einreihen.

Gemeinsamkeiten

„Most simply, populism calls for the return of power to ordinary people.“⁸⁰ Mit diesem bereits in der Einleitung angeführten Satz beginnt Harry Boyte seinen Sammelband über den schon angesprochenen *New Populism* der Reagan-Ära. In allen Fällen des Aufkommens von Populismus gilt, dass bestimmte Zustände oder Entwicklungen von zumindest erklecklichen Teilen der Bevölkerung als unhaltbar empfunden werden. Den herrschenden politischen Eliten wird die Bereitschaft und bzw. oder die Fähigkeit zur Abhilfe abgesprochen. In einer als Rückwendung vermittelten Hinwendung zum Volk wird eine (Rück-)Verlagerung der tatsächlichen politischen Entscheidungsmacht in die Hände des Volkes postuliert. Also ist der **Bezug auf das Volk**, das sich als *Populus* im Begriff selbst findet, die erste – und vielleicht einzige – gemeinsame Grundkomponente aller Populismen.

Doch dieser Volksbezug lässt sich präzisieren: Dem in der populistischen Agitation in den Mittelpunkt gerückten Volk wird politische Reife und ein einheitliches Interesse unterstellt. Die Reife des Volkes legitimiert seine Loslösung oder Befreiung von paternalistischen und Partikularinteressen verfolgenden etablierten Eliten. Hierbei spielt das Bild vom „braven Bürger“, dem „ordinary citizen (pictured as an honest, sensible man with no particular ax to grind)“,⁸¹ eine wichtige Rolle. Er sei in jedem Falle vertrauenswürdiger als der herkömmliche Politiker oder Lobbyist – so die populistische Diktion. Als bodenständiger Vertreter der breiten Bevölkerungsmehrheit stehe sein Interesse für das Volksinteresse und somit für den generellen Volkswillen. Die Annahme eines solchen einheitlichen Willens lässt in der Fiktion aus der Bevölkerung eine homogene Volksgemeinschaft entstehen. Dieser gemeinsame Interessen verfolgenden Volksgemeinschaft stellen

⁸⁰ Boyte 1986, S. 3.

⁸¹ Canovan 1981, S. 178.

sich nach populistischer Auffassung auf dem Weg zur Erlangung des meist unklar umrissenen Volkswillens verschiedene Gegner. Es seien dies die schon erwähnten etablierten Eliten, die das Volk im Rahmen der Durchsetzung ihrer Partikularinteressen zu beherrschen und zu manipulieren suchen. Sie hätten die Regierungsverantwortung vor Zeiten aus der Hand der „einfachen Leute“ erhalten und weigerten sich nun, die Macht wieder loszulassen. Hinzu kommen diejenigen Teile der Bevölkerung, die sich partout weigerten, den Volkswillen als ihren eigenen anzuerkennen und sich mit ihm zu identifizieren. Als weitere Gegner können Gerichte oder Verfassungsdokumente auf den Plan treten, die eine freie Entfaltung des Volkswillens behindern. Die Populisten treten als Herausforderer im Namen des „einfachen Volkes“ gegen diese Oppressoren an.

Diese kurze und bewusst pointierte Darstellung populistischer Denkweise(n) findet ihre zum Teil noch plakativeren Entsprechungen in verschiedenen Titeln, die sich zur Aufgabe gesetzt haben, die jüngeren populistischen Erscheinungen am rechten Rand des Parteienspektrums anzuprangern.⁸² Allerdings lässt sich über den stark betonten Gegensatz zwischen dem „Wir, das Volk“ und dem „Die, die uns unterdrücken, uns schaden, uns behindern“ hinaus wenig Einheitlichkeit der populistischen Bewegungen konstatieren. Denn die Forderungen und Positionen der Populisten unterscheiden sich in Geschichte und Gegenwart sowohl zwischen als auch innerhalb von Populismen.

In besonderem Maß aber nicht ausschließlich bei populistischen Bewegungen, die mit klassischerweise als „rechts“ eingestuften Themen Wählerpotentiale zu erschließen suchen, ist auch die **Ausrichtung auf starke Führungspersönlichkeiten** zu beobachten. Die **charismatische Führerschaft** eines starken Mannes – oder einer starken Frau – an der Spitze einer populistischen Bewegung oder Partei erscheint geradezu konstitutiv besonders für die aktuellen, stark medial geprägten Erscheinungsformen, was die Kritiker immer wieder dazu veranlasst, sie in die Nähe faschistischer oder nationalsozialistischer Bewegungen zu rücken. So sind den populistischen Bewegungen auch immer wieder (pseudo-)religiöse Anklänge konstatiert worden, indem ihnen als „Gurus“ bezeichneten Führern ein direktes Zugriffsrecht auf alle „Sektenmitglieder“ zugesprochen wurde.⁸³

⁸² So bspw. Hans-Henning Scharasch: *Rückwärts nach Rechts. Europas Populisten*, Wien 2002, zusammenfassend S. 212-218; Frank Decker: *Der neue Rechtspopulismus*, Opladen 2004; Susanne Frölich-Steffen u. Lars Rensmann (Hrsg.): *Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa*, Wien 2005; Rudolf von Thadden und Anna Hofmann (Hrsg.): *Populismus in Europa – Krise der Demokratie?*, Göttingen 2005; Everhard Holtmann u. a. (Hrsg.): *Die Droge Populismus. Zur Kritik des populistischen Vorurteils*, Wiesbaden 2006.

⁸³ So u.a. bei Ötsch, in: Hellmuth/Pasteur 2002, S. 99.

Allerdings gilt zu bedenken, dass nicht alle Populismen auch mit einer Galionsfigur in Zusammenhang gebracht werden können.

Die Ausrichtung moderner Populismen auf nur **wenige und gut emotionalisierbare Themen** sowie das Angebot **einfacher Lösungen** durch die **Simplifikation komplexer Problemzusammenhänge** machen es leicht, in den „neuen Führern“,⁸⁴ die neuen Verführer zu erkennen. Sie bedienen sich unter Vernachlässigung eines zusammenhängenden Gesamtkonzeptes einer Mischung aus ideologischen Versatzstücken. Zwar lassen sich häufig wiederkehrende Elemente wie Xenophobie, Hyperpatriotismus bzw. Nationalismus, Isolationismus, Rückwärtswendung, Fundamentalismus und Modernisierungsablehnung bis hin zur Veränderungsangst benennen, doch mitunter treten auch entgegengesetzte Elemente im Sinne einer revolutionären Haltung der Populisten zur grundsätzlichen Umwälzung von gesellschaftlichen Verhältnissen zu Tage. Jedenfalls ist die Mixtur ständigen konjunkturellen Schwankungen unterworfen, so dass es unmöglich scheint, eine immer gültige Liste der populistischen Themen oder Forderungen aufzustellen.

Daher kann es hilfreich sein, bei dem Versuch, Populismus zu erfassen, von konkreten Themen und Inhalten zu abstrahieren. So bietet Micha Brumlik zwei Dimensionen an, um den populistischen Gehalt von Politik nachzuweisen:

Der Form nach sind Politiken populistisch, wenn sie sich an Gefühl, Stimmung und unmittelbare Befindlichkeiten ihrer Adressaten wenden. Dem Inhalt nach sind Politiken populistisch, wenn sie Klassen-, Schichten- und Minderheiten übergreifende bzw. penetrierende Themen aufnehmen.⁸⁵

Angesichts der Vielzahl und Verschiedenheit populistischer Phänomene, die in der Aufreihung zu Beginn des Kapitels aufschienen und der Schwierigkeit, klar umrissene Komponenten zu finden, die tatsächlich *allen* Populismen gemein sind, ist tatsächlich davon auszugehen, dass von *dem* Populismus nur in einem abstrakt-theoretischen Sinn zu sprechen sein wird. Allerdings muss die Annahme von Micha Brumliks Ansatz die Frage nach seiner Trennschärfe nach sich ziehen. Streng genommen wäre dann jede Form von emotionalisiertem Wahlkampf in Demokratien populistisch. Gleiches gälte für die Ar-

⁸⁴ Vgl. den Titel von Martina Kirfel und Walther Oswald: *Rückkehr der Führer*, Wien - Zürich 1991.

⁸⁵ Micha Brumlik: *Geistesaristokraten und Einpunktegalitaristen – Ein anti-populistisches Pamphlet*, in: Dubiel 1986, S. 248-277, S. 250.

beitsmarkt-, Gesundheits- und Familienpolitik jeder Partei, da es sich um Schichten übergreifenden Themen handelt.

Dennoch muss versucht werden, verschiedene Formen oder Arten von Populismus mittels einer Kategorisierung herauszustellen. Hierzu sollen in den folgenden Unterkapiteln mögliche Scheidelinien beleuchtet werden, anhand derer die Landkarte des Populismus skizziert werden kann.

„Alter“ vs. „neuer“ Populismus

Der Blick auf die Beispiele aus dem ausgehenden 19. Jahrhundert (*People's Party*, *Narodnicestvo*) und die Bauernbewegungen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts (*Peasantism*, *Maoismus*), legt nahe, Populismus als eine Art Agrarideologie aufzufassen. Peter Worsley beschreibt deshalb Populismus als „basically the ideology of small rural people threatened by encroaching industrial and financial capital.“⁸⁶ Tatsächlich ist ein irgendwie gearterter Zusammenhang mit agrarischen Themen, bzw. ein Bezug zu agrarisch geprägten Bevölkerungsschichten für eine ganze Reihe vor allem der historisch früheren Beispiele zu konstatieren, doch ist daraus keine Grundkonstante des Populismus abzuleiten. Zweifellos zeichnet die veränderte Gesellschaftsstruktur in modernen Industriestaaten für den Bedeutungsverlust von agrarischen Themen in der politischen Auseinandersetzung verantwortlich. In seiner Darstellung des lateinamerikanischen Populismus stellt Robert Dix sogar die Behauptung auf, dass es sich beim Populismus um ein primär urbanes Phänomen handele, wenngleich die rurale Dimension nicht ganz vernachlässigbar sei.⁸⁷ Betrachten wir die heutigen populistischen Bewegungen und Parteien, auf die der Fokus dieser Arbeit gerichtet ist, erscheint evident, dass der Populismus in seiner gesamten Bandbreite nicht als eine agrarische Ideologie verstanden werden kann.

Wäre es demnach möglich, zwischen einem „alten“, agrarische Fragen in den Mittelpunkt stellenden, und einem „neuen“, den veränderten Gesellschaftsstrukturen Rechnung tragenden, Populismus zu unterscheiden? Dieser Ansatz ist im Hinblick auf eine mögliche konkrete Inhaltsdimension des Begriffs verlockend. Die emotionalisierbaren Themen mit Eignung zur Mobilisierung von großen Bevölkerungsteilen unterliegen zweifelsohne ebenso historischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandlungsprozessen wie die Bevölkerungsstruktur. Also werden gesellschaftlicher Wandel und die daraus resultierende Verschiebung der Ziel- bzw. Trägergruppen von populistischen Bewegungen eine inhaltliche Umorientierung populistischer Politik bedingen. Allerdings stößt der Versuch der Unterscheidung zwischen „altem“ und „neuem“ Populismus an Grenzen:

Die Dominanz von charismatischen Führungspersonlichkeiten ist vielen populistischen Bewegungen in Vergangenheit und Gegenwart gemein. Auch der postulierte Anspruch auf Rückgabe der Macht in die Hände des Volkes ist derselbe geblieben, was auch für die

⁸⁶ Zitiert bei Canovan 1981, S. 4.

⁸⁷ Dix 1985, S. 36.

Elitenskepsis in Kreisen der Populisten gilt. Somit sind essentielle Forderungen im Lauf der Jahrzehnte dieselben geblieben. Ebenso haben sich organisatorischer Aufbau und die Ausrichtung auf charismatische Führungspersonlichkeiten zu wenig gewandelt, als dass sich paradigmatische Veränderungen konstatieren ließen. Insofern hat der Populismus im Laufe der Zeit sein Gesicht nicht wesentlich verändert. Er hat sich lediglich den gesellschaftlichen Veränderungen angepasst.

Populismus „von oben“ und „von unten“

Bei aller Verschiedenheit der Definitions- und Beschreibungsversuche von Populismus ist, wie oben dargestellt, immerhin ein Kernaspekt dieses mal als Methode und dann wieder als Ideologie beschriebenen Phänomens unverkennbar und daher in keinem Fall unterschlagbar. Gemeint ist der im Wort enthaltene Bezug auf das Volk. *Populus* und ein aus ihm hervorgehender Gemeinwille stehen, wie beschrieben, im Mittelpunkt einer Bewegung, die für sich in Anspruch nimmt, diesen Gemein- oder Volkswillen erkennen zu können und umsetzen zu wollen. Im Hinblick auf eine mögliche Kategorisierung von Populismen kann nun nachgefragt werden, wo bzw. in welche Richtung sich der Prozess der Kristallisierung des Volkswillens vollzieht.

Ein Populismus „von oben“ impliziert eine gewisse Avantgarde, eine Art neuer, alternativer politischer Elite, die im Zuge einer Abspaltung und bzw. oder Abgrenzung von etablierten Eliten für sich in Anspruch nimmt, den Volkswillen zu erkennen, auszusprechen und zu vertreten. Sie versteht sich als „Sprachrohr des Volkes“ und fordert politische Macht zur Umsetzung des Volkswillens. Demgegenüber lassen sich auch populistische Bewegungen benennen, welche „von unten“ aus der breiten Bevölkerung erwachsen und mit partizipatorischen Ansprüchen das repräsentative System sowie die etablierten politischen und wirtschaftlichen Kräfte in Frage stellen. Da sich sowohl die *Populist Party* des Mittleren Westens und Südens der USA, als auch verschiedene Bürgerbewegungen des 20. Jahrhunderts (Anti-Atomkraft-Bewegung, Abrüstungsbefürworter, Bürgerrechtsbewegungen) unter der zweiten Kategorie des Populismus „von unten“ zuordnen lassen, wird deutlich, warum die im vorangegangenen Abschnitt erwogene Unterscheidung zwischen „altem“ und „neuem“ Populismus im Hinblick auf die jeweiligen Stoßrichtungen der einzelnen Phänomene nicht greifen kann. Am US-amerikanischen Beispiel der achtziger Jahre des letzten Jahrhunderts wird das Nebeneinander verschiedener „neuer“ Populismen sehr deutlich ersichtlich. Der *Reaganism* wäre als ein die charismatische Führerschaft des *Great Communicators* betonender Populismus „von oben“ zu bezeichnen, während sich die *New Populists* als eine *Grass Roots Democracy Movement* „von unten“ verstehen.

Auch der Ansatz einer Unterscheidung zwischen Populismen „von oben“ und „von unten“ zeigt gewisse Schwächen. Aufgrund der Tatsache, dass aus jeder Massenbewegung fast zwangsläufig Führungspersönlichkeiten hervortreten, die dann eine Art Avant-

garde der Bewegung bilden, ist auch der Populismus „von unten“ nicht frei von Eliten. Umgekehrt gilt, dass in unterschiedlichem Grad auch beim Populismus „von oben“ gelegentlich ein mitgestaltender Einfluss der Gefolgschaft auf das Handeln der Elite oder des Führers festgemacht werden kann. Da zudem von Seiten der populistischen Führer immer wieder der Versuch unternommen wird, diesen mitgestaltenden Einfluss heraus zu stellen und maßgeblich erscheinen zu lassen, steht der Betrachter einmal mehr vor dem Problem der Trennschärfe. Denn faktisch liegt in der Regel eine Wechselbeziehung der Impulse von „oben“ und „unten“ vor. Dennoch lassen sich zumeist deutliche Tendenzen bzw. Gewichtungen feststellen, die eine Einordnung gegebener Phänomene erleichtern. Daher erscheint diese Art der Unterscheidung brauchbar, um im Umgang mit populistischen Phänomenen Einordnungen vorzunehmen.

Populismus „von rechts“ und „von links“

Zwar versteht der größere Teil der wissenschaftlichen Autoren den Populismus zunächst einmal als ein nicht ausschließlich in bestimmten politischen Lagern zu verortendes Phänomen. Doch kommt eine Mehrzahl der Autoren aus dem europäischen Raum angesichts der empirisch belegbaren höheren Fallzahl einer Affinität zwischen populistischen Tendenzen und Bewegungen sowie Parteien des klassischerweise als „rechts“ bezeichneten Bereichs des politischen Spektrums zu dem Schluss, die Begriffe „rechts“ und „Populismus“ sollten für ihre Untersuchung eine Einheit bilden. So beschäftigt sich eine überwiegende Mehrzahl der deutschsprachigen Publikationen bis heute vorrangig mit dem „Rechtspopulismus“ als der – so die Autoren – vorherrschenden Ausprägung von Populismus.⁸⁸ Auf diese Weise werden immer wieder Zusammenhänge zwischen Populismus als Rechtspopulismus und dem Rechtsextremismus hergestellt.⁸⁹ Rechtsextreme und populistische Parteien rücken in einigen Betrachtungen so eng zusammen, dass eine Unterscheidung – zumal für den Nichtfachmann – schwierig wird. So finden sich Populisten leicht in einer Schublade mit Nationalisten und Rechtsextremisten. Aufgrund der besonderen europäischen Erfahrungen mit populistisch agierenden Faschisten und Neofaschisten kann diese Einordnung nicht überraschen. Florian Hartleb weist allerdings darauf hin, dass der in der Forschung weitgehend ignorierte Linkspopulismus viel stärker untersucht werden müsse.⁹⁰

Auch wenn in der angesprochenen Vielzahl von Veröffentlichungen vor allem die Rede vom Rechtspopulismus ist, muss es der Logik dieses ‚Terminus‘ folgend auch einen Linkspopulismus geben. Der bereits erwähnte Artikel von Micha Brumlik⁹¹ thematisiert ihn ebenso wie Wolfgang Kraushaars Ausführungen über „die neue Leutseligkeit.“⁹² Sie stimmen in Bezug auf die Findung möglicher Scheidelinien nachdenklich: Wolfgang Kraushaar kristallisiert Mitte der achtziger Jahre im Spektrum der Partei der Grünen eine Strömung heraus, die zwar nicht unmittelbar populistisch zu nennen sei, wohl aber in

⁸⁸ So: Uwe Backes; Frank Decker; Armin Pfahl-Traugber; Hans-Henning Scharsach u.a..

⁸⁹ so z. B. bei Christoph Butterwegge und Gudrun Hentges (Hrsg.): *Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz*, Opladen 2008, S. 7.

⁹⁰ Florian Hartleb: *Rechts- und Linkspopulismus im westeuropäischen Vergleich – Zur strukturellen und inhaltlichen Bestimmung eines eigenständigen Parteyentypus*, in: Uwe Backes u. Eckhard Jesse (Hrsg.): *Gefährdungen der Freiheit. Extremistische Ideologien im Vergleich*, Göttingen 2006, S. 105-145, S.145.

⁹¹ Micha Brumlik: *Geistesaristokraten und Einpunktegalitaristen – Ein anti-populistisches Pamphlet*, in: Dubiel 1986, S. 248-277.

⁹² Wolfgang Kraushaar: *Die neue Leutseligkeit*, in: Dubiel 1986, S. 278-315.

diese Richtung tendiere.⁹³ Diese so genannten Ökolibertären beschreibt er als „eine Vereinigung konvertierter Linksintellektueller, die den Populismus gezielt als eine machtpolitische Strategie verfolgen“ und dabei Pragmatismus und Ideologie verknüpfen.⁹⁴ Auf diese Weise erschienen ihre Argumentationsmuster „linker als links [und stehen] doch schon mit einem Bein rechts von der Mitte.“⁹⁵ Weiter wird Thomas Schmid, einem der früheren Mitstreiter Daniel Cohn-Bendits und Joschka Fischers in der Frankfurter Studentenbewegung, attestiert, er habe bei seinen immer neuen Versuchen, sie zu dynamisieren, sich „so lange links überholt, bis er schließlich auf der rechten Seite wieder heraus gekommen“ sei.⁹⁶

Christoph Butterwegge bezeichnet den Linkspopulismus als „medialen Popanz“⁹⁷ und folgert: „Nicht alle Rechtsextremisten sind Populisten, aber sämtliche Populisten tendieren in letzter Konsequenz nach rechts.“⁹⁸ Wenn er behauptet, Populismus sei in Europa entweder Rechtspopulismus oder überhaupt keiner,⁹⁹ dann steht er damit in klarer Gegenposition zu Florian Hartleb, der in einer Arbeit zu Rechts- und Linkspopulismus die Schill-Partei und die PDS verglichen hat, und für die Unterscheidung von rechts- und linkspopulistischen Parteien plädiert.¹⁰⁰ Ebenfalls gegenteiliger Auffassung ist Frank Decker, der dem linken Populismus in Deutschland eine stärkere Organisationsstruktur und bessere Ressourcenausstattung attestiert als seinem rechten Pendant.¹⁰¹ Im Rahmen seiner Negation eines linken Populismus’ formuliert Christoph Butterwegge die rhetorische Frage: „Sind Gregor Gysi und Oskar Lafontaine wirklich ‚Linkspopulisten‘, nur weil sie

⁹³ Ebd., S. 298.

⁹⁴ Ebd.

⁹⁵ Ebd., S. 301.

⁹⁶ Ebd., S. 314. Zu dieser Zeit war Thomas Schmid als Lektor im Verlag Klaus Wagenbach tätig, bevor er als hauptberuflicher Journalist nach Stationen bei der Hamburger Morgenpost, Welt, FAZ und Zeit 2006 schließlich Chefredakteur der Welt-Gruppe im Axel Springer Verlag wurde.

⁹⁷ Christoph Butterwegge: *Definitionen, Einfallstore und Handlungsfelder des Rechtspopulismus*, in: Ders. u. Gudrun Hentges (Hrsg.): *Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz*, Opladen 2008, S. 11-77, S. 51.

⁹⁸ Ebd., S. 58.

⁹⁹ Ebd., S. 57.

¹⁰⁰ Florian Hartleb: *Rechts- und Linkspopulismus. Eine Fallstudie anhand von Schill-Partei und PDS*, Wiesbaden 2004; sowie ders.: *Rechts- und Linkspopulismus im westeuropäischen Vergleich – Zur strukturellen und inhaltlichen Bestimmung eines eigenständigen Parteiotypus*, in: Uwe Backes u. Eckhard Jesse (Hrsg.): *Gefährdungen der Freiheit. Extremistische Ideologien im Vergleich*, Göttingen 2006, S. 105-145.

¹⁰¹ Zur Auseinandersetzung Christoph Butterwegges mit Frank Decker und Florian Hartleb: Christoph Butterwegge: *Definitionen, Einfallstore und Handlungsfelder des Rechtspopulismus*, in: Ders. u. Gudrun Hentges (Hrsg.): *Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz*, Opladen 2008, S. 11-77, S. 51-54.

mit enormer rhetorischer Begabung ausdrücken, was Millionen sozial Benachteiligten unter den Nägeln brennt?¹⁰² Mit einiger Wahrscheinlichkeit prägt die eigene Weltanschauung von Autoren deren Befunde in Bezug auf eine Einordnung in die Kategorien Links- und Rechtspopulismus maßgeblich.

An dieser Stelle scheint es notwendig, die Tragfähigkeit des oft verwendeten Rechts-Links-Schemas zum Zwecke einer Kategorisierung und Ordnung der populistischen Phänomene in Frage zu stellen. Es ist unwahrscheinlich, dass dieses in der Politikwissenschaft so oft bemühte Schema sich auch in jedem Fall bewährt hat; und noch unwahrscheinlicher, dass es sich im vorliegenden Fall bewähren kann. Ob eine Unterscheidung von Populismen nach „rechtem“ und „linkem“ Populismus möglich sein kann, hängt jedenfalls von voranzustellenden Prämissen ab. So wäre zu entscheiden, ob das Rechts-Links-Schema inhaltlich oder formal angelegt werden soll. Stünde die inhaltliche Dimension im Mittelpunkt der Einordnungsbemühungen, wäre nach der Programmatik populistischer Bewegungen zu fahnden. Es müsste herauszukristallisieren sein, dass unter Berufung auf den Volkswillen der Populismus „von links“ auf einen Staats- oder Gesellschaftsentwurf zusteuert, der sich von dem des Populismus „von rechts“ deutlich abhebt. Allerdings besteht noch nicht einmal Einigkeit darüber, ob dem Populismus überhaupt ein bestimmbarer Gesellschaftsentwurf zuzuordnen ist. Somit steht man schon vor der im folgenden Unterkapitel gestellten Frage nach der Einschätzung von Populismus als Ideologie oder Methode.

Die andere Möglichkeit der Unterscheidung von „rechtem“ und „linkem“ Populismus läge darin, unter Bezugnahme auf die formale Dimension nach der „populistischen Quelle“ zu fragen. Im Falle einer basisdemokratischen Bewegung aus dem Volk heraus könnte der Begriff des „linken“ Populismus synonym zum oben angesprochenen Begriff des Populismus „von unten“ gebraucht werden. Im Zuge dieser Einordnung nach dem formalen Kriterium der Organisation und Stoßrichtung des Populismus wäre der Populismus „von oben“ als „rechter“ Populismus aufzufassen. Dieser Lesart folgt Micha Brumlik:

Von rechtem Populismus spreche ich, wenn sowohl der Appell an Themen als auch die Wahl der Form nur dazu dient, Loyalität für das expertisierte Handeln von Politikern zu beschaffen, von linkem Populismus, wenn mit dem Appell an entspre-

¹⁰² Ebd., S. 56.

*chende Themen und mit der Wahl einer demagogischen Form zugleich die Hoffnung oder Absicht verbunden ist, dass jene, an die appelliert wird, schlussendlich ihre Geschichte selbst in die Hand nehmen.*¹⁰³

Inhaltlich ist der Populismus hier nicht festgelegt. Wo nur die Rede von „Themen“ und „entsprechenden Themen“ die Rede ist, erschließen sich kaum programmatische oder ideologisch geprägte Gesellschafts- oder Staatsentwürfe. Es kommt diesem Modell folgend auch nicht darauf an, ob es im Falle des „linken“ Populismus professionelle Eliten oder eine „breite Basis“ ist, die sich der demagogischen Form bedienen. Was einzig zählt ist der Impetus der populistisch – d. h. hier *demagogisch* – Agierenden, die sich entweder ihrer Machtbasis versichern oder aber diese emanzipieren wollen. Micha Brumlik fährt fort, dass linker Populismus sowohl der Form als auch seinen Inhalten nach ein Unding sei, weil die demagogische Form dem aufklärerischen Element linker Politik ebenso entgegen stünde wie ihr interessenunspezifischer Inhalt.¹⁰⁴ Also spricht er der Variante eines basisdemokratisch-emanzipatorisch geprägten Populismus’ die Daseinsmöglichkeit ab.

Völlig abgesehen von seiner Bewertung des linken Populismus’ erscheint die Überprüfbarkeit von Micha Brumliks Einordnungskriterium kaum gegeben: Auf welcher Grundlage sollen Hoffnungen und tatsächliche Absichten von politischen Akteuren eingeschätzt werden? Behauptet nicht jeder populistisch agitierende Demagoge gleich welcher Couleur, dass seine Bemühungen auf die Emanzipierung des Volkes zielen?

Die anschließende Zuspitzung von Micha Brumliks These behauptet, dass jedwede Form populistischer Politik letzten Endes rechten Optionen diene und es seit der Französischen Revolution kein einziges Beispiel dafür gebe, dass eine linkspopulistische Politik auf Dauer „strukturelle Meliorierungen“ in Richtung auf mehr Verteilungsgerechtigkeit bewirkt habe.¹⁰⁵

Wenn die oben zitierten Autoren zwischen der Abrede der konkreten Existenz und gar der theoretischen Vorstellbarkeit linker Populismen schwanken, dann stellt sich im Anschluss an diese Behauptungen die Frage nach dem Sinn des Terminus’ „Rechtspopulis-

¹⁰³ Micha Brumlik: *Geistesaristokraten und Einpunktegalaristen – Ein anti-poulistisches Pamphlet*, in: Dubiel 1986, S. 248-277, S. 250.

¹⁰⁴ Ebd.

¹⁰⁵ Ebd., S. 250f.

mus“, wenn diesem im einen Fall kein konkretes und im anderen nicht einmal ein theoretisches Pendant gegenüberstehen soll.

Dass eine Einordnung in eine Rechts-Links-Dichotomie aufgrund des formalen Aspekts der Stoßrichtung bzw. Absichten einer populistischen Bewegung nahezu unmöglich sein muss, liegt an den Grenzen unserer Erkenntnismöglichkeiten, welche die „wahren Motive“ von politischen Akteuren stets verborgen halten. Doch auch auf der inhaltlichen Skala ist eine Suche nach trennscharfen Kategorien mühsam. Gerade beim Versuch der Einordnung von Parteien stößt das Rechts-Links-Schema ständig an Grenzen, da Parteien in verschiedenen Politikfeldern unterschiedliche Positionen auf einer Rechts-Links-Skala einnehmen, so dass eine Gesamteinschätzung stark von der Gewichtung einzelner Politikfelder abhängen muss.

Zudem gibt es Überschneidungen von konkreten Politiken ansonsten vermeintlich weit entfernter Lager. Beispielhaft hierfür sind globalisierungskritische Haltungen, Antiamerikanismus und die In-Aussichtstellung von sozialen Gratifikationen, die Florian Hartleb treffend sowohl den links- als auch den rechtspopulistischen Parteien zuordnet.¹⁰⁶ Doch auch vermeintlich klassische Themen der so genannten „Rechten“ wie Immigrationsfeindlichkeit und EU-Kritik haben die so genannten „Linken“ gelegentlich besetzt. Es ergibt sich also der Verdacht einer gewissen inhaltlichen Indifferenz politischer Strömungen zugunsten einer klareren Ausrichtung nach dem Kriterium der Mobilisierungspotentiale von politischen Inhalten. Der Blick auf die modernen populistischen Phänomene, gleich welcher Provenienz, offenbart eine gewisse Flexibilität der vertretenen Positionen je nach der vermuteten Stimmungslage der avisierten Wählergruppen. Auch wenn es bei der Beurteilung der Inhalte, d. h. der konkreten politischen Standpunkte, mitunter ähnlich schwer fällt, populistische Parteien oder Bewegungen zu verorten, wie in Bezug auf die tatsächliche Haltung in Bezug auf die Emanzipation der Bevölkerung bzw. die Stoßrichtung des populistischen Impulses, so können Unterscheidungen von Rechts- und Linkspopulismen doch helfen. Die Logik gebietet das – zumindest potentielle – Vorhandensein beider Formen. Denn wäre Populismus immer rechtsgerichtet, so wäre das Additiv beim „Rechtspopulismus“ überflüssig.

¹⁰⁶ Florian Hartleb: *Rechts- und Linkspopulismus im westeuropäischen Vergleich – Zur strukturellen und inhaltlichen Bestimmung eines eigenständigen Parteientypus*, in: Uwe Backes u. Eckhard Jesse (Hrsg.): *Gefährdungen der Freiheit. Extremistische Ideologien im Vergleich*, Göttingen 2006, S. 105-145, S.129-133.

Grundsätzlich kann ein Rechts-Links-Schema also Tendenzen aufzeigen, Verortungen konkreter Parteiungen oder Bewegungen erleichtern und Orientierungshilfe bieten; es ist aber für die hier angestellten Überlegungen zu populistischen Potentialen in demokratischen Verfassungsstaaten nur begrenzt nützlich.

Ideologie vs. Methode

In der Populismus-Forschung scheint immer wieder die Frage auf, ob sich Populismus als eine Ideologie verorten lässt, oder ob es sich lediglich um ein methodisches Instrumentarium handelt, welches geeignet ist, zu einem gegebenen Zeitpunkt eine möglichst große Wählerschaft zu mobilisieren. Diese Frage ist kaum eindeutig zu beantworten. Mit verantwortlich für diese Schwierigkeit zeichnet der Ideologiebegriff selbst. Er ist im Verlauf der Geschichte vielen Bedeutungswandlungen unterworfen gewesen, die bis heute eine Vielzahl von unterschiedlichen Auffassungen über seinen Bedeutungsgehalt begründen.¹⁰⁷ Mit einem Verständnis von Ideologie, welches diese als ein System von Ideen, Einstellungen, Ziel- und Wertsetzungen begreift, das eines inhaltlichen Zusatzes bedürfte, um eine werturteilsbezogene Akzentuierung zu erhalten, erscheint die Frage, ob es ebenso wie beispielsweise eine marxistische auch eine populistische Ideologie gibt, nur schwer zu klären.

Der immer wieder unternommene Versuch, einen Zusammenhang zwischen Populismus und bestimmten Motiven herzustellen, die seine Verortung in der Kategorie der Ideologien erlauben, zeitigt meist nur Teilerfolge. Der oft zitierte Rückbezug populistischer Politik auf das Volk, die häufig betonte Besinnung auf alte, hergebrachte oder gar „völkische“ Werte lassen Populismus in vielen Fällen in die Nähe des Konservatismus und, je nach Gewichtung der Werte, auch in die Nähe des Nationalismus rücken. Zweifellos waren die Nationalsozialisten in Deutschland und die Faschisten in Italien in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts so erfolgreich, weil sie sich phasenweise als Populisten betätigten. Sie bedienten sich massenwirksamer Parolen und warteten mit vordergründig einfachen Rezepten auf. Sie versprachen der Bevölkerung die schnelle Lösung der drückenden Probleme ihrer Zeit und waren auf Führerfiguren mit dem Nimbus der Omnikompetenz hin ausgerichtet. Doch den totalitären Bewegungen lagen jeweils eigene bestimmte Ideologien zugrunde, die sich wohl kaum unter dem Begriff des Populismus subsumieren lassen. Somit wäre der Populismus in diesem Zusammenhang eher als ein Vehikel oder Instrument einzuordnen.

Dem gegenüber geben Betrachtungen des mittel- und osteuropäischen Populismus wieder einen nicht zu übersehenden Fingerzeig in Richtung Ideologie. Der russische Popu-

¹⁰⁷ Sehr erhellend beschreibt Ulrich Dierse die Geschichte des Begriffs von der Französischen Revolution bis in die heutige Zeit in: Ders.: Ideologie, in: Brunner/Conze/Koselleck 1995, S. 131-169.

lismus des ausgehenden 19. Jahrhunderts wird von Hans-Jürgen Puhle sowohl als Vorläufer der Sozialdemokratie, als auch der Rätedemokratie und des Anarchismus gewertet.¹⁰⁸ Die Betrachtung des populistischen *Peasantism* der Zwischenkriegszeit, der sich sowohl in Nord-, als auch in Mittel- und Osteuropa konstatieren lässt, offenbart eine Mittlerstellung zwischen konservativ-ständischem Denken einerseits und rätedemokratisch-sozialistischem Impetus andererseits – ein beeindruckender Brückenschlag.

Möchte man Populismus tatsächlich als eine Ideologie auffassen, so wird man zugestehen müssen, dass es sich um keine einheitliche, sondern eine unter den gesellschaftlichen und historischen Umständen stark wandelbare handeln muss. Doch welche ideologische Grundkonstante, welches Motiv, welche Kernidee bliebe dann identifizierbar? Leichter erscheint da die Ablehnung jeglicher ideologischer Bestandteile und das Verständnis von Populismus als Methode, die sich je nach den gegebenen Rahmenbedingungen mit den verschiedensten, ja sogar widersprüchlichen, ideologischen Versatzstücken ausstattet, um ein möglichst großes Unterstützungspotential zu erschließen. Es ließe sich fragen, ob nicht der Populismus als gewissermaßen natürlicher Reflex auf empfundene Gefahren oder Missstände vielmehr eine systemimmanente variable Komponente des politischen Willensbildungsprozesses als eine eigenständige Ideologie darstellt. Einer solchen Annahme folgend ließe sich schließen, dass Populismus – eben als Methode – ein fester, ja unverzichtbarer, Bestandteil des politischen Konkurrenzkampfes wäre, der, je nach der individuellen Verfassung eines politischen Systems bzw. der Befindlichkeit der innerhalb dieses Systems verfassten Gesellschaft, mit unterschiedlichen – populären, transportierbaren, „populistischen“ – Inhalten besetzt wird und einer konjunkturellen Bedeutungsschwankung unterliegt.

Wolfgang Kraushaar unterscheidet zwar in seinem im vorangegangenen Unterkapitel zitierten Artikel zwischen einem Populismus als Bewegungsferment und einem Populismus als machtstrategisch relevantem Herrschaftselement.¹⁰⁹ Doch es kann wohl kaum eine klare Entweder-oder-Entscheidung zwischen Populismus als Ideologie oder Methode bzw. Instrument getroffen werden. In der Regel lavieren die konkreten Phänomene in einem Sowohl-als-auch-Zustand mit mehr oder weniger stark ausgeprägten Tendenzen in die eine oder andere Richtung. Laut Rupert Breitling sei es „müßig zu streiten, ob Populismus eine politische Idee (Ideologie), eine politische Bewegung (Partei) oder eine

¹⁰⁸ Puhle 1986, S. 20.

¹⁰⁹ Kraushaar in: Dubiel 1986, S. 286.

politische Verhaltensweise bezeichnet, denn die Generalisierung umfasst alles.“¹¹⁰ Dieser Feststellung kann man beipflichten. Sie macht klar, warum es notwendig ist, beim Gebrauch des Populismusbegriffes in jedem Fall zu klären, in welchem Sinn man den Begriff im konkreten Zusammenhang verstanden wissen möchte. Diese Klärung soll im folgenden Kapitel erfolgen.

¹¹⁰ Breitling 1987, S. 26.

Vier Spielarten des Populismus'

Die in Kapitel 1 aufgeworfenen Fragen beziehen sich auf die modernen, d. h. aktuellen Erscheinungsformen von Populismus in rechtsstaatlichen Demokratien. Dessen ungeachtet soll am Ende dieses Kapitels eine zeit- und kontextunabhängige Arbeitsdefinition des Populismusbegriffs stehen. Um in der Vielzahl der populistischen Phänomene den Überblick nicht zu verlieren und darüber hinaus in der Lage zu sein, diejenigen Populismen, die den Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit darstellen, exakter zu benennen und zu analysieren, ist eine Einteilung in Untertypen notwendig. Es versteht sich von selbst, dass ein solches naturwissenschaftliche Exaktheit erahnen lassendes Instrument in den Sozial- und Geisteswissenschaften nur in sehr eingeschränktem Maß über die Trennschärfe oder eindeutige Zuordnungsmacht von beispielsweise mathematischen Instrumenten verfügen kann. Die folgenden Ausführungen orientieren sich an den Begrifflichkeiten Margaret Canovans. Sie hat ein Modell vorgestellt, welches verschiedene Formen von Populismus definiert und so ermöglicht, diverse Phänomene einzuordnen. Ihre wesentlichen Gedanken werden hier vorgestellt. Wie andere auch, beginnt sie ihre Ausführungen zu Populismus mit der Feststellung, dass ein weites Feld vor ihr liege, welches es zu kartieren und bearbeiten gelte:

The term is exceptionally vague and refers in different contexts to a bewildering variety of phenomena. It is used to describe techniques of direct democracy such as the referendum and popular initiative, but also certain kinds of dictatorships.¹¹¹

Auf der Suche nach dem einenden Band zwischen der Vielzahl unterschiedlicher Phänomenen, die von partizipatorischer Demokratie bis hin zur Diktatur reichen, bespricht Margaret Canovan Definitionen anderer Autoren und stellt im Verlauf ihrer Untersuchungen fest, dass sich diese in verschiedenen Kontexten geprägten Definitionen nicht zu einer einzigen verschmelzen lassen:

One thing the existing literature makes clear is that we cannot hope to reduce all cases of populism to a single definition. [...] what we need is not a single essentialist definition, but a rather a typology of populisms.¹¹²

¹¹¹ Canovan 1981, S. 3.

¹¹² Canovan 1981, S. 7 bzw. S. 12.

Daher entwickelt sie eine solche Typologie der Populismen und trägt dabei vor allem der Tatsache Rechnung, dass die analytischen Blickwinkel, also die Standpunkte der Betrachter, das jeweilige Bild des Populismus bestimmen. Die „two broadly different angles“ aus denen die Forschung in der Vergangenheit ihre Betrachtungen aufgrund von „two different sorts of interest“ angestellt habe, zeitigten „two families of populism to be found in the literature.“¹¹³

Demnach fördere die Betrachtung zuerst den agrarischen Populismus, welcher als eine Art ruraler Radikalismus aufgefasst werden könne, zutage. Er verfüge über eine bestimmte sozioökonomische Basis bei Bauern und Landwirten, neige dazu, unter bestimmten sozioökonomischen Umständen, wie vor allem Modernisierungsprozessen, aufzutreten und verfolge in der Regel ein wiederum sozioökonomisches Programm. Insofern sei die erste Herangehensweise an das Phänomen des Populismus als eine eher soziologische einzuordnen. Zu ihr geselle sich die politische Lesart, welche stärker als auf sozioökonomische Gesichtspunkte ihr Augenmerk auf politische Charakteristika lege. Als solche seien Elemente direkter Demokratie, Mobilisierung der Massen und Idealisierung des einfachen Mannes auf der Straße zu nennen. Für die Analytiker aus dem politikwissenschaftlichen Lager sei Populismus eher ein politisches Phänomen, welches vor allem dort auftrete, wo die Spannung zwischen Elite und den *grass roots* eine besonders scharfe Ausprägung annähme. In diesem Sinne ließen sich zwei Grundströmungen herauskristallisieren, von denen die erste einen agrarisch-soziologischen, die zweite einen politischen Fokus besäße.¹¹⁴

Zwar konzidiert Margaret Canovan, dass diese beiden Grundkategorien kaum „wasserdicht“ sein können.¹¹⁵ Dennoch entwickelt sie aus ihnen eine siebengliedrige Typologie, welche bei der Einschätzung von ausgesuchten und in dieser Arbeit behandelten populistischen Phänomenen helfen soll. Die Begriffe dieser Typologie werden in diesem Kapitel eingeführt und sollen im Folgenden in diesem Sinn gebraucht werden.

Den agrarischen Populismus unterscheidet Margaret Canovan dreifach in Farmerradikalismus, Bauernbewegungen und intellektuellen agrarischen Sozialismus. Der politische Populismus wird vierfach, in populistische Diktatur, populistische Demokratie, reaktio-

¹¹³ Canovan 1981, S. 8.

¹¹⁴ Vgl. Einleitungskapitel: *What is Populism?*; Canovan 1981, S. 7-12.

¹¹⁵ Canovan 1981, S. 10.

nären Populismus und Politikerpopulismus, unterteilt. Selbstverständlich stellen diese Typen lediglich analytische Konstrukte dar, so dass gilt: „real-life examples may well overlap several categories.“¹¹⁶ Dennoch kann diese Systematik helfen, das Denken in kategoriale Bahnen zu lenken.

Abbildung 1: Populismen-Typologie nach Margaret Canovan

Agrarian Populism			Populism in political sense			
Farmers' Populism	Populism of the Intelligentsia	Peasant Populism	Populist Dictatorship	Populist Democracy	Reactionary Populism	Politicians' Populism

Populismus ist in den heutigen etablierten Demokratien westlicher Prägung, die den Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit bilden, keine agrarische Bewegung und er soll nicht in soziologischen Zusammenhängen analysiert werden. Die zentrale Beziehung zwischen breiten Bevölkerungsschichten einerseits und Elite bzw. Gegenelite andererseits stellt einen zentralen Aspekt der Betrachtung auch von modernem Populismus dar. Doch kann angesichts einer heute sehr viel heterogeneren Bevölkerungsstruktur sehr viel weniger ein monolithisches gesellschaftliches Bewegungsszenario konstruiert werden, als das beispielsweise im Fall der amerikanischen Farmerbewegung möglich war. Daher werden im Folgenden der agrarische Populismus und die – nach Canovan – soziologische Sichtweise ausgeblendet und die politischen Begriffe treten in den Vordergrund der Betrachtung.

¹¹⁶ Canovan 1981, S. 13.

Populist Dictatorship

A man is not a dictator when he is given a commission from the people and carries it out. – Huey Long¹¹⁷

Populismus ist in jedem Fall eine verschiedene Bevölkerungsgruppen bzw. Klassen übergreifende, mitunter sogar verschmelzende Erscheinung. Die Mobilisierung von Massen ist ein konstitutives Element von Populismus. Dort jedoch, wo eine Bewegung nicht selbstständig aus der breiten Masse des so genannten einfachen Volkes heraus entsteht und selbst agiert, sondern diese Masse bewegt wird – in der Regel durch einen charismatischen Führer – kann der Begriff der populistischen Diktatur angebracht sein. Gelingt es einem heute in Anlehnung an die römische Geschichte oft als Volkstribun bezeichneten charismatischen Führer, vorbei an etablierter Elite und politischem System direkt an das Volk zu appellieren und sich als das Sprachrohr und williges Werkzeug des Volkswillens zu gerieren, dann kann er tatsächlich diktatorische Macht erlangen. Zwar war Huey Long, der schillernde *Kingfish*¹¹⁸ der 1930er Jahre wie am Eingangszitat abzulesen, genau gegensätzlicher Ansicht, doch das kann kaum überraschen. Schließlich würden sich weder Demagogen noch Populisten selbst bezichtigen, diktatorische Macht anzustreben.

Fasst man die *commission* aus dem Zitat als „Auftrag“ auf, so ergibt sich ein Interpretationsspielraum, der für die Beurteilung eines populistischen Impetus' von entscheidender Bedeutung ist. Es gilt, den Unterschied zu beachten, welcher besteht zwischen Abgeordneten des Volkes, die mit einem imperativen Mandat ausgestattet werden, um eine Entscheidung durchzusetzen und dem umgekehrten Verfahren, in dem der Führer die Masse als „Stimmvieh“ für die Absegnung seiner Vorhaben instrumentalisiert. Manipulation der Massen, welche dann als „clay in the hands of the elite“ fungieren,¹¹⁹ im Rahmen einer Mobilisierung „von oben“ ist das Handwerkszeug des populistischen Diktators.

¹¹⁷ Der 1893 geborene und 1928 zum Gouverneur von Louisiana gewählte Demokrat zog 1932 in den Senat der Vereinigten Staaten von Amerika ein. Kurz nach der Bekanntgabe seiner Kandidatur für die Position des demokratischen Präsidentschaftskandidaten fiel er 1935 einem Attentat zum Opfer. Zitat bei Canovan 1981, S. 136.

¹¹⁸ Mehrere Makrelen- und Thunfischarten werden in Großbritannien, Australien und den Vereinigten Staaten als Kingfish bezeichnet. Der Spitzname „Königsfisch“ für den sich in Menschenmengen wie ein Fisch im Wasser bewegenden Politiker steht auch in Zusammenhang mit seinem programmatischen Ausspruch „Every Man a King.“

¹¹⁹ Vgl. Canovan 1981, S. 142.

Gestützt auf massenmediale Kampagnen und ein funktionstüchtiges Netzwerk von ihm unterstehenden Manipulatoren und Multiplikatoren lässt der Machthaber sich seine Beschlüsse pro forma durch das angerufene Volk bestätigen. Als Beispiele solcher Populist Dictatorships führt Margaret Canovan Cäsarismus, Bonapartismus und Peronismus an. Der letztgenannte lateinamerikanische Populismus dient ihr zur eingehenden Darstellung dieser Spielart des Populismus, welche die Bevölkerung als teils ignorante und vor allem leicht manipulierbare Masse in den Fängen charismatischer Diktatoren sieht.

Die populistische Diktatur tritt auch und vor allem in Entwicklungs- und Schwellenländern sowie Transformationsstaaten mit wenig ausgeprägter repräsentativ-demokratischer Kultur auf. Allerdings kann – angesichts der gewählten Prämissen – diese Spielart im Rahmen der vorliegenden Untersuchung lediglich eine untergeordnete Rolle spielen. Schließlich setzt das diktatorische Herrschen unter dem Deckmantel pseudodemokratischer Verfahrensweisen die Erlangung einer weitgehend ungeteilten bzw. unkontrollierten Machtposition voraus. Die gewaltenteiligen und rechtsstaatlichen Institutionen eines gefestigten demokratischen Verfassungsstaates sollten eben solche Machtkonzentrationen ausschließen, welche Voraussetzungen für die Unterhaltung einer populistischen Diktatur darstellen.

Populist Democracy

Populist democracy consists of attempts to [...] make “government by the people” a reality.¹²⁰

Im Prinzip handele es sich bei der populistischen Demokratie um einen Pleonasmus: „Since ‚democracy‘ is widely supposed to mean ‚government by the people,‘ how could a genuine democracy be other than populist?“¹²¹ Worauf die Autorin abhebt, ist das Phänomen, welches dort auftritt, wo Demokratie zwar als geltende Norm allgemein akzeptiert wird, in ihrer Ausgestaltung jedoch hinter den Erwartungen an ein demokratisches Ideal zurück bleibt. Die Kluft verläuft hierbei zwischen dem Ideal identitärer Demokratie

¹²⁰ Canovan 1981, S. 174.

¹²¹ Ebd., S. 173.

und der repräsentativ verfassten demokratischen Realität. Populistische Demokratie strebt nach einer Überwindung dieser Kluft.

Versuche, die Regierung durch das Volk Realität werden zu lassen, finden entlang zweier miteinander verknüpfter Linien statt. Zum einen ist die theoretische Diskussion um „echte Volksherrschaft“ zu nennen, welche sich an den Schreibtischen und in den Schriften der Gelehrten vollzieht. Andererseits sind die praktischen Implementierungen von direktdemokratischen Elementen und ihre Auswirkungen in der Realität zu betrachten. Margaret Canovan untersucht zunächst die Karriere des Ideals von einer identitären Demokratie in der wissenschaftlichen Diskussion, um dann nach konkreten Erscheinungen zu suchen. Was die Umsetzung von umfangreichen direktdemokratischen Elementen angeht, wird sie auf nationaler Ebene fast ausschließlich in der Schweiz fündig. Daher konzentriert sich Margaret Canovan in ihren Betrachtungen auf die Alpenrepublik, die sie als „prime case of populist democracy“ bezeichnet.¹²² Die Schweiz sei „more populist than any of the American states [...] there is no judicial review at federal level in Switzerland.“¹²³ In Kritik an beispielsweise de Gaulles gelegentlichen Einholungen des Volkswillens, legt Sie wert auf die Feststellung, dass ein Referendum nur dann Teil des Arsenal der *Populist Democracy* werde, wenn das Volk und nicht die Regierung als Initiator fungiere.¹²⁴ Das zu passender Zeit „von oben“ ausgelöste und mit möglichst günstigen Vorzeichen versehene Plebiszit findet sich demnach unter anderem auch im Instrumentarium einer populistischen Diktatur. Über ganz andere Qualitäten in Bezug auf das Ideal einer Regierung durch das Volk besitzen neben den fakultativen und obligatorischen Referenden vor allem die Verfassungsinitiativen im politischen System der Schweiz.

Margaret Canovan weist auch auf die Klippen dieses Modells politischer Entscheidungsfindung hin. Die Risiken, welche einer ausschließlich vom Mehrheitswillen der Bevölkerung gelenkten populistischen Demokratie entspringen, lägen klar auf der Hand: Nur der stark föderale Staatsaufbau und eine besondere politische Kultur verhinderten in der Schweiz eine Tyrannei der Mehrheit.¹²⁵ Dass genau diese konsensual orientierte politische Kultur mitsamt der goldenen Regel der Allparteienregierung mit festem Proporz

¹²² Canovan 1981, S. 198.

¹²³ Ebd.

¹²⁴ Canovan 1981, S. 197.

¹²⁵ Ebd., S. 206.

von einem populistisch auftretenden Christoph Blocher in Frage gestellt und umgewälzt werden würde, konnte die Autorin zu dem Zeitpunkt, als sie am Schreibtisch das Loblied auf die Schweizer Verhältnisse anstimmte, nicht vorhersehen. Doch es gibt auch mögliche andere, analytische, Einwände gegen Canovans Einordnung des schweizerischen politischen Systems. Diese Einwände sowie die eingehende Diskussion dieser Spielart des Populismus und eine Diskussion der aus ihr resultierenden Risiken finden sich in Kapitel 5.

Es bleibt an dieser Stelle festzuhalten, dass die populistische Demokratie in Teilkongruenz mit dem oben erwähnten Populismus „von unten“ verstanden werden kann. Während sich allerdings der letztere in jeder Regimeform zeigen und beispielsweise gegen autokratische Strukturen aufbegehren kann, setzt die populistische Demokratie ein besonders fruchtbares institutionelles und gesellschaftliches Umfeld voraus. Das nach identitärer Demokratie strebende Projekt ist eine Art Leuchtturm der Anhänger partizipatorischer Ansätze.

Reactionary Populism

The average opinion of mankind is in the long run superior to the dictates of the self-chosen. – Franklin D. Roosevelt¹²⁶

Nur sehr entfernt verwandt mit dem Konzept eines Populismus' „von unten“ im Stile der populistischen Demokratie ist die Erscheinungsform, welche Margaret Canovan als reaktionären Populismus beschreibt. Das Phänomen entstehe im Spannungsfeld von Masse und Elite dort, wo progressive Ideen auf reaktionäre Haltungen in breiten Bevölkerungsteilen stießen.

Die Bestürzung, die viele Analytiker und Kommentatoren im Angesicht von Populismus befällt, rührt auch daher, dass die Ansichten „des Volkes“ oder relevanter Bevölkerungsteile sich mitunter in einem diametralen Gegensatz zu den Einstellungen der gehobenen oder gebildeten Schichten befinden. Was geschieht in einer Demokratie, wenn „das Volk“ die (aufgeklärten) Ansichten der Elite nicht teilt? In welche Richtung tendiert

¹²⁶ Zitiert bei Canovan 1981, S. 225.

eine Gesellschaft, wenn in Bezug auf sensible Themen kein Konsens zwischen den (gewählten) Vorderen und den vermeintlichen Gefolgsleuten besteht?

*Some Intellectuals, faced with such a dilemma, violate their own convictions and force themselves into approval of the popular will, like the narodniki who approved the programs.*¹²⁷

Zur Illustration dieses Dilemmas erörtert Margaret Canovan eingehend die unterschiedlichen Haltungen der russischen Intellektuellen Peter Lawrow, Peter Tkachev und Nikolas Mikhailovsky.¹²⁸ Als weitere Beispiele für solche Fälle, in denen Massenmeinungen oder Mehrheitsauffassungen die öffentlich vertretenen Positionen derjenigen verschieben, welche auf die Stimmen der Wähler angewiesen waren, nennt die Autorin u. a. den Streit um die Verbreitung der Vererbungslehre an amerikanischen Schulen, Auseinandersetzungen um die Todesstrafe oder auch Frauenbeschneidung. Die Tatsache, dass viele – vor allem liberale Intellektuelle – große Vorbehalte gegen populistische Tendenzen hegen, rührt auch aus einer grundsätzlichen Skepsis bezüglich der Erkenntnis- und Vernunftfähigkeit der breiten Masse.

Hierzu hat Margaret Canovan weit ausgeholt und ist in der Aufklärung Rousseaus fündig geworden. Bei ihm, der sich als Verfechter nicht nur der Volkssouveränität sondern auch der Interessen des einfachen Mannes positioniert, wird das Dilemma anschaulich präsentiert. Einerseits hält er den möglichst nah an der Natur orientierten einfachen Menschen für das Idealbild eines freien, gleichen und aufgeklärten Bürgers. Andererseits braucht auch der Genfer für die Kreation seines aufgeklärten Staates einen Archon, der die Gesetze des Staates schafft und damit in die Rolle einer Avantgarde des Fortschritts schlüpft.

Zwar sollten das Wissen und der Fortschritt in einer freien Gesellschaft allen zur Verfügung stehen. Da allerdings Wissens- und Erkenntnisfortschritte sich in kaum vorhersehbaren und flexiblen Prozessen vollzögen, müsse es zwangsläufig einige Wenige geben, die als Fackelträger der Erkenntnis an der Spitze voranschritten, und eine große Mehrheit, die ersteren folge.¹²⁹ Und dennoch soll – so das einleitende Zitat Roosevelts – die

¹²⁷ Canovan 1981, S. 254.

¹²⁸ Ebd., S. 244 – 254.

¹²⁹ Vgl. hierzu Canovan 1981, S. 238.

Masse der einfachen Menschen edler und in ihren Urteilen weiser sein, als die den Ursprüngen entfremdete progressive Elite. Dieses Dilemma tritt nicht nur in Rousseaus Gesellschaftsvertrag zu Tage, sondern bestimmt bis heute manche Auseinandersetzung in liberalen Staaten. Auch im Umkehrschluss ist nicht zu klären, ob nun die grausamsten Ideen den Köpfen selbsternannter Genies und Weltverbesserer entspringen oder ob die Barbarei ein Kind der breiten Masse ist. Zweifellos dürfte gelten, dass weder die fortschrittliche Minderheit sich immer auf Seiten der Menschlichkeit noch die Masse sich stets auf Seiten der Barbarei befindet. Zu diesem Urteil kommt auch Margaret Canovan.¹³⁰

Der Widerstreit von Fortschrittsglaube und reaktionären Instinkten spielt sich als reaktionärer Populismus sehr viel eher in solchen politischen Regimes ab, die über eine auf demokratischen Prinzipien basierende politische Kultur verfügen. Denn im Falle eines autokratischen Regimes, kann die Führung im Stile Peters des Großen eine Entwicklungsdiktatur errichten, welche progressive Schritte auch gegen Vorbehalte in breiten Bevölkerungsschichten durchsetzen kann. Dort allerdings, wo die Inhaber politischer Macht diese auf Zeit erhalten und zur Verlängerung ihres Auftrages der Zustimmung von Mehrheiten bedürfen, kann es vorkommen, dass reaktionäre Haltungen der Bevölkerung sich in den Äußerungen von Angehörigen der Elite wieder finden, obwohl diese völlig anderen Überzeugungen anhängen. Üblicherweise befinden sich dann Vertreter der Elite auf beiden Seiten; die einen verteidigen „aufgeklärte“ Standpunkte, während die anderen sich an die Spitze der Träger von Vorbehalten setzen bzw. sich als Anhänger reaktionärer Haltungen positionieren und damit dem reaktionären Populismus Dienste leisten.

Zur Kritik des Konzeptes vom reaktionären Populismus sei angemerkt, dass das Ergebnis der Überlegungen zur Frage nach der moralischen Integrität von Urteilen verschiedener Bevölkerungsgruppen keine eindeutige Antwort präsentieren kann. Wie dargestellt darf sich weder die Avantgarde per se als Trägerin größerer Weisheit oder Weitsicht rühmen, noch kann das Postulat von der Weisheit der Entschlüsse von Vielen bzw. der breiten Masse in allen Fällen Gültigkeit beanspruchen. Insofern ist auch die Annahme, dass reaktionäre Haltungen stets auf Seiten der breiten Masse verfangen irrig. Vielmehr kann auch ein nach Stimmenmaximierung strebender Berufspolitiker seine ureigenen

¹³⁰ Canovan 1981, S. 255.

Vorbehalte und reaktionären Haltungen übergangsweise in den Hintergrund schieben, um das Lied der Mehrheit anzustimmen, die nach einem Aufbruch in eine neue Richtung ruft.

Aus diesem Grund kann es sinnvoll erscheinen, das Konzept des reaktionären Populismus Canovans dahingehend zu modifizieren, als dass *reactionary* nicht in der abwertenden Bedeutung im Sinne von fortschrittsfeindlich aufgefasst wird, sondern in der weiteren Wortbedeutung als Ausdruck einer Reaktion. Demnach wäre diese Spielart des Populismus zu verstehen als diejenige, bei der dem Populisten eine reagierende Rolle zukommt. Er ist nicht der mobilisierende, sondern der auf Zurufe reagierende Surfer auf der Meinungswelle. Um den Wortgehalt der Rückständigkeit oder Rückwärtsgewandtheit zu eliminieren wäre somit als deutscher Terminus reaktionärer Populismus vorzuziehen.

Doch mit der Annahme einer solchen Verschiebung der Lesart näherte sich das beschriebene Konzept so weit an die im Folgenden beschriebene Spielart des Populismus an, dass die Grenze zu dieser fast bis zur Unkenntlichkeit verschwämme.

Politicians' Populism

*Short on ideology, eclectic in their policies, and prepared to accept all comers ...*¹³¹

Im Unterschied zu den ersten drei Konzepten dieser viergliedrigen Reihung handelt es sich beim Politikerpopulismus um diejenige Version, welche sich arm an ideologischen Inhalten fast ausschließlich auf den Habitus beschränkt. Es handelt sich um die Strategie oder Technik, welche von Politikern genutzt wird, um Unterstützer zu generieren. Der wissenschaftlich wenig ergiebige, weil vage Begriff des Volkes, auf welches sich die Politiker beziehen, wird von diesen eben wegen seiner Unbestimmtheit gebraucht.

Parteien und Politiker, die sich populistischer Rhetorik und Technik bedienen, beschränken sich nicht auf die Ansprache bestimmter Bevölkerungsgruppen, Schichten oder Klassen. Sie schränken ihren Bewegungsspielraum nicht durch die Bindung an eine Ideologie ein, sondern versuchen, alle potentiellen Wähler zu gewinnen. Catch-All-Parteien

¹³¹ Canovan 1981, S. 261.

dieser Prägung sind selbstverständlich nicht an den Rändern des Parteienspektrums zu suchen, sondern tendieren in ihren Versuchen, für jedermann attraktiv zu sein, dazu, Grenzen und Positionen zu verwischen.

Der Politikerpopulismus lässt sich nach Canovan weiter in fünf Untertypen aufgliedern, die zwar ineinander übergehen, aber dennoch Unterscheidungen zulassen.¹³² Der antipolitische Populismus betont die Einheit des Volkes gegenüber der Zerstrittenheit von Fraktionen und ruft nach einem wohlmeinenden Diktator. Eine Abart hiervon ist der Populismus, der nicht den einen Herrscher, sondern eine einzige Partei als Repräsentantin des Volkes installieren möchte. Beide Versionen kommen beispielsweise in autoritären Staaten zum Tragen, in denen den politischen Führern das Fundament einer kohärenten oder gar totalitären Doktrin fehlt. Drittens ist der Catch-All-Pragmatismus der nicht oder nur schwach ideologisch verorteten Parteien zu nennen, die sich in der Hinwendung zum „gesamten Volk“ der Vagheit dieses Begriffs bedienen. Als vierter Untertypus wird die klassenübergreifende Koalition des „einfachen Volkes“ gegen die Elite genannt. Diese Version ist von den Haupttypen der populistischen Demokratie und des reaktionären Populismus zu unterscheiden. In beiden können ebenfalls solche Koalitionen entstehen. Im Rahmen des Politikerpopulismus wird allerdings populistischer Anstrich verwendet, um genuin nicht verbundene oder gar entgegen gesetzte Interessen unter dem Label des „einfachen Volkes“ miteinander zu vereinen, während in den anderen Fällen echte Interessenkongruenzen bestehen. Als fünfte Version erscheint schließlich der rein taktische Gebrauch von populistischer Rhetorik zur Gewinnung von politischer Gefolgschaft.

Der rein taktische Gebrauch technischer Versatzstücke aus dem Arsenal des Populismus ist insofern ein zweischneidiges Schwert, weil er einerseits geeignet ist, Anhängerschaft zu gewinnen, andererseits jedoch leicht die Anklage des politischen Gegners bzw. der Presse nach sich ziehen kann. Der Politikerpopulismus in dieser letztgenannten Ausprägung ist das dünne Eis oder blanke Parkett, auf dem die Protagonisten in modernen, medial ausgeleuchteten Demokratien zeitweilig mit traumwandlerischer Sicherheit tanzen und gelegentlich unter hämischen Blicken und bissigen Kommentaren ausgleiten.

¹³² Ebd., S. 286.

Zusammenfassung

Wie eingangs der Vorstellung von Margaret Canovans Typologie erwähnt, können ihre Typen kaum absolut trennscharf sein. Es ist vielmehr der Regelfall, dass ein beliebiges Beispiel in mehrere der oben erklärten Kategorien fällt. Kein konkretes Phänomen fällt jedoch in alle Kategorien gleichzeitig. Schon die Betrachtung der diametralen Gegensätzlichkeit von populistischer Demokratie und populistischer Diktatur lässt diesen Befund evident erscheinen. Allerdings wirft diese Feststellung erneut die Frage auf, ob es überhaupt ein einendes Band gibt, welches alle Populismen verbindet. Wie bereits im Unterkapitel zu den Gemeinsamkeiten von populistischen Phänomenen angerissen wurde, lassen sich lediglich wenige übergreifende Gemeinsamkeiten herauskristallisieren. Margaret Canovan rekurriert auf zwei Aspekte. Dabei handelt es sich um den Volksbezug und die Elitenskepsis. Beide Gesichtspunkte sind jedoch im höchsten Maße vage bzw. changieren so stark, dass sich die Frage nach der grundsätzlichen wissenschaftlichen Brauchbarkeit des Populismus-Begriffs stellen muss. Vielleicht würde sich tatsächlich kein Wissenschaftler eine Bezeichnung einfallen lassen, um so disparate Phänomene damit zu benennen, aber da er nun einmal existiert und sowohl von Forschern in der wissenschaftlichen Diskussion als auch von Journalisten und „dem Volk“ verwendet wird, erscheint es notwendig und sinnvoll, seinen Bedeutungsgehalt möglichst exakt zu bestimmen, um seiner Verwendung weniger Missverständnisse folgen zu lassen.

Karl Rohe schrieb, Begriffe seien Konventionen,¹³³ und so stellt der Abschluss dieses Kapitels eine Schau unterscheid- und kontrastierbarer Typen von Populismus dar, deren Nomenklatur in dieser Arbeit maßgeblich sein soll. Bewusst verzichtet diese Typologie auf einen Merkmalskatalog, da dieser eine scheinbar mathematische Genauigkeit im Zuge des „Abhakens“ bestimmter Kriterien um den Preis der Anfälligkeit eines Kartenhauses erwerben muss. Die Zuordnung eines Phänomens droht dann an der Nichterfüllung eines einzigen Kriteriums zu scheitern. Der gut aufbereitete Merkmalskatalog den beispielsweise Florian Hartleb in seiner Untersuchung anführt¹³⁴ kann sicherlich dienlich sein, uns Strukturen zu geben, anhand derer wir Phänomene beurteilen können. Aber er unterliegt naturgemäß Beschränkungen, welche die hier gewählte und stark am semantischen Wert orientierte Typologie überwinden kann.

¹³³ Karl Rohe: Politik. Begriff und Wirklichkeit, Berlin 1994, S.54.

¹³⁴ Florian Hartleb: Rechts- und Linkspopulismus. Eine Fallstudie anhand von Schill-Partei und PDS, Wiesbaden 2004, S. 106-108.

Die erwähnte Merkmalsliste bezieht sich – ganz im Sinne des von Florian Hartleb untersuchten konkreten Gegenstandes – auf Parteien, was die Anwendbarkeit auf nicht-parteilich organisierte Bewegungen zumindest in Frage stellt. Unter den Merkmalen einer populistischen Partei werden u. a. „Partei einer abgrenzbaren Wir-Gruppe“ und „One-issue-Partei“ angeführt,¹³⁵ was den Politikerpopulismus aus der Mitte einer Catch-All-Volkspartei aus dem Gesichtsfeld der Untersuchung geraten lassen würde.

Die Gliederung in populistische Diktatur, populistische Demokratie, reaktionären bzw. reaktionalen Populismus und Politikerpopulismus ist imstande, die große Bandbreite des aktuellen Populismus abzudecken und Unterschiede zu verdeutlichen. Es wird unter Verweis auf das vorliegende Erkenntnisinteresse bezüglich moderner, etablierter demokratischer Verfassungsstaaten auf die drei agrarischen Populismen, welche Margaret Canovan in ihrem Werk als soziologische und nicht politische Typen anführt, verzichtet.

In einem sehr viel später erschienen Aufsatz hat die Autorin sehr treffend festgestellt, dass zwar in der Regel sehr große Einigkeit darüber herrsche, *dass* bestimmte Phänomene in die Kategorie Populismus fielen, sehr viel weniger Einigkeit jedoch darüber herrsche, *was* sie denn populistisch mache.¹³⁶ Auf die beiden Fälle von nach politischer Macht strebenden Populisten, die in den folgenden Kapiteln betrachtet werden, trifft das ebenfalls zu. Es findet sich wohl kaum ein Autor, welcher der LPF unter Pim Fortuyn oder der FPÖ unter Jörg Haider das Prädikat „populistisch“ absprechen würde, schwieriger wird es allerdings bei der Begründung dieses Labels und vor allem der Analyse und Bewertung der realen Geschehnisse und Potentiale.

Jeweils am Ende der beiden folgenden Kapitel wird der Versuch unternommen, eine Einordnung der beiden untersuchten konkreten Phänomene anhand der vorgestellten Typologie vorzunehmen. Die Auslotung und grundsätzliche Bewertung der Potentiale von Populismus in Bezug auf die Stabilität und Qualität von etablierten demokratischen Verfassungsstaaten erfolgt dann in den Kapiteln 5 und 6.

¹³⁵ Ebd., S. 108.

¹³⁶ Margaret Canovan: *Trust the People! Populism and the Two Faces of Democracy*, in: *Political Studies* 47 (1) 1999, S. 2-16, S. 3.

3. Fallbeispiel I: Die FPÖ unter Jörg Haider in Österreich

3.1 Vorgeschichte der Alpenunruhen

Das Bild von aus dem Boden schießenden Pilzen findet sich regelmäßig in den Beschreibungen des schnellkräftigen Aufkommens und Erstarkens von Bewegungen und Parteien mit populistischem Charakter. Es kann auch auf das österreichische Beispiel angewandt werden. Unter der Führung Jörg Haiders schnellten die Wahlerfolge der FPÖ eruptionsartig in die Höhe. Doch im Gegensatz zu vielen anderen Phänomenen dieser Art hat die österreichische Trägerpartei des populistischen Impulses eine lange Vorgeschichte. Weder die ebenfalls in dieser Arbeit ausführlich besprochene LPF noch die „Dänische Volkspartei“, die „Lega Nord“, der „Vlaams Blok“ bzw. „Vlaams Belang“ oder auch der „Front National“ verfügen über eine so klar nachzuvollziehende organisatorische Kontinuität wie die „Wahlpartei der Unabhängigen“ (WdU) bzw. „Freiheitliche Partei Österreichs“ (FPÖ). Anders als manche der Form halber mit dem Anstrich einer Partei versehene „Wahlkampfmaschine“ unter dem Kommando des charismatischen Führers handelt es sich bei Jörg Haiders Vehikel zur Macht um eine Traditionspartei in der nationalen Parteienlandschaft.

Für das Verständnis des Werdegang der FPÖ hinter ihrem Zugpferd Jörg Haider erscheint es unerlässlich, die Gegebenheiten und Besonderheiten der politischen Strukturen Österreichs in der gebotenen Knappheit darzustellen.

Genese und Grundzüge des politischen Systems

Die Demokratie kam nach Österreich als Resultat des Sieges fremder oder als fremd empfundener Armeen. Die Demokratie kam von außen – und nicht von innen als Ergebnis einer erfolgreichen Revolution.¹³⁷

¹³⁷ Anton Pelinka u. Sieglinde Rosenberger: *Österreichische Politik*, Wien 2007, S. 22.

Österreich kann im Vergleich mit seinen europäischen Nachbarn, vor allem auch mit dem anderen Fallbeispiel Niederlande, als Spätentwickler in den Bereichen Demokratisierung, Verfassungsstaatlichkeit und Parlamentarismus gesehen werden. Nachdem sich die spät-absolutistisch regierenden Habsburger 1849 noch gegen das von der verfassungsgebenden Versammlung verabschiedete, ihre Macht begrenzende Dokument wehren konnten, führten erst die Niederlagen gegen Piemont und Frankreich 1859 bzw. Preußen und Italien 1866 zur entscheidenden Schwächung des Regimes, welches sich zu Konzessionen gezwungen sah.

Die 1867 eingeräumten Autonomierechte für Ungarn, die Slowakei, Kroatien, Rumänien und des Burgenland stehen am Beginn einer Verfassung, die als österreichischer „Pseudo-Parlamentarismus“ bezeichnet wurde¹³⁸ und bis 1918 Bestand hatte. Der Reichsrat, ein Zweikammerparlament, stand der vom Kaiser ernannten Regierung mit einem Ministerpräsidenten an ihrer Spitze gegenüber. Die erste Adelskammer und die zweite, nach ungleichem¹³⁹ Männerwahlrecht gewählte, Abgeordnetenversammlung hatten allerdings wenig Einfluss auf das Regierungshandeln. Nicht nur ging die Regierung nicht aus dem Parlament hervor, sondern letzteres besaß auch kein Abberufungsrecht, während erstere mittels reichlich erlassener Notverordnungen an der Legislative vorbei regieren konnte. Insofern rechtfertigt das absolute Primat der kaiserhörigen Regierung über die anderen Verfassungsorgane die Abrede einer echten Verfassungsstaatlichkeit. Auch die demokratische Komponente erfuhr erst nach vierzig Jahren mit der Einführung eines allgemeinen und gleichen Männerwahlrechts im Verfahren einer absoluten Mehrheitswahl eine Aufwertung.

Drei Lager

Obwohl in der Phase der konstitutionellen Monarchie dem Parlament nur geringe Machtbefugnisse zuwuchsen, entwickelte sich nach der so genannten „liberalen Ära“ in den letzten beiden Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts ein modernes Parteiensystem, das sich aus fest gefügten, weltanschaulich geprägten Lagern rekrutierte, welche die zukünftigen politischen Leitlinien bestimmen sollten. Die vormodernen liberalen Klubs, in denen

¹³⁸ Ebd.; S. 23.

¹³⁹ Besitz und Einkommen bestimmten die Steuerleistung der Männer, welche in so genannte „Kurien“ eingeteilt wurden, von denen die wohlhabenden über höhere Stimmgewichte verfügten. Näheres zu den Kurien bei Rainer Nick und Anton Pelinka: *Politische Landeskunde der Republik Österreich*, Berlin 1989, S. 10.

sich der freien Wirtschaft und dem Ausbau der Verfassungsstaatlichkeit verpflichtete Politiker in der Frühphase der konstitutionellen Monarchie lose verbanden, wurden von Parteien abgelöst. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei vertrat seit 1889 das sozialistische Lager und verfolgte einen marxistisch geprägten Wirtschafts- und Gesellschaftsentwurf, welcher mit der Hilfe starker Gewerkschaften und über parlamentarische Wege erreicht werden sollte. Auf dem Fundament der katholischen Soziallehre entstand ein Zusammenschluss städtisch-kleinbürgerlicher und ländlich-bäuerlicher Konservativer zum katholisch-konservativen Lager, welches durch die christlichsoziale Partei vertreten wurde. Neben den wesentlichen Konfliktlinien Bourgeoisie vs. Proletariat und Säkularismus vs. Katholizismus war im Vielvölkerstaat der Habsburger auch die Konfliktlinie zwischen den Nationalitäten prekär. Das deutschnationale Lager bildete demnach die dritte wesentliche Komponente dieser beständigen *Melange à trois*.

Die wirkmächtigste Beschreibung dieser Parteienlandschaft geht auf Adam Wandruszka zurück. Er schuf mit seiner Dreiteilung ein Paradigma der österreichischen Parteienforschung.¹⁴⁰ Diese Dreiteilung in ein christlichsozial-konservatives, ein sozialistisches und ein nationales Lager prägte sowohl die österreichische Politik ein Jahrhundert lang als auch die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Parteienspektrum jahrzehntelang maßgeblich. So konstatierte beispielsweise Anton Pelinka 1978 für Österreich ein aus der personellen und programmatischen Kontinuität resultierendes „hinkendes“ Dreiparteiensystem mit einer konstanten relativen Stärke der drei beteiligten Spieler.¹⁴¹

Republik wider Willen

Das Ende der Monarchie in der Folge der Niederlage im Ersten Weltkrieg machte Österreich schließlich zu einer Republik wider Willen. Denn die deutschsprachigen Abgeordneten aller drei Lager hatten nach der Abdankung des Kaisers zwar die Republik „Deutschösterreich“ ausgerufen und im gleichen Zug den Anschluss an Deutschland erklärt, wurden jedoch von den Siegermächten im Vertrag von St. Germain 1919 auf die

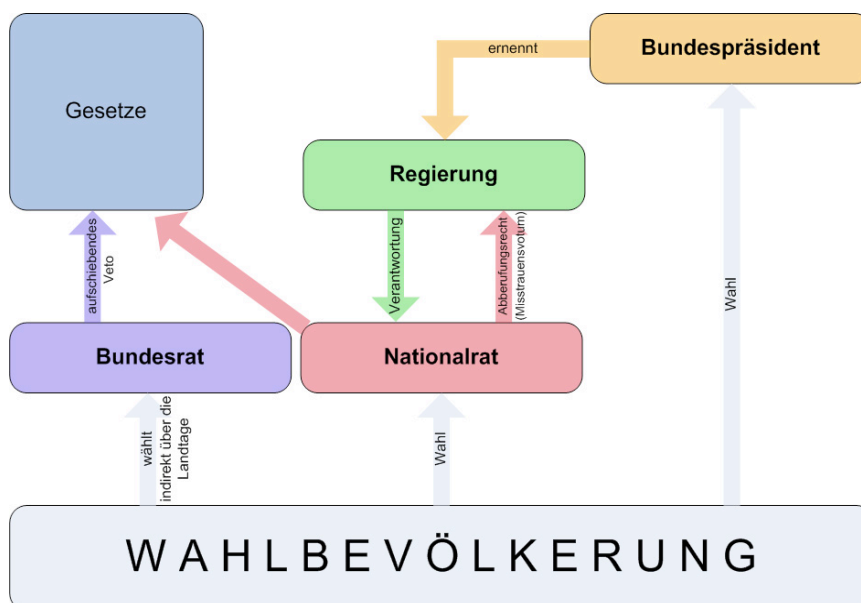
¹⁴⁰ Adam Wandruszka: *Österreichs politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen*, in: Heinrich Benedikt (Hrsg.): *Geschichte der Republik Österreich*, Wien 1954, Nachdruck: München 1977, S. 289-485; S. 291. Ebenso findet sich die Dreigliederung bei Klaus Berchtolds Vorstellung der Parteiprogramme österreichischer Parteien seit dem 19. Jahrhundert in: Ders. (Hrsg.): *Österreichische Parteiprogramme 1868-1966*, München 1967.

¹⁴¹ Anton Pelinka: *Österreich*, in: Joachim Raschke (Hrsg.): *Die politischen Parteien in Westeuropa*, S. 412-432, S. 412.

Eigenstaatlichkeit Österreichs verpflichtet. Das Verbot des Anschlusses führte zum Rückzug der Deutschnationalen aus der provisorischen Allparteienregierung, wo fortan die Sozialdemokratische Arbeiterpartei und die Christlichsozialen einen stark konsensorientierten Kurs verfolgten. So stellte das 1920 verabschiedete Bundesverfassungsgesetz einen Kompromiss zwischen den Forderungen der beiden Lager dar. Der Wunsch nach starken Autonomierechten der Bundesländer und einem echten Zweikammerparlamentarismus mit einem starken Staatsoberhaupt an der Spitze auf christlichsozialer Seite konfigurierte mit den Wünschen nach Einheitsstaatlichkeit und Verzicht auf ein starkes Staatsoberhaupt bei den Sozialdemokraten. Demzufolge wurde Österreich zwar ein Bundesstaat, doch blieben die Länderkompetenzen ebenso schwach entwickelt wie die Befugnisse des Bundesrates und des Bundespräsidenten. Letzterer erfuhr in der Novelle von 1929 insofern eine Aufwertung, als dass er nunmehr vom Volk direkt gewählt wurde und das Recht erhielt, die Regierung zu ernennen und zu entlassen, wobei sie weiterhin dem Nationalrat, der wesentlichen Kammer des Parlamentes, verantwortlich blieb.

So bildet die Verfassung von 1920 mit der Novelle von 1929 auf der Grundlage des 1919 eingeführten und auf Frauen ausgeweiteten allgemeinen, freien und gleichen Verhältniswahlrechts die heute wieder gültige Grundstruktur des österreichischen politischen Systems. Es lässt sich als parlamentarische Demokratie mit präsidentiellen Elementen und als zentralistischer Bundesstaat mit einem unechten Zweikammersystem beschreiben.¹⁴²

Abbildung 2: Schema des politischen Systems Österreichs



¹⁴² Diese Zusammenfassung geht zurück auf Pelinka/Rosenberger 2007, S. 29.

Von der autokratischen zur totalitären Herrschaft

Das Ende der ersten Österreichischen Republik wurde eingeläutet durch ein zunehmendes Auseinanderdriften der oben beschriebenen Lager. Die mangelnde Integrationskraft des Staates wurde ersetzt durch Loyalität der Bevölkerungsteile zu den Lagern und ihren organisatorischen Exponenten. Neben den Parteien und Gewerkschaften handelte es sich bei diesen auch um Wehrverbände, die sich in den späten 1920er und 1930er Jahren aufzurüsten begannen. Zu der zuweilen bürgerkriegsähnlich anmutenden Bedrohung der Republik von innen trat mit dem Erstarren des Nationalsozialismus in Deutschland auch eine Bedrohung von außen. 1933 löste der christlichsoziale Bundeskanzler Engelbert Dollfuß den Nationalrat auf und begann mit Verordnungen zu regieren. 1934 wurde der Republikanische Schutzbund, welcher sich als Vertreter der Sozialdemokratie als Verteidiger der republikanischen Ordnung verstand, in einem Bürgerkrieg von Armee, Polizei und christlichsozialen Wehverbänden besiegt. In der Folge erklärte die Regierung Dollfuß die Vaterländische Front als Nachfolgerin der Christlichsozialen Partei zur Einheitspartei und installierte einen autoritären Ständestaat. Dieser verband Elemente des italienischen Faschismus' und das Konzept einer berufsständischen Ordnung der katholischen Soziallehre.¹⁴³ Die demonstrative Unterstützung des Dollfuß-Regimes durch Italien hinderte die deutschen Nationalsozialisten daran, den Putsch der österreichischen NSDAP, in dessen Verlauf Dollfuß erschossen wurde, durch offenes Eingreifen zu unterstützen.

So kam es erst mit vierjähriger Verzögerung und einer ebenso langen Phase des autoritären Regimes zum Anschluss Österreichs an das nationalsozialistische Deutschland und damit zur Übernahme der totalitären Herrschaftsstruktur. Kurt Schuschnigg, der Nachfolger von Engelbert Dollfuß, trat zurück, und Österreich wurde der NS-Herrschaft unterstellt. Die mangelhafte Aufarbeitung dieses Teils der österreichischen Geschichte wirkt bis heute immer wieder in politischen Auseinandersetzungen des Landes nach.¹⁴⁴

¹⁴³ Vgl. ebd., S. 31.

¹⁴⁴ Die „Waldheim-Affäre“ ist nur einer der großen Anlässe für Aufregungen im Rahmen der österreichischen Vergangenheitsbewältigung gewesen. Eine Vielzahl von Publikationen befasst sich mit der (unzureichenden) Verarbeitung der historischen Bruchlinien in Österreich. So bspw. Heidemarie Uhl: *Zwischen Versöhnung und Verstörung. Eine Kontroverse um Österreichs historische Identität fünfzig Jahre nach dem „Anschluss“*, Wien 1992 oder Anton Pelinka, Hubert Sickinger u. Karin Stögner (Hrsg.): *Kreisky – Haider. Bruchlinien österreichischer Identitäten*, Wien 2008.

Die Zweite Republik

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, war es für die österreichische Politik vorrangig, Österreich als Besatzungsoffer und nicht als besiegten Staat eingeordnet zu sehen. Die Vertreter der Lager riefen als Repräsentanten von Parteien die zweite Republik aus. Ein Anschluss an Deutschland wurde von den Siegermächten zwar auch nach dem Zweiten Weltkrieg ausgeschlossen, doch hätte es aus dem oben genannten Grund, für dieses Verbot kaum eine Notwendigkeit gegeben. Die Republik erhielt zwar erst im Staatsvertrag des Jahres 1955 ihre volle Souveränität, doch konnten die österreichischen Regierungen und Parlamente de facto bereits seit dem zweiten Kontrollabkommen des Jahres 1946 weitgehend unabhängig die Geschicke des jungen Staates lenken. Dieses Abkommen legte fest, dass die zuvor erhobenen Kontrollansprüche des Alliierten Rates sich nicht mehr auf jedes Gesetz sondern lediglich noch auf Verfassungsgesetze erstrecken sollten. Wegen der notwendigen Einstimmigkeit der im Alliierten Rat vertretenen Besatzungsmächte und des aufkommenden Ost-West-Konfliktes kam aus diesem – blockierten – Gremium wenig Widerstand gegen das Vorhaben, auf der Grundlage der ersten Verfassung von 1920 bzw. ihrer Novelle aus dem Jahr 1929 die österreichische Republik zu erneuern.

Diese Erneuerung fand insofern unter veränderten Vorzeichen statt, als dass die Zweite Republik im Gegensatz zur Ersten nicht als Provisorium verstanden wurde. Hatte man damals in der Mehrheit der Bevölkerung und der politischen Eliten den Übergang von der Habsburger Monarchie in ein großdeutsches Reich erwartet, so gehörten diese Vorstellungen nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr zum gesellschaftlichen Mainstream. Anders als in der Ersten Republik hielt der Konsens zwischen den beiden großen Lagern der Sozialdemokratie und des katholischen Konservatismus. Gemeinsam errichteten diese beiden Hauptakteure nicht nur einen überbordend stark ausgeprägten Parteienstaat sondern flankierten diesen zudem mit einer Sozialpartnerschaft, welche die starke Konkordanzneigung des Systems Österreich zusätzlich unterstrich. Damit wurden innere Konfliktlinien im Konsensverfahren nachhaltig befriedet und sowohl die Machtverteilungskämpfe als auch das Ringen um Zugang zu den Schaltstellen des Systems mittels Beteiligungsgarantien entschärft. Die „immerwährende Neutralität“ Österreichs, die als Zugeständnis an die Sowjetunion im Alliierten Rat ihren Ausgangspunkt genommen hatte und nach Abzug der Besatzungstruppen am 26. Oktober 1955 im Bundesverfas-

sungsgesetz verkündet wurde,¹⁴⁵ entwickelte sich zu einem Identität stiftenden äußeren Merkmal der jungen Republik. Die baldmöglichst nach dem Staatsvertrag beantragte UN-Mitgliedschaft stellte ebenso wie die Aufnahme in den Europarat einen wichtigen Schritt in Richtung internationaler Anerkennung dar. Bereits mit der Annahme des ERP¹⁴⁶ in der unmittelbaren Nachkriegszeit hatte sich Österreich dabei nach Westen orientiert.

Dass die Österreicher sich in den Jahren des Bestehens der Zweiten Republik zunehmend als eigene Nation empfanden, ließ das vormals populäre Diktum vom „zweiten deutschen Staat“ weit in den Hintergrund rücken.¹⁴⁷ Die Entwicklung eines eigenen Nationalbewusstseins¹⁴⁸ und ein klares Bekenntnis der Lager zum neuen österreichischen Staat bedeuten die wesentlichen Neuerungen nach 1945, während sowohl die Verfassungsstruktur als auch das Parteiensystem enorme Kontinuitätslinien zeichneten. Die Mentalität der Lagerzugehörigkeit stellte, ähnlich wie im zweiten Fallbeispiel Niederlande die Bindungskraft der Säulen, in Verbindung mit der Kooperationswilligkeit der Spitzenfunktionäre eine wesentliche Grundlage für die Entwicklung konkordanzdemokratischer Züge dar. Diese halfen die jeweiligen Demokratien trotz fraktionierter Gesellschaften zu stabilisieren.

Das dritte Lager in der Zweiten Republik

Berücksichtigt man die 1949 erstmals bei den Nationalratswahlen angetretene WdU bzw. den „Verband der Unabhängigen“ (VdU) als Vorgängerorganisation der seit 1956 unter dem Namen „Freiheitliche Partei Österreichs“ (FPÖ) firmierenden politischen Kraft, ergibt sich eine bis in die unmittelbare Nachkriegszeit zurückreichende organisatorische Kontinuität. Ideologisch lassen sich die Kontinuitäten, wie aufgezeigt, noch weiter, bis ins 19. Jahrhundert, zurückverfolgen. Die Gründer und Wähler der Nachkriegszeit entstammen aus einem festen Lager, welches Anton Pelinka deutschnational nennt und fest verwurzelt in der österreichischen Variante der NSDAP sieht.¹⁴⁹ In der Gründungsphase

¹⁴⁵ Hierzu bspw. Nick/Pelinka 1989, S. 17f.

¹⁴⁶ European Recovery Program; bekannt auch als Marshall-Plan.

¹⁴⁷ Vgl. Pelinka/Rosenberger 2007, S. 61.

¹⁴⁸ Zur Zunahme des Nationalbewusstseins auch Nick/Pelinka 1989, S. 8f.

¹⁴⁹ Anton Pelinka: *Die FPÖ: Eine rechtspopulistische Regierungspartei zwischen Adaption und Opposition*, in: Susanne Frölich-Steffen u. Lars Rensmann (Hrsg.): *Populisten an der Macht*, Wien 2005, S.87-104, S. 95-98.

des VdU wurde dieser zwar noch als vierte Partei neben SPÖ, ÖVP und KPÖ wahrgenommen. Doch bald danach verfiel begründet durch die schwindende Bindungskraft der marginalisierten KPÖ¹⁵⁰ die Rede von der „Dritten Kraft.“ Damit entsprach die Parteienlandschaft wieder der von Adam Wandruszka so bezeichneten „natur- und gottgewollten Dreiteilung Österreichs.“¹⁵¹ Es lohnt sich, bis in diese Anfänge der FPÖ zurück zu blicken, um ihre besondere Stellung sowohl im nationalen Parteiensystem als auch im Vergleich mit anderen europäischen Trägerparteien populistischen Charakters herauszuschälen.

Der am 26. März 1949 gegründete „Verband der Unabhängigen“ (VdU) konnte wegen fehlender Zustimmung der Alliierten¹⁵² nicht als Partei angemeldet werden, weshalb man unter dem Namen „Wahlpartei der Unabhängigen“ (WdU) eine Bestimmung des Alliierten Rates vom 9. September 1949 ausnutzte, wonach Gruppen ohne Parteiorganisation gemäß dem österreichischen Wahlgesetz frei an den Wahlen teilnehmen durften.¹⁵³

Der sich als nationalliberale Opposition positionierende VdU stellte nach dem zweiten Weltkrieg ein Auffangbecken für Nationalsozialisten, Vertriebene und Kriegsheimkehrer dar. Diese bildeten einen starken nationalen Flügel innerhalb einer Kleinpartei, die kaum in der Lage war, einen Ausgleich zwischen Liberalismus und Nationalismus herzustellen. Begünstigt einerseits durch die SPÖ, die sich von einem nationalliberalen Lager eine Schwächung der ÖVP versprach, und andererseits durch die mangelnde Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit, fand die WdU den Weg ins österreichische Parlament. Adam Wandruszka wertete die frühen, trotz mangelnder Ressourcenausstattung errungenen Erfolge des VdU bzw. der WdU als „Bestätigung für die Zähig-

¹⁵⁰ Die KPÖ erreichte bei der Nationalratswahl 1956 mit 4,4 Prozent der abgegebenen Stimmen letztmals Sitze (3) im Parlament und musste danach einen stetigen Stimmanteilsverlust hinnehmen. Letztmals errang sie 1979 mehr als 1 Prozent. Zahlen aus: Fritz Plasser und Peter A. Ulram (Hrsg.): *Wahlverhalten in Bewegung. Analysen zur Nationalratswahl 2002*, Wien 2003, S. 194.

¹⁵¹ Adam Wandruszka: *Österreichs politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen*, in: Heinrich Benedikt (Hrsg.): *Geschichte der Republik Österreich*, Wien 1954, Nachdruck: München 1977, S. 289-485, S. 291.

¹⁵² Die Alliierten hatten Einstimmigkeit bei der Zulassung von Parteien vereinbart. Laut Klaus Berchtold hegen vor allem die amerikanischen Besatzer Bedenken, dass im VdU ehemalige Nationalsozialisten isoliert und zu einer Fundamentalopposition geformt würden, während die russische Besatzungsmacht sich eine Schwächung von SPÖ und ÖVP erhoffte. Vgl.: Klaus Berchtold (Hrsg.): *Österreichische Parteiprogramme 1868-1966*, München 1967, S. 93.

¹⁵³ So bei Knut Lehmann-Horn: *Die Kärntner FPÖ 1955-1983. Vom Verband der Unabhängigen (VdU) bis zum Aufstieg von Jörg Haider zum Landesparteiobmann*, Klagenfurt 1992, S. 41.

keit der traditionellen [...] drei Lager.“¹⁵⁴ Als nach Anfangserfolgen die Zustimmung schwand, und nach den Wählern auch viele der Mitglieder zu den beiden großen Volksparteien SPÖ und ÖVP überwechselten, eskalierten die internen Auseinandersetzungen. Nach der zwischenzeitlichen Abspaltung einer „Freiheitlichen Sammlung Österreichs“ (FSÖ) 1953 und der Gründung einer „Freiheitspartei“ (FP) Anfang des Jahres 1955, gelang Ende 1955 die Einigung auf ein gemeinsames Kurzprogramm¹⁵⁵ unter dem neuen Label FPÖ. Der konstituierende Parteitag fand im April 1956 statt.¹⁵⁶ Knut Lehmann-Horn beschreibt den Übergang zur FPÖ in Kärnten zwar als „friktionslos“, konzediert allerdings in den anderen Landesverbänden intensiver ausgefochtene Streitigkeiten.¹⁵⁷

Jahrelang blieb die Partei ein Splitter am nationalen Rand eines von lediglich zwei Parteien dominierten Spektrums. Kein österreichischer Nationalrat bestand in den fast drei Jahrzehnten zwischen 1959 und 1986 aus mehr als drei Fraktionen. Dabei besetzten die Abgeordneten der beiden großen Volksparteien zu jedem Zeitpunkt gemeinsam mehr als neun von zehn Parlamentssitzen. Von 1945 bis 1966 regierten ununterbrochen große Koalitionen unter ÖVP-Führung, bis Josef Klaus in seiner zweiten Legislaturperiode einer ÖVP-Alleinregierung vorstand. Die tabellarische Zusammenstellung veranschaulicht einerseits die Dominanz von SPÖ und ÖVP im Zweieinhalbparteiensystem bis 1990 und andererseits die Erosion ihrer Bindungskraft in den beiden zurückliegenden Jahrzehnten.

¹⁵⁴ Adam Wandruszka: *Österreichs politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen*, in: Heinrich Benedikt (Hrsg.): *Geschichte der Republik Österreich*, Wien 1954, Nachdruck: München 1977, S. 289-485, S. 419.

¹⁵⁵ Das 15 Punkte umfassende Programm, welches am 03. November 1955 beschlossen wurde, findet sich bei Klaus Berchtold (Hrsg.): *Österreichische Parteiprogramme 1868-1966*, München 1967, S. 492/493 und wurde bereits 1957 durch ein wesentlich umfangreicheres Programm abgelöst: Ebenda, S. 494-509.

¹⁵⁶ Zu diesen Vorgängen: Klaus Berchtold (Hrsg.): *Österreichische Parteiprogramme 1868-1966*, München 1967, S. 94-98.

¹⁵⁷ Knut Lehmann-Horn: *Die Kärntner FPÖ 1955-1983. Vom Verband der Unabhängigen (VdU) bis zum Aufstieg von Jörg Haider zum Landesparteiobmann*, Klagenfurt 1992, S 77-83.

Abbildung 3: Zusammensetzungen des Nationalrats der Zweiten Österreichischen Republik

Jahr	Angetretene Parteien	Parteien im Parlament	Sitzanteil von ÖVP und SPÖ		Regierung
1945	4	3	161/165	97,6%	ÖVP/SPÖ/KPÖ
1949	10	4	144/165	87,3%	ÖVP/SPÖ
1953	11	4	147/165	89,1%	ÖVP/SPÖ
1956	10	4	156/165	94,5%	ÖVP/SPÖ
1959	5	3	157/165	95,2%	ÖVP/SPÖ
1962	5	3	157/165	95,2%	ÖVP/SPÖ
1966	7	3	159/165	96,4%	ÖVP
1970	7	3	159/165	96,4%	SPÖ
1971	5	3	173/183	94,5%	SPÖ
1975	6	3	173/183	94,5%	SPÖ
1979	5	3	172/183	94,0%	SPÖ
1983	8	3	171/183	93,4%	SPÖ/FPÖ
1986	8	4	157/183	85,8%	SPÖ/FPÖ ab 1987 SPÖ/ÖVP
1990	11	4	140/183	76,5%	SPÖ/ÖVP
1994	13	5	117/183	63,9%	SPÖ/ÖVP
1995	9	5	123/183	67,2%	SPÖ/ÖVP
1999	9	4	113/183	61,7%	ÖVP/FPÖ
2002	9	4	148/183	80,9%	ÖVP/FPÖ
2006	12	5	134/183	73,2%	SPÖ/ÖVP
2008	15	5	108/183	59,0%	SPÖ/ÖVP
Durchschnitt	8,45	3,75	155,21/183	84,8%	

Daten aus: Plasser/Ullrich (Hrsg.): *Wahlverhalten in Bewegung. Analysen zur Nationalratswahl 2002*, Wien 2003, S. 195, sowie: <http://www.bmi.gv.at/wahlen/> (19.12.2008) und <http://www.austria.gv.at/> (15.01.2009).

Erstmals konnte die FPÖ nach einer unter dem Obmann Friedrich Peter vollzogenen liberalen Kurskorrektur an Bedeutung gewinnen. Peter selbst scheiterte allerdings am parteiinternen Widerstand als er sich 1970 entschloss, die SPÖ-Minderheitsregierung unter Bruno Kreisky zu stützen. Sein Nachfolger, Alexander Götz, gab wieder dem nationalen Element den Vorzug vor dem liberalen und verlegte die Partei auf die Rolle einer Opposition zur SPÖ. Sein mangelnder Erfolg und interne Auseinandersetzungen um den Kurs der Partei mündeten in den Vorsitz Norbert Stegers, welcher ab 1980 der Partei ein neues Gesicht gab. Die Wiederannäherung an die SPÖ, die Aufnahme neuer Themen, wie Kernkraft und Ökologie, und die Reliberalisierung der parteilichen Gesamtausrichtung führten nicht nur zu einer Aufnahme in die Liberale Internationale, sondern machten die FPÖ 1983 auch zum Juniorpartner in einer von der SPÖ geführten Bundesregierung unter Fred Sinowatz, welcher Bruno Kreisky als Bundeskanzler ablöste.

Steger führte die Partei so zwar aus dem politischen Abseits, stieß allerdings auf vehementen Widerstand und Kritik aus den eigenen Reihen. Als Koalitionspartner musste die FPÖ Politiken mittragen, die sie in der Opposition jahrzehntelang bekämpft hatte. Die Führung der Partei verlor den Rückhalt der Wähler und in den eigenen Reihen. Eine der lautesten Stimmen gegen den Kurs Stegers gehörte dem jungen Kärntner, Jörg Haider, welcher sich in dieser frühen Phase seiner politischen Karriere noch als Sozialpolitiker zu profilieren suchte, dabei jedoch gehörigen Abstand zum linken Flügel der Partei hielt.¹⁵⁸ Der Parteivorsitzende war zu einem Schaukelkurs gezwungen, um einen fast unmöglichen Ausgleich zwischen Koalitionsinteressen und den Anliegen des nationalen Flügels herzustellen.

Haider übernimmt die Führung

Zum „Putsch“ kam es 1986 auf dem Innsbrucker Parteitag der FPÖ als Jörg Haider die Konfrontation mit der alten Führung suchte und obsiegte. In einer handstreichartigen Aktion gelang es Haider, den von Steger designierten Nachfolger für den Parteivorsitz, Helmut Krünes, auszubooten und sich selbst an die Spitze der FPÖ zu hieven.¹⁵⁹ Die wahrscheinlich auch durch diesen Eklat genährte persönliche Abneigung zwischen Ste-

¹⁵⁸ Gerhard Hertel: *Populisten auf dem Vormarsch? Analyse der Wahlsieger in Österreich und der Schweiz*, München 2000, S. 13.

¹⁵⁹ Ebd., S. 13-15.

ger und Haider ließ letzteren dreizehn Jahre später im Blick auf die Geschichte seiner Partei behaupten, die Ära Steger sei „das Schlimmste“ gewesen,¹⁶⁰ während der ehemalige Parteivorsitzende seinen Nachfolger als narzisstisch und manisch-depressiv charakterisierte und dessen Öffentlichkeitssucht als „Mikrofon-Nymphomanie“ titulierte.¹⁶¹

Laut Michael Morass und Helmut Reischenböck vollzog die FPÖ im Herbst 1986 einen dreistufigen Wandel, der innerhalb von elf Wochen aus einer unter Popularitätseinbußen leidenden Juniorpartnerin der SPÖ ein Sammelbecken für die Gegner der etablierten Größen des österreichischen Parteiensystems machte.¹⁶² Nach der Wahl Haiders auf dem Innsbrucker Parteitag am 13. und 14. September wandelte die FPÖ sich zur „Haider-Partei.“¹⁶³ Als solche nahm sie den Kampf gegen die „Altparteien“ auf. Der neue Mann an der Spitze dieser traditionsreichen Partei, die über Jahrzehnte die Repräsentantin des national-liberalen Lagers dargestellt hatte, ignorierte bei seinen Angriffen die begonnene Einbindung der FPÖ in das von ihm angeprangerte Machtkartell.

¹⁶⁰ Christa Zöchling: *Haider. Eine Karriere*, Wien 1999, S. 118.

¹⁶¹ Hertel 2000, S. 13. Dabei stehen Haiders Äußerungen in einem eklatanten Widerspruch zu seinen versöhnlichen Dankesworten an den Vorgänger, die er 1986 auf dem Parteitag gefunden hatte und welche sich in den integrativen Charakter seiner Rede einfügten. Vgl.: Jörg Haider: *Antrittsrede des neugewählten Bundesparteiobmannes Dr. Jörg Haider auf dem Ordentlichen Bundesparteitag am 14. September 1986 in Innsbruck*, Wien 1986, S. 3f bzw. S. 19.

¹⁶² Michael Morass u. Helmut Reischenböck: *Parteien und Populismus in Österreich*, in: Pelinka 1987, S. 36-59.

¹⁶³ Ebd., S. 40.

3.2 Jörg Haiders FPÖ auf dem Weg zum Gipfelkreuz

Die FPÖ war bis 1986 eine nationalliberale Honoratiorenpartei. Ich wollte aus ihr eine politische Bewegung machen, die Reformen durchsetzt und die das politische System erneuert.

Jörg Haider¹⁶⁴

Strategie der Selbstisolierung

Als kleine Koalitionspartnerin der SPÖ hatte sich die FPÖ seit 1983 unter Norbert Steger nach langem Verharren in der Opposition gerade erst in die Reichweite der Hebel zur Ämtervergabe manövriert. Doch die sinkenden Zustimmungswerte der FPÖ hatten Haider auf einen innerparteilichen Oppositionskurs schwenken lassen. Er prangerte „Parteibuchwirtschaft“ und „Privilegien“ der politischen Kaste an, gab sich in der medial ausgeleuchteten Öffentlichkeit das Image eines unvorbelasteten *homo novus* und schlüpfte in die Rolle des Fürsprechers der Stimmlosen. Sein Anti-Establishment-Protest manifestierte sich dabei auf der innerparteilichen Bühne ebenso wie auf überparteilichem Parkett. Auf diese Weise gelang es Jörg Haider gegen die innerparteilichen Widerstände den Vorsitz der FPÖ zu übernehmen und ihr Gesicht nachhaltig zu verändern. Den „resignierten Auszug der Liberalen aus der Freiheitlichen Partei“¹⁶⁵ führten Friedrich Peter und Norbert Steger, die beiden ehemaligen Parteiobmänner, an. Das deutsch-nationale Element erfuhr in der Folge eine Akzentuierung.

Dem Ausschluss aus der Liberalen Internationale, in welche die FPÖ 1979 aufgenommen worden war, kam die Partei durch ihren Austritt am 8. Juli 1993 um zwei Tage zuvor.¹⁶⁶

¹⁶⁴ Alfred Worm: *Ein Streitgespräch mit Jörg Haider*, Wien 2005, S. 12.

¹⁶⁵ Vgl. Morass u. Reischenböck unter Berufung auf Johannes Strohmayer in: Pelinka 1987, S. 40.

¹⁶⁶ Vgl. Kai Arzheimer u. Markus Klein: *Liberalismus, Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus in Deutschland und Österreich. Bestandsaufnahme und Zukunftsszenarien*, in: Plasser/Gabriel/Falter/Ullram 1999, S. 31-63; auch bei Brigitte Bailer-Galanda: *Haider wörtlich. Führer in die Dritte Republik*, Wien 1995, S. 21 und Hubert Sickinger: *Jörg Haider*, in: Pelinka/Sickinger/Stögner 2008, S. 111-225, S. 145.

Die zum Teil vorsätzlich inszenierte Isolierung der FPÖ war alles andere als dazu geeignet, den folgenden Aufstieg in der Wählergunst zu behindern. Gleich nach der Übernahme der Führung durch Haider gelang es bei den Nationalratswahlen von 1986 den Stimmenanteil der FPÖ von knapp fünf auf 9,7 Prozent beinahe zu verdoppeln. Die Bildung einer großen Koalition zwischen ÖVP und SPÖ verbannte die „Haider-Partei“ zwar auf die Oppositionsbänke, doch erst aus dieser Position heraus konnte der Anti-Establishment-Impetus überzeugend vorgetragen werden.

Die unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges von den Alliierten unterstützte Allparteienregierung stellte am Beginn der zweiten Republik Österreich eine wesentliche Richtungsentscheidung dar. Ebenso wie Deutschland steuerte Österreich auf das Modell einer Konsensdemokratie zu, übertraf den Nachbarn jedoch noch insofern, als dass eine lange Reihe von Großen Koalitionen und eine mindestens ebenso starke Verflechtung von Wirtschaft und Politik im Rahmen des so genannten „Austrokeynesianismus“¹⁶⁷ fast alle Interessen der Bevölkerung zu bündeln suchte. Anton Pelinka nennt die Zweite Republik einen Parteienstaat im doppelten Sinn, weil diese einerseits den Staat erst geschaffen und sich andererseits jahrzehntlang in einer besonders starken, Struktur gebenden, Funktion befunden hätten.¹⁶⁸ Einzig das Dritte Lager – vertreten durch die FPÖ – blieb (zunächst) außen vor.

Wäre man nach dem selben Muster wie im Nachbarland verfahren, so hätte in der Alpenrepublik – ganz abgesehen von programmatischen Unterschieden – der FPÖ möglicherweise eine ähnliche Rolle zufallen können, wie den liberalen Mehrheitsbeschaffern in der Bundesrepublik Deutschland. Die deutsche FDP kann in den über weite Strecken ebenfalls mit drei Fraktionen besetzten Parlamenten der Bundesrepublik eine beeindruckende Zahl von Regierungsjahren in wechselnden Koalitionen mit der SPD und den Unionsparteien vorweisen. Noch länger währt die Regierungstätigkeit der schweizerischen FDP, wobei diese jedoch von der konkordanzdemokratischen Einrichtung der Quasi-Allparteienregierung profitierte. In Österreich jedoch war das dritte und kleinste Element der parlamentarischen Landschaft wie oben beschrieben, nicht zuletzt aufgrund der Randständigkeit seiner Positionen und seines Personals, weitge-

¹⁶⁷ Anton Pelinka und Sieglinde Rosenberger: *Österreichische Politik. Grundlagen – Strukturen – Trends*, Wien 2007, S. 47-50.

¹⁶⁸ Anton Pelinka: *Vom Glanz und Elend der Parteien. Struktur- und Funktionswandel des österreichischen Parteiensystems*, Innsbruck 2005, S. 15.

hend ausgeschlossen von der politischen Macht und abgeschnitten von den Schalthebeln der Verteilungsmechanismen.

Aus dieser Position heraus konnte Jörg Haider in der Zeit des rasanten Aufstiegs der FPÖ seinen Populismus virtuos ausspielen. Der antielitäre Impetus verfiel ebenso gut, wie der egalitäre Anspruch, welcher für Außenseiter und Underdogs die gebührende Aufmerksamkeit einforderte. Aus einer fundamentaloppositionellen Haltung gegen das Establishment der „Altparteien“ ließ sich gegen „Pfründewirtschaft“ und Verkrustung wettern. Ohne Macht – und damit ohne Verantwortung – konnte sich das selbsternannte Sprachrohr der benachteiligten, ausgebeuteten und klein gehaltenen Ohnmächtigen als Prophet einer neuen – gerechteren – Ordnung gerieren.

Heute Kärnten, morgen ganz Österreich

Als Burg, von der aus der selbsternannte Ritter des Volkes in die Schlachten zog, diente Jörg Haider seine Heimat Kärnten. In diesem Bundesland verfügte die FPÖ im Allgemeinen und der seit 1983 amtierende Landesobmann¹⁶⁹ im Besonderen über eine stabile Basis. Der Stimmanteil der FPÖ lag in Kärnten bei allen Landtagswahlen seit dem Zweiten Weltkrieg über elf Prozent und schnellte unter dem neuen Obmann 1984 auf 16 Prozent in die Höhe. Auch bei Nationalratswahlen fiel die FPÖ in Kärnten nie unter neun Prozent, bevor es Haider 1986 gelang, das Ergebnis von zehn auf fast 21 Prozent zu verdoppeln.¹⁷⁰ Bei den Landtagswahlen des Jahres 1989 wurde die FPÖ mit 29 Prozent der Stimmen zweitstärkste Kraft hinter der SPÖ. Es gelang ihm, mit den Stimmen der ÖVP eine Mehrheit zu generieren, die ihn zum Landeshauptmann¹⁷¹ wählte. Da er das neu gewonnene Amt auszufüllen gedachte, trat Haider zu den Nationalratswahlen 1990 nicht als Spitzenkandidat der FPÖ an, brüskierte jedoch die Parteifreunde Norbert Gugerbauer und Heide Schmidt, indem er im Wahlkampf die Aufmerksamkeit immer wieder auf sich zog, was zwar im Ergebnis seiner Partei nutzte, ihn jedoch als schlechten Mannschaftsspieler überführte.¹⁷²

¹⁶⁹ Der Begriff bezeichnet das Amt des Landesparteivorsitzenden.

¹⁷⁰ Zahlen aus: Knut Lehmann-Horn: *Die Kärntner FPÖ 1955 – 1983. Vom Verband der Unabhängigen (VdU) bis zum Aufstieg von Jörg Haider zum Landesparteiobmann*, Klagenfurt 1992, S. 327 bzw. S. 324.

¹⁷¹ Meint das Amt des Ministerpräsidenten eines österreichischen Bundeslandes.

¹⁷² Vgl. Hubert Sickinger: *Jörg Haider*, in: Pelinka/Sickinger/Stögner 2008, S. 111-225, S. 153.

Schon 1991 verlor Haider das Amt des Landeshauptmanns von Kärnten wieder. Nach einem oft zitierten Zwischenfall im Landtag – er hatte in einer Entgegnung auf einen Einwurf während seiner Rede von der „ordentlichen Beschäftigungspolitik“ im Dritten Reich gesprochen – wählten ihn SPÖ und ÖVP vereint per Misstrauensantrag aus dem Amt.

Diese Abwahl wertet Hubert Sickinger als bedeutende Zäsur in Haiders Verhältnis zu den Vertretern der anderen Parteien. Er konstatiert, dass in Folge dieses zum Mediengrößereignis stilisierten Skandals die Auseinandersetzung zwischen FPÖ und den Regierungsparteien eskaliert sei.¹⁷³ Die Gegner Haiders hofften – vergebens – dass Haider mit diesem verbalen Fauxpas einen entscheidenden und ihn entlarvenden Fehler begangen hätte, der seinen steilen Aufstieg beenden und ihn vollends ins Abseits manövrieren würde. Haider hingegen steuerte seine FPÖ von nun an noch entschlossener auf den Kurs einer Fundamentalopposition zu den Regierungsparteien und stilisierte sich selbst als „Märtyrer der österreichischen Politik.“¹⁷⁴ Die Stimmenzugewinne der FPÖ bei den nachfolgenden Landtagswahlen in der Steiermark, Oberösterreich und Wien waren Ausdruck des Erfolges von Haider, sich als zu unrecht gezeißelter Paria darzustellen. Zudem gelang es ihm, im Schatten des Zerfalls des Sowjetimperiums, die Themen Zuwanderung und nationale Identität zu Zugpferden seiner Kampagne zu machen und damit für alle Parteien auf die Tagesordnung zu setzen. Die 1992 erfolgte Wahl zum Klubobmann¹⁷⁵ unterstrich zudem seine beherrschende Stellung innerhalb der Freiheitlichen Partei.

Unaufhaltsam in der Erfolgsspur

Ungefähr zur Halbzeit des steten Aufstiegs der FPÖ unter ihrem Obmann Haider veröffentlichte dieser seine programmatische Schrift „Die Freiheit, die ich meine. Das Ende des Proporzstaates. Plädoyer für die dritte Republik.“¹⁷⁶ Kurz vor der Wahl des Jahres 1994, die ihm und seiner Partei einen erneuten Stimmenzugewinn von über fünf

¹⁷³ Hubert Sickinger: *Jörg Haider*, in: Pelinka/Sickinger/Stögner 2008, S. 111-225, S. 154f.

¹⁷⁴ Hubertus Czernin: *Der Haider-Macher. Franz Vranitzky und das Ende der alten Republik*, Wien 1997, S. 174.

¹⁷⁵ Der Begriff bezeichnet das Amt des Fraktionsvorsitzenden (im Nationalrat).

¹⁷⁶ Jörg Haider: *Die Freiheit, die ich meine. Das Ende des Proporzstaates. Plädoyer für die Dritte Republik*, Frankfurt a. M./Berlin 1994.

Prozentpunkten bescherte, stellte er sich als vom verfilzten System gegängelt¹⁷⁷ und dennoch unermüdlichen Vorkämpfer für die demokratischen Freiheitsrechte des österreichischen Volkes dar. Seine im letzten Drittel der Schrift mit Vehemenz vorgetragene Kritik an der institutionalisierten europäischen Einigungsbewegung im Rahmen der damaligen EG und dem noch jungen Vertragswerk von Maastricht stellte ihn dabei in klare Gegnerschaft zu den „Altparteien“, welche Österreich zum Beitrittskandidaten gemacht hatten.¹⁷⁸ Zudem korrespondierte die europaskeptische Haltung hervorragend mit seinem Eintreten für den Nationalstaat und dessen Recht und Verpflichtung zur restriktiven Einwanderungs- bzw. „Ausländerpolitik“.¹⁷⁹

In die Zeit des Erscheinens dieser Schrift und den fortgesetzten Aufstieg von Haiders „Bewegung“ fällt allerdings auch die erste Spaltung der FPÖ. Nach den Ereignissen von Innsbruck des Jahres 1986 verließen 1993 ein weiteres Mal Liberale die zunehmend nationale FPÖ. Dieses Mal gründeten sie eine eigene Partei. Unter der Führung von Heide Schmidt bildete sich 1993 das Liberale Forum (LIF) und trat 1994 zur Nationalratswahl gegen die einstigen Mitstreiter an. Auch der langjährige Weggefährte Haiders, Norbert Gugerbauer, verließ die FPÖ. Innerhalb „seiner Partei“ duldete der Aufsteiger Haider keine Konkurrenz neben sich.¹⁸⁰

Mitentscheidend für den Auszug der fünf Nationalratsabgeordneten unter der Führung von Heide Schmidt war Dissens über das von Haider initiierte und medienwirksam inszenierte Volksbegehren „Österreich zuerst“, welches die FPÖ weiter in das nationale Lager rücken ließ und für viel nationales und internationales Aufsehen sorgte. Bei den Nationalratswahlen des Jahres 1994 wurde das Liberale Forum bestätigt, indem die Abspaltung den Einzug in den Nationalrat schaffte. Dieser Erfolg ging jedoch nicht zu Lasten von Haiders FPÖ, die ihren Stimmanteil gegenüber der Wahl von 1990 um weitere knapp sechs Prozentpunkte ausbauen konnte, was zu einer weiteren Minderung des Mandatsanteils der großen Volksparteien führte. Das Aufkommen der seit

¹⁷⁷ Ebd.; die Opferrolle wird besonders anschaulich dargestellt unter der Überschrift „Haider-Rechtsprechung“ (S.139-149) und in Teilen wiederholt auf S. 240-249. Allerdings bleiben Jörg Haiders Anklagen von „Mauscheleien“ und dirigierten Komplotten gegen ihn und seine Mitstreiter immer wieder stichhaltige Belege schuldig. Beispielhaft hierfür sind ein im Wortlaut zitierter Brief, dessen Autor allerdings ungenannt bleibt (S. 102f), und die Auflistung von Missbräuchen sozialstaatlicher Privilegien ohne Nennung der Informationsquellen (S. 150-188, besonders S. 186).

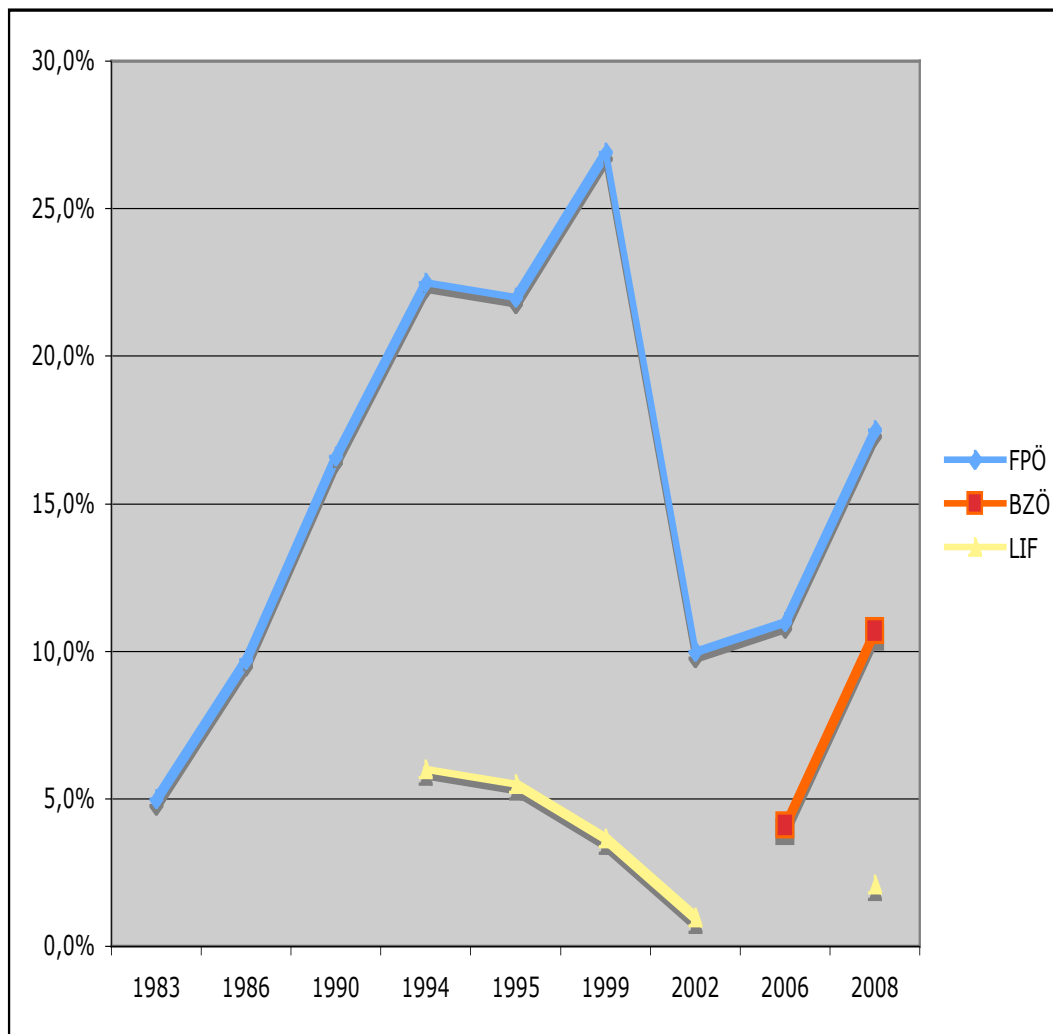
¹⁷⁸ Ebd.; v. a. S. 261-295.

¹⁷⁹ Ebd., S. 250-260.

¹⁸⁰ Christa Zöchling widmet den hier nur kurz angerissenen Verdrängungsprozessen innerhalb der FPÖ ein ganzes Kapitel unter dem Titel: „*Der Ausgrenzer der Parteifreunde*“ in: Christa Zöchling: *Haider. Eine Karriere*, Wien 1999, S. 169-193.

1986 im Nationalrat vertretenen Grünen und die FPÖ-Abspaltung LIF machten aus dem ehemals übersichtlichen Nationalrat eine Versammlung mit nunmehr fünf Parteien.

Abbildung 4: Entwicklung des Stimmanteils der FPÖ und ihrer Abspaltungen bei den Nationalratswahlen zwischen 1983 und 2008¹⁸¹



Als bereits 1995 nach Budgetstreitigkeiten in der auseinander brechenden großen Koalition Neuwahlen nötig wurden, konnten SPÖ und ÖVP zu Lasten von Grünen, LIF und FPÖ ihre Stimm- und Sitzanteile im Nationalrat wieder erhöhen. Bei dieser ersten

¹⁸¹ Das Liberale Forum (LIF) trat zu den Nationalratswahlen 2006 nicht an. In Österreich gilt eine Vier-Prozent-Hürde für den Einzug in den Nationalrat.

Wahl nach dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union stagnierte der Zuspruch für die FPÖ auf nationaler Ebene zum einzigen Mal unter Haider.

Für die Folgezeit konstatiert Hubert Sickinger eine Neupositionierung des Obmanns und den Versuch einer Entideologisierung der Bewegung, in die Haider die FPÖ umzuwandeln getrachtet habe.¹⁸² Sich selbst habe er als Politiker „amerikanischen“ Stils inszenieren und die Partei zu einer Bürgerbewegung umwandeln wollen. Mit einiger Sicherheit stand hinter dem Versuch, sich an die Spitze einer Bewegung anstelle eines starren und zuweilen auch störrigen Parteiapparates zu setzen, der Wunsch, sich zeitintensive Debatten zu ersparen und Bindungen an Parteitagebeschlüsse und Positionspapiere zu lösen.¹⁸³ Zwar sei es gelungen, die Kampagnentechniken amerikanischer Wahlkämpfe zu adaptieren, der Umbau der Partei sei jedoch letztendlich ein Fehlschlag gewesen, so übereinstimmend Hubert Sickinger und Christa Zöchling.¹⁸⁴

Haiders Versuch, durch Auftritte im Rahmen von Auslandsreisen, so genannten „Imagetouren“, sich und seine Partei vom Ruch des Radikalen und Extremen rein zu waschen, verfiel allerdings nur mäßig, weil er immer wieder durch verbale Rückfälle in rechtsradikale und ausländerfeindliche Gefühle seine ursprüngliche Kernwählerschaft zu bedienen suchte.¹⁸⁵ Diese dürfte er durch seinen 1995 propagierten „Abschied von jeglicher Deutschtümelei“ allerdings irritiert haben. Das neue Parteiprogramm von 1997 stellte dann einen Österreich-Patriotismus an die Stelle des Deutschtums, welches die FPÖ jahrzehntelang hochgehalten hatte. Allerdings lassen die weiterführenden Formulierungen des Parteiprogramms keinen Zweifel daran, dass hier weniger ein Paradigmenwechsel als eine strategisch bedingte Neujustierung vorgenommen worden war. Die FPÖ sollte in noch weiteren Kreisen wählbar werden. Man hatte das Potential des angestammten dritten Lagers schon lange ausgeschöpft und suchte sich weiter in die ehemaligen Stammwählerschaften von SPÖ und ÖVP hinein vorzuarbeiten. In diesem Licht kann auch eine wesentlich grundlegendere Neuaufnahme in das Programm gedeutet werden: Als gänzlich neue Komponente im Arsenal der Freiheitlichen tauchte erstmals das „wehrhafte Christentum“ in der Programmatik der traditionell antiklerikalen eingestellten FPÖ auf. Da Türken und andere unerwünschte Immigran-

¹⁸² Hubert Sickinger: *Jörg Haider*, in: Pelinka/Sickinger/Stögner 2008, S. 111-225, S. 175-179.

¹⁸³ Hierzu auch Christa Zöchling: *Haider. Eine Karriere*, Wien 1999, S. 200f.

¹⁸⁴ Hubert Sickinger: *Jörg Haider*, in: Pelinka/Sickinger/Stögner 2008, S. 111-225, S. 179; bzw. Christa Zöchling: *Haider. Eine Karriere*, Wien 1999, S. 203f.

¹⁸⁵ Ebd.; S. 176.

ten in der Öffentlichkeit nicht mit offenem Rassismus abgelehnt oder ausgegrenzt werden könnten, versuche man, sich auf eine (pseudo-)religiöse Argumentationsebene zu begeben, konstatieren Brigitte Bailer-Galanda und Wolfgang Neugebauer.¹⁸⁶ Insofern kann dieses Konzept tatsächlich als Versuch gewertet werden, xenophobe Anklänge unter christlichem Etikett auf den politischen Markt zu werfen und damit die eigenen Absatzchancen in religiös geprägten Bevölkerungsteilen zu erhöhen.

Mit „Befreite Zukunft jenseits von links und rechts“¹⁸⁷ legte Haider 1997 ein zweites Buch vor, welches erneut als Programm seines politischen Handelns verstanden werden sollte. Der Tenor dieser Ausführungen klingt staatstragender als die Einlassungen drei Jahre zuvor. Zwar fehlen auch in diesem Band nicht die Anklagen gegen die Altparteien und deren Kartell,¹⁸⁸ doch in vielen Formulierungen spiegelt sich Haiders Versuch, Salonfähigkeit zu erlangen und sich nicht länger als Fundamentaloppositioneller sondern als Denker und Lenker inmitten der politischen Avantgarde zu präsentieren.¹⁸⁹ Nicht zufällig stellt der Titel seiner Ausführungen eine Anlehnung an Anthony Giddens’ „Beyond Left and Right“ dar.¹⁹⁰ Der Parteiführer der FPÖ versuchte sich in die intellektuelle Nachbarschaft des international hoch angesehenen Soziologen an der London School of Economics zu begeben. In der Bestrebung sich nicht nur als Vor-denker, sondern auch als praktisch tätiger, konstruktiver Zerstörer des überkommenen Proporzsystems darzustellen, konnte Haider zudem auf Erfolge seiner ersten Amtszeit als Vorsitzender der Landesregierung Kärntens verweisen.¹⁹¹

Die Strategie schien sich zu bewähren. Trotz Gegenwindes, der durch medial ausgeschlachtete Vergehen und Fehlritte von FPÖ-Funktionären aufgebauscht wurde, steuerte Jörg Haiders FPÖ weiterhin auf Erfolgskurs. Schon die Wahlen zum Europäischen Parlament des Jahres 1996 verliefen für die Partei erfolgreich. Sie erreichte 27,5

¹⁸⁶ Brigitte Bailer-Galanda und Wolfgang Neugebauer: *Haider und die Freiheitlichen in Österreich*, Berlin 1997, S. 48.

¹⁸⁷ Jörg Haider: *Befreite Zukunft jenseits von links und rechts. Menschliche Alternativen für eine Brücke ins neue Jahrtausend*, Wien 1997.

¹⁸⁸ So schreibt Haider bspw. von der „Diktatur der rot-schwarzen Funktionäre“; Jörg Haider: *Befreite Zukunft jenseits von links und rechts. Menschliche Alternativen für eine Brücke ins neue Jahrtausend*, Wien 1997, S. 108.

¹⁸⁹ Siehe hierzu die Einschätzungen von Hubert Sickinger: *Jörg Haider*, in: Pelinka/Sickinger/Stögner 2008, S. 111-225, S. 184f.

¹⁹⁰ Anthony Giddens: *Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie*, Frankfurt a. M. 1997; die englische Erstausgabe erschien 1994.

¹⁹¹ Zum „Kärntner Reformschub“ siehe: Jörg Haider: *Befreite Zukunft jenseits von links und rechts. Menschliche Alternativen für eine Brücke ins neue Jahrtausend*, Wien 1997, S. 33.

Prozent der abgegebenen Stimmen, blieb aber mit jeweils zwei Prozentpunkten knapp geschlagen hinter ÖVP und SPÖ lediglich drittstärkste Kraft.

Regierungseintritt

Im Jahr 1999 folgte dann der sensationelle Durchbruch. Wieder einmal startete der erfolgreiche Feldzug in Kärnten, wo die FPÖ bei den Landtagswahlen einen erdrutschartigen Zugewinn von fast neun Prozentpunkten erzielen und mit einem Gesamtstimmenanteil von 42,1 Prozent zur stärksten Kraft avancieren konnte. Durch Tolerierung der ÖVP¹⁹² konnte sich Jörg Haider acht Jahre nach seiner Abwahl erneut zum Landeshauptmann Kärntens wählen lassen. Das Siegerimage Haiders prägte auch die wenige Monate später stattfindenden Nationalratswahlen. Erstmals in der Geschichte der Zweiten Republik wurde die FPÖ zweitstärkste Partei auf nationaler Ebene. Sie konnte bundesweit exakt 415 Stimmen mehr erringen als die ÖVP, welche ebenfalls bei exakt 26,91 Prozent der Stimmen landete.

Das Aufsehen war auch außerhalb Österreichs enorm und schlug in alarmierte Aufschreie um, als sich nach einer langen Phase des Taktierens aller Parteien und des Bundespräsidenten ÖVP und FPÖ anschickten, eine Mitte-Rechts-Koalition zu bilden.

Die Wahl vom 03. Oktober 1999 und die sich anschließende Phase der Regierungsbildung waren kein österreichisches sondern ein gesamteuropäisches Spektakel. Waldemar Hummer und Anton Pelinka haben auf 45 Seiten eine chronologische Darstellung der Ereignisse und Reaktionen im Umfeld der national und international umstrittenen Regierungsbildung dokumentiert.¹⁹³ An dieser Stelle soll nicht diskutiert werden, ob die von den anderen, damals 14, EU-Mitgliedsstaaten beschlossenen Maßnahmen in Bezug auf Österreich rechtlich einwandfrei, sachlich gerechtfertigt oder überhaupt zielförderlich gewesen sind. Es soll festgehalten werden, dass Jörg Haider und seine FPÖ auf dem Gipfel ihrer Bekanntheit angelangt waren, als sich in ganz Europa und auch im

¹⁹² Die Abgeordneten der SPÖ waren zur Abstimmung nicht erschienen, um die notwendige Zahl der Abgeordneten für eine gültige Wahl zu unterbieten. Die Anwesenheit der ÖVP-Abgeordneten durchkreuzte diese Strategie. So bei Hubert Sickinger: *Jörg Haider*, in: Pelinka/Sickinger/Stögner 2008, S. 111-225, S. 189.

¹⁹³ Waldemar Hummer und Anton Pelinka: *Österreich unter „EU-Quarantäne“: Die „Maßnahmen der 14“ gegen die österreichische Bundesregierung aus politikwissenschaftlicher und juristischer Sicht*, Wien 2002, S. 113-158.

außereuropäischen Ausland Politiker, Journalisten und Bürger mit dem Phänomen auseinandersetzen.

Die Protestkundgebungen gegen die Regierungsbeteiligung der FPÖ blieben nicht auf Wien beschränkt, sondern fanden in vielen Großstädten auch außerhalb Österreichs statt. Als die Regierungsmannschaft unter dem Vorsitz von Kanzler Schüssel zur Verteidigung anstand, kam es am Ballhaus- und am Heldenplatz zu heftigen Protesten und teilweise gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Ordnungskräften.¹⁹⁴

Mit Thomas Prinzhorn und Hilmar Kabas lehnte der Bundespräsident zwei von der FPÖ designierte Mitglieder der Bundesregierung wegen ihrer „verbalen Entgleisungen“ bzw. „fremdenfeindlicher Wahlkampfführung“ ab. Auch der Parteivorsitzende selbst wurde – allerdings aufgrund eigener Entscheidung – nicht Mitglied der Regierung. Dennoch hatte er im Vorfeld eine von Bundespräsident Thomas Klestil vorgelegte Deklaration zu unterschreiben. Das Dokument mit dem Titel „Verantwortung für Österreich – Zukunft im Herzen Europas“¹⁹⁵ enthält Bekenntnisse zur Wahrung der Menschenrechte und zur Fortsetzung des europäischen Integrationsprozesses und war als Präambel dem gemeinsamen Regierungsprogramm von ÖVP und FPÖ voranzustellen.

Auch dieses Bekenntnis der neuen Regierungskoalition, innerhalb der bemerkenswerterweise die um wenige hundert Stimmen unterlegene Partnerin den Kanzler stellte, konnte die übrigen Mitglieder der EU nicht davon abhalten, am 31. Januar für den Fall einer FPÖ-Regierungsbeteiligung angekündigte Sanktionen tatsächlich einzuleiten.¹⁹⁶ Mit dem Antritt der neuen Regierung unter Wolfgang Schüssel froren die EU-14 ihre bilateralen Beziehungen zu Österreich ein, empfingen Botschafter lediglich auf technischer Ebene und entzogen österreichischen Bewerbern um Posten und Positionen in internationalen Organisationen jegliche Unterstützung.

¹⁹⁴ Ebd.; S. 128.

¹⁹⁵ Dokument 5: Regierungsprogramm der ÖVP-FPÖ-Koalition (Präambel), vom 03. Februar 2000, in: Waldemar Hummer und Anton Pelinka: *Österreich unter „EU-Quarantäne“: Die „Maßnahmen der 14“ gegen die österreichische Bundesregierung aus politikwissenschaftlicher und juristischer Sicht*, Wien 2002, S. 174-177.

¹⁹⁶ Dokument 7: Aktionsprogramm der EU-14 im Falle einer Regierungsbeteiligung unter Beteiligung der FPÖ, notifiziert durch den portugiesischen EU-Ratspräsidenten, António Guterres, vom 31. Januar 2000, in: Waldemar Hummer und Anton Pelinka: *Österreich unter „EU-Quarantäne“: Die „Maßnahmen der 14“ gegen die österreichische Bundesregierung aus politikwissenschaftlicher und juristischer Sicht*, Wien 2002, S. 174-177.

Das Klima auf internationalem Parkett mutete für die ÖVP-Außenministerin Benita Ferrero-Waldner eiszeitlich an. Auftritte ihrer FPÖ-Ministerkollegen wurden boykottiert.¹⁹⁷ Am 28. Februar trat Jörg Haider als Bundesparteiohmann zurück und begab sich in die Peripherie seiner Heimat Kärnten während Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer ihn in der Zentrale ersetzte.¹⁹⁸ Diesen Rücktritt bezeichnete der belgische Außenminister, Louis Michel, als „ersten Erfolg der EU-14-Maßnahmen.“¹⁹⁹

Dass allerdings diese Maßnahmen nicht nur in Österreich auf Widerspruch stießen sondern auch in den übrigen EU-14 ein geteiltes Echo erfuhren, führte im Juni 2000 zu einem Anlauf, die Haltung der österreichischen Regierung neu zu bewerten. Noch vom scheidenden portugiesischen EU-Ratspräsidenten, António Guterres, angeregt, verkündete am 12. Juli der Präsident des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, Luzius Wildhaber, in Straßburg die Namen von „Drei Weisen“. Der ehemalige finnische Staatspräsident und spätere Friedensnobelpreisträger Martti Ahtisaari, der Völkerrechtler Jochen Frowein und der einstige spanische Außenminister Marcelino Oreja wurden damit beauftragt, dem EU-Vorsitz eine Einschätzung der österreichischen Bundesregierung vorzulegen.

Nach nur wenigen Wochen lag der Bericht²⁰⁰ am 08. September 2000 vor. Pikanterweise veröffentlichte ihn die spanische Tageszeitung „El Pais“ noch bevor der inzwischen amtierende französische EU-Ratspräsident, Jacques Chirac, offiziell Kenntnis erhalten hatte. Dieser, ein lautstarker Kritiker der österreichischen Verhältnisse, soll „erkennbar unzufrieden“ auf die Entlastung der österreichischen Bundesregierung reagiert haben.²⁰¹ Die Einschätzung der „Drei Weisen“, dass eine Aufrechterhaltung der Sanktionen kontraproduktiv sei, führte bereits am 12. September zur formellen Aufhebung der Maßnahmen. Zwar war Österreich damit wieder voll zu akzeptierendes

¹⁹⁷ Beispiele hierfür bei Waldemar Hummer und Anton Pelinka: *Österreich unter „EU-Quarantäne“. Die „Maßnahmen der 14“ gegen die österreichische Bundesregierung aus politikwissenschaftlicher und juristischer Sicht*, Wien 2002, S. 130f.

¹⁹⁸ Sie wurde auf dem Bundesparteitag am 01. Mai 2000 ohne Gegenkandidat mit mehr als 90 Prozent der abgegebenen Delegiertenstimmen im Amt bestätigt.

¹⁹⁹ Waldemar Hummer und Anton Pelinka: *Österreich unter „EU-Quarantäne“. Die „Maßnahmen der 14“ gegen die österreichische Bundesregierung aus politikwissenschaftlicher und juristischer Sicht*, Wien 2002, S. 134.

²⁰⁰ Dokument 88: Bericht von Martti Ahtisaari, Jochen Frowein, Marcelino Oreja (sog. Bericht der „Drei Weisen“ bzw. „Weisenbericht“) samt Anhängen, vom 08. September 2000 – Haltung der österreichischen Bundesregierung, Entwicklung der politischen Natur der FPÖ, in: Waldemar Hummer und Anton Pelinka: *Österreich unter „EU-Quarantäne“. Die „Maßnahmen der 14“ gegen die österreichische Bundesregierung aus politikwissenschaftlicher und juristischer Sicht*, Wien 2002, S. 388–418.

²⁰¹ Waldemar Hummer und Anton Pelinka: *Österreich unter „EU-Quarantäne“. Die „Maßnahmen der 14“ gegen die österreichische Bundesregierung aus politikwissenschaftlicher und juristischer Sicht*, Wien 2002, S. 150.

Mitglied der europäischen Familie; doch die Vorbehalte gegen die FPÖ blieben bestehen. Sie wurde in dem Bericht als „rechtspopulistische Partei mit extremistischer Ausdrucksweise“ charakterisiert.²⁰²

Entzauberung der Freiheitlichen

Haiders FPÖ war vor allem auch keine Partei mit ausreichender personeller Substanz und Kompetenz, um einen Regierungsauftrag auszufüllen. Jahrelang auf den Kurs einer Fundamentalopposition getrimmt, waren die Mitglieder nicht ausreichend eingestellt auf Verhandlungen und Kompromisse. Das galt sowohl für die Basis, welche erwartbar enttäuscht auf ein Einlenken der FPÖ in jeglichen Sachfragen reagierte, als auch für die Parteispitze, welcher es offensichtlich an Kompetenz mangelte, um dem politischen Tagesgeschäft einer Regierung gerecht zu werden. Dass bis zum Oktober 2000 gleich drei FPÖ-Minister ausgetauscht werden mussten, ist wohl nicht zuletzt der Tatsache zuzuschreiben, dass der Anführer Haider jahrelang keine starken Partner an der Spitze seiner Partei geduldet hatte. Die „offensichtlich dünne Personaldecke der außer-ordentlich schnell gewachsenen Partei“²⁰³ war somit neben dem unumgänglichen Schwenk in der Selbstdarstellung ein entscheidender Faktor für das Abreißen der Erfolgsserie der FPÖ. Mitentscheidend für den Niedergang der FPÖ dürfte auch die internationale Ächtung des Parteivorsitzenden gewesen sein. Die ÖVP hingegen konnte sich von der internationalen Presse protegiert als stabilisierender und staatstragender Bestandteil der Regierungskoalition profilieren. Das Verhalten Haiders spielte ihr dabei in die Karten bzw. bestärkte die Zweifel an der Regierungsfähigkeit seiner Partei, obwohl er dieser offiziell gar nicht mehr vorstand. Seine Äußerungen zu einer möglichen Rückkehr an die Spitze und der nicht abreißende Medienrummel um den Kärntner Landeshauptmann hielten ihn im Gespräch.

Besondere Aufmerksamkeit erregten Jörg Haiders Nahost-Reisen zu Revolutionsführer Gaddafi in Libyen im Frühjahr und Sommer 2000 sowie zu Iraks Diktator Hussein

²⁰² Dokument 88: Bericht von Martii Ahtisaari, Jochen Frowein, Marcelino Oreja (sog. Bericht der „Drei Weisen“ bzw. „Weisenbericht“) samt Anhängen, vom 08. September 2000 – Haltung der österreichischen Bundesregierung, Entwicklung der politischen Natur der FPÖ, in: Waldemar Hummer und Anton Pelinka: *Österreich unter „EU-Quarantäne“. Die „Maßnahmen der 14“ gegen die österreichische Bundesregierung aus politikwissenschaftlicher und juristischer Sicht*, Wien 2002, S. 388-418, S. 411.

²⁰³ Hubert Sickinger: *Jörg Haider*, in: Pelinka/Sickinger/Stögner 2008, S. 111-225, S. 193.

2002, den er bei zwei der insgesamt drei Reisen persönlich traf.²⁰⁴ Die Besuche, welche vordergründig der Aufnahme und Vertiefung von Wirtschaftsbeziehungen dienten, stellten zugleich auch einen Abschied von der Phase der zur Schau gestellten Mäßigung des populistischen Führers dar und fanden ihren Niederschlag in der dritten Buchpublikation Haiders.²⁰⁵ Die klare anti-israelische Positionierung Haiders in ausgestrahlten Fernsehinterviews entsprach wieder seinem früheren Duktus. Vor allem hatten die unangekündigten und offensichtlich nicht mit den eigenen Parteifreunden abgestimmten Reisen einen verheerenden Effekt für die Außendarstellung der FPÖ-Spitzen in der Regierung. Die offensichtlich um Anerkennung ringende Susanne Riess-Passer wurde durch die Alleingänge Haiders desavouiert. Für die Öffentlichkeit wurde auf diese Weise die Uneinigkeit der Parteispitze um die Vizekanzlerin und Parteiobfrau, den Klubobmann Westenthaler und den auf nationaler Ebene ämterlosen Kärntner Landeshauptmann deutlich sichtbar.

Die Verluste der FPÖ bei den folgenden Wahlen auf Landesebene waren nur ein Vorgeschmack auf die Nationalratswahl des Jahres 2002. Die Quittungen für die Performance in der Regierung und den in dieser Phase noch schwelenden Führungsstreit fielen mit einstelligen Einbußen von 4,8 Prozentpunkten in der Steiermark, 1,9 Prozentpunkten im Burgenland und 7,8 Prozentpunkten in Wien noch moderat aus. Dennoch sah sich die FPÖ einer Zerreißprobe ausgesetzt: Die inzwischen siegesgewohnte Basis musste Niederlagen verarbeiten und konnte nicht länger auf eine wachsende Zahl zu besetzender, lukrativer bzw. repräsentativer Ämter und Posten hoffen. Währenddessen kollidierten die Vorstellungen der FPÖ-Regierungsmitglieder von einer konstruktiven Regierungstätigkeit mit den stets erneuerten Versuchen Haiders, sich und seine Partei durch Aufsehen erregende Vorstöße zu profilieren. Dieser schwelende Streit um den grundlegenden Kurs der Partei kulminierte im außerordentlichen Parteitag von Knittelfeld, den rund zwei Drittel der FPÖ-Delegierten auf Betreiben Haiders einberiefen. Die offen zu Tage getretene Unvereinbarkeit der Parteitagsvertreter mit dem von den FPÖ-Ministern verteidigten Koalitionsregierungskurs veranlasste Bundeskanzler

²⁰⁴ Vgl. Hubert Sickinger: *Jörg Haider*, in: Pelinka/Sickinger/Stögner 2008, S. 111-225, S. 196-199.

²⁰⁵ Jörg Haider: *Zu Gast bei Saddam. Im „Reich des Bösen“*, Wien 2003.

Schüssel zur Aufkündigung der Koalition und einer vom Nationalrat bestätigten Ankündigung von Neuwahlen für den 24. November 2002.²⁰⁶

Nach Fritz Plasser, Peter Ulram und Gilg Seeber stellten die Nationalratswahlen des Jahres 1999 lediglich „einen Kulminationspunkt längerfristiger Entwicklungen im österreichischen Wahlverhalten der neunziger Jahre“ dar, während die „Erdrutschwahlen“ des Jahres 2002 von ihnen als Aufsehen erregender Bruch bewertet werden.²⁰⁷ Jahrzehntlang galt Österreich als eines der Länder mit ausnehmend geringer Wählerfluktuation zwischen den Parteien. Wechselten im Jahr 1975 nach eigenen Angaben lediglich drei Prozent der Wähler ihr Verhalten, so stellen die 24 Prozent Wechselwähler des Jahres 2002 einen in Österreich einsamen Rekord dar. Hinzu kam ein hoher Anteil von 23 Prozent sich erst spät im Wahlkampf entscheidenden Wählern. Dieser Anteil der so genannten *late deciders* lag 1975 noch bei lediglich fünf Prozent.²⁰⁸

Der „Jahrhundertstrom“²⁰⁹ von abwandernden Wählern ergoss sich vor allem aus den Reservoirs der FPÖ in diejenigen der ÖVP. Die Wahlforscher beziffern die Abwanderungsbewegung auf über 600.000 Stimmen, die auf diesem Weg an die ÖVP gingen. Insgesamt verlor die FPÖ mehr als die Hälfte ihrer Wähler an den Koalitionspartner und konnte lediglich eine Behalterate von 29 Prozent verbuchen, weswegen Christoph Hofinger, Günther Ogris und Eva Thalhammer zu Recht von einer „Implosion der Freiheitlichen Partei“ sprechen.²¹⁰

Der Verlust von fast 17 Prozentpunkten bedeutete für die FPÖ ein Zusammenschrumpfen auf wenig mehr als ein Drittel ihrer vormaligen Stärke. Innerhalb von nicht einmal zwei Jahren in der Regierung fiel die FPÖ vom zwischenzeitlichen Status einer Mittelpartei auf das Niveau einer Kleinpartei zurück. Mit fast exakt zehn Prozent Wählerstimmenanteil rangierten die Freiheitlichen nur noch einen halben Prozentpunkt bzw. einen Abgeordnetensitz vor den erstarkenden Grünen, die ihr Ergebnis um

²⁰⁶ Hierzu Plasser/Ulram/Seeber: *Erdrutschwahlen: Momentum, Motive und neue Muster im Wahlverhalten*, in: Fritz Plasser u. Peter A. Ulram (Hrsg.): *Wahlverhalten in Bewegung. Analysen zur Nationalratswahl 2002*, Wien 2003, S. 97-157, S. 101.

²⁰⁷ Ebd., S. 97f.

²⁰⁸ Zahlen aus Plasser/Ulram/Seeber: *Erdrutschwahlen: Momentum, Motive und neue Muster im Wahlverhalten*, in: Fritz Plasser u. Peter A. Ulram (Hrsg.): *Wahlverhalten in Bewegung. Analysen zur Nationalratswahl 2002*, Wien 2003, S. 97-157, S. 101f.

²⁰⁹ Vgl.: Christoph Hofinger, Günther Ogris u. Eva Thalhammer: *Der Jahrhundertstrom: Wahlkampfverlauf, Wahlmotive und Wahlströme im Kontext der Nationalratswahl 2002*, in: Fritz Plasser u. Peter A. Ulram (Hrsg.): *Wahlverhalten in Bewegung. Analysen zur Nationalratswahl 2002*, Wien 2003, S. 159-190.

²¹⁰ Ebd., S. 172f.

zweieinhalb Prozentpunkte gegenüber 1999 ausbauen konnten. Bemerkenswert erscheint beim Vergleich der beiden Parteien, dass im Ausgang dieser Nationalratswahl mehr als die Hälfte der Grünen-Wähler bekundeten, die Persönlichkeit des Spitzenkandidaten Van der Bellen habe ausschlaggebend zur Wahlentscheidung beigetragen, während die Persönlichkeit des FPÖ-Spitzenkandidaten Haupt für lediglich 15 Prozent seiner Wähler eine bedeutende Rolle gespielt habe.²¹¹ Dieser Befund dürfte sowohl mit der fehlenden Strahlkraft Herbert Haupts als auch mit der möglicherweise unersetzbaren Aura Jörg Haiders zu erklären sein. Jedenfalls stand man im Lager der Freiheitlichen vor einem Scherbenhaufen, den zusammenzukehren man an der Parteilbasis wohl am ehesten Jörg Haider zugetraut hätte. Doch dieser sollte eine andere Strategie verfolgen.

Der Führer verlässt die Seilschaft

Die strategische Entscheidung der ÖVP nach langen Verhandlungen mit allen anderen Parteien, die Koalition mit einem derart geschwächten Partner fortzusetzen, resultierte nicht zuletzt daraus, dass man der FPÖ in diesem Zustand die geringsten Zugeständnisse machen musste. Im Gegensatz zur Premiere rief diese Neuauflage der Koalition sowohl international als auch national kaum ein Echo hervor. Allerdings schrieb sie das Dilemma der Freiheitlichen fort, sich einerseits als Regierungspartei andererseits als Fundamentaloppositionspartei profilieren zu müssen. Die Anhängerschaft versagte der Partei bei allen folgenden Landtagswahlen die Gefolgschaft, so dass die FPÖ 2003 in Nieder-, Oberösterreich und Tirol jeweils deutlich mehr als die Hälfte ihres Stimmanteils einbüßte.

Einen entscheidenden Beitrag zur Misere der FPÖ leistete unter anderem der fortwährend herrschende Führungsstreit. Der kritisierte und wenig erfolgreiche Parteivorsitzende Haupt weigerte sich im Sommer 2003 sein Amt an Haider abzugeben, als dieser sich anbot, die Parteiführung zu übernehmen. Zwar musste Haupt sich dem Druck der Gruppe um Haider schließlich beugen; doch es war nicht der Kärntner Landeshauptmann selbst, sondern seine Schwester Ursula Haubner, die zunächst das Amt einer geschäftsführenden Parteibefragten übernahm und im Juli 2004 auf einem weiteren außer-

²¹¹ Zahlen aus Plasser/Ullrich/Seiber: *Erdrutschwahlen: Momentum, Motive und neue Muster im Wahlverhalten*, in: Fritz Plasser u. Peter A. Ullrich (Hrsg.): *Wahlverhalten in Bewegung. Analysen zur Nationalratswahl 2002*, Wien 2003, S. 97-157, S. 142f.

ordentlichen Parteitag Herbert Haupt ablöste. Hubert Sickinger konstatiert, dass Haider „bei großen Teilen der Funktionärsbasis, die nun zum zweiten Mal erfolglos auf seine Rückkehr [an die Parteispitze] gedrängt hatten, seinen Nimbus als Hoffnungsträger endgültig verloren“ habe.²¹² Andererseits gelang es Haider durch die Wahrung dieser Distanz von der Wiener Bühne seine Position in Kärnten zu stärken. Über stille Kanäle konnte er Einfluss auf die nationale Politik nehmen, während er die Arbeit der ÖVP/FPÖ-Regierung lautstark kritisieren konnte, um sich im Wahlkampf einen oppositionellen Anstrich zu geben. Diese Strategie Haiders ging auf.

Während bei den 2004 in Salzburg und Vorarlberg abgehaltenen Wahlen die FPÖ das gleiche Schicksal ereilte wie bei den Landtagswahlen des Jahres 2003, konnte Jörg Haider in Kärnten den Stimmenanteil seiner Partei sogar leicht ausbauen. Er wurde im Amt des Landeshauptmanns bestätigt und konnte so gestärkt zum „Befreiungsschlag“ ausholen.²¹³

Dieser bestand in der Neugründung des „Bündnisses Zukunft Österreich“ (BZÖ). Mit Heinz-Christian Strache, dem Obmann der Wiener Landespartei, war Haider ein nicht zu unterschätzender Konkurrent erwachsen. Zudem war die FPÖ, nicht zuletzt aufgrund des spesenkostenintensiven Auftretens ihrer Führungsriege, in Finanznot geraten. Beider Probleme wurde Jörg Haider auf einen Streich ledig, als er sich an der Spitze des BZÖ neu zu positionieren suchte. Weltoffen, ideologisch unbelastet und konstruktiv regierend sollte sich das BZÖ präsentieren. Der überwiegende Teil der Regierungsmitglieder schloss sich der neuen Partei an. Doch die Trennung von der FPÖ schadete dieser kaum. Der Exodus aus der FPÖ in das BZÖ hielt sich in Grenzen, und aufgrund fehlender organisatorischer Strukturen kam das BZÖ bei den folgenden Landtagswahlen in Wien und der Steiermark nicht über den Rang einer Splitterpartei hinaus. Hatte Haider seine Anziehungskraft überschätzt?

Unter der Führung Straches gelang der FPÖ, nunmehr frei von der Notwendigkeit einer Rücksichtnahme auf Regierungsverantwortung, sich bei den Nationalratswahlen 2006 auf elf Prozent Stimmanteil zu verbessern. Doch auch Haiders BZÖ zog mit knapp über vier Prozent in den Nationalrat ein. So konnte das geteilte „dritte Lager“ seinen Gesamtstimmenanteil wieder ausbauen und einen Teil seiner Verluste wettma-

²¹² Hubert Sickinger: *Jörg Haider*, in: Pelinka/Sickinger/Stögner 2008, S. 111-225, S. 217f.

²¹³ Ebd., S. 218.

chen. Doch mit der erneuten Bildung einer großen Koalition unter Alfred Gusenbauer (SPÖ) endete die Phase seiner Regierungsbeteiligungen. Dass sowohl FPÖ als auch BZÖ ihren Stimmanteil bei der nur zwei Jahre später folgenden Wahl nach Streitigkeiten in der großen Koalition erneut um jeweils mehr als sechs Prozent ausbauen konnten, änderte nichts an der Formation der Regierung. Es regierte, wie in so vielen Jahren der Zweiten Republik, wieder eine große Koalition der beiden enorm geschrumpften Partner Sozialdemokratie und Christlichsozialer mit jeweils unter 30 Prozent Stimmanteil.

3.3 Jähes Ende einer Bergtour – Zwischenbilanz des Absturzes

Jörg Haider blieb der Gipfel versagt. Als Juniorpartner war er nicht bereit, in die Regierung einzutreten. Als Spiritus Rector hielt er die Fäden der FPÖ dennoch die meiste Zeit über in den Händen. Mit dem Absturz der FPÖ in der Wählergunst nach dem Regierungseintritt, der Abspaltung des BZÖ von der FPÖ und dem Ende der Regierungstätigkeit des „dritten Lagers“ blieb sein Weg ins Kanzleramt unvollendet. Ob sein politisches Talent ausgereicht hätte, um einen neuen Anlauf erfolgreich zu starten, muss wegen seines Unfalltodes im Oktober 2008 offen bleiben.

Hier soll eine Analyse des Charakters von Haiders Populismus und dessen Auswirkungen auf den österreichischen Verfassungsstaat erfolgen.

Charismatische Führungspersönlichkeit

Die Erfolge Jörg Haiders an der Spitze der FPÖ sind ohne einen Blick auf seine Persönlichkeit und seine Biografie wahrscheinlich nur unzureichend zu erklären. Eine ganze Reihe von Autoren haben über den um die Jahrtausendwende wahrscheinlich bekanntesten österreichischen Politiker Monografien verfasst.²¹⁴ Die unselbstständig erschienenen Artikel sind Legion. Eine gesonderte Stellung nehmen darüber hinaus diejenigen Publikationen ein, welche sich als Belegsammlungen für die Äußerungen des sowohl lautstarken als auch lautstark kritisierten Populisten verstehen.²¹⁵

Dass Haider sich selbst als Populist verstand, ist in seinen eigenen Schriften nachzulesen.²¹⁶ Aus dem bereits zum Kapitelbeginn zitierten Interview in einer der Belegsammlungen stammt die folgende Antwort Haiders, aus welcher hervorgeht, dass er selbst

²¹⁴ So beispielsweise: Brigitte Bailer-Galanda: *Haider wörtlich. Führer in die Dritte Republik*, Wien 1995; Hans-Henning Scharsach: *Haiders Kampf*, Wien 1992; ders.: *Haiders Clan. Wie Gewalt entsteht*, Wien 1995; Christa Zöchling: *Haider. Eine Karriere*, Wien 1999.

²¹⁵ Beispielhaft hierfür: Gudmund Tributsch (Hrsg.) *Schlagwort Haider. Ein politisches Lexikon seiner Aussprüche von 1986 bis heute*, Wien 1994; Hubertus Czernin (Hrsg.): *Wofür ich mich meinetwegen entschuldige. Haider beim Wort genommen*, Wien 2000; sowie Alfred Worm: *Ein Streitgespräch mit Jörg Haider*, Wien 2005.

²¹⁶ Jörg Haider: *Die Freiheit, die ich meine. Das Ende des Proporzstaates. Plädoyer für die Dritte Republik*, Frankfurt a. M./Berlin 1994, S. 54.

das Etikett „Populismus“ nicht nur annahm sondern auch als eine positive Auszeichnung verstanden wissen wollte:

Populismus wird gern als Schimpfwort für volksverbundene Politiker verwendet, deren Erfolg darin besteht, ihre Stimme für die Bürger zu erheben und ihre Stimmung zu treffen. Ich habe daher diese Bezeichnung immer als Auszeichnung empfunden.

*Jörg Haider*²¹⁷

Dass von der Person Jörg Haider ganz offensichtlich eine Faszination ausging, dass er in der Lage war, Einzelne und Gruppen in Bann zu schlagen zeichnet sich deutlich – auch an den Äußerungen seiner Gegner – ab. So wird dieses Faszinosum augenscheinlich bei der Einleitung des selbst bekennenden Haider-Gegners Alfred Worm: In der Einleitung zu seiner Streitschrift berichtet er von den Umständen, unter denen das Buch entstand und nennt in diesem Zusammenhang die Gesprächszeit mit Haider angespannt und spannend zugleich.²¹⁸ Anschaulicher weiß Christa Zöchling von der Selbstinszenierung Haiders und seiner Gefolgsleute zu berichten. So gerieten die Bemühungen der Autorin um Interviewtermine zu einer zermürbenden Jagd und die Gespräche selbst wurden vom Haider-Clan zu Audienzen stilisiert.²¹⁹

Diese Selbstinszenierung Haiders spielte für den Aufstieg der FPÖ unter seiner Führung zweifellos eine gewichtige Rolle. Der neue Führer einer Bewegung krepelte die Partei nach seinen Wünschen um und richtete sie auf sich selbst als charismatische Führungspersonlichkeit aus. Innerparteilich opponierende Funktionäre wurden zu Gunsten seiner Mitstreiter konsequent entmachtet. Die persönliche Beziehungsebene und Gefolgschaften überlagerten fixierte Satzungen, Richtlinien und Programmatiken. Der zweifelsohne begabte Redner und versierte Schauspieler nutzte den öffentlichen Auftritt und die publikumswirksame Rede, um sich bei Freund und Feind stets in aller Munde zu halten.

²¹⁷ Alfred Worm: *Ein Streitgespräch mit Jörg Haider*, Wien 2005, S. 9.

²¹⁸ Ebd., S. 7f.

²¹⁹ Christa Zöchling: *Haider. Eine Karriere*, Wien 1999, S. 227-230.

Ideologe oder Stimmenmaximierer?

Übereinstimmend vermuten Beobachter hinter Jörg Haiders Auftritten einen beherrschenden Drang zur Macht. Sowohl die Journalistin Hella Pick²²⁰ als auch der Künstler Hermann Nitsch²²¹ attestierten ihm eine Gier nach Macht, welche seine ideologischen Ansprüche überstiegen habe:

Er [Jörg Haider] war nur Populist und machtgierig und versicherte sich durch Naziphrasen seiner Grundschar, um sich dann durch Ausländerfeindlichkeit und ökonomische Versprechungen an die kleinen Leute heranzumachen.

*Hermann Nitsch*²²²

Mit dieser Auffassung befinden sich die beiden Vorgenannten auf Seiten der Mehrheit der Analytiker von Haiders Persönlichkeit. So führen Hubert Sickinger und Karin Stögner „Einschätzungen von temporären Weggefährten und FPÖ-Insidern“ an, um Haider nicht einen Ideologen sondern einen unter der „Prämisse der Wählerstimmenmaximierung“ Handelnden zu nennen.²²³ Nicht zuletzt seine zahlreichen Kehrtwenden bestärken den Eindruck, dass wichtiger noch als das Beharren auf ideologischen Standpunkten die Sicherung des eigenen Vorankommens und die Verfolgung des eigenen Erfolgsanspruches gewesen sein dürfte. Dennoch haben Autoren wie Christa Zöchling und Gerhard Hertel auf seine Herkunft aus einem nationalsozialistisch geprägten Elternhaus verwiesen²²⁴ und eine unkritische Übernahme nationalistischen und antisemitischen Gedankengutes konstatiert. Hubert Sickinger und Karin Stögner sehen seine familiäre Herkunft als „partielle Erklärung“ für spätere Sichtweisen und Indiz für

²²⁰ Hella Pick: *Lueger und Haider oder Die verführerische Kraft des Populismus*, in: Hans-Henning Scharsach (Hrsg.): *Haider. Österreich und die rechte Versuchung*, Reinbek bei Hamburg 2000, S. 270-279.

²²¹ Hermann Nitsch und Jörg Haider verband eine tiefe, gegenseitige Abneigung, die sich in zahlreichen, zum Teil gerichtlich ausgetragenen, Auseinandersetzungen niederschlug. Beispielhaft genannt sei die Beschreibung von Nitschs Werken als „ästhetisches Grundempfinden von Menschen verhöhnend“ in: Jörg Haider: *Die Freiheit, die ich meine*, Frankfurt a. M./Berlin 1994, S. 85. Die Auseinandersetzung wird wieder aufgenommen im Rahmen der Kritik an der österreichischen Kulturpolitik. A.a.O.: S. 226-228.

²²² Hermann Nitsch: *Zur politischen Lage in Österreich*, in: Hans-Henning Scharsach (Hrsg.): *Haider. Österreich und die rechte Versuchung*, Reinbek bei Hamburg 2000, S. 243-249, S. 245; Anpassung an deutsche Rechtschreibung von HS.

²²³ Anton Pelinka, Hubert Sickinger u. Karin Stögner (Hrsg.) *Kreisky – Haider. Bruchlinien österreichischer Identitäten*, Wien 2008, S. 223.

²²⁴ Christa Zöchling: *Haider. Eine Karriere*, Wien 1999, S. 28-54; Gerhard Hertel: *Populisten auf dem Vormarsch? Analyse der Wahlsieger in Österreich und der Schweiz*, München 2000, S. 9-11.

„einen Glauben an die eigene Propaganda.“²²⁵ Im Widerspruch zu den dokumentierten hetzerischen Ausfällen und nationalen, antisemitischen oder xenophoben Parolen stehen Jörg Haiders Bekenntnisse zum freiheitlichen Rechtsstaat und seine Absage an totalitäre Herrschaft.²²⁶ Dagegen schließt Brigitte Bailer-Galanda ihr Werk zu Jörg Haider mit dem Urteil, seine immer wieder betonte Distanzierung vom Rechtsextremismus erweise sich im Licht der von ihr angeführten Kontakte und Verbindungen als unzutreffend und nur von tagespolitischer Opportunität diktiert.²²⁷ Die Zahl der zitierbaren Belege für seine radikale Gesinnung ist dank der oben erwähnten Sammler und Kommentatoren seiner Aussprüche zwar erdrückend; aber beinahe ebenso lang ist die Liste von Haiders Widerruf, Korrekturen und Ausweichmanövern.

Wie fest seine emotionale bzw. seine rationale Verwurzelung im rechtsextremen Milieu tatsächlich war und inwieweit Haider mit seinen zweifelsohne radikalen Aussprüchen lediglich Ressentiments seiner Zuhörer bediente, um sich ihrer Gefolgschaft zu versichern, wird nicht endgültig zu ergründen sein; doch es spricht einiges dafür, dass die Einschätzungen von Hubert Sickinger und Karin Stögner bezüglich seiner „geschichtsrevisionistischen Grenzüberschreitungen“ und „extrem polarisierenden Oppositionspolitik“ zutreffend sind.²²⁸ Demnach ist „plausibel, dass er diese eigene Propaganda auch selbst geglaubt“ hat.²²⁹ Er setzte diese Überzeugungen jedoch ebenso gezielt zur Stimmenmaximierung ein, wie er sie aus demselben Grund (vordergründig) leugnete.

Zuwachs im Parteiensystem

Auch nach dem Unfalltod Jörg Haiders am 11. Oktober 2008 bleibt die Bilanz seines Wirkens in der österreichischen Politik eine vorläufige. Sein Auftritt und Aufstieg haben zweifellos zu einer Veränderung der Parteienlandschaft in der Alpenrepublik beigetragen. „Mehr Parteien, mehr Wettbewerb, mehr Demokratie?“ fragen Anton Pelinka und Siegrinde Rosenberger folgerichtig in Bezug auf die seit 1999 stattgefundenen Wahlen in

²²⁵ Anton Pelinka, Hubert Sickinger u. Karin Stögner (Hrsg.) *Kreisky – Haider. Bruchlinien österreichischer Identitäten*, Wien 2008, S. 224.

²²⁶ Jörg Haider: *Die Freiheit, die ich meine. Das Ende des Proporzstaates. Plädoyer für die Dritte Republik*, Frankfurt a. M./Berlin 1994, S. 25, S. 44-50 oder auch S. 135.

²²⁷ Brigitte Bailer-Galanda: *Haider wörtlich. Führer in die Dritte Republik*, Wien 1995, S. 180.

²²⁸ Anton Pelinka, Hubert Sickinger u. Karin Stögner (Hrsg.) *Kreisky – Haider. Bruchlinien österreichischer Identitäten*, Wien 2008, S. 224.

²²⁹ Ebd.

Österreich.²³⁰ Haiders Übernahme der Führung der FPÖ hat der ehemaligen Kleinpartei ungekannte Wahlerfolge beschert und die Zeit der großen Koalitionen unterbrochen. Fraglich bleibt die Nachhaltigkeit dieser Veränderungen. So muss der vom BZÖ errungene Gewinn der Landtagswahl in Kärnten unter seinem Nachfolger Gerhard Dörfler als postmortaler Erfolg Haiders gewertet werden, dessen Fortschreibung ungewiss erscheint.

Jedenfalls hat die Abspaltung des BZÖ im Jahr 2005 für eine zusätzliche Kraft im Nationalrat gesorgt und damit das Mehrparteiensystem Österreichs um eine zusätzliche Komponente erweitert. Es bleibt abzuwarten, ob das BZÖ den Verlust seiner Galionsfigur verkraften wird. Ein völliges Verschwinden des „Haider-Wahlvereins“ ist ebenso wenig auszuschließen, wie eine Reunion mit der FPÖ nach dem Wegfall der persönlichen Animositäten zwischen den Parteiführern. Programmatisch weisen die beiden Parteien jedenfalls so starke Parallelen auf, dass sich das BZÖ-Programm „Ziele, Ideen und Visionen“²³¹ streckenweise wie ein Exzerpt aus dem gültigen Parteiprogramm²³² der FPÖ liest.

Auch für die traditionsreichere und daher wohl tiefer in einer Stammwählergruppe verwurzelte FPÖ lassen sich Überlegungen bezüglich ihrer Zukunftsfähigkeit anstellen. Über den personellen Aderlass und die programmatische Neuorientierung hinaus stellte die Ausrichtung der Partei auf ihre neue Führungsfigur, Jörg Haider, im Jahr 1986 eine einschneidende Zäsur dar. Die medien- bzw. öffentlichkeitswirksamen Auftritte Haiders ließen die Partei in den Schatten ihres neuen charismatischen Führers treten. Er, ein Mann des Volkes, der sich traute, gegen die etablierten Kräfte aufzubegehren, nicht die Partei, rief den Kampf gegen das Establishment aus und focht ihn. Unterstützung in Form von Wählerstimmen generierte Haider nicht ausschließlich im Milieu der Protestwähler oder am rechten Rand sondern aus zum Teil weit verstreuten Lagern. Detaillierte Wahlanalysen²³³ zeigen, wie die FPÖ unter ihrem neuen Vorsitzenden durch gezieltes

²³⁰ Anton Pelinka und Sieglinde Rosenberger: *Österreichische Politik. Grundlagen – Strukturen – Trends*, Wien 2007, S. 187-191.

²³¹ http://www.bzoe.at/index.php?content=bzoe_programm (27.03.09)

²³² http://www.fpoe.at/fileadmin/Contentpool/Portal/PDFs/Parteiprogramme/Parteiprogramm_dt.pdf (27.03.09)

²³³ Für die Nationalratswahl 1986 vgl.: Fritz Plasser u. Peter A. Ulram: *Der reaktive Wähler. Zur Analyse der Nationalratswahl 1986*, in: *Journal für Sozialforschung*, 27 (1987), H.2 Die Nationalrats-Wahlen der 90er Jahre untersuchen Plasser/Ulram/Sommer: *Das österreichische Wahlverhalten*, Wien 2000; hier besonders: Plasser/Ulram: *Rechtspopulistische Resonanzen: Die Wählerschaft der FPÖ*, S. 225-242. Daneben: Christoph Hofinger u. Günther Ögris: *Wie treu sind blaue Wählerherzen? Eine statistische Analyse des Wahlverhaltens der*

Aufgreifen von Ressentiments, Einsatz von Anti-Establishment-Polemik und Selbstinszenierung als Bewegung des „kleinen Mannes“ in der Phase der „populistischen Stimmenmaximierung“²³⁴ bis zum Regierungseintritt Wählerpotentiale erschließen konnte, die weit ab von der weiterhin bedienten nationalistischen Klientel lagen.

Für diese Erfolge zeichnete eine Reihe von exogenen Entwicklungen mitverantwortlich. Der Fall des Eisernen Vorhangs, die Flüchtlingsströme in Folge der Balkankriege, die gewonnene Freizügigkeit und die Öffnung der Arbeitsmärkte im Rahmen der Vertiefung der europäischen Integration warfen für das zentral in Europa gelegene Österreich Spannungsfelder auf, die Haider zu Bedrohungsszenarien stilisieren und sich so nutzbar machen konnte.

Die FPÖ fand, bedingt durch die charismatische Führungsfigur Haider, zusätzlich den Zuspruch von Persönlichkeitswählern und profitierte von der Krise der großen Volksparteien ÖVP und SPÖ mit einem hohen Anteil an der gewachsenen Gruppe der Wechselwähler. Erwähnenswert sind in diesem Zusammenhang die überproportionale Zustimmung im Arbeiterlager²³⁵ und die Tatsache, dass die Wählerschaft der FPÖ über weite Strecken männlich dominiert war.²³⁶ Die Schere zwischen männlichen und weiblichen Wählern klappte in der Zeit bis 1999 bei keiner anderen Partei so weit auseinander wie bei der FPÖ. Kurt Richard Luther zeigt auf, dass sich das Verhältnis von 60 zu 40 Prozent 1986 auf 53 zu 47 Prozent bei den Nationalratswahlen 2006 inzwischen jedoch beinahe angeglichen hat.²³⁷

Dass die FPÖ nach dem Ausscheiden ihres einstigen Parteiführers nicht in der Bedeutungslosigkeit verschwand und bei vergangenen Wahlen – ebenso wie das BZÖ – Stimmenzugewinne verbuchen konnte, spricht für die feste Verwurzelung der Partei im so

FPÖ-Wähler bei den österreichischen Nationalratswahlen in den neunziger Jahren, in: Plasser/Gabriel/Falter/Ullrich 1999, S. 129-144.

²³⁴ Vgl. Kurt Richard Luther: *Wahlstrategien und Wahlergebnisse des österreichischen Rechtspopulismus, 1986-2006*, in: Plasser/Ullrich (Hrsg.): *Wechselwahlen*, Wien 2007, S. 231-254, hier: S. 242-247.

²³⁵ Hofinger/Ogris/Thalhammer weisen nach, dass viele SPÖ-Wähler sich der FPÖ als neuer Vertreterin der Arbeiter zuwandten, um bei der Erdrutschwahl von 2002 zur ÖVP zu wechseln. Hofinger/Ogris/Thalhammer: *Der Jahrhundertstrom*, in: Plasser/Ullrich (Hrsg.): *Wahlverhalten in Bewegung*, Wien 2003, S. 159-189, hier: S. 177-179.

²³⁶ Kurt Richard Luther: *Wahlstrategien und Wahlergebnisse des österreichischen Rechtspopulismus, 1986-2006*, in: Plasser/Ullrich (Hrsg.): *Wechselwahlen*, Wien 2007, S. 231-254.

²³⁷ Ebd., S. 246.

genannten Dritten Lager. Der Schatten Haider war nicht lang genug, um die Traditionspartei in eine Abhängigkeit auf Gedeih und Verderb zu drängen.

Von aktueller Warte aus sind das Erstarken der FPÖ unter Haider und die damit einhergehende Veränderung des Parteiengefüges als bedeutende Zäsuren zu interpretieren. Das von konkordanzdemokratischen Zügen geprägte Gefüge der österreichischen Politik hatte sich im Angesicht von „tiefgreifenden ökonomischen und sozialstrukturellen Veränderungen“²³⁸ zunächst als reformresistent erwiesen. Das „System der Pfründewirtschaft“, welches den Zugang zu Ämtern und Posten regelte, und der „politische Immobilismus“ der Großen Koalition lösten Unzufriedenheit und indirekt eine Veränderung des Parteiengefüges aus.²³⁹ Die in Österreich von sehr hohem Niveau ausgehende stark rückläufige Entwicklung der Parteibindungen und Parteiidentifikation,²⁴⁰ begünstigte das Wachstum des Zuspruchs für die FPÖ. Es gelang ihr, im Gegensatz zu SPÖ und ÖVP, in den neunziger Jahren ihre Stammwählerschaft auszubauen²⁴¹ und zu einer starken dritten Kraft auf der politischen Bühne Österreichs aufzusteigen. Das Liberale Forum, hervorgegangen aus dem Ringen um den richtigen Kurs der FPÖ, blieb zwar ein ephemeres Phänomen, doch die Querelen innerhalb der Partei führten bekanntlich zu einer weiteren Abspaltung. Bei der Sezession des BZÖ hatte der Zuspruch Haider bereits seinen Höhepunkt überschritten. Die fehlende Umsetzung vollmundiger Ziele, auch aufgrund der Zwänge in Koalitionsregierungen, holten sowohl die Funktionäre der Partei als auch die Anhänger auf den Boden einer harten Realität zurück. Die angestiegene Wechselbereitschaft der Wähler ließ diese Haider Lager in der Folge der Enttäuschungen im Rahmen der Regierungsbeteiligung noch schneller verlassen als sie ihm zugeströmt waren. Zweifelsohne trugen auch die auf breiter nationaler wie auch internationaler Front vorgebrachten Vorbehalte gegen den populistischen Führer mit dem virulenten, extremistischen Impetus zu einer Entzauberung des Erfolgsmotors aus Kärnten bei.

²³⁸ Lothar Probst: *Jörg Haider und die FPÖ: Anmerkungen zum Rechtspopulismus in Österreich*, in: Werz 2003, S. 113-125, S. 115.

²³⁹ Ebd.

²⁴⁰ Siehe dazu u.a.: Peter Gluchowski u. Fritz Plasser: *Zerfall affektiver Parteibindungen in Deutschland und Österreich*, in: Plasser/Gabriel/Falter/Ullrich 1999, S. 3-29.

²⁴¹ Hofinger und Ogris bezifferten 1999 die Stammwähler der FPÖ auf über eine halbe Million, das Wählerpotenzial auf eineinhalb Millionen, was ca. zehn bzw. dreißig Prozent der österreichischen Wahlberechtigten entsprach; in: Plasser/Gabriel/Falter/Ullrich 1999, S. 138f.

Doch alles beim Alten?

Im Jahr 2008 trat nach 2006 bereits die zweite große Koalition in Folge an, um die Regierungsgeschäfte Österreichs in die Hände zu nehmen. Doch der Augenschein trügt: Nach dem Tod Haider ist Österreich weiter entfernt von seinem Status ante als es der erste Blick glaubend machen möchte. Der Schwund an Wählerstimmen in den Lagern von SPÖ und ÖVP hat enorme Ausmaße angenommen. Die Erosion der ehemals großen Volksparteien scheint unumkehrbar, so dass das ehemalige Zweieinhalbparteiensystem wohl kaum eine Renaissance erfahren wird. Diese Veränderung ist jedoch keineswegs der FPÖ oder dem Wirken Ihres einstigen Führers alleine zuzuschreiben. Vielmehr gilt es eine Reihe anderer Faktoren zu berücksichtigen, welche zwar zum Teil zeitlich mit dem Erstarren der FPÖ zusammenfallen jedoch kaum im Sinne eines Ursache-Wirkungs-Prinzips mit deren Aufstieg korrelieren.

Europaweit sind zum Ende der 1970er und im Verlauf der 1980er Jahre Parteien auf die nationalen Bühnen getreten, welche Ideen und Positionen der Umweltbewegungen in die Parlamente und nationalen Gesetzgebungen getragen haben. Dieser Aufwuchs der Zahl der Spieler in Mehrparteiensystemen hat mit dem Aufkommen der Grünen und deren Etablierung in den österreichischen Nationalräten der vergangenen Jahrzehnte in Österreich seine Entsprechung gefunden. Darüber hinaus hat sich in der österreichischen Politik jedoch auch ein fundamentaler Wandel der Rolle des Staates in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik vollzogen. Anton Pelinka und Sieglinde Rosenberger sehen in der Abkehr vom „Austrokeynesianismus“ hin zu einem „schlanken Staat“ einen Paradigmenwechsel, welcher sich seit den 1990er Jahren abzeichne.²⁴² Die Abgabe öffentlicher Aufgaben und Leistungen an private Träger gründete dabei einerseits in den wenig erfolgreichen Erfahrungen der 1980er Jahre, in denen das österreichische Wirtschaftswachstum gering ausfiel und staatliche Betriebe teilweise sogar einen stärkeren Abbau von Arbeitskräften verzeichnen mussten als private Unternehmen. Andererseits spielten auch die Kriterien, welche die Europäische Union für die Aufnahme neuer Mitglieder 1993 in Maastricht formuliert hatte, eine Rolle bei der Entwicklung und Umsetzung des staatlichen Funktionswandels. Der 1999 folgende Stabilitätspakt für die europäische Gemeinschaftswährung trug weiterhin dazu bei, die staatlichen Ausgaben und Neuverschuldungen einzugrenzen. SPÖ und ÖVP zerstritten sich 1995 über den haushaltspoli-

²⁴² Anton Pelinka und Sieglinde Rosenberger: *Österreichische Politik. Grundlagen – Strukturen – Trends*, Wien 2007, S. 52.

tischen Kurs und die Ausgestaltung der als „Sparpakete“ bezeichneten Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung.²⁴³ Es muss Spekulation bleiben, ob auch eine große Koalition sich zu dem Regierungsziel einer Nullneuerschuldung bekannt und dies auch tatsächlich ernsthaft verfolgt hätte, so wie es im Jahr 2000 die Koalition aus ÖVP und FPÖ tat. Dennoch traf nicht zuletzt in Folge der seit 2008 grassierenden Finanz- und Wirtschaftskrise auch Österreich im Jahr 2009 das EU-Defizitverfahren. Das Haushaltsdefizit betrug mehr als drei Prozent des BIP, und die Gesamtverschuldung stieg auf 70 Prozent der Gesamtwirtschaftsleistung, was den höchsten Wert der Nachkriegszeit darstellt.

Mit dem Rückbau des staatlichen Engagements in den Wirtschaftsprozessen ging ein Bedeutungsverlust der beiden großen Volksparteien einher. Diese hatten sich in den Jahrzehnten seit dem Zweiten Weltkrieg als einflussreiche Schleusenwärter positionieren können. Sie regelten den Zugang zu Funktionen und Positionen und konnten ein bedeutendes Patronagepotential entfalten. Mit dem Schwund dieses Einflusses durch die fortschreitenden Privatisierungswellen setzte ein Verlust an Bindungskraft ein. Die Klientel und Stammwählerschaft verloren ihre Loyalität auch weil ÖVP und SPÖ nicht länger in der Lage waren, Treue durch Ämter, Pfründen und Posten zu vergelten.²⁴⁴

Ein weiteres und wesentliches Motiv, welches ebenfalls in einer ganzen Reihe vergleichbarer europäischer Staaten beobachtbar ist, stellt die ganz allgemeine Abnahme von Lagerbindungen in weiten Bevölkerungsteilen dar. Die Erosion oder gar vollständige Auflösung ehemals fest gefügter sozialer Milieus stellt eine europaweit verbreitete Parallele in der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung dar. Österreich bildet hier keine Ausnahme, sondern sieht sich als Folge der gesellschaftlichen Wandlungsprozesse mit einer höheren Volatilität der Wählerschaft und dem Wachstum des Prozentsatzes der Wechselwähler konfrontiert. Die hiermit korrelierende Zunahme der Bedeutung der Medien in den Wahlkämpfen²⁴⁵ und der Vermittlung von Politik stellt die etablierten Spieler vor

²⁴³ Anton Pelinka und Sieglinde Rosenberger: *Österreichische Politik. Grundlagen – Strukturen – Trends*, Wien 2007, S. 55.

²⁴⁴ Pelinka/Rosenberger 2007, S. 55f.

²⁴⁵ Exemplarisch für die Bedeutung der Massenmedien in den österreichischen Wahlkampf: Fritz Plasser, Peter A. Ulram und Franz Sommer: *Mediahypes und Einfluss der TV-Konfrontationen 2002*, in: Fritz Plasser und Peter A. Ulram (Hrsg.): *Wahlverhalten in Bewegung. Analysen zur Nationalratswahl 2002*, Wien 2003, S. 19-53; Günther Pallaver und Clemens Pig: *Medienzentrierter Wahlkampf: Themen und Kandidaten in der Wahlkampfberichterstattung 2002*, in: a.a.O., S. 55-93; Fritz Plasser u. Peter A. Ulram: *Wählerbewegungen und Parteikampagnen im Nationalratswahlkampf 2006*, in: Dies. (Hrsg.): *Wechselwahlen. Analysen zur Nationalratswahl 2006*, Wien 2007, S. 19-37; Andreas Lederer: „It's advertising, stupid!“ – *Strategien und Praktiken politischer Werbung im Nationalratswahlkampf 2006*, in: a.a.O., S. 39-79; Günther Lengauer, Günther Pallaver und Clemens Pig: *Redaktionelle Politikvermittlung in österreichischen Wahlkämpfen, 1999-2006*, in: a.a.O., S. 103-151.

neue Herausforderungen und bedeutet für neue Kräfte auf der politischen Bühne ein Chancenpotential.

Die Alpenrepublik als Beute der Populisten?

Hat Jörg Haider mit seiner Übernahme der FPÖ und seiner eigenen Positionierung als Zentralfigur der österreichischen Politik den Weg in eine neue Republik bereitet? Die Nationalratswahlen des Jahres 2008 lassen einen solchen Schluss auf den ersten Blick nicht völlig abwegig erscheinen. Vergleicht man die Kräfteverhältnisse in der folgenden Parlamentszusammensetzung mit denen der 1960er und 1970er Jahre, so ist der Unterschied eklatant. Wie oben aufgezeigt, können die einschneidenden Veränderungen in der Parteien- und parlamentarischen Landschaft jedoch nicht monokausal erklärt werden. Der „Rechtsruck“ bei den letzten Nationalratswahlen mit Stimmenzugewinnen sowohl im Lager der FPÖ als auch des BZÖ dürfte zudem weniger auf einen nachhaltigen Gesinnungswandel in der Bevölkerung zurückzuführen sein als vielmehr auf die von Verfahrenheit, Blockaden und persönlichen Auseinandersetzungen geprägte Performanz der gescheiterten Koalition von 2006. Das Wahlergebnis hatte die Neuauflage dieses Bündnisses in Anbetracht der ablehnenden Haltung in den ehemals großen Volksparteien gegenüber FPÖ und BZÖ alternativlos erscheinen lassen. Daher musste der Wahlsieger Werner Faymann an der Spitze der SPÖ mit verändertem Personal einen neuen Anlauf starten. Er steht der kleinsten Großen Koalition vor, die Österreich je regierte. Der Anteil der Sitze von SPÖ und ÖVP im Nationalrat liegt erstmals in der Nachkriegsgeschichte der Alpenrepublik unter 60 Prozent und zeigt den Tiefststand der Integrationskraft der beiden ehemals großen Volksparteien an.

Festzuhalten bleibt, dass Österreich durch das Aufkommen des Populismus' Haiderscher Prägung in stürmisches Wetter geraten ist. Die Auswirkungen dieses Phänomens sind bis heute spürbar, haben jedoch die Alpenrepublik nicht abstürzen lassen. Auf internationaler und hier vor allem europäischer Ebene ist Österreich trotz und möglicherweise auch wegen der Aufgeregtheiten in der Folge der Regierungsbildung im Februar 2000 ein verlässlicher Partner geblieben.

Das jahrzehntelang stabil erscheinende Gefüge der österreichischen Demokratie ist aufgebrochen. Die Wähler stehen heute vor mehr Alternativen als vor 25 Jahren. Die Wahl-

kämpfe sind heute stärker von Medien und Persönlichkeiten geprägt, und das Klima der politischen Auseinandersetzung hat sich gewandelt. Ein in der Presse als „Austropopulismus“ verschrieenes Gebaren²⁴⁶ hat auch einen Teil der Politiker der Mitte erfasst. Doch diese Entwicklungen sind keinesfalls dem Erstarken der FPÖ unter Jörg Haider alleine zuzuschreiben. Wohl gelang es ihm, die Themen der Schlagzeilen und Wahlkämpfe entscheidend mitzubestimmen. Das stets im Zusammenhang mit dem Rechtspopulismus diskutierte Thema „Ausländerpolitik“ erfuhr in Österreich zweifellos eine Akzentuierung. Doch das war auch in vielen anderen europäischen Staaten im Zuge der EU-Erweiterung der Fall. Der tatsächliche Einfluss der FPÖ auf die inzwischen europaweit angeglichene Asyl- und Migrationspolitik ist jedoch eher gering einzustufen.

Jedenfalls bedeutet das Ende der Ära Haider, wie bereits angedeutet, kein Ende des Populismus in Österreich. Nicht nur hat der charismatische Teilzeitpartei-vorsitzende ebenfalls schillernde und nicht gänzlich unumstrittene Nachfolger an den Spitzen von FPÖ und BZÖ gefunden;²⁴⁷ auch bei der Betrachtung der anderen Parteien stoßen Kommentatoren sich immer wieder am populistischen Gebaren ihrer exponierten Vertreter.

Insofern hat ein Populismus in Österreich Einzug gehalten, der sich nach der in Kapitel 2 entwickelten Typologie am ehesten als Politikerpopulismus einordnen lässt. Weder hat sich Österreich unter dem Ansturm Haiders zu einer populistischen Diktatur gewandelt; noch waren die von der FPÖ inszenierten Volksbegehren ausreichend, um den Charakter der parlamentarischen Demokratie zu dem einer plebiszitären oder gar identitären zu wandeln. Trotz der immer wiederkehrenden Forderungen nach Umsetzung des „wahren Volkswillens“, welchen Haider zu erkennen sich in der Lage sah, war in den Reihen der FPÖ kein nennenswertes Bestreben zu erkennen, Österreichs Repräsentativverfassung in Frage zu stellen. Die Positionierung Haiders in Bezug auf Themen wie nationale Identität und europäische Integration lassen zudem, ebenso wie der langjährige Kärntner Ortstafelstreit, auf einen reaktionären bzw. reaktionalen Populismus schließen. Jörg Haider könnte, diesem Ansatz entsprechend die Skepsis relevanter Bevölkerungsteile gegenüber der europäischen Einigungsbewegung und der Öffnung der Nationalstaaten in eine stär-

²⁴⁶ Vgl. Reinhard Olt: *Austropopulismus von rechts und links. Gusenbauer lernt von Haider: Hundert Euro Inflationsausgleich für 1,2 Millionen Bezahler*, in: FAZ 07.02.2008, S. 10.

²⁴⁷ Mit dem Europaabgeordneten Hans-Peter Martin feierte bei der Europawahl 2009 ein weiterer Einzelkämpfer mit über 17 Prozent der Wählerstimmen mehr als nur einen Achtungserfolg, der ihn hinter ÖVP und SPÖ zur drittstärksten Kraft machte. Während das BZÖ mit knapp unter fünf Prozent der Stimmen keinen Sitz im EP erringen konnte, entsendet die FPÖ (12,7 %) immerhin zwei Abgeordnete: http://www.elections2009-results.eu/de/austria_de.html (18.06.2009).

ker multilateral geprägte Zukunft als Sprungbrett benutzt haben, ohne selbst die Überzeugungen seiner Wähler teilen zu müssen. Endgültig wird sich diese Frage, ebenso wie die nach seiner ideologischen Verhaftung, kaum klären lassen.

In Bezug auf die im Einleitungskapitel formulierte Frage nach der Wirkmächtigkeit von Populisten in der Regierungsverantwortung ist festzuhalten, dass die nationale Gesetzgebung Österreichs in der Phase der FPÖ-Regierungsbeteiligung keinen einschneidenden Wandel erlebt hat.²⁴⁸ Das lag neben der Dominanz der ÖVP innerhalb der Koalition sicherlich auch in der sowohl personellen als auch konzeptionellen Schwäche der FPÖ-Mannschaft begründet. Obgleich der nominell fast gleichen Stärke der Koalitionspartner, gelang es der ÖVP, eine wesentlich gewichtigere und als staatstragend wahrgenommene Rolle auszufüllen. Dieser Befund ist nur zum Teil damit zu begründen, dass sie das Kanzleramt für sich beanspruchen konnte. Hinzu kamen durch die Einmischung der europäischen Partner als externer Faktor und bürgerliches Engagement als interner Faktor zusätzliche Haltekräfte zum Tragen, die sich einem möglichen Verfall der Qualität des demokratischen Verfassungsstaates erfolgreich in den Weg stellten. Die Institutionen der österreichischen Demokratie blieben durch den Ansturm der Populisten unbeschädigt wenn auch nicht unverändert.

²⁴⁸ Diesen Befund belegt eine eingehende Durchsicht der gesetzgeberischen Tätigkeit des Nationalrates auf <http://www.ris.bka.gv.at/Bundesrecht/> (04.06.2009)

4. Fallbeispiel II: Die LPF unter Pim Fortuyn in den Niederlanden

4.1 Der Hafen der Toleranz

Im Gegensatz zu Österreichs Zweieinhalbparteiensystem mit jahrzehntelang regierenden Zweiparteienkoalitionen stellt sich die Struktur des niederländischen Vielparteiensystems komplexer dar. Dass trotz ihrer vergleichsweise starken Fragmentierung auch die Niederlande seit der Nachkriegszeit als Hort der Stabilität und des Ausgleichs zwischen den politischen Lagern gelten konnten, liegt am besonderen Aufbau der niederländischen Gesellschaft und dem damit verbundenen politischen System. Anders als im vorangegangenen Kapitel werden die Vorgeschichte und Rahmenbedingungen für das Aufkeimen des Populismus' zunächst ohne Bezug zur Trägerin des populistischen Impulses dargestellt. Denn im Gegensatz zur FPÖ, die wie aufgezeigt seit dem Ende des Krieges in ungebrochener organisatorischer Kontinuität am politischen Willensbildungsprozess und dem Konkurrenzkampf um Wählerstimmen teilnahm, handelte es sich bei der *Lijst Pim Fortuyn (LPF)*²⁴⁹ um eine Neuerscheinung auf der politischen Bühne, die kaum über Verankerungspunkte in den Traditionslinien der politischen Kultur der Niederlande verfügte. Im Gegenteil: Ihr Aufkommen stellte ehemals für unverrückbar gehaltene Grundkonstanten niederländischer Politik grundsätzlich in Frage.

Das Bild einer hohtoleranten, vor Integrationskraft strotzenden, sehr pluralistischen und doch stabilen Gesellschaft mit multikulturellen Zügen geriet mit dem kometenhaften Aufstieg eines politischen Hasardeurs Namens Wilhelmus Simon Petrus – genannt Pim – Fortuyn ins Wanken. Das integrative „Poldermodell“ erschien überholt und die Konsensdemokratie in einer tiefen Krise. Welche Entwicklungen gingen diesem einzigartigen Phänomen der niederländischen Nachkriegsgeschichte voran? War die Ruhe im Polder trügerisch? Inwiefern begünstigten oder behinderten die systemischen Bedingungen der Niederlande den Aufstieg Pim Fortuyns?

Eine Analyse der Wahlergebnisse und des Wirkens seiner Wahlliste, LPF, setzt einen Blick auf die Grundzüge und Veränderungen sowie die Besonderheiten der politischen

²⁴⁹ Liste Pim Fortuyn

Kultur der Niederlande voraus. Daher soll im Folgenden der Rahmen skizziert werden, in dem das Bild des Fortuynschen Wassereinbruches zu betrachten ist.

Das Poldermodell

Der Begriff Polder bezeichnet ein eingedeichtes Stück Land. In den Niederlanden, deren Staatsgebiet zu etwa einem Viertel unterhalb des Meeresspiegels liegt, besitzt die Landgewinnung durch Eindeichung und die Verteidigung der Landgewinne gegen die Naturgewalt des Meeres eine jahrhundertealte Tradition.²⁵⁰ Das Sprichwort, dass Gott zwar die Welt, die Niederländer jedoch Holland geschaffen hätten, spielt auf diese besondere Tradition an. Seitdem im 11. Jahrhundert begonnen wurde, Deiche gegen die drängenden Wassermassen des Meeres zu errichten, wirkt die Bevölkerung dieses flächenmäßig kleinen Landes zusammen, um der Fluten Herr zu werden.²⁵¹ Neben den Deichen wirkt ein weit verzweigtes System von ehemals Windmühlen und heute Pumpwerken, um über kilometerlange Kanäle überschüssiges Regen- und Flusswasser ebenso aus dem Land zu leiten, wie den Druck der Tide. Die Errichtung und Wartung eines so komplexen und arbeitsintensiven Arrangements erforderte seit jeher das mitverantwortliche Zusammenwirken aller Menschen hinter den Deichen. Polder steht in den Niederlanden somit synonym für die gemeinschaftlichen Anstrengungen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen und -schichten zur Erlangung und Sicherung von gesamtgesellschaftlichen Fortschritten. Solche konzertierten Aktionen stellen in einem Land, das in seiner Geschichte oftmals mit militärisch übermächtigen Nachbarn konfrontiert war, ein bedeutendes Motiv dar.

Als sich 1982 Arbeitgeberverbände, Arbeitnehmervertreter und politische Führung zu einem historischen Schulterschluss zusammenfanden, war es mit Blick auf die niederländische Geschichte und Tradition nahe liegend, die im Abkommen von Wassenaar erlangte Einigung und folgende Konsolidierung der wirtschaftlichen und sozialen Landschaft als Poldermodell zu bezeichnen.²⁵² In korporatistischem Stil legten sich

²⁵⁰ Siehe hierzu: Hendrik J. Keuning: *Het Nederlandse volk in zijn woongebied*, Den Haag 1965, v. a. S. 134-195.

²⁵¹ Vgl. Rudy B. Andeweg: *Governance and Politics of the Netherlands*, Houndmills u. a. 2002, *The Struggle Against the Water*, S. 3-5.

²⁵² Visser und Hemerijk lehnen diesen Begriff mit der Begründung ab, es habe nie einen vollständigen Plan oder Entwurf gegeben, der die Bezeichnung „Modell“ rechtfertigen würde. Vielmehr sei das niederländische „Wunder“ folge einer Reihe von Einzelentscheidungen in nicht reproduzierbaren Situationen: Jelle

Arbeitgeber und Gewerkschaften in gemeinsamen Gesprächen mit der Regierung auf eine Verringerung der Lohnzuwächse und Verkürzungen von Arbeitszeiten zur Schaffung weiterer Stellen fest. Die Einbeziehung der Vertreter der betroffenen Tarif-Gruppen in wirtschaftspolitische Entscheidungen wurde fortgesetzt. So führten gemeinsame Anstrengungen und Absprachen zu einem „niederländischen Wirtschaftswunder.“²⁵³ Die enge Zusammenarbeit zwischen den Sozialpartnern unter Mitwirkung der Politik ist jedoch nur einer der Faktoren, die den stark konkordanzdemokratischen Charakter der politischen Kultur der Niederlande prägen. Auch für das Verhältnis zwischen den Vertretern der einzelnen Parteien schien über Jahre hinweg die Einsicht zu gelten, dass Kompromiss und konsensuale Entscheidungsfindung die geeigneten Mittel der Politik seien. Dass auf diese Weise der Schutz und die Berücksichtigung von Minderheiteninteressen einen hohen Stellenwert erreichten, führte zu einer Außenwahrnehmung, die den westlichen Nachbarn Deutschlands wie einleitend erwähnt als einen Hort der Toleranz, Weltoffenheit, Gemeinschaftlichkeit und des Ausgleiches erscheinen ließen.

Politisches System

*A unitary state, a monarchy, bicameralism: these are the characteristics of the new Dutch state after 1815.*²⁵⁴

Keine dieser drei Grundkomponenten des niederländischen Staatsaufbaus, den Rudy Andeweg beschreibt, ist als endogen zu bezeichnen. Der Charakter des gegenwärtigen politischen Systems der Niederlande hat fremde Ursprünge, die vor allem der Zeit der napoleonischen Besetzung in den Jahren zwischen 1795 und 1813 entspringen. Wenn noch heute die Deutschen von *den Niederlanden*, die Franzosen von *les Pays-Bas* und die Engländer von *the Netherlands* sprechen, während die Niederländer selbst – im Singular – ihre Heimat *Nederland* bezeichnen, dann entspringen die Benennungen der Nachbarn noch der Zeit der Sieben Provinzen, die vor 1795 in einer föderalen Republik verbun-

Visser u. Anton Hemerijk: *Ein holländisches Wunder? Reform des Sozialstaates und Beschäftigungswachstum in den Niederlanden*, Frankfurt/New York 1998, S. 246f.

²⁵³ Vgl.: Michael Stabenow: *Länderbericht: Niederlande. Rettungsversuche für das Polder-Modell*, in: FAZ Nr. 255, 03.11.03, S. 14; oder auch: Jelle Visser u. Anton Hemerijk: *Ein holländisches Wunder?*, Frankfurt a. M. 1998.

²⁵⁴ Rudy B. Andeweg: *Institutional Conservatism in the Netherlands: Proposals for and Resistance to Change*, in: Daalder/Irwin 1989, S. 44.

den waren. Immerhin kannte dieser lose Verbund das zentrale Amt eines Statthalters, welches in beinahe dynastischer Manier vom Haus Oranien besetzt wurde. Doch lassen sich in den Niederlanden vor der Batavischen Republik weder eine zentralistische noch eine echte monarchische Tradition feststellen. So blieb das Wahlamt des Statthalters phasenweise unbesetzt und in seiner Machtfülle weit hinter damals in Europa landläufig verbreiteten monarchischen Maßstäben zurück. Die einzelnen Provinzen handelten über Jahrhunderte hinweg weitgehend autonom. Und doch büßten sie ihre bis heute nicht wieder erlangte Unabhängigkeit binnen kürzester Zeit ein. Die nach dem Sieg Napoleon Bonapartes 1795 ausgerufene Batavische Republik war ein zentral gelenkter Einheitsstaat nach französischem Vorbild. Der Präsident dieses französischen Vasallenstaates, Rutger Jan Schimmelpenninck, genoss kaum beschränkte Befugnisse. 1806 wurde er von Napoleons Bruder Louis abgelöst. Mit dessen Ernennung zum König endete die Batavische Republik und mit ihr die republikanische Tradition der Niederlande. 1810 schloss Napoleon die Niederlande vollständig an Frankreich an.

Der Wiener Kongress gab den Niederlanden zwar ihre Unabhängigkeit zurück, beließ jedoch den Status eines Königreiches und hängte die österreichischen Niederlande, das heutige Belgien, an. Diese am Reißbrett der europäischen Strategen entworfene Konstruktion löste sich schon 15 Jahre später wieder auf, als die Belgier 1830 rebellierten. Bis 1839 gelangte man zu einer von allen Seiten akzeptierten Trennung der nunmehr zwei Königreiche. Obwohl die *Liaison* nur wenige Jahre hielt, zeichnen die österreichischen Niederlande für die dritte der oben erwähnten markanten politischen Systemkomponenten exogener Natur – das Zweikammerprinzip – wesentlich verantwortlich. Zentralismus und Monarchie waren die Folgen der französischen Besatzung und des Wiener Kongresses. Letzterer war indirekter Wegbereiter für das Zweikammersystem des niederländischen Parlamentes. Während im republikanischen Norden keine nennenswerte Adelstradition zu verzeichnen war, pochte der Adel der österreichischen Niederlande auf seinen besonderen Status und erreichte die Einrichtung einer „Ersten Kammer“ des Parlamentes, deren Mitglieder vom König ernannt wurden. Diese Erste Kammer blieb auch nach Abtrennung Belgiens bestehen. Somit hatte sich das Gesicht des niederländischen Staates innerhalb von kaum fünfzig Jahren grundlegend gewandelt.

*The once sovereign Provinces now form the most impotent of the three layers of government (national, provincial, and municipal).*²⁵⁵

Aus der föderalen Republik wurde eine strikt zentralistische Monarchie, in der bis heute die Bürgermeister und Provinzgouverneure von der Zentralregierung ernannt und nicht lokal gewählt werden. Ebenso wie dieser maßgebliche Wandel der Staatsorganisation fanden auch die weiteren wichtigen Schritte in Richtung des heutigen politischen Systems der Niederlande unter starkem Einfluss von außen statt: 1848 reagierte Wilhelm II. auf die revolutionäre Stimmung in Europa, indem er kurzerhand eine liberale Verfassung erließ, die seine eigenen Machtbefugnisse einschränkte. Ministerielle Verantwortlichkeit galt nun nicht mehr gegenüber dem König allein, sondern die Minister wurden nun gegenüber dem Parlament rechenschaftspflichtig. Mitglieder der Ersten Kammer wurden nicht länger vom König ernannt sondern von einem Wahlgremium der Provinzparlamente bestimmt. Die Mitglieder der Zweiten Kammer, deren gesetzgeberische Kompetenzen eine Ausweitung erfuhren, wurden erstmals in Direktwahlen bestimmt.²⁵⁶ Im Zusammenhang mit diesen politischen Umbrüchen vor dem Hintergrund der revolutionären Stimmung in Europa soll der König geäußert haben, dass er am 13. März 1848 binnen 24 Stunden von einem Ultra-Konservativen zu einem Ultra-Liberalen geworden sei.²⁵⁷

Auch für den letzten bedeutenden, systemformenden Schritt spielten exogene Faktoren eine wichtige Rolle: 1917 hielt der äußere Eindruck des Weltkrieges, in dem die Niederlande unter Königin Wilhelmina Neutralität wahrten, die Vertreter der gesellschaftlichen Gruppen zu einer Einigung über eine Reihe von lange gärenden Fragen an. Nach jahrelangen Verhandlungen kamen die zerstrittenen Parteien schließlich in der „Befriedung von 1917“ überein. Hinter diesem Begriff verbirgt sich eine Paketlösung, die im Wesentlichen sowohl dem Wunsch der Sozialdemokraten nach einem allgemeinen und gleichen Wahlrecht, als auch den Forderungen der Christdemokraten nach staatlicher Anerkennung und Finanzierung der konfessionellen Schulen nachkam. Die Einführung des landesweiten Verhältniswahlrechts stellte im Rahmen dieses Kompromisswerkes die Konzession an die Liberalen dar. Sie wären im Falle einer Bei-

²⁵⁵ Andeweg in: Daalder/Irwin 1989, S. 43.

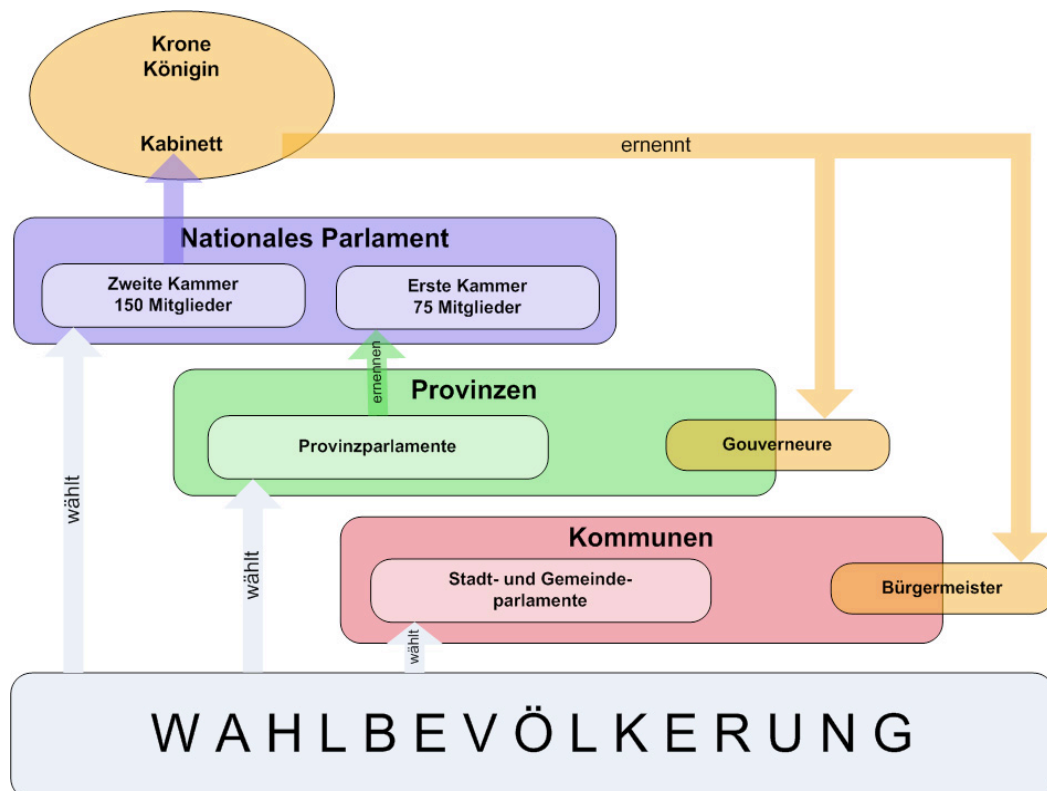
²⁵⁶ Bis dahin hatten die Provinzen Delegationen in die Zweite Kammer entsandt.

²⁵⁷ Vgl. Andeweg in: Daalder/Irwin 1989, S. 45.

behaltung des Mehrheitswahlrechtes durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes von der politischen Bühne weitgehend verdrängt worden.

Diese Änderungen bedeuteten die letzten wichtigen Weichenstellungen auf dem Weg zum heutigen politischen System der Niederlande. Somit lassen sich die zentralen Institutionen der niederländischen Monarchie in folgendem Schema darstellen:

Abbildung 5: Schema des politischen Systems der Niederlande



Stabile Vielparteienlandschaft

Seitdem die Niederländer erstmals 1918 in allgemeiner Verhältniswahl die Mitglieder der Zweiten Kammer bestimmten, war bis in die 1960er Jahre, trotz einer großen Zahl von im Parlament vertretenen Parteien, ein hohes Maß an Stabilität der politischen Lager zu verzeichnen.²⁵⁸ Die Rekordzahl von 17 ins Parlament gelangten Parteien aus der ersten bis 1922 währenden Legislaturperiode wurde zwar bisher nicht wieder er-

²⁵⁸ Vgl. Wielenga in: Wielenga/Taute 2004, S. 15.

reicht, doch blieben die niederländischen Parlamente bunt. In rund der Hälfte der Legislaturperioden war eine zweistellige Zahl von Parteien parlamentarisch vertreten.²⁵⁹ Bis dato gelangten nie weniger als sieben in die Zweite Kammer.

Ein gewichtiger Grund für diese Fragmentierung des Parlamentes ist das praktizierte Verhältniswahlrecht, welches keine Sperrklausel vorsieht. Das bedeutet, dass einer Partei 0,67 Prozent²⁶⁰ der abgegebenen Stimmen reichen, um in die Zweite Kammer einzuziehen. Dabei werden die gesamten Niederlande zum Zweck der Berechnung des Stimmanteils wie ein großer Wahlbezirk gewertet. So reichten bei den Wahlen des Jahres 2003 exakt 64.363 Stimmen, um ein Mandat zu erringen.²⁶¹

²⁵⁹ Hierzu u.a. Ton Nijhuis: *Wahlentwicklung in den Niederlanden*, in: Ralf Thomas Baus (Hrsg.): *Zur Zukunft der Volksparteien. Das Parteiensystem unter den Bedingungen zunehmender Fragmentierung*, Sankt Augustin/Berlin 2009, S. 87-99, hier: S. 88.

²⁶⁰ Bei derzeit 150 Sitzen entspricht das dem Quorum zur Erlangung eines Mandats.

²⁶¹ Zahlen aus: Rudy B. Andeweg und Galen A. Irwin: *Governance and Politics of the Netherlands*, New York u. a. 2005, S. 84.

Abbildung 6: Zusammensetzungen der Zweiten Kammer in den Niederlanden

Jahr	Zahl der angetretenen Parteien	Zahl der Parteien im Parlament	Sitzanteil von CDA, PvdA und VVD*	
1918	32	17	87/100	87,00%
1922	48	10	94/100	94,00%
1925	32	11	94/100	94,00%
1929	36	12	92/100	92,00%
1933	54	14	87/100	87,00%
1937	20	10	89/100	89,00%
1946	10	7	88/100	88,00%
1948	12	8	89/100	89,00%
1952	13	8	90/100	90,00%
1956	10	7	94/100	94,00%
1959	13	8	142/150	94,67%
1963	18	10	135/150	90,00%
1967	23	11	123/150	82,00%
1971	28	14	113/150	75,33%
1972	23	14	113/150	75,33%
1977	24	11	130/150	86,67%
1981	28	10	118/150	78,67%
1982	20	12	128/150	85,33%
1986	27	9	133/150	88,67%
1989	25	9	125/150	83,33%
1994	26	12	102/150	68,00%
1998	23	9	112/150	74,67%
2002	18	10	90/150	60,00%
2003	18	9	114/150	76,00%
2006	24	10	96/150	64,00%
Durchschnitt	24,2	10,48	125,20/150	83,47%

Zahlen aus Andeweg/Irwin 2002 bzw. Kiesraad 2007.

* Beinhaltet für die früheren Wahlen auch die Vorläuferparteien dieser drei.

Dass dennoch zu Recht von Stabilität in der politischen Landschaft der Niederlande gesprochen werden kann, rührt daher, dass bis zu den Wahlen von 1967 stets deutlich über vier Fünftel aller abgegebenen Stimmen auf lediglich fünf Lager entfielen.²⁶² Die beiden protestantischen Parteien ARP²⁶³ und CHU,²⁶⁴ die katholische KVP,²⁶⁵ die Liberalen und die Sozialisten stellten durchschnittlich über 90 Prozent der Abgeordneten, wobei das Lager der konfessionellen Parteien zusammen stets über mehr als die Hälfte der Parlamentssitze verfügte und in jedem Kabinett vertreten war.

In den Jahren 1946 bzw. 1948 firmierten Sozialdemokraten und Liberale erstmals als *Partij van de Arbeid*²⁶⁶ (PvdA) bzw. *Volkspartij voor Vrijheid en Democratie*²⁶⁷ (VVD) unter ihren heute gültigen Bezeichnungen. Die Gründung der linksliberalen *Democraten 66* (D'66) im namensgebenden Jahr 1966 bedeutete ein Signal für die Neuordnung der Kräfteverhältnisse in der Parteienlandschaft. Mit der in dieser Phase verstärkt einsetzenden Erosion der kirchlichen Bindung verlor das ursprünglich dreigeteilte Lager der konfessionellen Parteien an Boden und damit auch die Mehrheit in den Parlamenten. Die als „historisch“ bezeichneten Wahlen von 1967, in denen das kirchliche Lager erstmals weniger als die Hälfte der Sitze errang, bedeuten einen Wendepunkt der niederländischen Politik.²⁶⁸ In den 1970er Jahren sahen sich ARP, CHU und KVP zu einer engeren Zusammenarbeit gezwungen. Ihr *Christendemocratisch Appèl*²⁶⁹ (CDA), eine Konfessionsschranken überwindende christdemokratische Kraft, war zunächst lediglich ein Wahlbündnis, erhielt jedoch 1980 Parteistatus. Das Aufgehen der drei konfessionellen Parteien im CDA sorgte für die Gründung von Splitterparteien. In der SGP²⁷⁰ verblieben die pietistischen Alt-Kalvinisten. Etwas modernere bibeltreue Calvinisten und orthodoxe Protestanten bildeten zwei weitere Gruppierungen, die sich jedoch im Jahr 2000 zur CU²⁷¹ verbanden. Im protestantischen Lager gründeten progressive Christ-

²⁶² Siehe Andeweg/Irwin 1993, S. 73.

²⁶³ *Anti-Revolutionaire Partij*/Anti-revolutionäre Partei.

²⁶⁴ *Christelijke Historische Unie*/Christlich-historische Union.

²⁶⁵ *Katholieke Volkspartij*/Katholische Volkspartei.

²⁶⁶ Partei der Arbeit.

²⁶⁷ Volkspartei für Frieden und Demokratie.

²⁶⁸ Siehe dazu: ten Napel in: Broughton/Donovan 1999, S. 176.

²⁶⁹ Christlich-Demokratischer Appell.

²⁷⁰ *Staatkundig Gereformeerde Partij*/Politisch reformierte Partei.

²⁷¹ *Christen Unie*/Christenunion.

demokraten die EVP.²⁷² Mit den Kommunisten (CPN), der PPR,²⁷³ der kleinen Evangelikalen Volkspartei und der Pazifistischen Sozialistischen Partei (PSP) fanden sich 1989 vier Parteien in der Grünen Linken (*Groen Links*) zusammen. Diese neue Partei wurde von Beobachtern als „unreife Tomate“ titulierte, da sie außen grün, im Herzen jedoch rot sei.²⁷⁴ Eine weitere tiefrote Partei stellt die 1972 von den Kommunisten abgespaltene Sozialistische Partei (SP) dar, der es nach vielen vergeblichen Anläufen 1994 gelang, in die Zweite Kammer einzuziehen. Dort hat sie seitdem ihre Position kontinuierlich ausgebaut. Zu den hier genannten Parteien kommen zu Beginn des dritten Jahrtausends eine Reihe weiterer Parteien und Bewegungen, die jedoch weiter unten behandelt werden.

Für den Beobachter erscheint die fragmentierte Parteienlandschaft der Niederlande auch wegen der zahlreichen Abspaltungen und Zusammenschlüsse in den vergangenen Jahrzehnten auf den ersten Blick sehr unübersichtlich. Doch das Dickicht der vielen Verästelungen und Verzweigungen lichtet sich im Schein einer weiteren Besonderheit der niederländischen Gesellschaft.

Die Säulen der niederländischen Gesellschaft

Bevor in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre diese Umwälzungen der politischen Landschaft ihren Anfang nahmen, galt eine Art eherne Regel, dass Christdemokraten, Sozialdemokraten und Liberale die Parlamentssitze in stets ähnlichen Verhältnissen untereinander aufteilten.²⁷⁵ Diese Stabilität war dem niederländischen Phänomen der *Versäüling*²⁷⁶ geschuldet. Politik und Gesellschaft der Niederlande waren bis in die 1960er Jahre hinein in streng getrennte weltanschauliche Segmente unterteilt.²⁷⁷ Katho-

²⁷² *Evangelische Volkspartij*/Evangelische Volkspartei.

²⁷³ Diese Absplinterung der ehemaligen KVP firmiert als „Radikale Partei“: *Politieke Partij Radikalen*.

²⁷⁴ Überliefert bei: Rudy B. Andeweg und Galen A. Irwin: *Governance and Politics of the Netherlands*, New York u. a. 2005, S. 55.

²⁷⁵ Die Kommunistische Partei der Niederlande (CPN) wurde nur übergangsweise nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer bedeutenden Kraft und fiel von 10,6 Prozent Stimmanteil 1946 beständig ab. Seit Ende der 1950er Jahre konnte sie keine großen Wahlerfolge mehr verzeichnen und trat 1986 zum letzten Mal selbstständig an, wobei sie 0,6 Prozent der Stimmen verbuchen konnte. 1989 ging sie in der Grünen Linken auf.

²⁷⁶ Übers. d. A.: „Versäulung“

²⁷⁷ Wielenga in: Wielenga/Taute 2004, S. 39. Zur Versäulung auch Paul Lucardie: *Das Parteiensystem der Niederlande*, in: Oskar Niedermayer (Hrsg.): *Die Parteiensysteme Westeuropas*, Wiesbaden 2006, S. 331-350.

liche Kinder gingen auf katholische Schulen, spielten in katholischen Fußballvereinen, traten später katholischen Gewerkschaften bei, heirateten katholische Partner und wählten selbstverständlich die katholische Partei. Sie kauften nach Möglichkeit bei einem katholischen Händler ein. Das Gleiche galt für Protestanten und sog. Neutrale, wobei die letzteren sich in Sozialdemokraten und Liberale unterteilten. Jede dieser vier Säulen informierte sich über eigene Tageszeitungen und existierte weitgehend ohne Berührungspunkte mit den anderen Gesellschaftsteilen. Dass trotz dieser tief greifenden Segmentierung eine stabile Demokratie entstand, hatte nach dem heute wohl prominentesten niederländischen Politikwissenschaftler, Arend Lijphart,²⁷⁸ seinen Grund in den besonderen Regeln der niederländischen Politik.²⁷⁹ Eine bedeutende Rolle für das Funktionieren der niederländischen Demokratie spielte die oben bereits erwähnte große Befriedung von 1917, welche zu einer „überdachenden Zusammenarbeit zwischen den Führern der versäulten Bevölkerungsgruppen“ führte.²⁸⁰ Diese so genannte *Pacifictie* begründete die Spielregeln der niederländischen (Befriedungs-)Politik. Seither prägen Spitzenverhandlungen der politischen Elite, pragmatische Toleranz, Sachorientierung und der Versuch, komplizierte und moralisch umstrittene Problemkomplexe im Rahmen der technischen Umsetzbarkeit von möglichen Lösungen zu diskutieren, das politische Klima in den Niederlanden. Man war bemüht, die Ämter, Finanzen und anderen Ressourcen gleichmäßig auf die getrennten Säulen zu verteilen. Diesem Prinzip der Proportionalität folgend wurden beispielsweise Sendezeiten und Frequenzen des öffentlichen Rundfunks und Fernsehens unter den gesellschaftlichen Segmenten – den Säulen – aufgeteilt. Teil dieses niederländischen Pragmatismus' ist auch der ausgeprägte Hang zur Zurückhaltung bei der Weitergabe von Informationen aus dem inneren Kreis der Politik an die Öffentlichkeit. Auf diese Weise werden Kompromisse hinter verschlossenen Türen gefunden und ihre Annahme erleichtert, da wenig darüber nach Außen dringt, welche Konfliktpartei an welcher Stelle auf welche Weise wie weit nachgeben musste. Dass diese Politik der Kompromissfindung in *smoke-filled rooms* erfolgreich sein konnte, lag auch an der, von Arend Lijphart als wichtiges Moment konstatierten, weitgehenden politischen Passivität der Bevölkerung, die, mehrheitlich tief verwurzelt in den jeweiligen Säulen, auf die Kompetenz der Säulenelite vertraute und ihr so einen ausreichend großen Verhandlungsspielraum verschaffte:

²⁷⁸ David Wilsford nennt Arend Lijphart „one of the most influential political scientists of our time“. Wilsford in Crepaz 2000, S. 1.

²⁷⁹ Lijphart 1968, Kapitel VII: *The Rules of the Game*, S. 122-138.

²⁸⁰ So bei Wielenga in: Wielenga/Taute 2004, S. 40.

*Hence popular apathy and disinterest in politics and its apparent dullness have a positive value.*²⁸¹

Die nüchterne Auffassung von Politik als einem an Resultaten orientierten Geschäft, das in möglichst depolitisierender und pragmatischer Weise von den Eliten in Abgeschlossenheit abgewickelt zu werden hatte, bestimmte die Zeit der Befriedungspolitik zwischen 1917 und 1967. Auch wenn Lijpharts zeitliche Eingrenzung dieser Phase nicht ganz kritiklos blieb,²⁸² haben seine Befunde über den Stil der Politik und das Gesicht der Gesellschaft dieser Zeit insgesamt doch wenig Widerspruch erfahren. Kritiker halten Lijphart vor allem entgegen, dass die Praxis einer Befriedungspolitik sowohl vor als auch nach dieser fünfzig Jahre währenden Periode erkennbar sei. Ausgleich, Verhandlungen und Zusammenarbeit prägten die politische Kultur der Niederlande spätestens seit dem 16. Jahrhundert, als die konfessionelle Spaltung des Landes in Folge der Reformation eine konsensorientierte Politik nahe legte. Noch früher angelegt ist dieser kooperative Politikstil in der zu Anfang dieses Kapitels erwähnten, besonderen geografischen Situation der Niederlande und der aus ihr erwachsenden Notwendigkeit zur Zusammenarbeit verschiedener Gesellschaftsteile. Auch nachdem in den 1960er Jahren „die Säulen langsam abzubröckeln begannen“,²⁸³ stellten die Niederlande „neben Österreich und der Schweiz [den] Musterfall eines konkordanzdemokratischen Systems“ dar, meint Frank Decker.²⁸⁴ Rudy Andeweg und Galen Irwin sind ähnlicher Auffassung, indem sie resümieren:

*The breakdown of pillarisation has not led to a demise of consensus-seeking.*²⁸⁵

Es ist festzuhalten, dass Ausgleich, Verhandlung und Zusammenarbeit, also kooperative Konkordanzpolitik mindestens bis zum Ende des vergangenen Jahrhunderts bestimmend für die politische Kultur der Niederlande geblieben sind. Für Lijphart stellte der Verlust der fest gefügten Säulen und Mehrheitsverhältnisse in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre eine bedeutende Zäsur dar. Doch trotz des fortschreitenden Entsäulungsprozesses blieb die Stabilität des Parteiensystems weitgehend erhalten.

²⁸¹ Lijphart 1968, S. 138.

²⁸² Hierzu: Wielenga in: Wielenga/Taute 2004, S. 39-41.

²⁸³ Lucardie in: Werz 2003, S. 178.

²⁸⁴ Decker 2004, S. 116.

²⁸⁵ Andeweg/Irwin 1993, S. 133.

*The overall conclusion must be that, although there has been party system change in the Netherlands, the party system has also demonstrated a high degree of resilience in terms of the parties that comprise its stable and enduring core.*²⁸⁶

Frank Decker stellt diesbezüglich fest, dass die von der Entsäulung am stärksten betroffenen konfessionellen Parteien zwar beträchtliche Verkleinerungen ihrer Lager hinzunehmen gehabt hätten, im Zuge der Säkularisierung jedoch verstärkt aufeinander zuzugingen und in Form des CDA die bestimmende Kraft geblieben seien.²⁸⁷ Der CDA nahm in der niederländischen Parteienlandschaft eine zentrale Position ein, die ihn bis 1994 wechselweise mit den Sozialdemokraten (PvdA) oder den konservativen Liberalen (VVD) die Regierungsverantwortung übernehmen ließ.

Zentralinstanz Kabinett

Im Zuge der Entsäulung und des damit einhergehenden Niedergangs der Praxis von Verhandlungen zwischen den Säuleneliten haben die Kabinette als Stätten des Strebens nach Konsens einen wichtigen Bedeutungszuwachs erhalten. Analytiker halten das Idealbild einer kollektiven und kollegialen Kabinettsregierung in den Niederlanden für vergleichsweise getreu gezeichnet.²⁸⁸ Die Gründe dieser Einschätzung lassen sich anhand einiger Charakteristika der niederländischen Kabinette und deren Formung veranschaulichen. Zwar wurde in einer Verfassungsreform des Jahres 1983 der Passus gestrichen, welcher der Krone die Ernennung und Entlassung von Ministern nach eigenem Gutdünken erlaubte, doch spielt die Krone der Niederlande auch heute noch eine wichtige Rolle bei der Regierungsfindung. Unmittelbar nach der Wahl bestellt sie einen *Informateur* oder *Formateur*, um entweder Möglichkeiten einer Regierungsbildung zu sondieren oder aber, im Falle klarer Mehrheitsverhältnisse, sofort eine Regierung zu formen. Anhand seiner Parteizugehörigkeit macht sie mit der Auswahl ihres Mittelsmannes sowie dem exakten Wortlaut seiner Ernennung bzw. seiner Aufgabenbeschreibung klare Richtungsvorgaben.

²⁸⁶ ten Napel in: Broughton/Donovan 1999, S. 182.

²⁸⁷ Siehe hierzu: Decker 2004, S. 116f.

²⁸⁸ Andeweg/Irwin 1993, S. 133.

Aufgrund der Zahl der Parteien und der Mehrheitsverhältnisse in den niederländischen Parlamenten sind Koalitionsregierungen unvermeidlich. Der *In-/Formateur* hat die Aufgabe, potentielle Koalitionspartner an Verhandlungstischen zusammenzubringen, um die Regierungsbildung voranzutreiben. Um späteren Konflikten aus dem Weg zu gehen, einigen sich die Parteien in oftmals langwierigen Verhandlungen im Rahmen eines detaillierten Koalitionsvertrages auf ein Regierungsprogramm und die Aufteilung der Kabinettsposten. Der *Formateur* übermittelt diese Einigung und die Liste der zukünftigen Minister der Königin, welche die feierliche Ernennung vornimmt. Dass die so geformten Kabinette einen hohen Grad an Parlamentsunabhängigkeit besitzen, liegt nur zum Teil daran, dass die Minister nicht aus dem Parlament hervorgehen, sondern von Koalitionspartnern ausgehandelt und von der Königin ernannt wurden. Nicht zuletzt wegen der Inkompatibilität von Ministeramt und Abgeordnetenmandat hält sich die Zahl der Karrierepolitiker in den niederländischen Kabinetten in Grenzen. Oftmals werden ausgewiesene Fachleute, wie Juristen oder Finanzwissenschaftler, an die Spitze von Ministerien gestellt, wo sie sich in erster Linie als Vertreter der Interessen dieses Ministeriums verstehen.²⁸⁹

Hans Daalder hat 1955 in einem Artikel die Formulierung geprägt, dass niederländische Minister nicht *unter*, sondern *mit* dem Premierminister dienen und brauchte eine Stunde, um den Herausgeber der englischsprachigen Zeitschrift davon zu überzeugen, dass es sich bei diesem Satz nicht um den Fehltritt eines Nichtmuttersprachlers sondern die reale Darstellung der niederländischen Kabinettspraxis handele.²⁹⁰ Denn tatsächlich sind die Machtbefugnisse des Premiers der Niederlande sehr eingeschränkt. Weder hat er das Recht, die Mitglieder seines Kabinetts zu bestimmen – sie werden im Rahmen der Koalitionsverhandlungen ausgewählt und von der Königin formell ernannt – noch kann er sie entlassen. Ebenso wenig kann er den Zuschnitt der Ressorts verändern. Zwar hat er die Aufgabe die Arbeit des Kabinetts zu koordinieren und seine Stimme entscheidet im Falle eines Patts; es obliegt ihm jedoch nicht, den Ministern Direktiven zu erteilen. Im Falle einer Missachtung seiner Aufgaben als Repräsentant einer Koalition und nicht einer einzelnen Partei muss er sich auf Regierungskrisen einstellen. Einen Angriff auf die Ressorthoheit seiner Kabinettskollegen kann sich der Premierminister schon wegen der knapp bemessenen Personalressourcen seines Minis-

²⁸⁹ Vgl.: Andeweg/Irwin 1993, S. 126.

²⁹⁰ Diese Anekdote ist überliefert bei Andweg/Irwin 2002, S. 113.

teriums für allgemeine Angelegenheiten kaum erlauben.²⁹¹ Als *primus inter pares* ist er gezwungen, sich vor allem in der Kunst der Führung durch persönlichen Kontakt, Verhandlung und Kompromissuche zu üben. So tagen die meist überschaubaren niederländischen Kabinette sehr regelmäßig,²⁹² und es wird eine Arbeitsatmosphäre geschaffen, welche die Kabinettsmitglieder enger zusammenrücken und sich tendenziell aus dem unmittelbaren Zugriff ihrer Parteien entfernen lässt.

Der kollegiale Arbeitsstil der Regierung wurzelt tief in der historischen Tradition der kollektiven Anstrengungen in der niederländischen Geschichte, deren erstes Aufscheinen man entweder in der Landgewinnung und -sicherung des Mittelalters oder dem Beginn der Sieben Provinzen 1579 oder erst in der Großen Befriedung von 1917 sehen mag. Jedenfalls spiegelt sich in den konsensorientierten Verhandlungen der Koalitionskabinette die stete Suche der Niederländer nach Ausgleich und Vermittlung zwischen den unterschiedlichen gesellschaftlichen Fraktionen – den Säulen – wider. So sehr auch der niederländische Staatsaufbau, wie einleitend gezeigt, exogenen Faktoren geschuldet ist, so sehr gewährleistet ein spezifisches niederländisches Proprium das Funktionieren dieses Systems.

²⁹¹ Zudem besteht das Personal des Premiers zuvorderst aus Beamten und nur wenigen von ihm selbst bestimmten Mitarbeitern. Vgl. Andeweg/Irwin 2002, S. 113 bzw. Dieselben 1993, S. 124f.

²⁹² Vgl. Andeweg/Irwin 2002, S.115f bzw. Dieselben 1993, S. 126.

4.2 Unruhe im Polder – Pim Fortuyn stört das Idyll

Violett als Farbe der Krise

Das Jahr 1994 bedeutet aus heutiger Sicht eine wichtige Zäsur in der Geschichte des niederländischen Parteiensystems. Aufgrund von massiven Stimmverlusten und einer internen Führungskrise des CDA, fiel dieser erstmals seit seinem Bestehen aus der Regierungskoalition. Die Stimmanteile hatten weder zu einer mehrheitsfähigen Koalition mit der VVD noch mit der PvdA ausgereicht. Diese Schwäche der bis dahin staatstragenden Konfessionellen führte zu einer Neuausrichtung der politischen Lager, welche man in den Jahrzehnten zuvor für unmöglich gehalten hätte. Die ehemaligen „Klassenfeinde“ des Arbeitermilieus und des Kapitals hatten sich im Zuge der schleichenden Verschüttung gesellschaftlicher Gräben soweit angenähert, dass man entschied, eine Koalition unter Ausschluss des CDA zu versuchen. Diese Verbindung überwand erstmals die in den Niederlanden beherrschende sozio-ökonomische Konfliktlinie und scheint der üblichen Grundregel der Koalitionsbildung zwischen inhaltlich nahe stehenden Partnern zu widersprechen. So erklären Rudy Andeweg und Paul Lucardie diesen Sonderfall übereinstimmend mit den Besonderheiten der Zeitumstände und der jeweiligen innerparteilichen Verhältnisse.²⁹³

Unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Wim Kok und dem liberalen Finanzminister Gerrit Zalm fügten sich das Rot der PvdA und das Blau der VVD zu einer zunächst erfolgreichen violetten Melange. Das Regierungsgespann wurde von der als Bindeglied fungierenden linksliberalen D'66 komplettiert. Diese Mittelstellung zwischen den Protagonisten der violetten Regierung führte zu einem Profilverlust der Linksliberalen, die geschwächt aus den Wahlen von 1998 hervorgingen, während PvdA und VVD Zugewinne verbuchen konnten und gestärkt in die Neuauflage der violetten Dreiparteienkoalition gingen. Der CDA hingegen konnte sich kaum profilieren, da er nach wie vor mit Führungswechseln beschäftigt war und zudem in den relevanten Wahlkampfthemen auf einer Mittelposition zwischen den Koalitionspartnern der Regierung auf verlorenem Posten stand.

²⁹³ Paul Lucardie: *Das Parteiensystem der Niederlande*, in: Niedermayer 2006, S. 331-350, hier: S. 344; bzw. Rudy Andeweg: *De formatie van de paarse coalitie. Democratisch en politicologisch gebalte van een kabinetsformatie*, in: *Jaarboek 1994 DNPP*, Groningen 1995, S. 149-171.

Acht Jahre lang arbeiteten die violetten Regierungen unter Wim Kok erfolgreich zusammen, belebten das Poldermodell wieder,²⁹⁴ senkten die Staatsausgaben, privatisierten Staatsbetriebe, liberalisierten den Arbeitsmarkt und konnten eine Zunahme des Arbeitsplatzangebotes verzeichnen.²⁹⁵ Aber das Zusammenrücken ehemaliger Kontrahenten von entgegengesetzten Enden des Spektrums war augenfälliges Anzeichen für einen immensen Sog zur Mitte, welcher die niederländischen Parteien erfasst hatte. Bei dem Versuch, die volatiler gewordenen Wählergruppen²⁹⁶ auf möglichst großer Breite für sich zu gewinnen, rückten die ehemals mit konträren Programmatiken aufwartenden Akteure von Profil gebenden Positionen ab und wurden so für die potentiellen Wähler ähnlicher, verwechselbarer und in letzter Konsequenz austauschbar.

*We argue that the programmatic convergence of the established parties has made them look more similar and therefore almost indistinguishable in the eyes of many voters.*²⁹⁷

So resümieren Paul Pennings und Hans Keman die Entwicklung des niederländischen Parteiensystems bis zur Jahrtausendwende. Damit war der Weg für neue Kräfte und Spieler auf der politischen Bühne bereitet. Und die ersten, welche die frei gewordenen bzw. unbesetzten Positionen jenseits der politisch korrekten Mitte besetzten, kamen dennoch scheinbar von der Basis und aus der Mitte der Gesellschaft.

Die Leefbaar-Bewegungen

Trotz der unbestreitbaren Erfolge der violetten Regierungen im Bereich der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik wuchs die Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Stellte das Abschleifen vormals ideologischer Gegensätze der Parteien noch einen eher ideellen Kritikpunkt am politischen System dar, so entzündete sich der Unmut der Bevölkerung im Ausklang des 20. Jahrhunderts immer stärker auch an konkreten Missständen. Diese reichten von der mangelhaften personellen Ausstattung der Schulen mit Lehr-

²⁹⁴ Hierzu: Kees von Paridon: *Wiederaufbau – Krise – Erholung. Die niederländische Wirtschaft seit 1945*, in: Wielenga/Taute 2004, S. 363-422, hier: S. 401f.

²⁹⁵ Vgl. Paul Lucardie: *Populismus im Polder: Von der Bauernpartei bis zur Liste Pim Fortuyn*, in: Werz 2003, S. 177-194, hier: S. 185.

²⁹⁶ Paul Pennings und Hans Keman: *The Dutch Parliamentary Elections in 2002 and 2003: The Rise and Decline of the Fortuyn Movement*, in: Acta Politica 2003, 38, S. 51-68, S. 51.

²⁹⁷ Ebd.

kräften, über als zu lang wahrgenommene Wartezeiten in den Krankenhäusern, vermehrte Verspätungen im öffentlichen Personennah- und -fernverkehr bis hin zur Zunahme von Schmutz, Kriminalität und Gewalt auf den Straßen.

In Reaktion auf die empfundenen Missstände gründeten sich in den 1990er Jahren in verschiedenen Städten neue Parteien und Bewegungen, die sich eine Steigerung der Lebensqualität innerhalb der eigenen Kommunen auf die Fahnen schrieben. Daher trugen viele von ihnen das Prädikat *leefbaar* (nl.: lebenswert) im Namen. Das unkonventionelle Auftreten dieser Neulinge wurde von vielen Niederländern als erfrischend begrüßt, während die etablierten Parteien ihre junge Konkurrenz unterschätzten und ihr entsprechend inadäquat begegneten.²⁹⁸ So konnten die „Lebenswert-Parteien“ eine Reihe von Achtungserfolgen auf kommunaler Ebene erzielen.²⁹⁹

Da ihre Ansprüche allerdings weit über das kommunale Niveau hinaus zielten, bedeutete die Gründung einer nationalen Partei im Jahr 2001 nur die logische Konsequenz aus der bisherigen Entwicklung. *Leefbaar Nederland* (LN) strebte danach, das politische System der Niederlande zu demokratisieren. Direktwahlen von Bürgermeister, Volksvertretern und des Ministerpräsidenten sollten helfen, das Kartell der Berufspolitiker in den etablierten und allzu ähnlich gewordenen Parteien aufzubrechen. Die Möglichkeit der Gesetzeskorrektur durch Volksabstimmungen wurde in diesem Zusammenhang ebenfalls eingefordert. Dass die linksliberale D'66 schon Jahre zuvor ganz ähnliche Anliegen vertreten hatte, nun jedoch in der Regierungsverantwortung eingeknickt war, bedeutete Wasser auf die Mühlen von LN.

Neben der Kritik an den sich elitär abschottenden Berufspolitikern kamen aus den Reihen von LN auch zum Teil recht plakative Forderungen nach Abbau und Entmachtung der Bürokratie, der Beschleunigung von Verfahren,³⁰⁰ mehr Gemeindeautonomie und weniger Büroarbeit für Polizisten, welche auf der Straße gebraucht würden.

Alles, was jetzt noch fehlte, war eine Galionsfigur, welche die durchaus auf Gegenliebe in der Bevölkerung stoßenden Forderungen im medial aufbereiteten Licht der Öffentlichkeit publikumswirksam präsentieren konnte. Jan Nagel, der Parteivorsitzende, hatte

²⁹⁸ Vgl. Lucardie in: Werz 2003, S. 177-194, hier: S. 186.

²⁹⁹ *Leefbaar Hilversum* erreichte bspw. bei den Gemeinderatswahlen 1998 14 von 37 Stadtratssitzen in Hilversum. *Leefbaar Utrecht* wurde 2000 mit ebenfalls 14 Sitzen zur stärksten Fraktion im Utrechter Stadtrat.

³⁰⁰ Besonders die Asylpolitik sollte vereinfacht und die Verfahren in diesem Zusammenhang beschleunigt werden.

nicht nur bis in die 1980er Jahre hinein als Mitglied der PvdA praktische Erfahrungen im Politikgeschäft gesammelt, sondern laut Paul Lucardie auch lange genug selbst beim Fernsehen gearbeitet,³⁰¹ um seine eigenen Chancen realistisch einzuschätzen. Also machte er sich auf die Suche nach einem passenden Protagonisten und wurde bei Wilhelmus Simon Petrus Fortuyn, einem ehemaligen Parteigenossen bei der PvdA, fündig. Die Liaison zwischen dem freien Publizisten und Soziologen und der LN sollte allerdings nur von kurzer Dauer sein.

Pim Fortuyn flutet die Zweite Kammer

Pim Fortuyn hatte zu dem Zeitpunkt, als die „Lebenswert-Bewegung“ ihn als Zugpferd gewinnen wollte, bereits eine illustre Karriere hinter sich. An den Universitäten von Groningen und Rotterdam war er als Dozent bzw. außerplanmäßiger Professor für Soziologie tätig gewesen. In Groningen war er 1980 mit einer mehr als 500 Seiten umfassenden Arbeit zur sozialökonomischen Politik der Niederlande in der Nachkriegszeit promoviert worden.³⁰² Die Buchpublikation enthält ein Geleitwort seines Doktorvaters Ger Harmsen. Dieser Kenner des Marxismus entstammte selbst einer Arbeiterfamilie und sympathisierte mit den Gewerkschaften sowie den Arbeiter- und Studentenbewegungen, deren Geschichte er als Historiker und Philosoph wissenschaftlich begleitete und aufarbeitete. Sein Schüler, Fortuyn, gab mit einer Publikation zum niederländischen Versorgungsstaat³⁰³ und einer Monographie zum Streikrecht³⁰⁴ in den 1980er Jahren wissenschaftliche Arbeiten heraus, welche ihn als Kenner der wirtschaftspolitischen Bedingungen seines Heimatlandes ausweisen. In dieser Phase seines Schaffens konnte Pim Fortuyn als „linker Sozialdemokrat“ gelten.³⁰⁵ Seine Mitgliedschaft in der PvdA gab er allerdings 1989 auf.³⁰⁶

In den 1990er Jahren wandte sich Fortuyn zunehmend von der nüchternen Wissenschaft ab. Stattdessen baute er als freier Kolumnist und Publizist den Grad seiner öffentlichen Wahrnehmung aus. Er trat als Redner auf Tagungen und Festveranstaltungen

³⁰¹ Vgl. Lucardie in: Werz 2003, S. 177-194, hier: S. 188.

³⁰² Pim Fortuyn: *Sociaal-economische politiek in Nederland 1945-1949*, Alphen aan de Rijn 1981.

³⁰³ Pim Fortuyn: *De Nederlandse verzorgingsstaat. Terughlik en vooruitzien*, Deventer 1983.

³⁰⁴ Pim Fortuyn: *Stakingsrecht in Nederland. Theorie en Praktijk 1872-1986*, Weesp 1985.

³⁰⁵ Lucardie in: Niedermayer 2006, S.331-350, hier: S. 338.

³⁰⁶ Ebd.

gen auf, wobei er für seine Auftritte fünfstellige Gagen erhalten haben soll.³⁰⁷ Neben seinen zahlreichen Buchpublikationen dürften hauptsächlich seine oftmals pointierten Einlassungen in einer wöchentlich erscheinenden Kolumne in der Zeitschrift *Elsevier* verantwortlich für seine wachsende Bekanntheit gewesen sein. In der als liberal-konservativ geltenden politischen Wochenzeitschrift erschienen Fortuyns Artikel zwischen 1993 und 2001 regelmäßig und machten ihn bei einer großen Leserschaft als Kritiker der Den Haager Zirkel populär. Aufsehen erregte er 1997 mit seinem Buchtitel „Wider die Islamisierung unserer Kultur“,³⁰⁸ in dem er bereits einige seiner später zu Wahlkampfthemen erhobenen Positionen bezog. Noch im gleichen Jahr wandte er sich in einer Publikation unter dem Titel „Zielloses Europa“ gegen ein „Europa der Technokraten, Bürokratie, Subventionen und des unvermeidlichen Betrugs.“³⁰⁹ Im darauf folgenden Jahr erschien ein Titel zum fünfzigjährigen Bestehen Israels,³¹⁰ wiederum ein Jahr danach eine Veröffentlichung zu den rasanten Entwicklungen in der Informationstechnologie.³¹¹ Keiner dieser Titel umfasste mehr als 200 Seiten und zielte mit pointierten Darstellungen aktueller Themen auf die Laufkundschaft in den Buchhandlungen.

Das schon früh auffällige Kind³¹² aus einfachen Verhältnissen³¹³ hatte also einen weiten Weg vom linken Flügel der Sozialdemokratie hin zu einem provokanten, ethnische und kulturelle Differenzen anprangernden Verteidiger von Recht und Ordnung hinter sich. Als sozialer Aufsteiger und *Selfmademan* verkörperte er den Typus eines *Homo novus*, der außerhalb des Establishments stand und dennoch ein gehöriges Maß an Bekanntheit genoss. Seine Einnahmen aus Gagen und Tantiemen halfen ihm, einen aufwändigen Lebensstil zu pflegen, der teure Kleidung, große Limousinen und einen eigenen Chauffeur beinhaltete.

³⁰⁷ Frank Eckhardt: *Pim Fortuyn und die Niederlande. Populismus als Reaktion auf die Globalisierung*, Marburg 2003, S. 39f.

³⁰⁸ Pim Fortuyn: *Tegen de islamisering van onze cultuur*, Utrecht 1997.

³⁰⁹ Pim Fortuyn: *Zielloos Europa. Tegen een Europa van technocraten, bureaucratie, subsidies en onvermijdelijke fraude*, Utrecht 1997.

³¹⁰ Pim Fortuyn: *50 jaar Israel. Hoe lang nog? Tegen het tolereren van fundamentalisme*, Utrecht 1998.

³¹¹ Pim Fortuyn: *De derde revolutie! Hoe de informatietechnologie alles op zijn kop zet*, Utrecht 1999.

³¹² In der in der folgenden FN angeführten Autobiografie ist nachzulesen, dass er sich bereits als Jugendlicher von seinen Mitmenschen abgesondert habe, sich bemüht habe „nicht-niederländisch“ zu sein und bereits als 16-Jähriger im Dreiteiler zur Schule gegangen sei. So auch bei: Frank Eckardt Eckhardt: *Pim Fortuyn und die Niederlande. Populismus als Reaktion auf die Globalisierung*, Marburg 2003, S. 17.

³¹³ Vgl. Pim Fortuyns autobiografischen Ausführungen in: *Autobiografie van een babyboomer, aangevuld met herinneringen van Marten Fortuyn, vrienden en geestverwanten*, 2. Aufl. Rotterdam 2002, S. 11-91.

Diese schillernde Figur konnte Jan Nagel dafür gewinnen, sich an die Spitze der *Leefbaar*-Bewegung zu stellen. Passenderweise hatte sich Fortuyn im gleichen Jahr mit seinem Titel „Traumkabinett – wie die Niederlande regiert werden müssten“ ein weiteres Mal als politischer Richtungsgeber profiliert.³¹⁴ Der zweite ordentliche Parteitag von LN kürte Pim Fortuyn im November 2001 zum Spitzenkandidaten für die anstehenden Wahlen. Diejenigen, die mit der handstreichartigen Übernahme nicht konform gingen, gründeten mit *Duurzaam Nederland* („nachhaltiges Niederland“) eine neue, bald in der Bedeutungslosigkeit versinkende Partei.³¹⁵ Doch auch diejenigen, die sich hinter ihn geschart hatten, sollten sich schon bald, vom Eifer des Emporkömmlings brüskiert wieder abwenden. Denn seine „Äußerungen schockierten nicht nur die politische Elite, sondern auch seine eigene Partei.“³¹⁶ Also endete die kurze Liaison zwischen LN und Pim Fortuyn, der sich am 11. Februar 2002 entschloss, ein eigenes „Wahlkampfvehikel“ vom Stapel laufen zu lassen. Auf der Kandidatenliste *Lijst Pim Fortuyn* (LPF) fanden sich persönliche Weggefährten, Unterstützer und Geldgeber, die mit dem schillernden Führer vor allem gemein hatten, dass es sich bei ihnen um Nichtangehörige des Establishments handelte. Allerdings verfügten sie als Geschäftsleute und Unternehmer über relevante Geldmittel, um den Wahlkampf der LPF zu finanzieren. Als Parteiprogramm fungierte die aktuelle Buchpublikation Fortuyns,³¹⁷ deren Auflage und Absatz dadurch ungekannte Höhen erreichte.

Binnen weniger Monate schossen die Umfragewerte für die LPF und ihren Führer in die Höhe. Am 6. März avancierte *Leefbaar Rotterdam*, das in der Gefolgschaft Fortuyns verblieben war, bei den Gemeinderatswahlen unter dem neuen Protagonisten mit 34,7 Prozent der abgegebenen Stimmen zur stärksten Kraft. Die sich an diese Wahlen anschließende Fernsehdebatte mit den prominenten Vertretern der etablierten Parteien geriet zum Triumph für den geschickten Kommunikator, der seine Konkurrenten in den Schatten zu stellen vermochte. Von manchem Beobachter wurde der charismatische Redner schon als kommender Ministerpräsident gehandelt. Er selbst stilisierte

³¹⁴ Pim Fortuyn: *Droomkabinet. Hoe Nederland geregeerd moet worden*, Amsterdam 2001.

³¹⁵ Lucardie in: Werz 2003, S. 177-194, hier: S. 188.

³¹⁶ Ebd., S. 191.

³¹⁷ Pim Fortuyn: *De puinhopen van acht jaar Paars. Een genadeloze analyse van de collectieve sector en aanbeveling voor een krachtig herstelprogramma*, Rotterdam 2002. (Etwa: Die Ruinen von acht Jahren Violett. Eine gnadenlose Abrechnung mit dem gemeinschaftlichen Sektor und Empfehlungen für eine starke Wiedergenesung – Übertr. HS)

sich selbstsicher in dieser Rolle.³¹⁸ Aufgrund der zersplitterten Parteienlandschaft und der besonderen niederländischen Verhältnisse war es durchaus möglich, dass die LPF als stärkste Fraktion in die Zweite Kammer hätte einziehen können.

Doch Pim Fortuyn erlebte den Wahltag nicht. Am 6. Mai 2002, neun Tage vor dem Urnengang, fiel er in Hilversum einem Attentat zum Opfer. Trotz der unklaren Motive des Täters³¹⁹ ging das Attentat als erster politischer Mord in die Geschichte der Niederlande nach dem Zweiten Weltkrieg ein und erschütterte die Öffentlichkeit nachhaltig.

Wegen der kurzen Frist bis zu den Wahlen war der Name Fortuyn nicht mehr von den Wahllisten zu streichen, so dass die Niederländer ihre Stimmen für einen Toten abgeben konnten. Das taten siebzehn Prozent der Wähler, was etwa eineinhalb Millionen Stimmen entspricht. Ob die LPF eher vom Tod ihres Spitzenkandidaten profitierte – es wurde von „Kondolenzstimmen“ geschrieben³²⁰ – oder ob sie ohne die Ermordung des Spitzenkandidaten vielleicht sogar noch stärker abgeschnitten hätte, lässt sich naturgemäß nicht zweifelsfrei ergründen. Jedenfalls zog die kopf- und führerlose LPF am 15. Mai 2002 als zweitstärkste Kraft in die Zweite Kammer ein.

Ursachenforschung

Die vor den Wahlen erhobenen Umfragen hatten die Stärke der LPF vorausgesagt. Offen blieb die Frage, warum sich die Niederländer in so großer Zahl von den etablierten Spielern abwendeten, um sich für ein völlig neues Angebot zu entscheiden. Die aus dem Stand gewonnenen 26 Sitze in der Zweiten Kammer bedeuteten ein Novum in der politischen Geschichte der Niederlande und bescherten den Parteien nach 1994 eine weitere „Erdbebenwahl“.³²¹ Damals hatte der CDA 20 Sitze verloren und war

³¹⁸ Wielenga in: Wielenga/Taute 2004, S. 108-111.

³¹⁹ Es soll sich um einen radikalen Umweltaktivisten gehandelt haben. Der Einzeltäter gab neben der Sorge um die „Schwächsten der Niederländischen Gesellschaft“ als Motiv Tierschutz an, nachdem Fortuyn im Wahlkampf Äußerungen wie „Wählt mich, und Ihr könnt Eure Pelze tragen!“ getätigt hatte. Volkert van der Graaf wurde fast ein Jahr später zu 18 Jahren Haft verurteilt und gab bei der Verhandlung an, er habe keine andere Möglichkeit gesehen, Fortuyn zum Schweigen zu bringen. So u. a. in: dpa: *Der Richter zeigt keine Milde für den Mörder Fortuyns*, in: Die Welt 16.04.2003, S. 3.

³²⁰ Jan Kanter schreibt beispielsweise, dass die LPF von „einer Welle der Solidarität getragen“ worden sei, welche sie zur zweitstärksten Kraft im Parlament gemacht habe: *Nach dem Multikulturalismus. Die Niederlande und die Einwanderer*, in: Die Welt 04.05.2006, S. 8.

³²¹ Hans Keman und Paul Pennings: *Dutch Parliamentary Elections in 2002 and 2003: The Rise and Decline of Fortuyn Movement*, Acta Politica 2003, 38, S. 51-68, hier: S. 52.

nach langen Jahren der Dominanz und der Regierungsverantwortung auf die Oppositionsbank gedrängt worden. Das folgende und oben bereits behandelte Interim der so genannten violetten Koalition bewerkstelligte zwar achtbare wirtschaftspolitische Erfolge, stellte aber zugleich den Höhepunkt eines Konvergenztrends der niederländischen Parteienlandschaft dar. Insofern kann der Befund Paul Pennings' und Hans Kemans einen ersten Erklärungsansatz für den Erfolg der LPF liefern. Sie stellen die Unterschiede des Parteintypus' heraus:

This implies that the 'cartel party model', in which colluding parties become agents of the state and employ the resources of the state to ensure their own collective survival, appeared to be outlived. They were now seriously challenged by an entrepreneurial party, which was based on the initiatives of an outsider and used tactics to gain directly from a volatile electoral market.³²²

Die von den Autoren konstatierte erhöhte Volatilität der Wähler liegt nicht allein in der Unzufriedenheit der Wähler mit den Angeboten der Parteien oder deren Wahrnehmung als sich selbst erhaltendes Kartell alleine begründet. Für die Niederlande gilt, was für alle weit entwickelten, arbeitsteiligen, postindustriellen Gesellschaften festzustellen ist: Die Auflösung von fest gefügten Milieustrukturen geht einher mit der Reduzierung fester Parteibindungen der Wähler. Waren in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten noch zehn Prozent der wahlberechtigten Niederländer Mitglied einer Partei, so sank diese Zahl bis 2000 auf ein Viertel dieses Wertes ab.³²³ Zudem ist ein starker Rückgang der religiösen Verwurzelung weiter Bevölkerungsteile zu verzeichnen, der nicht nur zu der oben beschriebenen Umstrukturierung der konfessionellen Parteien geführt hat, sondern auch deren gesellschaftliche Verankerung zunehmend gelöst hat.

Die größer werdende Gruppe der Wechselwähler zwischen den sicheren „Herzlanden“ der ehemaligen Säulen wird zur umkämpften Zielgruppe aller Kombattanten auf dem „Schlachtfeld“ der Wahlkämpfe.³²⁴ Dass sich die Spieler im Zuge der Annäherung an diese begehrte Zielgruppe ähnlicher werden, erscheint somit als unvermeidlich. Reicht

³²² Ebd.

³²³ Zahlen aus: Paul Lucardie: *Das Parteiensystem der Niederlande*, in: Niedermayer 2006, S. 331-350, hier: S. 345f. Interessant hierbei die Differenz zwischen den Volksparteien CDA, PvdA und VVD einerseits und den kleinen Parteien SGP, CU und SP andererseits. Erstere zählen zwei Prozent ihrer Wähler als Mitglieder, letztere mehr als zehn Prozent.

³²⁴ Der Begriff „Herzland“ meint die angestammte Klientel der Parteien und folgt der englischsprachigen Unterteilung der Wählersegmente in *heartland* und *battlefield*. So u.a. bei Andeweg/Irwin 2005, S. 102.

es allerdings aus, anders aufzutreten, als die bekannten Größen der politischen Landschaft, um diesen in erdrutschartiger Manier Stimmen aus dem umkämpften Reich der Mitte abzurufen?

Eine auf empirischen Analysen gegründete Untersuchung Wouter van der Brugs³²⁵ kommt zu teilweise überraschenden Ergebnissen bei der Suche nach den Ursachen für die Wahlentscheidung der Niederländer für die LPF. Er testete drei Modelle zur Erklärung der Unterstützung für die LPF. Hierbei handelte es sich um den im Zusammenhang mit Erfolgen populistischer Bewegungen oft bemühten Sozialstruktur-Ansatz, das ebenso bekannte Modell der Protest-Stimmenabgabe und das Modell einer politik-inhaltsbezogenen Stimmabgabe.

Wie auch in anderen Fällen von Stimmengewinnen populistischer Formationen wurde der Erfolg der LPF zunächst von vielen als eine Mischung der ersten beiden Modelle gewertet:

*Votes for the LPF are described as protest votes, mainly from the low-educated 'angry white men', who are sociologically expected to feel mostly attracted to the simple populist message of a charismatic politician.*³²⁶

Interessanterweise gelingt es Wouter van der Brug diesen populären Erklärungsansatz für die Niederlande als nicht besonders stichhaltig darzulegen. Zwar ergeben auch seine Datensätze, dass gut Ausgebildete mit geringerer Wahrscheinlichkeit ihre Stimme für die LPF abgaben als weniger gut Ausgebildete, dass Frauen und religiös aktive Menschen ebenso weniger zur LPF tendierten als Männer bzw. religiös inaktive Menschen. Nichtsdestotrotz lieferten dieselben Daten jedoch keinen Beleg dafür, dass untere Schichten, Arbeitslose oder Bezieher von Niedriglöhnen mit einer größeren Wahrscheinlichkeit ihre Stimmen für die LPF abgaben. So bildeten Religion und Geschlecht deutlich aussagekräftigere Indikatoren als Einkommen und Bildungsgrad.³²⁷ Dass sich Korrelationen zwischen den genannten Variablen und der Stimmabgabe für die LPF herstellen lassen, kann als indirekter Effekt gewertet werden. Tatsächlich erscheint es

³²⁵ Wouter van der Brug: *How the LPF Fuelled Discontent: Empirical tests of explanations of LPF support*, Acta Politica 2003, 38, S. 89-106.

³²⁶ Ebd., hier: S. 89.

³²⁷ Ebd., hier: S. 96.

nämlich so, dass die Wähler der LPF sich vornehmlich von inhaltlichen Motiven leiten ließen:

*[...] votes for the LPF were mostly policy driven, rather than expressions of general discontent or brought about by socio-structural characteristics.*³²⁸

Da xenophobe Haltungen, und Vorbehalte gegen Einwanderer in niedrigen Einkommensgruppen und bei weniger gebildeten Menschen stärker verbreitet sind als in anderen Vergleichsgruppen lassen sich die oben erwähnten Zusammenhänge tatsächlich als indirekte Effekte erklären.

Weiterhin argumentiert Wouter van der Brug überraschend, dass die Wähler nicht aus einer Protesthaltung heraus für Pim Fortuyn stimmten, sondern erst durch ihre inhaltliche Übereinstimmung mit seinen Positionen dessen fundamentaloppositionelle Haltung gegenüber der etablierten politischen Elite übernahmen.³²⁹ Dieser Effekt der Verbrüderung mit dem Außenseiter verstärkte sich mit der Stigmatisierung des Spitzenkandidaten durch die Etablierten und fand ihren Höhepunkt in der Folge der Ermordung des Kandidaten, für die der politischen Elite eine indirekte Schuld zugewiesen wurde.³³⁰ Joop van Holsteyn und Galen A. Irwin konnten anhand von Befragungen vor und nach der Ermordung Fortuyns diesen Wandel anschaulich darstellen.³³¹ Die Zahl der strikten Ablehner von Fortuyns Person und der Grad ihrer Ablehnung minderten sich, während gleichzeitig die Sympathiewerte für Fortuyn in Zahl und Grad zulegten. Alle anderen Spitzenkandidaten, abgesehen von Jan Peter Balkenende, büßten hingegen an Sympathien ein. Besonders deutlich fielen diese Verluste bei Paul Rosenmöller, dem Spitzenkandidaten der Grünen Linken, aus, deren Umfeld man den Attentäter zuordnete.

Trotz des empirisch belegten Anstiegs der Bedeutung von Persönlichkeiten bei der Wahlentscheidung,³³² weist Wouter van der Brug einen naheliegenden, weiteren Erklärungsansatz zurück: Er schreibt dem Konzept von Charisma als Möglichkeit einer Er-

³²⁸ Ebd., hier: S. 97.

³²⁹ Ebd., hier: S. 100.

³³⁰ Ebd., hier: S. 91.

³³¹ Joop J. M. van Holsteyn und Galen A. Irwin: Diess.: *Never a Dull Moment: Pim Fortuyn and the Dutch Parliamentary Election of 2002*, in: *West European Politics* 2003, 26(2), S. 41-66, hier: S. 57.

³³² Ebd., S. 55-59.

klärung für Wahlerfolg eine inhärente tautologische Natur zu.³³³ Selbstverständlich ist es schwer, wenn nicht unmöglich, Ausstrahlung und individuell unterschiedlich empfundene Wirkung von Persönlichkeit empirisch exakt messbar zu machen. Dennoch erscheint diese Komponente in der Analyse des Erfolgs von Pim Fortuyn genauso wenig vernachlässigbar zu sein, wie im Fall Jörg Haiders aus dem ersten Fallbeispiel. Für diese Auffassung sprechen in diesem Fall Beiträge anderer Autoren wie Frank Eckardt, der einen Journalisten nach einem Interview mit dem politischen Senkrechstarter zitiert:

*Seine Augen strahlen alles aus, was er in sich trägt: Spott, Ironie, Selbstzufriedenheit, Intellekt, Liebe und Arroganz. Diesen Augen kann man nicht entkommen, sie sind notfalls tödlich.*³³⁴

Neben möglicherweise individuell empfundenen und daher kaum objektivierbaren Eindrücken sprechen auch nackte Zahlen für die These von der einnehmenden Persönlichkeit: Unmittelbar nach der Trennung Fortuyns von LN, noch bevor er eine eigene Kandidatenliste hatte aufstellen oder seine Partei registrieren lassen können, war laut Umfragen mindestens die Hälfte aller Anhänger von LN auf Pim Fortuyn umgeschwenkt.³³⁵ Sie folgten der Person, deren Identifikationspotential offensichtlich das der bestehenden jungen Partei bei weitem übertraf.

Unbestreitbar gibt es Menschen mit überdurchschnittlicher persönlicher Ausstrahlung, die nachhaltige Eindrücke bei ihren Mitmenschen hinterlassen. Dies galt für Pim Fortuyn, welcher es verstand, der vermeintlichen Langeweile der niederländischen Politik durch sein Tabus brechendes Auftreten einen schreienden Kontrast entgegenzusetzen.

Ohne Zweifel besaß Fortuyn eine charismatische Persönlichkeit, mit deren Hilfe es ihm gelang, Männer und Frauen ohne politisches Interesse aus ihrem Alltagsleben

³³³ Wouter van der Brug, in: Acta Politica 2003, 38, S. 92.

³³⁴ Frank Eckhardt: *Pim Fortuyn und die Niederlande. Populismus als Reaktion auf die Globalisierung*, Marburg 2003, S. 17f.

³³⁵ Joop J. M. van Holsteyn und Galen A. Irwin in: West European Politics 2003, 26(2), S. 41-66, hier: S. 56.

beraus zum politischen Aktivismus anzustacheln. [...] Wo er auftrat, verblassten andere Politiker.³³⁶

Seine Persönlichkeit polarisierte ebenso stark wie die ungekannte Offenheit seiner Aussagen. Beides, die schillernde Persönlichkeit und die kompromisslosen Aussagen zu bis dato mit aller Vorsicht und politischen Korrektheit behandelten Themen, waren ein Novum in der niederländischen politischen Öffentlichkeit. Seine teilweise provokant zur Schau getragene Homosexualität stand dabei offenbar nicht im Widerspruch zu einer „affektiven Hingabe“ zahlreicher weiblicher Anhänger.³³⁷

Die Themen, die er besetzte, waren neben der Gesundheitsfürsorge, der inneren Sicherheit und der Schelte der Haager Zirkel vor allem die Asyl- und Einwanderungspolitik. Er stellte nicht nur das Poldermodell als unzeitgemäß in Frage, sondern identifizierte die mangelnde Integration der allochthonen Bevölkerungsteile als wichtige Ursache für viele Missstände in der niederländischen Gesellschaft. Er verurteilte das jahrzehntelang gepriesene Konzept einer multikulturellen Gesellschaft und klagte die abgehobene politische Elite an, jede Diskussion über den Zustand der Integration und den Umgang mit Migranten zu tabuisieren. Damit traf er den Nerv vieler.

Pim Fortuyns englischer Slogan „At Your Service!“, den er mit einer salutierenden Geste kombinierte, war unkonventionell und populistisch, weil er jedem, der Fortuyn sah, versprach, dass in seinem Dienste gehandelt würde. Ursächlich für den einzigartigen Erfolg Pim Fortuyns ist demnach ein Paket aus systemischen Rahmenbedingungen, spezifischen Stimmungslagen in der Bevölkerung und das besondere Persönlichkeitsbild eines Kandidaten, der mit einem treffsicheren Gespür für die geeigneten Themen zur passenden Zeit die richtigen Fragen zu stellen und Angebote zu machen wusste.

Regierungsbeteiligung der LPF

Nachdem es im Anschluss an die Wahlen des Jahres 1998 Monate gedauert hatte, bis sich die Koalition zusammengefunden und einen Koalitionsvertrag aufgesetzt hatte,

³³⁶ Lucardie in Niedermayer 2006, S. 331-350, hier: S. 338.

³³⁷ Ebd.

überraschten die Parteien die Öffentlichkeit mit einer schnellen Reaktion auf das Erd-rutschwahlergebnis. Nach anfänglichem Zögern konnte der CDA die VVD für eine gemeinsame Zusammenarbeit mit der LPF gewinnen. Mat Herben, der zum Nachfolger Fortuyns gekürt worden war, saß bei den Verhandlungen um den Regierungsvertrag mit Jan Peter Balkenende (CDA) und Gerrit Zalm (VVD) zusammen. Und diese beiden versierten Parteipolitiker entschieden sich für eine auf nationaler Ebene neue, auf kommunaler Ebene jedoch erprobte Strategie. Ebenso wie man in Rotterdam und anderen Städten mit den *Leefbaar*-Fraktionen verfahren war, band man die Emporkömmlinge in die politische Verantwortung ein. Für die Koalitionsverhandlungen bedeutete das auf Seiten des CDA, dass eine Verbindung mit der LPF als primäre Option gehandelt wurde. Nachdem man die VVD, welche relevante Verluste an das Lager Fortuyns zu verzeichnen gehabt hatte, mühsam zur Mitarbeit bewegen konnte,³³⁸ gingen die konkreten Verhandlungen vergleichsweise schnell und führten zu einem „ziemlich gemäßigten“³³⁹ Regierungsprogramm. Zwar wurde mit der Direktwahl von Bürgermeistern eine zentrale Forderung der LPF in das Koalitionsprogramm integriert, aber auf nationaler Ebene blieb das politische System unangetastet. Ein Absenken der Zahl der positiven Asylentscheide wurde zwar festgeschrieben, doch bedeutete dies lediglich die Fortsetzung einer Entwicklung, die man bereits vor Jahren eingeleitet hatte.

Anders als in der Vergangenheit, so die Begründung Balkenendes für die zügigen Verhandlungen, wolle man die inhaltlichen Spielräume der Minister in ihren jeweiligen Ressorts erhalten und nicht alle Details vorab festlegen.³⁴⁰ Man kann spekulieren, ob diese Zuweisung einer erhöhten ministeriellen Eigenverantwortung darauf zielte, die unerfahrenen LPF-Minister in vorhersehbare Untiefen des politischen Alltagsgeschäfts zu lotsen.

Dass die LPF allerdings gar keiner Hilfe von den etablierten Parteien benötigte, um sich selbst in Nöte zu bringen, wurde schon früh deutlich. Waren die Auseinandersetzungen um den künftigen Kurs der Bewegung bzw. um das Vorrecht auf die Exegese des Willens ihres Begründers kurz nach dessen Tod noch von der Trauer um seinen

³³⁸ Die anfängliche Zurückhaltung der VVD beschreiben u. a. Joop J. M. van Holsteyn und Galen A. Irwin: Diess.: *Never a Dull Moment: Pim Fortuyn and the Dutch Parliamentary Election of 2002*, in: *West European Politics* 2003, 26(2), S. 41-66, hier: S. 63.

³³⁹ Lucardie in Niedermayer 2006, S. 331-350, hier: S. 339.

³⁴⁰ Frank Eckhardt: *Pim Fortuyn und die Niederlande. Populismus als Reaktion auf die Globalisierung*, Marburg 2003, S. 52.

Verlust und die Freude über den großen Erfolg bei den Wahlen überlagert, brachen sich die Querelen doch sehr bald Bahn. Mat Herben sah sich immer wieder in der Rolle eines Schlichters zwischen den eigenen, unsteten Gefolgsleuten.³⁴¹ Der Austritt von Winny de Jong, die sich als legitime Nachfolgerin Fortuyns verstand, sich mit ihren Forderungen nach dem Parteivorsitz jedoch nicht durchsetzen konnte und später ihre eigene Partei gründete, war nur einer der vielen Rückschläge für den Parteiführer „wider Willen.“³⁴² Ihm blieb entsprechend wenig Energie, um die scharfkantigen Positionen des Übervaters seiner Partei in der Regierung zu vertreten. So ergab sich die ehemals kompromisslos auftretende LPF zunehmend den in den Niederlanden erprobten Praktiken der Konsenspolitik. Beispielhaft hierfür kann die Zustimmung der LPF gewertet werden, dass die Finanzierung und Neuorganisation der Gesundheitsfürsorge am besten „durch ein Experten-Team in einer Konsensrunde entschieden werden“ könne.³⁴³ Friso Wielenga konstatiert:

*Die LPF-Fraktion im Parlament bestand zum großen Teil aus unerfahrenen politischen Abenteurern, die sich fast unablässig stritten und mehr damit beschäftigt waren, Streitigkeiten auszutragen, als sich um ihre parlamentarischen Aufgaben zu kümmern.*³⁴⁴

Mat Herben wurde wegen seiner mangelnden Durchsetzungsfähigkeit in den Koalitionsverhandlungen von seiner Partei als Vorsitzender geschasst, durch Harry Wijnschenk ersetzt und, als dieser aus der Partei gedrängt wurde, wieder als dessen Nachfolger eingesetzt. Dass unter dem Personal der LPF nicht nur Streithähne sondern auch politisch unmögliche Gestalten zu finden waren, zeigt der Fall der Staatssekretärin Philomena Bijlhout. Ganze sieben Stunden nach der Vereidigung des neuen Kabinetts tauchte in der Öffentlichkeit ein belastendes Foto auf, welches die aus Surinam stammende und als Vorzeige-Integrations-Beispiel in Szene gesetzte Dame in Kampfmontur neben Putschisten zeigte, die in Surinam als Guerilla gegen die gewählte Regierung kämpften.³⁴⁵ Schnell musste Ersatz gefunden werden, was wegen der

³⁴¹ Ebd., S. 50.

³⁴² „[...] Mat Herben, more or less against his own will, became the political leader [...].“ So bei Joop J. M. van Holsteyn u. Galen A. Irwin, in: *West European Politics* 2003, 26(2), S. 41-66, hier: S. 63.

³⁴³ Eckhardt 2003, S. 53.

³⁴⁴ Wielenga in: Wielenga/Taute 2004, S. 111.

³⁴⁵ So beschrieben bei Eckhardt 2003, S. 54f.

mangelnden politischen Erfahrung und Sachkompetenz in den Reihen der LPF schwierig war.

Man recurrierte in Ermangelung eigenen Personals auf eine Reihe von Überläufern aus anderen Parteien. Vize-Premierminister Eduard Bomhoff war erst unmittelbar nach der Wahl von der PvdA zur LPF übergetreten. Der Minister für Verkehr und Wasserverwaltung, Roelf de Boer, blieb sogar bis September 2002 Mitglied der VVD, und Hilbrand Nawijn, Minister für Einwanderung und Integration, war bis Juni 2002 Mitglied des CDA, für den er einen Kommunalratsitz in seiner Heimatstadt innehatte. Lediglich Herman Heinsbroek, der für Wirtschaft zuständige vierte Minister, war kein Mitglied einer anderen Partei. Er gründete erst nach dem Niedergang der Regierung im Oktober 2002 seine eigene *Lijst Nieuwe Politiek* (LNP).³⁴⁶

Inhaltlich konnte sich die LPF kaum profilieren, sondern fiel eher durch verquere Einlassungen ihrer Parlamentarier und Regierungsmitglieder auf, die von Ministerpräsident Balkenende immer wieder entschärft, abgeschwächt und relativiert werden mussten. Die Minister Eduard Bomhoff und Herman Heinsbroek teilten weniger aufgrund inhaltlicher Differenzen als vielmehr wegen persönlicher Animositäten die LPF in zwei Lager. Dabei schloss sich die Fraktion unter ihrem Vorsitzenden Harry Wijnschenk Heinsbroek an, während der provisorische Parteivorsitzende Ed Maas sich ihm widersetzte.³⁴⁷ Mit dem Parteiaustritt der Minister eskalierte der Konflikt und führte so im Oktober 2002 zur Koalitionskrise.³⁴⁸ Nach nicht einmal drei Monaten innerparteilicher und öffentlichkeitswirksamer Querelen war das Maß für die etablierten Spieler des CDA und der VVD voll. Wegen nicht zu behebender Vertrauensdefizite kündigten sie die Kabinettszusammenarbeit auf. Die Neuwahlen wurden für den 22. Januar des Jahres 2003 angesetzt.

Der Pegel fällt

Die zweite Wahl binnen eines Jahres brachte eine Rückkehr zu gewohnten Kräfteverhältnissen. Die VVD konnte immerhin vier ihrer 14 bei den Wahlen des Jahres 2002 verlorenen Sitze zurückgewinnen. Besonders erholt von ihrem Debakel des Vorjahres,

³⁴⁶ Liste neue Politik

³⁴⁷ Lucardie in Werz 2003, S. 177-194, hier: S. 193.

³⁴⁸ Lucardie in Niedermayer 2006, S. 331-350, hier: S. 340.

als man 22 von 45 Sitzen verlor, zeigte sich die PvdA. Unter ihrem jungen Parteiführer Wouter Bos, einem Quereinsteiger³⁴⁹ in die Politik wie Fortuyn, konnte sie mit einem Plus von 19 Sitzen einen Gutteil ihrer Verluste aus dem Vorjahr wieder auffangen und stellte nach dem CDA erneut die zweitstärkste Fraktion. Die Christdemokraten behaupteten sich stabil wenn auch nur knapp vor den Sozialdemokraten. Zusammen mit der VVD bildeten sie erneut die Regierungskoalition, diesmal jedoch unter Einbeziehung von D'66, die somit einmal mehr zum Mehrheitsbeschaffer avancierten, obwohl sie mit lediglich sechs Sitzen ihre historischen Tiefststände der Wahlen von 1972 bzw. 1982 einstellten.

Die LPF, auf weniger als ein Drittel ihrer ehemaligen Mandate zusammengeschrumpft, setzte ihren Abwärtstrend fort. Das gleiche galt für *Leefbaar Nederland*. Die Bewegung hatte ohne prominente Galionsfigur 2002 noch 1,6 Prozent Wählerstimmen und somit immerhin zwei Sitze in der Zweiten Kammer erobert. Doch sie konnte ihren Bedeutungsverlust nicht aufhalten und fiel 2003 auf lediglich 0,2 Prozent, was das Ende ihrer Zeit im Parlament bedeutete. 2006 trat sie nicht mehr zu den Wahlen an. Heute ist ihr Internetauftritt verwaist,³⁵⁰ und die Aktivitäten der kurzfristig wirkmächtigen Bewegung scheinen eingestellt. *Leefbaar Rotterdam*, die kommunale Bewegung mit der Fortuyn seinen Siegeszug begann, konnte im Gegensatz zur nationalen Bewegung und dem Trend ihrer Pendanten in anderen Städten ein Abrutschen in die Bedeutungslosigkeit verhindern, als bei den Kommunalwahlen des Jahres 2006 immerhin 14 von 17 Mandaten im Stadtrat von Rotterdam behauptet werden konnten, auch wenn es der PvdA gelang, wieder zur stärksten Kraft in diesem Gremium aufzusteigen.³⁵¹

Die LPF war nach dem Ausscheiden Fortuyns und den Lagerkämpfen seiner Diadochen kaum noch in der Lage, politische Akzente zu setzen. Lediglich im Rahmen der Auseinandersetzungen, die schließlich im Sommer 2006 zum Bruch der Regierungskoalition führten, fiel ihr eine Nebenrolle zu: An der Ausländerministerin Rita Verdonk (VVD) hatte sich wegen ihrer kompromisslosen Linie vor allem in den Reihen von

³⁴⁹ Nach dem Studium der Politikwissenschaft und der Wirtschaftswissenschaft in Amsterdam machte er – unüblich für einen Sozialdemokraten – zunächst Karriere beim niederländischen Ölkonzern Royal Dutch Shell. Ein vollständiger Lebenslauf findet sich u.a. auf: <http://www.pvda.nl/renderer.do/clearState/true/menuId/200028616/returnPage/200032878/> (17.04.09).

³⁵⁰ <http://www.leefbaar.nl/> (04.04.2009).

³⁵¹ Zahlen aus: Die Welt 09.03.2006, S. 6. Zum Vergleich: In Utrecht sank die Zahl der *Leefbaar*-Mandate von 14 auf drei.

D'66 Kritik entzündet. Der kleinste Koalitionspartner unterstützte einen von der Opposition eingebrachten Misstrauensantrag, der allerdings scheiterte, weil oppositionelle Abgeordnete, unter anderen diejenigen der LPF, für Rita Verdonk stimmten.³⁵²

Als in der Folge D'66 aus der Koalition austrat, verpflichtete die Königin Ministerpräsident Balkenende auf die Fortsetzung seiner Regierungstätigkeit an der Spitze einer Minderheitsregierung, die bis zu den vorgezogenen Neuwahlen im November im Amt bleiben sollte. Bei den Wahlen des Jahres 2006 konnte die LPF keine Mandate mehr erringen und löste sich im Juli 2007 auf. Aufgrund ihrer Defizite in Bezug auf formale Organisation, eine ideologische Kohärenz und parteiinterne Kultur, sei dieser „Zerfall unschwer vorauszusagen“ gewesen, subsumiert Paul Lucardie.³⁵³ Jens van der Vorm, der Generalsekretär der LPF, stellte auf der letzten außerordentlichen Mitgliederversammlung fest:

*Es hat keinen Sinn mehr weiterzumachen. Wir sind im Parlament nicht mehr vertreten und stellen gerade noch in fünf Gemeinderäten einige Sitze. Unsere Zeit ist vorbei. Die Auflösung der Partei ist das Beste.*³⁵⁴

³⁵² Balkenende ohne Mehrheit. Niederländische Kabinettskrise wegen Ministerin Verdonk, in: FAZ 30.06.2006, S. 5.

³⁵³ Lucardie in Werz 2003, S. 177-194, hier: S. 193.

³⁵⁴ Helmut Hetzel: *Liste Fortuyn löst sich auf. Erfolgsgeschichte währte nur kurz*, in: Kölner Stadt-Anzeiger 24.07.2007, S. 6.

4.3 Schiffbruch? – Vorläufige Bilanz des Fortuynschen Wassereinbruches

Kurz nach dem plötzlichen und eruptiven Ausbruch des Populismus in den Niederlanden, musste es schwer fallen, ein Phänomen zu beurteilen, dessen Laufzeit so knapp bemessen und dessen Begleitumstände so dramatisch erscheinen. Wenn ein Staat, der jahrzehntelang als Hort der Toleranz und der konsensorientierten politischen Kultur erschien, von politischen Morden erschüttert wird, fällt eine nüchterne Analyse schwer. Doch inzwischen scheint die Aufregung in der niederländischen Politik zum Alltag geworden, scheint das vormals politisch Inkorrekte normal geworden, scheint die Toleranz zwar nicht in der Sache, wohl aber im Umgang mit Differenzen wieder auf dem Vormarsch zu sein.

Veränderung der Parteienlandschaft

Auch nach dem Untergang der LPF hält die Schwächephase der Volksparteien an. Die Bindekraft der etablierten Konkurrenten um Wählerstimmen und Regierungsbeteiligungen hat nachhaltig abgenommen, und andere Akteure drängen ins Rampenlicht.

Die rechtsliberale VVD verzeichnet Abwanderung in die Lager zweier Abspaltungen unter der Führung von ehemaligen Mitgliedern. Rita Verdonk steht nach ihrem Austritt aus der VVD³⁵⁵ einer Anti-Immigrationsbewegung unter dem Namen *Trots op Nederland*³⁵⁶ (ToN) vor, die bei Umfragen für Furore sorgte.³⁵⁷ Geert Wilders hat mit

³⁵⁵ Im Juni 2006 hatte sie sich trotz guter Umfragewerte in einer Kampfabstimmung um den Platz des Spitzenkandidaten knapp dem gemäßigten Mark Rutte geschlagen geben müssen. Wegen ihres Vorstoßes, der VVD-Abgeordneten Ayaan Hirsi Ali die niederländische Staatsbürgerschaft wegen falscher Angaben im Einbürgerungsantrag wieder zu entziehen, war sie in den eigenen Reihen und in der Öffentlichkeit in die Kritik geraten. U.a. in: *Rutte führt Hollands Rechtsliberale. Parteimitglieder gegen die populäre Ausländerministerin Verdonk*, in: FAZ 02.06.06, S. 6.

³⁵⁶ Stolz auf die Niederlande.

³⁵⁷ Ton Nijhuis attestiert ToN die Chance, im Falle baldiger Wahlen zur zweitstärksten Partei zu avancieren: Nijhuis in Baus 2009, S. 87-99, hier: S. 87. Eine jüngere Umfrage sieht seine PVV mit 27 Sitzen (gegenwärtig 9) sogar als derzeit stärkste Kraft im niederländischen Parlament, in: FAZ 02.03.2009, S. 5.

seiner *Partij voor Vrijheid*³⁵⁸ (PVV) bereits den Sprung ins niederländische Parlament geschafft, und bewegt sich in der Art seiner Darstellung in den Fußspuren von Pim Fortuyn. Auch er polarisiert sein Publikum in extremer Weise und es gelang ihm mit einem skandalumwitterten Filmprojekt weit über die Niederlande hinaus für Aufsehen zu sorgen.³⁵⁹

Sowohl Rita Verdonk als auch Geert Wilders imitieren die Strategie Fortuyns, nicht auf eine Parteibasis zu setzen, sondern ihre Wahlkampfvehikel im Status einer Bewegung zu belassen. Im Falle der PVV bedeutet das, dass von den neun Abgeordneten, die sie in die Zweite Kammer entsendet, lediglich Geert Wilders selbst Mitglied seiner eigenen Partei ist.³⁶⁰ Auf diese Weise können die Abgeordneten in ihrer Entfaltung nicht durch Parteitagsbeschlüsse gelenkt werden. Die Organisationsstruktur bleibt lose und fragil.

Der PvdA ist mit der ehemals maoistischen *Socialistische Partij*³⁶¹ (SP) ein neuer Konkurrent im angestammten Milieu erwachsen. Im Gegensatz zu den oben genannten Bewegungen ToN und PVV hat die SP jedoch eine längere Vorgeschichte, die in den 1970er Jahren beginnt.³⁶² Auf lokaler Ebene betätigte sich die SP zunächst im Gesundheitssektor, bei Streiks, Protesten und Hausbesetzungen, um abseits der großen Politik das Image einer Helferin an der Basis aufzubauen. Ton Nijhuis vergleicht ihr Vorgehen mit der Strategie einer Moslembrotherschaft: „Zunächst war man hilfsbereit in der Nachbarschaft, um im Anschluss daran die politische Botschaft zu verkünden.“³⁶³ Zwar dauerte es geraume Zeit, doch die Strategie ging auf. Seit die Partei bei den Wahlen 1994 mit einer fundamentaloppositionellen Kampagne unter dem Slogan „*Stem tegen, stem SP!*“³⁶⁴ erstmals zwei Sitze im Parlament erringen konnte, ging es stetig bergauf. Mit zwischenzeitlich 25 Sitzen ist die SP zur drittstärksten Fraktion geworden. Prognosen sehen sie momentan sogar bei 30 Sitzen und damit auf Augenhöhe mit der

³⁵⁸ Partei für die Freiheit

³⁵⁹ Der Kurzfilm „Fitna“ richtete sich nach Bekunden Wilders' gegen die „Islamisierung des Westens“ und rief ein breites Echo hervor, weil die Regierung vergeblich eine Aufgabe des Filmprojektes gefordert hatte, mit großem Aufwand Ausschreitungen gegen niederländische Einrichtungen im islamischen Ausland zu verhindern suchte und gegen Wilders Ermittlungen wegen Volksverhetzung anstrebte. Im Zuge dieser Auseinandersetzungen wurde ihm die Einreise nach Großbritannien verweigert.

³⁶⁰ Nijhuis, in: Baus 2009, S. 94.

³⁶¹ Sozialistische Partei

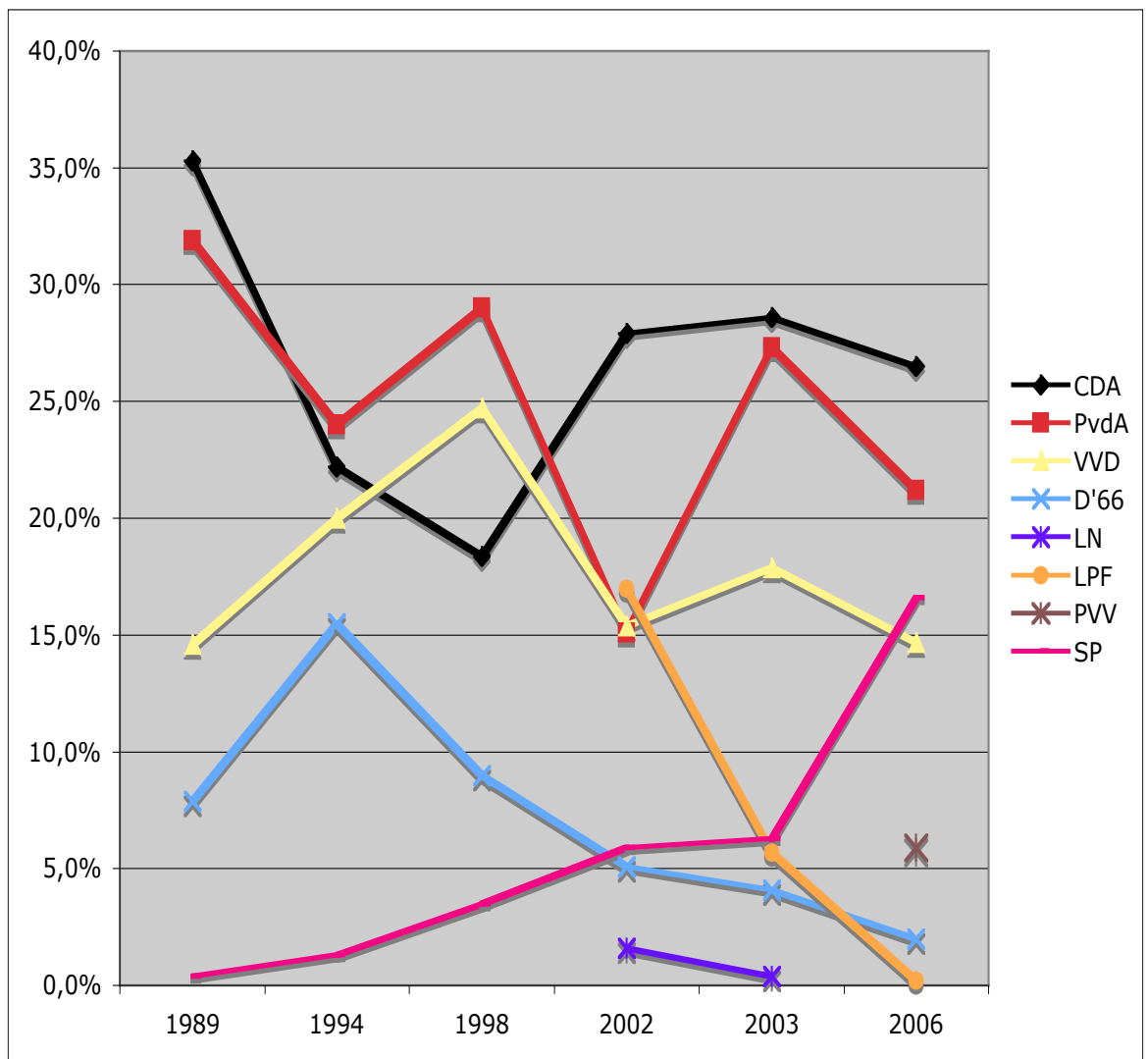
³⁶² Die Parteigründung erfolgte, wie oben beschrieben, 1972 als Abspaltung von der Kommunistischen Partei (CPN).

³⁶³ Nijhuis, in: Baus 2009, S. 94.

³⁶⁴ Übers.: Stimm dagegen, wähle SP!

PvdA.³⁶⁵ Gründe hierfür dürften die starke Parteibasis und die inzwischen vergleichsweise bessere Vernetzung in Gewerkschaften und anderen sozialdemokratischen Vorfeldorganisationen der SP sein. Somit drängen sich Vergleiche mit der deutschen Linkspartei auf, welche mit ihren Angriffen auf die klassischen Domänen der SPD jedoch bis dato weniger erfolgreich war als die SP in den Niederlanden.

Abbildung 7: Stimmanteilsentwicklungen ausgewählter Parteien bei den niederländischen Wahlen zur Zweiten Kammer

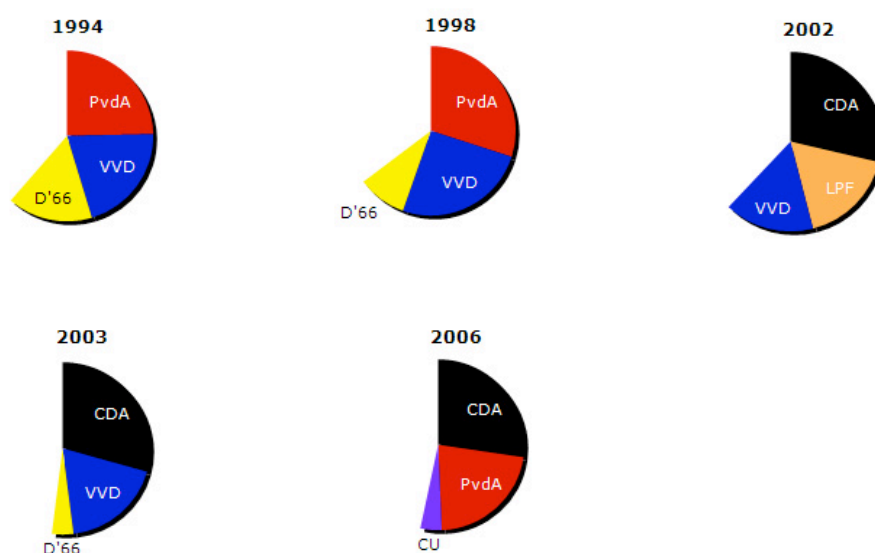


³⁶⁵ Nijhuis, in: Baus 2009, S. 94.

Das Erstarken der als „Linkspopulisten“³⁶⁶ bezeichneten SP sowie der VVD-Abspaltungen ToN und PVV unter Rita Verdonk bzw. Geert Wilders haben erneut die Parteienlandschaft der Niederlande in Bewegung gebracht. Die durch diesen personellen Aderlass geschwächte VVD verlor bei den Wahlen des Jahres 2006 sechs ihrer Sitze und büßte darüber hinaus den Rang der drittstärksten Fraktion ein. Der Verlust von drei Sitzen bedeutete für D'66 eine Halbierung und den historischen Tiefststand der Parlamentspräsenz. Mit den beiden liberalen Partnern war eine Neuauflage der Koalition unter Führung des CDA nicht möglich. Also verfiel man, wie bereits zwei Mal,³⁶⁷ auf eine Zusammenarbeit mit der PvdA. Allerdings machten deren empfindliche Stimmverluste auch in dieser Konstellation einen dritten Partner notwendig. Man holte mit der orthodoxen Christenunion (CU) einen im Zusammenhang mit der PvdA eher unerwarteten Partner ins Boot.

Der Zwang zu Koalitionen ist den Niederländern altbekannt und liegt, wie dargestellt, im Wahlrecht begründet. Dass diese Koalitionen allerdings sehr schnell wechseln, ideologische Gegensätze ignorieren und aus Parteien gebildet werden können, die dem Wähler erst seit wenigen Monaten bekannt sind, stellt ein junges Phänomen dar.

Abbildung 8: Niederländische Regierungskoalitionen von 1994 bis 2006



³⁶⁶ Horst Bacia: *Der Verlierer lässt die Muskeln spielen. Bos bringt Balkenende in Schwierigkeiten*, in: FAZ 14.12.2006, S. 3.

³⁶⁷ 1981 überdauerte eine Dreierkoalition unter Einbeziehung von D'66 nur wenige Monate. Zwischen 1989 und 1994 regierte man gemeinsam in einer Zweiparteienkoalition.

Einzig der CDA scheint von den Auflösungserscheinungen der hergebrachten Strukturen wenig betroffen. Allerdings erlebten die konfessionellen Parteien ihren großen Aderlass bereits in den 1970er Jahren und waren dadurch, wie beschrieben, zu einem Zusammengehen unter einem gemeinsamen Dach veranlasst worden. Als Initiatoren des niederländischen Versorgungsstaates und zugleich Vertreter eines wertkonservativen Gesellschaftsentwurfes treffen die christdemokratischen Parteien gegenwärtig die Interessen vieler Niederländer, wie Ton Nijhuis konstatiert.³⁶⁸

Es ist festzuhalten, dass die niederländische Parteienlandschaft durch den Sturm der Jahre 2001 bis 2003 gründlich durcheinander gewirbelt wurde. Die Reorganisation scheint bei weitem noch nicht abgeschlossen. Und bei den Wahlen der kommenden Jahre sind fortgesetzt große Schwankungen zu erwarten. Doch es steht nicht zu erwarten, dass die Niederlande in eine extremistische Phase geraten. Die Beispiele der jüngsten Vergangenheit haben im Gegenteil gezeigt, dass die Integrationskraft des politischen Systems ausreichte, um die ehemals maoistischen SP in eine „relativ durchschnittliche sozialdemokratische Partei“³⁶⁹ und die LPF in ein ephemeres Phänomen zu verwandeln. Auch wenn heute die Nachfolger Fortuyns mit ähnlich markigen Sentenzen reüssieren wie einst ihr Ziehvater, so dürfte es auch in Zukunft gelingen, die populistischen Bewegungen in das System zu integrieren und die von ihnen propagierten Themen in angemessener Form in der politischen Arena zu behandeln.

Auch wenn die Parteien der Niederlande wegen der rückläufigen Mitgliederzahlen und schwindender Bindungskraft in ihrer Repräsentationsfunktion heute schwächer scheinen als je zuvor, so verfügen sie doch nach wie vor über eine nie da gewesene Machtfülle in Bezug auf die Besetzung von Posten und das Management der Politik. Ob als Bewegung oder als klassische Partei bleiben sie die stärksten Spieler im Staat. Allerdings befinden sich einige von ihnen gegenwärtig noch auf der Suche nach einem geeigneten Kurs durch die rauer gewordene See.

Vor allem die PvdA und die VVD erinnern an steuerlose Schiffe auf hoher See. Sie schwanken zwischen Einnahme von radikaleren Standpunkten, um die Wähler, die am rechten oder linken Rand wegsacken, zurückzugewinnen und der Betonung da-

³⁶⁸ Ebd., S. 97.

³⁶⁹ Ebd.

rauf, dass populistische Standpunkte nur von Parteien eingenommen werden können, die keine Regierungsverantwortung übernehmen wollen.

Ton Nijhuis³⁷⁰

Regierungsbeteiligung ohne Folgen

Unter Berücksichtigung des Fragehorizontes dieser Arbeit, die nach den die rechtsstaatliche Demokratie destabilisierenden oder auch stabilisierenden Folgen von populistischen Phänomenen fragt, muss eine Bilanz der Erscheinung Fortuyn zumindest in einer Hinsicht mager ausfallen. Das Zwischenspiel der Regierungsbeteiligung einer protest-populistischen Partei war im niederländischen Fall mit nur 87 Tagen zu kurz, um mit der Aussicht auf Erfolg nach institutionellen Niederschlägen in direkter Folge des Regierungshandelns der LPF fragen zu können. Zudem fehlte der LPF für die Verfolgung Ihrer postulierten Ziele die Präsenz ihres Protagonisten. Die gesetzgeberische Tätigkeit der ersten Koalition unter Balkenende konnte in weniger als drei Monaten kaum Dynamik entfalten, was im Angesicht der üblichen Prozessdauer rechtsstaatlich-demokratischer Verfahrensweisen nicht überraschen darf. Immerhin eine Grundtendenz lässt sich jedoch feststellen: Schon in den Koalitionsverhandlungen, die, obwohl oder gerade weil eine völlig neue Partei in das Regierungsgeschäft eingebunden wurde, für niederländische Verhältnisse erstaunlich zügig verliefen, bahnte sich eine Strategie der etablierten Spieler, CDA und VVD, an, die Frank Eckhardt als „Ausbremsen“ bezeichnete.³⁷¹ Eigene Ideen der Nachfolger Fortuyns wurden systematisch ignoriert. Die fehlende Nachhaltigkeit in personeller wie konzeptioneller Hinsicht machte aus der LPF eine Mehrheitsbeschafferin, deren Abgeordnete durch den Schulterschluss der Abgeordneten etablierter Parteien in den Hintergrund traten.

Natürlich ließe sich fragen, welche Folgen der Regierungseintritt der LPF gezeitigt hätte, wäre ihr Gründer und zugleich geistiger Führer des populistischen Aufruhrs nicht ermordet worden, sondern hätte sich selbst weiter politisch profilieren können bzw. müssen. Doch jede mögliche Antwort darauf muss reine Spekulation bleiben. Ohne Fortuyn haben seine Jünger weder destruktive noch konstruktive, sondern lediglich autodestruktive Akzente gesetzt.

³⁷⁰ Ebd., S. 91.

³⁷¹ Eckhardt 2003, S.52.

Neugestaltung der politischen Agenda

Dennoch erhielten die Ideen und Ansätze Fortuyns nachhaltig Einzug in die niederländische Politik. Allerdings war es weniger die in Diadochenkämpfe verstrickte LPF, welche die von ihrer ehemaligen Galionsfigur polemisch zugespitzten offenen Fragen der niederländischen Gesellschaft zu beantworten suchte. Vielmehr wurden die Themen von den etablierten Parteien aufgegriffen und besetzt.

„Fortuyns Themen bestimmen den niederländischen Wahlkampf“ titelte die Frankfurter Allgemeine Zeitung im Vorfeld der vorgezogenen Parlamentswahlen am 22. Januar 2003.³⁷² Und auch 2006 hieß es: „Hollands Parteien geben sich als Erben Pim Fortuyns.“³⁷³ Die erste vorgezogene Wahl resultierte aus dem Kollaps der LPF in der Regierung. Die zweite wurde nötig, als die Koalition am Streit über die Ausländerministerin Rita Verdonk zerbrach. In beiden Fällen nahmen die Fragen der inneren Sicherheit und der Migration exponierte Stellungen in den Wahlkampfdebatten ein. Im November 2008 musste die in die Kritik geratene Integrationsministerin Ella Vogelaar von der PvdA ihren Rücktritt erklären, weil sie auf dem nach Parteichef Wouter Bos „vielleicht wichtigsten Themenfeld, das es in den Niederlanden gibt,“ mangelhafte Leistungen vorzuweisen hatte; sie sei nicht „knallhart“ genug gewesen.³⁷⁴ Ihre Amtsvorgängerin, Rita Verdonk, hatte einen sehr viel rigideren Kurs vorgegeben. Das niederländische Zuwanderungsrecht ist eines der schärfsten im europäischen Vergleich, und die Bewerberzahlen um Asyl haben sich bereits 2002 im Vergleich zu denen des Jahres 2000 halbiert.³⁷⁵ Zuwanderer sind zur Teilnahme an Unterricht in Niederländisch und Staatsbürgerkunde verpflichtet. Die Sprachtesthürden vor einem erfolgreichen Einbürgerungsverfahren sind deutlich höher als in vergleichbaren Zuwanderungsstaaten.

Den Imamen wird seit den Erschütterungen der Konsensgesellschaft sehr viel mehr Aufmerksamkeit zuteil. So werden mittlerweile staatliche Ausbildungen und Sprachtests für die Vorbeter eingefordert.³⁷⁶ Wenig tolerant zeigt man sich inzwischen auch in

³⁷² Vgl. FAZ 06.01.2003, S. 6.

³⁷³ Jan Kanter: *Hollands Parteien geben sich als Erben Pim Fortuyns*, in: Die Welt 07.03.2006, S. 6.

³⁷⁴ Vgl. FAZ 15.11.2008, S. 8.

³⁷⁵ Michael Stabenow: *Restriktive Niederlande. Abschiebung von 26 000 Asylbewerbern*, in: FAZ 19.02.2004, S. 6.

³⁷⁶ Dirk Schümer: *Vielfalt verpflichtet. Holland und Belgien: Auch der Imam muss zum Sprachtest*, in: FAZ 16.03.2006, S. 37.

Bezug auf die Kleidungsvorschriften. Am 21. Dezember 2005 hat die Zweite Kammer einen Antrag des nach seinem Austritt aus der VVD zu diesem Zeitpunkt fraktionslosen Geert Wilders angenommen, welcher das Tragen der Burka in der Öffentlichkeit verbietet. Neben der Notwendigkeit, Menschen in der Öffentlichkeit identifizieren zu können, begründete Wilders seinen Antrag mit dem Hinweis, die Burka sei ein Symbol der Frauenunterdrückung.³⁷⁷ Unterstützer des Antrages waren neben CDA, VVD und der damals noch existierenden LPF auch der bereits aus dem Bündnis ausgetretene Hilbrand Nawijn.

In etwas geringerem Maß als die Themen nationale Identität und multikulturelle Gesellschaft wurde auch die Diskussion um das kostenträchtige und als wenig effizient empfundene niederländische Gesundheitssystem von den Parteiliten jahrelang vermieden. Das von Fortuyn und den *Leefbaar*-Bewegungen gebrochene Schweigen mündete zwischenzeitlich in eine konstruktive Debatte, die mit dem Start des Jahres 2006 zu einer vielfach als positiv empfundenen, einschneidenden Reform des Gesundheitswesens geführt hat.³⁷⁸

Insofern kann es als ein Vermächtnis Fortuyns gewertet werden, ehemals tabuisierte Themen unübersehbar auf die politische Tagungsordnung gesetzt zu haben. Seine Auseinandersetzung mit der teilweise gescheiterten Integration von Zuwanderern in der nur scheinbar harmonischen multikulturellen Gesellschaft der Niederlande mussten alle Parteien nachvollziehen. Zudem bestimmen die Forderungen nach einer Aufwertung der Rolle der Bürger bei der Personalauswahl und den politischen Entscheidungsprozessen nach wie vor manches Wahlprogramm: Wenn „die politische Elite in den Niederlanden systematisch die Interessen und Probleme des Bürgers negiert,“ dann folgen bei Geert Wilders’ PVV daraus ganz selbstverständlich die (nach wie vor nicht eingelöste) Forderungen nach Direktwahl der Bürgermeister und des Ministerpräsidenten, ebenso wie die nach der Einführung von Volksabstimmungen.³⁷⁹

In den Niederlanden, die jahrzehntelang als Vorzeigeland der europäischen Integration und Toleranz gegolten haben, wird heute durchaus kontrovers über den möglichen Beitritt der Türkei zur EU gestritten. Und auch das Gesamtprojekt EU wird grundsätz-

³⁷⁷ Vgl. FAZ 05.12.2005, S. 4.

³⁷⁸ Michael Stabenow: *Vom überteuerten Modell zu einem dynamischen Markt. In den Niederlanden gibt es zwar Kritik, aber überwiegend positive Erfahrungen mit der Gesundheitsreform*, in: FAZ 27.06.2006, S. 12.

³⁷⁹ Paul Lucardie: *Populismus im Parteiensystem in Deutschland und den Niederlanden*, in: APuZ 35-36/2007, S. 41-46, hier: S. 46.

lich in Frage gestellt.³⁸⁰ Beide Diskussionen bedeuten einen vernehmbaren Nachhall des Fortuynschen Auftritts.

Wandel des politischen Klimas

Der Mord an Pim Fortuyn stellt eine Zäsur in der Geschichte der politischen Wettkämpfe in den Niederlanden dar. „His murder only nine days before the election was the first political assassination in the Netherlands in more than 300 years“, stellten Joop van Holsteyn und Galen Irwin fest.³⁸¹ Das Jahrhunderte lang gepflegte Bild einer toleranten Konsensgesellschaft wurde durch dieses Ereignis tief erschüttert. Auch wenn es sich bei dem Attentäter nach heutigem Erkenntnisstand um einen Einzeltäter handelte und keine Verbindungslinien zu möglichen Auftraggebern gezogen werden konnten, hat die Ermordung dieses polarisierenden Politikers das Land zwischenzeitlich unter Schock gesetzt.

Auch wenn das Vertrauen in die Politik in den Niederlanden in den vergangenen Jahrzehnten strukturell zugenommen habe und man nicht von einer Krise der repräsentativen Demokratie sprechen könne,³⁸² so kann doch die Frage gestellt werden, ob sich in der politischen Kultur des Landes ein Paradigmenwechsel abzeichnet. Traditionell sei die politische Kultur in den Niederlanden mehr konsensorientiert und weniger polarisiert als in der Bundesrepublik, fasst Paul Lucardie zusammen.³⁸³ Und weiter sei es nicht einfach, diesen Konsens in Bezug auf tabuisierte Themen wie die multikulturelle Gesellschaft oder den Nationalismus aufzubrechen. Doch wenn dies gelänge, so erschlosse sich daraus ein großes Wählerpotenzial.³⁸⁴ Fortuyn ist es gelungen, diesen Konsens aufzubrechen. Er bezahlte mit seinem Leben für die Infragestellung der niederländischen Befriedungspolitik, welche auf Elitenverständnis und Ausschweigen

³⁸⁰ Die Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2009 lag in den Niederlanden 2009 mit knapp 37 Prozent deutlich unter dem EU-Durchschnitt von 43 Prozent und mehr als drei Prozent unter dem Ergebnis von 2004. Bemerkenswert hierbei ist vor allem der Erfolg der europakritischen PVV unter Geert Wilders: http://www.elections2009-results.eu/de/netherlands_de.html#ancr4 (18.06.2009).

³⁸¹ Joop J. M. van Holsteyn u. Galen A. Irwin: *Never a Dull Moment: Pim Fortuyn and the Dutch Parliamentary Election of 2002*, in: *West European Politics* 2003, 26(2), S. 41-66, hier: S. 41.

³⁸² Nijhuis in: *Baus* 2009, S. 87-99, hier: S. 91 bzw. S. 93.

³⁸³ Lucardie in: *APuZ* 35-36/2007, S. 41-46, hier: S. 46.

³⁸⁴ Ebd.

anstatt auf Konfrontation setzte. Doch das Aufbrechen blieb nicht ohne Nachahmer; und der politische Mord kein Einzelfall.

Die „Hinrichtung“³⁸⁵ des Provokateurs und Filmemachers Theo van Gogh am 2. November 2004 erfolgte durch einen in Amsterdam geborenen und aufgewachsenen Niederländer marokkanischer Abstammung. Der 26-Jährige schoss sein Opfer nieder, durchschnitt ihm die Kehle und hinterließ einen Drohbrief, den er mit einem Messer an die Brust seines Opfers heftete. Diese Bluttat setzte nicht nur wegen der in ihr zu Tage tretenden Grausamkeit ein Ausrufezeichen. Die Ermittlungen und Regierungsmitteilungen vermittelten der niederländischen Gesellschaft tiefe Einblicke in die lange ignorierten Klüfte zwischen propagiertem Multikulturalismus und einer tatsächlichen Entfremdung ganzer Bevölkerungsteile. Verbindungen zwischen dem Attentäter und radikal-islamischen Gruppierungen bis hin zur internationalen Terroristszene³⁸⁶ ließen den Ruf nach hartem Durchgreifen des Rechtsstaates laut und allgegenwärtig werden.

Die gebürtige Somalierin Ayaan Hirsi Ali, eine persönliche Bekannte van Goghs, stand monatelang im Rampenlicht der Öffentlichkeit. Die vom Islam konvertierte VVD-Abgeordnete pflichtete Pim Fortuyns Auffassung, der Islam sei eine rückständige Kultur, bei³⁸⁷ und sah sich fortan Morddrohungen ausgesetzt. Als im Zuge ihres Bemühens um den Vorsitz der VVD ans Licht der Öffentlichkeit kam, dass sie im Jahr 1992 bei ihrem Asylantrag falsche Angaben gemacht haben soll, wurde der Fall vom ehemaligen Mitstreiter Fortuyns, Hilbrand Nawijn,³⁸⁸ öffentlich ausgerollt. In Anbetracht der Unklarheit über die Rechtmäßigkeit ihrer Staatsangehörigkeit und des Fehlens von adäquatem Personenschutz entschloss sich Hirsi Ali, die Niederlande 2006 zu verlassen.³⁸⁹

Pim Fortuyn ist seit seinem Tod zu einem Objekt der verklärenden Heldenverehrung aufgestiegen. Sein Wohnhaus entwickelte sich zur musealen Pilgerstätte.³⁹⁰ Fortuyn

³⁸⁵ Horst Bacia: *Abgründe der Entfremdung. Niederländische Politiker sehnen sich einmütig nach dem „zubeißenden Rechtsstaat“*, in: FAZ 15.11.2004, S. 3.

³⁸⁶ Ebd. sowie FAZ 04.11.2004, S. 6.

³⁸⁷ Andreas Ross: *Sie arbeitet schon an „Submission II“. Die Abgeordnete Ayaan Hirsi Ali ist in die Niederlande zurückgekehrt. Trotz der Todesdrohung am Leichnam Theo van Goghs bereitet sie neue Projekte vor*, in: FAZ 19.01.2005, S. 3.

³⁸⁸ Nawijn war einziger Abgeordneter seiner „Groep Nawijn“, die er nach dem Zusammenbruch der LPF gegründet hatte. 1992 war es selbst für den CDA Chef des Einwanderungsdienstes gewesen.

³⁸⁹ Andreas Ross: *Ik ga weg. Ayaan Hirsi Ali geht nach Amerika*, in: FAZ 17.05.2006, S. 3.

³⁹⁰ Andreas Ross: *Pims letzte Asche*, in: FAZ 08.04.2009, S. 3.

wurde 2004 in einer Fernsehsendung noch vor Wilhelm von Oranien, Willem Drees, Erasmus von Rotterdam und Johan Cruyff zum größten Helden der Niederländer gewählt.³⁹¹ Zwar ist die Repräsentativität einer Umfrage im Unterhaltungsfernsehen kaum gegeben, aber dennoch kann dieses Ergebnis als Indiz für den oben beschriebenen Paradigmenwechsel gewertet werden. Der konfrontative Stil Fortuyns findet Nachahmer, von denen Geert Wilders, „der neue Pim,³⁹²“ gegenwärtig der prominenteste sein dürfte. Er hat mit Hirsi Ali gemein, dass im Zuge der Ermittlungen nach dem Mord an Theo van Gogh Attentatspläne gegen ihn gefunden wurden.³⁹³ Zeitweilig lebte er im Gefängnis versteckt, und er steht unter erhöhtem Personenschutz.³⁹⁴ Nichtsdestotrotz gelang es Wilders, mit seiner Parteischöpfung bei den Europawahlen 2009 zur zweitstärksten Kraft in den Niederlanden zu avancieren.³⁹⁵

Der Anschlag auf die königliche Familie am Köninnentag, dem Nationalfeiertag zu Ehren der Monarchie, stellte am 30. April 2009 den vorläufig letzten Höhepunkt der jüngeren Gewalttaten in den Niederlanden dar. Zwar scheint auch in diesem Fall ein Einzeltäter mit unklaren Motiven für die Tat verantwortlich, doch bedeutet ein Angriff auf die königliche Familie eine weitere Wegmarke. Dem Königshaus, welches von öffentlicher Kritik in der Vergangenheit zumeist weitgehend ausgenommen geblieben war, und sich der Zustimmung von vier Fünfteln der Niederländer erfreuen kann, kam bis dato eine bedeutende Integrationsfunktion zu. Diese scheint auch nach der Bluttat eines Einzelnen nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Doch die Zeiten, in denen das Königshaus quasi sakrosankt zu sein schien und Personen des öffentlichen Lebens sich ohne Personenschutz und Berührungängste durch die Straßen der niederländischen Innenstädte bewegten, scheinen einstweilen vorüber.

Mit der nach dem Auftreten Pim Fortuyns veränderten Art der Vermittlung von Politik geht auch eine Veränderung des politischen Klimas einher. Der Wind bläst rauer hinter dem Polder und die Polarisierung in der politischen Arena nimmt zu.

³⁹¹ FAZ 17.02.2004, S. 37.

³⁹² Andreas Ross: *Der neue Pim*, in: FAZ 03.06.2005, S. 10.

³⁹³ Andreas Ross: *Niederländische Regierung „zerstritten und schwach.“ Kritik am Geheimdienst AIVD. Abgeordnete und Künstler kritisieren Justizminister Donner*, in: FAZ 19.11.2004, S. 2.

³⁹⁴ Andrea Schneider: *Schreckliche Dinge im Koran*, in: FAZ 21.02.2007, S. 3.

³⁹⁵ Mit fast 17 Prozent der Stimmen errang die PVV 4 der 25 niederländischen Mandate. Lediglich der CDA konnte mit 20 Prozent (5 Mandate) mehr Wähler hinter sich sammeln: http://www.elections2009-results.eu/de/netherlands_de.html#ancr4 (18.06.2009).

Veränderte politische Teilnahme

Eine einzige der von vielen Populisten zur wichtigen Forderung erhobenen Volksabstimmungen hat es in der jüngeren Vergangenheit in den Niederlanden gegeben. Und sie führte zu einer Krise der Europäischen Union. Gegenstand der Volksabstimmung war die Annahme des europäischen Verfassungsvertrages im Jahr 2005. In den Führungsriege der Mehrheit der Parteien in der Zweiten Kammer war die fortschreitende Integration des Landes in den europäischen Einigungsprozess kaum strittig. Immerhin stellen die Niederlande, zusammen mit den anderen beiden Beneluxstaaten, nicht nur Gründungsmitglieder sondern auch symbolische Vorreiter der fortschreitenden Integration dar. Doch, mobilisiert durch eine EU-feindliche Kampagne, in der sowohl Geert Wilders – damals noch Mitglied der VVD – und die SP führende Rollen einnahmen, lehnten 2005 die Niederländer den Verfassungsvertrag mehrheitlich ab.

Ein zweiter bemerkenswerter Nachhall der Fortuynschen Eruption in der niederländischen Politik ist das Erstarren des Interesses und der Teilnahme der Bevölkerung an der politischen Auseinandersetzung selbst. Die Fernsehdebatte, welche im Wahlkampf 2002 erstmals – damals mit dem erfolgreichen Protagonisten Fortuyn – stattfand, wurde 2003 nicht nur neu aufgelegt, sondern fand auch ebenso viele Zuschauer wie bei ihrer Premiere. Die massenmediale Aufbereitung von Politik im Medium Fernsehen bedeutet im Fall der Niederlande einen Paradigmenwechsel. Die politische Auseinandersetzung hat den Weg aus den Hinterzimmern, wo die Kapitelle der Säulen miteinander verhandelten, in die breite Öffentlichkeit gefunden. Der schillernde Soziologe und *Homo Novus* auf der politischen Bühne hat eine Abkehr von der in kleinen abgegrenzten Gruppen konsensual betriebenen Honoratiorenpolitik und den Aufbruch in eine stärker event-kulturell geprägte Demokratie eingeleitet.

Dass die Säuleneliten ihre Vormachtstellung eingebüßt haben, ist vor allem der Auflösung der fest gefügten Säulenstrukturen und der Veränderung der Gesellschaftsstruktur insgesamt geschuldet. Zwar dürfte Paul Lucardies Befund, dass, abgesehen von den evangelischen, eigentlich keine niederländische Partei mehr über Stammwähler verfüge,³⁹⁶ übertrieben sein, doch zweifellos weist er auf ein bedeutsames Phänomen hin. Joop van Holsteyn und Galan A. Irwin unterstreichen die substanzielle Veränderung

³⁹⁶ Lucardie in: Werz 2003, S. 177-194, hier: S. 193.

der Wahlgewohnheiten in ihrem Heimatland und untermauern die Schrumpfung der Herzlande zugunsten der Ausweitung des Schlachtfeldes unter Bezugnahme auf die Daten Rudy Andewegs.³⁹⁷ Die Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte haben die Niederländer empfänglicher für Neuheiten auf der Angebotsseite des politischen Marktes gemacht. Angesichts der aktuellen Erfolge von Figuren wie Geert Wilders scheint sich Paul Lucardies Prognose aus dem Jahr 2003 zu erfüllen:

*Früher oder später wird eine neue populistische Partei mit Erfolg um [die] Wähler werben.*³⁹⁸

Die Niederländer sind zu kritischeren und wählerischeren Kunden auf dem Markt der politischen Angebote geworden. Zugleich hängen sie weniger stark ideologisch verhafteten Positionen an. Sie fragen vermehrt solche Programme nach, die in schillernder Verpackung auch inhaltlich vom politisch korrekten Mainstream abweichen ohne jedoch dem Extremismus zu verfallen.

*The battlefield continues to reflect the general trends found in the election results. Since [...] voters have less pronounced ideological issue opinions, they are more likely to 'go with the flow' – and in one sense they even produce flow.*³⁹⁹

Auf dem Weg zur populistischen Demokratie?

Die Kritik an der politischen Elite der Niederlande und die Forderung der Rückgabe der politischen Entscheidungen in die Hände des Volkes waren fundamentale Bausteine des Programms von Pim Fortuyn. Die populistische Qualität seiner Bewegung steht daher außer Frage. Im Hinblick auf die in Anlehnung an Margaret Canovan entwickelte Typologie lässt sich das Konzept einer populistischen Diktatur in den Niederlanden sofort ausschließen. Näher liegend wäre es, im Angesicht der geforderten und in einem Fall auch realisierten inhaltlichen Mitbestimmungsrechte der Bevölkerung, das Konzept einer populistischen Demokratie ins Bild zu rücken. De facto sind die Schritte zu

³⁹⁷ Joop J. M. van Holsteyn u. Galen A. Irwin, in: West European Politics 2003, 26(2), S. 41-66, hier: S. 50.

³⁹⁸ Ebd., S. 194.

³⁹⁹ Holsteyn u. Galen in: West European Politics 2003, 26(2), S. 41-66, hier: S. 52.

einem tatsächlichen Zuwachs an Beteiligung der Bevölkerung an Personal- und Sachentscheidungen jedoch so klein und wenig zahlreich, dass die populistische Demokratie im Fall der Niederlande ein blasser Schimmer am fernen Horizont bleibt. Die Abstimmung über den EU-Verfassungsvertrag 2005 hat jedoch gezeigt, dass dunkle Wolken über diesem fernen Horizont dräuen. Die Frage des Vorrangs im Fall von abweichenden Mehrheiten im gewählten Parlament und bei Volksabstimmungen steht dabei unübersehbar im Raum.

Die passgenaue Besetzung von Themen, die Pim Fortuyns Erfolge an der Spitze der *Leefbaar*-Bewegung bzw. vor allem der LPF möglich machten, lassen seine Variante am ehesten entweder als reaktionären bzw. reaktionalen Populismus oder als Politikerpopulismus qualifizieren. Da Fortuyn seine Meinungen und Positionen schon Jahre vor seinem aktiven politischen Engagement in Buchform veröffentlichte, liegt es nicht eben nahe, ihn als Surfer auf der Jagd nach der jüngsten Meinungswelle einzuordnen. Allerdings könnte sein oben dokumentierter Gesinnungswandel fort von der Sozialdemokratie als Manöver eines politischen Opportunisten ausgelegt werden. Einmal mehr endet hier die Reichweite wissenschaftlicher Analyse an der Nichteinsehbarkeit persönlicher Handlungsmotive und Ziele.

Es zeigt sich, wie in Kapitel 2 vorhergesagt, dass eine trennscharfe Einordnung kaum möglich ist. Das Konzept des Politikerpopulismus, welches übrig bliebe, um Fortuyn zu erfassen, ist per definitionem knapp an Ideologie. Trotz der zum Teil zur Schau getragenen ideologischen Unbestimmtheit der LPF können Elemente eines politischen Programms eben doch nicht völlig in Abrede gestellt werden. Doch blieben die Programmpunkte der LPF vage und eklektizistisch. Auch wenn die Inhalte für viele Niederländer stimmig schienen, so war der Erfolg der LPF doch zu einem großen Teil vor allem der Art ihrer Vermittlung durch den Protagonisten geschuldet.

Pim Fortuyn – ein Feind des Rechtsstaates?

Ausschlaggebend für die Trennung der LN von Pim Fortuyn waren dessen Äußerungen Anfang des Jahres 2002, als er sich in einem Zeitungsinterview dafür aussprach, das Diskriminierungsverbot aus der niederländischen Verfassung zu streichen.⁴⁰⁰ Mit

⁴⁰⁰ Ebd., S. 191.

diesem Schritt sei es, so Fortuyn, möglich, endlich zu sagen, dass es unter jungen Marokkanern sehr viele Kriminelle gebe, ohne wegen Verhetzung angeklagt zu werden. Nach eigenem Bekunden zielte er darauf, nicht länger als Extremist, Rassist oder Faschist in den Medien verschrien zu werden, wenn er die Ignoranz der die Medien regierenden Eliten anprangerte.⁴⁰¹ Mit dieser Infragestellung einer Grundregel des Zusammenlebens in der toleranten niederländischen Gesellschaft wurde Fortuyn erst recht zur Zielscheibe öffentlichen Protests. Ob er tatsächlich danach trachtete, wesentliche Freiheitsrechte auszuhebeln oder ob er lediglich das tatsächlich erreichte Ziel einer schlagartigen Steigerung seiner öffentlichen Wahrnehmung verfolgte, muss einmal mehr Spekulation bleiben.

Gegen einen Hang Fortuyns zu autokratischer Herrschaft spricht sein schriftlich überliefertes, klares Bekenntnis zum Rechtsstaat: In seinem Bestseller „Gegen die Islamisierung unserer Kultur“ formuliert er ein Plädoyer gegen den Kulturrelativismus, welcher nicht von Altruismus geleitet, sondern durch Desinteresse und Fahrlässigkeit befördert werde.⁴⁰² Er fasst drei Gebiete zusammen, in denen islamischer Fundamentalismus und westliche Kultur sich unvereinbar gegenüber stünden: Das Verhältnis von Kirche und Staat, die Verhältnisse der Geschlechter und Generationen und die Auffassungen von Rechtsstaat und parlamentarischer Demokratie seien so grundlegend anders, dass ein Ausgleich nicht herzustellen sei. In diesem Zusammenhang nennt Fortuyn den Rechtsstaat und die parlamentarische Demokratie das „Herz unserer Kultur“⁴⁰³ und liefert so ein an Deutlichkeit kaum zu überbietendes Bekenntnis ab.

Natürlich muss auch diese Äußerung, wie im voran gegangenen Kapitel Jörg Haiders Rechtsstaatsbekenntnisse, mit der gebührenden Zurückhaltung aufgenommen werden, die jeder selbstverfassten Positionierung und Verortung entgegengebracht werden muss. Doch im Angesicht der dokumentierten Meinungen Fortuyns erscheint es zumindest fragwürdig, ihn als Gegner des Rechtsstaates per se einzustufen. Was allerdings ein Mensch mit der Macht anfängt, wenn sie ihm einmal in die Hände gelegt wird, lässt sich grundsätzlich nicht verlässlich prognostizieren und muss im Falle Fortuyns reine Spekulation bleiben.

⁴⁰¹ Ebd.

⁴⁰² Pim Fortuyn: *Tegen de islamisering van onze cultuur. Nederlandse identiteit als fundament*, Utrecht 1997, hier: S. 108-110.

⁴⁰³ Ebd., S. 109.

Bis heute scheint es jedenfalls dem niederländischen Parteiensystem erfolgreich zu gelingen, populistische Bewegungen in das System zu integrieren, sie zu disziplinieren und ihre Themen auf die „reguläre“ politische Agenda zu setzen.⁴⁰⁴ Der Erfolg Fortuyns und einiger seiner Nachfolger fand und findet, trotz aller Kritik und Aufregungen, auf der gemeinsamen Basis einer stabil erscheinenden und widerstandsfähigen, rechtsstaatlichen Demokratie statt.

⁴⁰⁴ Nijhuis in Baus 2009, S. 87-99, hier: S. 98.

5. Auslotung der Potentiale

Die Betrachtung der beiden Fallbeispiele hat eine Reihe von Parallelen zu Tage gefördert. Gemäß den Vorgaben der Fragestellungen handelte es sich bei Österreich und den Niederlanden vor dem Auftreten der populistischen Herausforderer um etablierte demokratische Verfassungsstaaten. Dieser Befund gilt nicht nur für die Zeit vor dem Aufscheinen und Erstarren der jeweiligen populistischen Bewegungen sondern behält seine Gültigkeit auch für den bis dato überschaubaren Zeitraum nach dem Überschreiten des Zenits ihres Wählerzuspruchs.

Der Sturm der Populisten hat diese sowohl in Österreich als auch in den Niederlanden bis in eine Koalitionsregierung geführt. In beiden Fällen waren die Populisten Juniorpartner und sind inzwischen aus ihrer nationalen Regierungsmitverantwortung wieder entlassen worden. Beide Fallbeispiele beschreiben demnach ein Abebben der Welle der Erregung. Die beiden nachgezeichneten, populistischen Fieberkurven weisen nach zum Teil sprunghaften Anstiegen deutliche Abwärtstrends auf, verharren jedoch auf einem Niveau oberhalb des Ausgangspunktes. Auch wenn die Protagonisten ausgeschieden sind und mit ihnen die Hauptträger des populistischen Impulses abgelöst wurden, haben in beiden Ländern mittlerweile andere ihr Erbe angetreten. Die vorangegangenen beiden Kapitel haben gezeigt, dass die Gesichter beider untersuchten demokratischen Verfassungsstaaten sich zwar nicht fundamental gewandelt aber doch verändert haben.

In verallgemeinernder Form sollen in diesem Kapitel unter Rückgriff auf die untersuchten Fallbeispiele die Potentiale von Populismus abgewogen werden. Die beiden abschließenden Bewertungen der populistischen Qualität der Fallbeispiele haben gezeigt, dass zwei der in Kapitel 2 entwickelten vier Kategorien analytisch nachweisbar waren. Dabei handelt es sich um den reaktionären bzw. reaktionalen Populismus sowie den Politikerpopulismus.

Die alleinige Feststellung, dass sowohl die Niederlande als auch Österreich nach wie vor als demokratische Verfassungsstaaten gelten dürfen, schließt das Vorhandensein einer populistischen Diktatur aus. Diese Spielart des Populismus kann, wie in Kapitel 2 erläutert, *per definitionem* nicht in demokratischen Verfassungsstaaten auftreten. Komplexer stellt sich die Analyse der vierten Spielart dar:

5.1 Das Konzept der populistischen Demokratie

Die in Kapitel 2 vorgestellte populistische Demokratie bedeutet auf den ersten Blick ein Ausufern bzw. ein Verschwimmen des Populismusbegriffs. Denn das Konzept der populistischen Demokratie beruht in besonderem Maß auf dem politischen Input von Seiten der Bevölkerung, welcher im Extremfall in der Identität von Regierenden und Regierten gipfeln kann. Somit handelt es sich vordergründig um ein mögliches Synonym für direkte, partizipatorische oder vor allem identitäre Demokratie. Die letztgenannten Begriffe sind für den deutschen Leser – anders als der Populismus-Begriff – kaum negativ konnotiert. An dieser Stelle tritt einmal mehr ein grundlegender Unterschied in der Besetzung des Populismusbegriffs im deutschen und im englischen Sprachgebrauch zu Tage. Die anglo-amerikanische Verwendung orientiert sich sehr viel stärker am Bedeutungsgehalt der Wortwurzeln, während der semantische Wert des Begriffs in Deutschland stark von seiner Verwendung als Pejorativ geprägt ist. Vor dem Hintergrund der deutschen Prägung des Populismusbegriffes muss das Konzept der populistischen Demokratie mindestens Verwirrung oder gar Widerspruch auslösen.

In diesem Unterkapitel soll diesem Ansatz nachgegangen und das Konzept der populistischen Demokratie eingehender analysiert und kritisiert werden. Ausgangspunkt bildet dabei das politische System der Schweiz, welche Margaret Canovan in ihrer Typologie als (einziges) Beispiel für eine populistische Demokratie angeführt hat. Dabei kann diese Arbeit keine umfassende Schau des schweizerischen Staatsaufbaus liefern. Es sollen lediglich die Grundzüge der direktdemokratischen Elemente und ihre Bedeutung im gesamten politischen Entscheidungsprozess aufgezeigt werden, um die Rolle „des Volkes“ in der Schweiz zu erfassen. Zu klären ist dabei die Frage, ob es sich, wie einleitend gemutmaßt, bei der populistischen Demokratie tatsächlich lediglich um ein Synonym für andere politikwissenschaftlich etablierte Begrifflichkeiten handelt. Fiele die Antwort positiv aus, wäre der politiktheoretische Gehalt dieses Konzeptes deutlich in Frage zu stellen.

Ausgehend von den in Kapitel 2 herauskristallisierten Gemeinsamkeiten aller Populismen erscheint es zunächst einmal sinnvoll, dem obigen Ansatz zu folgen. Denn der Bezug auf das Volk, d. h. der Anspruch auf (Rück-)Verlagerung der Entscheidungshoheit in die Hände des „einfachen Volkes“ macht den Populisten vordergründig zum Gewährsmann der direkten Demokratie. Angesichts der direktdemokratischen Ele-

mente im politischen System der Schweiz erscheint die Einschätzung Canovans, die Schweiz sei der „prime case of populist democracy“⁴⁰⁵ nicht völlig abwegig. Doch dieser Schluss greift zu kurz und hat zumindest zwei offene Einfallstore für Kritik.

Das erste dieser Tore öffnet sich bei der Betrachtung der Struktur des politischen Systems der Schweiz. Sehr zutreffend bezeichnet Wolf Linder das schweizerische System als „halbdirekte Demokratie.“⁴⁰⁶ Als solche bezeichnet er „die Gesamtheit des Entscheidungssystems, in welchem Regierung, Parlament und Volk zusammenwirken.“⁴⁰⁷ Dieses System sei einzigartig, während die einzelnen Volksrechte der Schweizer an sich es nicht seien.⁴⁰⁸

Je nach Bedeutung einer politischen Entscheidung auf Bundesebene wird diese in der Schweiz von unterschiedlichen Organen behandelt. In absteigender Rangfolge gemäß dem Grad ihrer demokratischen Legitimation staffeln sich Volk, Parlament und Regierung. Letztere trifft Einzelentscheidungen mit geringer Tragweite. Sie handelt innerhalb eines eng abgesteckten Kompetenzbereiches unabhängig von Parlament und Volk und muss sich dabei keiner Nachkontrolle ihrer Verordnungen und Entscheidungen unterziehen lassen. Auf der nächsthöheren Stufe folgen die Gesetze des Parlamentes, welche jedoch durch ein fakultatives Referendum der Nachkontrolle durch das Volk unterzogen werden können. Das obligatorische Referendum in allen Fällen von Verfassungsänderungen sowie bei Beitritten zu supranationalen Gemeinschaften oder Organisationen für kollektive Sicherheit bezieht das Volk automatisch in die Entscheidungen von höchster Wichtigkeit ein und betraut es mit der Letztentscheidung. Die Schweizer verfügen somit tatsächlich über sehr weit reichende Befugnisse im Rahmen der Entscheidungsfindung im politischen System ihres Landes. Besondere Bedeutung kommt hierbei dem Instrument der Volksinitiative zu. 100.000 Unterstützer können eine Gesamt- oder Teilrevision der Verfassung verlangen.

Doch reichen all diese Mitwirkungsrechte des Volkes, die nachträglich in ein System eingefügt wurden, welches ursprünglich über einen repräsentativ-parlamentarischen

⁴⁰⁵ Canovan 1981, S. 198.

⁴⁰⁶ Wolf Linder: *Schweizerische Demokratie*, Bern u. a. 2005, S. 241; bzw. Ders. u. Georg Lutz: *Direkte Demokratie*, in: Ulrich Klöti u. a. (Hrsg.): *Handbuch der Schweizer Politik*, Zürich 2006, S. 103-124, hier. S. 109-111.

⁴⁰⁷ Ebd., S. 242.

⁴⁰⁸ Ebd.

Charakter verfügte, aus, um der Schweiz eine Sonderstellung als direkte, identitäre oder populistische Demokratie einzuräumen?

Das schweizerische System verfügt über eine Reihe direktdemokratischer Elemente, stellt im Ergebnis jedoch eine Mischform mit nach wie vor starken repräsentativen Elementen dar. Im gegenwärtigen Verfassungssystem und der Regierungspraxis hat die Schweiz auch nach den direktdemokratischen Ergänzungen ihren repräsentativ-parlamentarischen Charakter bewahrt. Die Identität von Regierten und Regierenden ist auf Bundesebene nur in Einzelfällen und dann in unvollkommener Manier verwirklicht. Ein Argument für diese Unvollkommenheit, die zum Teil nicht sonderlich stark ausgeprägte Beteiligung an den Abstimmungen, lässt sich möglicherweise entkräften: Die Nichtbetroffenheit und die stillschweigende Zustimmung eines großen Teils der nicht Abstimmenden kann aus demokratietheoretischer Perspektive eine mitunter große Differenz zwischen der Zahl der im Einzelfall tatsächlich Regierenden und der sehr viel größeren Zahl der durch deren Entscheidungen Regierten unbedenklich erscheinen lassen.

Doch demokratietheoretisch bedeutsamer stellt sich die Argumentationslinie entlang der Formulierung von konkreten Inhalten der Abstimmungen dar. Wenig gravierend wird für die Schweiz in diesem Zusammenhang die Gefahr der Eindämmung des Volkseinflusses mittels Definitionsmacht über die Einschätzung der Bedeutsamkeit einzelner Materien bewertet.⁴⁰⁹ Die Technokratie-These, wonach mit der Entwicklung des komplexeren Interventions- und Leistungsstaats ein Übergewicht von Regierung und Verwaltung entstehe und der Entscheidungsanteil von Parlament und Volk schwinde, sei durch die konkreten Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte widerlegt, so Wolf Linder.⁴¹⁰ Die Regierung der Schweiz habe demnach ihre Kompetenz in Sachen Definition der Bedeutsamkeit nicht genutzt, wichtige Entscheidungen auf der Basis von Verordnungen zu treffen, um so das Volk auszuschließen. Dennoch bleiben schwere Zweifel an der Verwirklichung des Ideals einer echten Identität von Regierenden und Regierten, wenn man die Zahl der ohne direkte Beteiligung des Volkes zustande gekommenen Rechtssetzungsakte mit der Zahl fakultativer und obligatorischer Referenden vergleicht. Obwohl die Schweizer so oft wie wahrscheinlich kein anderes

⁴⁰⁹ Vgl.: Wolf Linder: *Schweizerische Demokratie*, Bern u. a. 2. Aufl. 2005, S. 244f.

⁴¹⁰ Ebd., S. 245.

Volk der Erde zum Urnengang aufgerufen sind,⁴¹¹ beträgt der Anteil der Verordnungen des Bundesrates etwa drei Viertel aller Rechtssetzungsakte. Zudem kamen weniger als zehn Prozent der fakultativen Referenden tatsächlich zur Vorlage. Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass die zwischen 1848 und 2006 durchgeführten 536 Abstimmungen auf Bundesebene quantitativ verschwindend gering zu werten sind im Vergleich mit der Gesamtzahl von Rechtssetzungsakten.

Darüber hinaus bedeuten sowohl fakultative als auch obligatorische Referenden, dass die Stimmbürger zwar über Annahme bzw. Ablehnung entscheiden, nicht aber in die konkrete Ausformulierung eines Gesetzestextes einbezogen sind.

Bedeutender unter dem Gesichtspunkt des sachpolitischen *Inputs* sind die Volksinitiativen. Dieses 1891 auf Bundesebene dem direktdemokratischen Arsenal hinzugefügte und erst nach dem Zweiten Weltkrieg stärker zur Geltung gekommene Instrument wurde 2003 um eine Variante, die allgemeine Initiative, erweitert. Allerdings ist bis dato noch kein Anliegen in der Form einer allgemeinen Initiative eingereicht worden. Die wegen der Vielzahl der einzubeziehenden Verfassungsorgane und Verfahrensschritte bis zu zehn Jahre umfassende Dauer eines solchen Prozesses lässt nicht erwarten, dass dieses Verfahren je zum Einsatz kommen wird.⁴¹² Beide Kammern des Parlamentes haben das Instrument der allgemeinen Initiative 2007 als „nicht praxistauglich“ verworfen.⁴¹³ Also bleibt nach wie vor die Möglichkeit, die Verfassung als Ganzes oder in Teilen im exakten Wortlaut zu verändern. Mindestens 100.000 Bürger können in der Form eines konkret ausformulierten Begehrens die Revision der Verfassung verlangen. Die Totalrevision wurde erst ein einziges Mal, 1935, erfolglos beantragt. Damit ist die Volksinitiative, mit der konkrete Anliegen in die Verfassung ergänzender oder sie ändernder Form eingebracht werden können, das Instrument des Staatsvolks, um Einfluss auf die Ausformulierung seiner Normen auszuüben. Von den seit Einführung bis 2008 gestarteten 354 Initiativen kamen 265 zustande,⁴¹⁴ 163 davon wurden tatsächlich abgestimmt und nur 15 angenommen. Diese Zahlen belegen, dass der Umfang der

⁴¹¹ Andreas Trechsel: *Volksabstimmungen*, in: Ulrich Klöti u. a. (Hrsg.): *Handbuch der Schweizer Politik*, Zürich 2006, S. 103-124, hier. S. 459-487, hier: S.460.

⁴¹² Wolf Linder u. Georg Lutz: *Direkte Demokratie*, in: Ulrich Klöti u. a. (Hrsg.): *Handbuch der Schweizer Politik*, Zürich 2006, S. 103-124, hier. S. 107.

⁴¹³NZZ Online: *Eine Volksinitiative wird abgeschafft*, in: NZZ 20.03.2007: <http://www.nzz.ch/2007/03/19/il/newzzEZHAKECR-12.html> (03.08.2009).

⁴¹⁴ 77 kamen nicht zustande, zehn befanden sich im Unterschriftenstadium und zwei waren noch ohne Entscheidung (Stand August 2008).

direkten Einflussnahme des Staatsvolkes auf die eigene Gesetzgebung auch in der Schweiz überschaubar ist. Obwohl kein anderes Volk der Erde so oft zu einzelnen Themen zur Abstimmung aufgerufen ist (s. o.), wird die bei weitem überwiegende Mehrheit der Sachentscheidungen von repräsentativen Organen getroffen.

Nach diesen Ausführungen ist klar geworden, dass es sich bei der Schweiz weder um eine identitäre Demokratie noch um eine vollständige direkte Demokratie handelt. Demnach können die Begriffe populistische Demokratie und direkte Demokratie nicht deckungsgleich sein, wenn Margaret Canovans Klassifizierung aufrechterhalten werden soll. Ist das System der Schweiz also populistisch zu nennen, weil in ihm mehr Rücksicht als andernorts auf die Meinung „des Volkes“ gelegt wird oder aufgrund der Systemstrukturen gelegt werden muss? Wäre also das Vorhandensein einer höheren Responsivität des schweizerischen Politikprozesses Grund genug, das schweizerische Modell eine populistische Demokratie zu nennen?

Wie aufgezeigt bedeutet das obligatorische Referendum ein Kontrollinstrument in den Händen des Volkes. Zudem hält die Möglichkeit der Initiierung eines fakultativen Referendums die parlamentarischen Koalitionspartner in der Schweiz in besonderem Maße zur Rücksichtnahme auf Stimmungslagen in der Bevölkerung an. Ebenso werden Minderheiten innerhalb des gesamten politischen und gesellschaftlichen Spektrums in aller Regel im Vorfeld in Verhandlungen über Gesetzesnovellen eingebunden.

Doch dieses von Zugeständnissen und Kompromissen geprägte Aushandeln von politischen Entscheidungen ist der Schweiz nicht alleine zu eigen. Konsensdemokratische Verfahrensweisen finden sich in einer ganzen Reihe von etablierten demokratischen Verfassungsstaaten. Neben den beiden Fallbeispielen ist auch die Bundesrepublik Deutschland konsensdemokratisch geprägt. Die Einbeziehung möglichst breiter Gruppen von Interessenvertretern zur Findung eines möglichst einvernehmlich erzielten Kompromisses mit breiter Zustimmung ist konstitutiv für alle Staaten mit konsens- oder konkordanzdemokratischem Charakter. Insofern wäre die Schweiz nicht einzigartig, was die Inklusion möglichst breiter Interessengruppen angeht.

Und doch bleibt die Schweiz ein Sonderfall. In ihrem System sind die verfassungsmäßigen, oben umrissenen, direkten Interventionsmöglichkeiten des Volkes einzigartig ausgeprägt. Sie beschränken sich nicht nur auf die Kontrolle des *Policy-Outputs* der Repräsentanten, sondern können im Vergleich mit anderen demokratischen Verfassungs-

staaten einen herausragenden direkten *Policy-Input* generieren. Die absolute Zahl der direkten Einflussnahmen des Volkes bleibt zwar überschaubar; aber jederzeit schwebt das Damoklesschwert des (provozierten) Eingreifens des Volkes über den Verhandlungen der Repräsentanten.

Doch selbst wenn man diese Besonderheit der direkten Einflussnahmemöglichkeiten innerhalb des schweizerischen politischen Systems als besonders responsivitätsförderlich interpretiert, bleiben Zweifel an der Begriffswahl Margaret Canovans, die Schweiz eine populistische Demokratie zu nennen. Diese Zweifel nähren sich aus dem ideologischen Gehalt des Konzeptes Populismus. Bei den in Kapitel 2 beschriebenen Gemeinsamkeiten stach neben der (Rück-)Verlagerung der politischen Entscheidungsgewalt in die Hände des „einfachen Volkes“ die Annahme der Existenz eines „(gesunden) Volkswillens“ und seines legitimen Primats über jede Regel heraus. Doch eben hier widersprechen die Erfahrungen mit dem System der Schweiz bzw. anerkannte politikwissenschaftliche Analytiker. „Einen ‘Volkswillen’ gibt es nicht“,⁴¹⁵ fasst Silvano Moeckli in Übereinstimmung mit allen Anhängern eines vom Pluralismus geprägten Gesellschaftsbildes seine Ausführungen zum Stellenwert von Wahlen und Abstimmungen in der Demokratie im Allgemeinen und der Schweiz im Besonderen zusammen. Weder wird ein solcher „Volkswille“ in der Schweiz angenommen, noch tritt oder trat er je zu Tage. Die einzelnen Abstimmungen bilden lediglich momentane Stimmungslagen und Mehrheitsverhältnisse von Teilen der Bevölkerung in Bezug auf einzelne Sachverhalte ab. Zudem helfen das Prinzip doppelter Mehrheiten – bei Abstimmungen müssen die Mehrheit der Abstimmenden und die Mehrheit der Kantone und Halbkantone gewonnen werden – und die Möglichkeit der Einbringung eines konkurrierenden Gesetzesentwurfs durch die Repräsentanten bei der Abstimmung über eine Verfassungsinitiative in der Schweiz den Schutz von Minderheiten aufrecht zu halten und Alternativen anzubieten. Sicherungsmechanismen hegen den erhobenen Mehrheitswillen ein, auch oder gerade weil die politische Kultur der Schweiz als „ausgesprochen bürgerorientiert“⁴¹⁶ bezeichnet werden kann. Darf ein solches politisches System populistische Demokratie genannt werden?

Es gilt in diesem Zusammenhang eine Grundsatzentscheidung bei der Auffassung vom ideologischen Gehalt des verwendeten Populismusbegriffes zu treffen. Für den Fall,

⁴¹⁵ Silvano Moeckli: *Das politische System der Schweiz verstehen*, Altstätten 2007, S. 100.

⁴¹⁶ Ebd., S. 39.

dass Populismus die Existenz eines homogenen „Volkswillens“ annimmt und beansprucht, nach dessen Verwirklichung zu streben, ist er grundsätzlich freiheitsfeindlich und anti-pluralistisch. Die Schweiz dürfte dann keinesfalls eine populistische Demokratie genannt werden.

Die für den demokratischen Verfassungsstaat im ersten Teil des zweiten Kapitels konstitutiv erklärte Aufhebung der Souveränität ist unvereinbar mit dem Postulat eines unbedingten Primats der Mehrheit. Doch das Beispiel der Schweiz zeigt, dass die Ausstattung des Staatsvolkes mit weit reichenden Kompetenzen im Prozess der Normsetzung durchaus mit einem verfassungsstaatlichen Gefüge vereinbar ist. Bei der Abhaltung von obligatorischen und fakultativen Referenden agiert das Staatsvolk grundsätzlich im Rahmen des von der Verfassung vorgegebenen Kompetenzgefüges als ein Organ neben anderen. Bei der Initiierung von Verfassungsinitiativen auf Total- bzw. Teilrevision fällt die Einordnung schwerer. Doch obwohl das Staatsvolk hier temporär in den Status einer *pouvoir constituant* zu wechseln scheint, bleibt es doch an einschränkende Regeln und die Mitwirkung anderer Verfassungsorgane gebunden. So gilt seit März 2009, dass eine Volksinitiative grundsätzlich dann ungültig ist, wenn sie materiell gegen den Schutz der Grundrechte oder das Völkerrecht verstößt. Die Entscheidung in diesem Normenkontrollverfahren treffen die gewählten Repräsentanten. Demnach lässt sich die verfassungsgebende Gewalt des schweizerischen Staatsvolkes im Rahmen der Teilrevisionsinitiativen als *pouvoir constituant dérivé* beschreiben. Ob ein Antrag auf Totalrevision das Volk als *pouvoir constituant originaire* erscheinen lassen würde, zeigte die Reaktion seiner Repräsentanten im Falle von Verstößen des neuen Verfassungsentwurfes gegen Grundrechte oder das Völkerrecht. Sollte das Parlament die Abstimmung über einen solchen Verfassungsneuentwurf unter Verweis auf geltende (höhere) Normen ablehnen, wäre dies der Ausweis einer Überzeugung, dass das Prinzip des Rechts über dem Prinzip der Demokratie stehe. Die Souveränität des Volkes bliebe somit im verfassungsstaatlichen Gefüge aufgehoben. Die gegenwärtige Praxis im Umgang mit Volksinitiativen, welche der Normenkontrolle unterzogen werden, legt nahe, dass die schweizerischen Bürger im oben angenommenen, fiktiven Fall dem Status einer *pouvoir constituant dérivé* verhaftet blieben.

Zusammenfassend ist fest zu halten, dass das schweizerische System über herausragende Instrumente verfügt, um politische Entscheidungen und gesetzgeberische Tätigkeit mit den (unterschiedlichen!) Meinungsströmen in der Bevölkerung rückzukoppeln.

Damit entspricht das System elementaren Ansprüchen des Populismus. Für das Vorhandensein eines „Volkswillens“ und dessen Primat über jegliche Norm lassen sich in diesem System hingegen keine Anhaltspunkte finden. Damit bleibt die Entscheidung über die Verwendung des Attributes populistisch an die Auffassung gebunden, inwiefern die ideologische Komponente des Konzeptes Populismus Berücksichtigung finden soll.

5.2 Enttabuisierung der Politik: Gefahr und Chance

Über die oben angeführten Befunde hinaus sind sich die Beispielstaaten auch darin ähnlich, dass die Ausrichtung und Organisation ihres politischen Systems deutlich in Richtung von Konkordanzdemokratien tendieren. Das Vorhandensein über Jahrzehnte stabiler Lager bzw. Säulen und die Kooperation der Lager- bzw. Säuleneliten haben in den betreffenden Staaten für eine weitgehende Befriedung der politischen Auseinandersetzungen gesorgt. Die klassischen Gräben, entlang derer politische Konflikte ausgefochten wurden, fanden sich in den zurückliegenden Jahrzehnten eher verschüttet als vertieft, so dass sich ein deutlicher Trend zur Nivellierung von ideologischen Gegensätzen und programmatischen Unterschieden feststellen lässt. Dieser allgemeine Trend zu einer wenig akzentuierten Mitte führte in beiden Staaten zu einer Verbreiterung der Möglichkeiten zur Zusammenarbeit. Im Falle Österreichs belegen die großen Koalitionen zwischen den dominierenden Volksparteien diesen Befund. In den Niederlanden weisen die wechselnden Koalitionen mit jeweils drei Partnern zum Teil sehr unterschiedlicher Provenienz in diese Richtung. Bei allen Differenzen in konkreten Detailfragen zeichneten sich die Spieler in diesen Staaten durch einen festen Grundkonsens in Bezug auf die Einhaltung verfassungsrechtlicher Spielregeln und institutioneller Kompetenzzuweisungen aus.

Eine Befriedung der politischen Auseinandersetzungen durch ein Zusammenrücken auf gemäßigten Positionen und die Kooperation zwischen den Spitzen wesentlicher gesellschaftlicher Fraktionen hat in jedem Fall Folgen für die Repräsentation extremer Interessen. Randständige Positionen werden auf diese Weise marginalisiert und zum Teil tabuisiert.

Wenn verfassungsfeindliche Meinungen und Programmatiken auf diese Weise aus dem politischen Diskurs gedrängt werden, kann dies als Selbstschutz einer freiheitlich-demokratischen Ordnung gewertet werden. Tatsächlich bedeutet die Ächtung von verfassungsfeindlichen Positionen eine gewisse Abwehrmöglichkeit gegen Feinde einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Nichtsdestotrotz muss sich eine liberale, offene Gesellschaft fragen, ob sie ihre Gegner mit illiberalen Mitteln bekämpfen darf.

Da die offene Gesellschaft und ihre Feinde⁴¹⁷ bereits seit mehr als einem halben Jahrhundert Teil der wissenschaftlichen Diskussion sind, reicht an dieser Stelle ein Verweis auf den Problemkomplex: Die liberale Demokratie sieht sich stets in der Gefahr, ihre Gegner mit Mitteln zu bekämpfen, welche sich nicht mit den eigenen Prinzipien im Einklang befinden.

Das oben beschriebene Verfahren der Elitenkooperation bedingt eine zweite Gefahr für den demokratischen Verfassungsstaat: Informelle Absprachen können zu rechtsstaatlich nicht gedeckten, Institutionen unterwandernden und Schranken umgehenden Händeln führen, welche die verfassungsmäßige Ordnung eines Staates ad absurdum führen. Der Staat als Beute⁴¹⁸ Einzelner bzw. geschlossener Zirkel stellt das Konzept der Demokratie als Herrschaft des Volkes deutlich in Frage.

Abgesehen von den beschriebenen Händeln bei der Vergabe von Ämtern und Posten bzw. bei der demokratisch dann kaum noch legitimierten Entscheidungsfindung in Sachfragen kann das enge Miteinander etablierter Größen auf der politischen Bühne dazu führen, dass Probleme und kritische Töne ausgeblendet werden. Ein so gearteter und nicht explizierter Konsens zur Nichtbefassung mit selektierten, „toxischen“ Themen lag sowohl in den Niederlanden als auch in Österreich vor.

Populisten entfalten ihre Potentiale an allen drei Einfallstoren – gleich ob es sich bei den beschriebenen Gefahrenlagen um reale oder lediglich potentielle bzw. konstruierte handelt. Sie besetzen verwaiste Positionen und geben fundamental oppositionellen Forderungen Gesicht und Stimme. Sie wenden die eigene Stigmatisierung als Märtyrertum in der Sache des Volkes, prangern die Vereinnahmung des Staates durch die etablierten Kräfte an und besetzen die tabuisierten Themen. In diesem Verhalten liegen Gefahr und Chance zugleich. Einerseits bedeutet die Herausforderung und Infragestellung des etablierten Systems in vielen Fällen einen Angriff auf dessen Grundkonsens. Andererseits zeigt vor allem das Beispiel der Niederlande, dass die Übernahme von Forderungen der Populisten in den Reihen der etablierten Parteien zu einem umfassenden Policy-Wandel geführt hat. Konkret kann der Tabubruch in Bezug auf die als gelungen betrachtete Reform des Gesundheitssystems positiv gewertet werden. Der Tabubruch im Themenfeld von Toleranz, Migration und Integration hat zu einem

⁴¹⁷ Karl R. Popper: *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. Der Zauber Platons*, dt. von Paul Feyerabend, Bern 1957.

⁴¹⁸ Vgl. den gleichnamigen Titel: Hans Herbert von Arnim: *Der Staat als Beute*, München 1993.

zwiespältigen Ergebnis geführt. Dem gewachsenen Problembewusstsein und der nun offen geführte Debatte stehen unversöhnliche und zunehmend polarisierte politische Argumentationen sowie ein gewachsenes Aufkommen offen zu Tage tretender Gewalt gegenüber. Mit der Verschärfung der Konflikte zwischen gesellschaftlichen Fraktionen korreliert auf politischer Ebene eine Diversifizierung der Antwortstrategien. Dass hierbei immer mehr extreme bzw. extremistische Ansichten in die Öffentlichkeit getragen werden – und sowohl Gehör als auch Zuspruch finden – muss als Gefährdung einer Ordnung basierend auf Toleranz und Freiheit gewertet werden.

Beispielhaft kann hier die ambivalente Auseinandersetzung mit der europäischen Integration angeführt werden. In vielen etablierten demokratischen Verfassungsstaaten auf europäischem Grund herrschte in den vergangenen Jahrzehnten ein in weiten Teilen der politischen Elite verbreiteter Grundkonsens in Bezug auf die Betonung der positiven Effekte fortschreitender europäischer Integration. Ohne diesen wären die Fortschritte bei der institutionellen Ausweitung und Vertiefung dieses Prozesses unmöglich gewesen. In der Person Jörg Haiders trat ein selbsternannter Wahrer der nationalen Interessen auf den Plan. Seine gegen die EU und für die nationalstaatliche Souveränität plädierenden Reden wurden über Österreichs Grenzen hinaus wahrgenommen, auch wenn es ihm nicht gelang, eine angestrebte Führungsrolle an der Spitze einer vereinten Bewegung der Kritiker des europäischen Integrationsprojektes einzunehmen. Eine ganze Reihe von Parteien mit nationalistischer Prägung und integrationsfeindlicher Programmatik traten in den vergangenen Jahren, teils mit populistischem Gebaren, an, um europaweit die Frage nach Sinn und Ziel der Integrationsbemühungen auf die politische Agenda zu setzen.

In vielen Ländern Europas gelang es Populisten und Nationalisten, weniger durch belegbare Argumente als durch geschürte Emotionen, Wahlerfolge zu erringen. Diese Emotionalisierung der politischen Wahlkämpfe stellt wiederum eine ambivalente Entwicklung dar. Zunächst positiv zu vermerken ist die durch Populisten beförderte Auseinandersetzung mit dem Thema Europa. Doch dieser positive Effekt bei den Wählern dürfte von der teils irreführenden Art der Politikvermittlung durch programmatisch wenig konsistente Wählerstimmenmaximierer konterkariert werden.

Der Tabubruch als reines Mittel zum Zweck der Aufmerksamkeitserlangung muss schon aus moralischer Sicht fragwürdig erscheinen. Der radikale Populist benötigt ihn, um sich gegen das Establishment abzusetzen und aufzulehnen. Er folgt dabei

zwangsläufig einer Systemlogik, welche vorschreibt, Tabus zu verletzen, um sich Gehör zu verschaffen. Dabei betätigt er sich wie aufgezeigt mal als Totengräber und mal als Heilsbringer der bestehenden Ordnung.

5.3 Gefahr für den demokratischen Verfassungsstaat: Die Autoritarismusthese

Primat von Persönlichkeiten

In beiden ausgewählten Fallbeispielen spielten mit Jörg Haider und Pim Fortuyn scheinende Persönlichkeiten eine zentrale Rolle sowohl beim Aufkeimen, Erstarren und Erlangen von Wahlerfolgen als auch beim Niedergang populistischer Strömungen. Die Persönlichkeitsstrukturen der Protagonisten und ihre einnehmende Art waren in starkem Maße mitverantwortlich sowohl für die Erfolge als auch die Misserfolge ihrer Parteien bzw. Bewegungen. Damit nehmen die Beispiele keine Sonderstellung in der Betrachtung aktueller populistischer Phänomene ein.

Im Kontext stark medienzentrierter Politikvermittlung in den meisten Staaten der heutigen Welt bedeutet die Konzentration auf Schlüsselfiguren den Regelfall. Im Zeitalter der Dominanz von elektronischen Medien mit sehr kurzfristigen Übermittlungsraten und kurzen Halbwertszeiten von Nachrichten stellt neben kurzen Reaktionszeiten vor allem die Medieneignung ein entscheidendes Erfolgskriterium für Politiker im Allgemeinen dar. In besonderem Maß gilt das für jeden Politiker, der sich volksnah präsentieren möchte. Er muss die Eigenschaften Redegewandtheit, Schlagfertigkeit und Telegenität vereinen, um im direkten Appell an das Volk glänzen zu können.

Vor der flächendeckenden Verbreitung von Radio, Fernsehen und Internet stellten die maximal dreimal täglich erscheinenden Zeitungen die mediale Hauptinformationsquelle der potentiellen Wähler dar. Massenkundgebungen forderten zwar ebenfalls redebegabte Politiker, konnten jedoch selbst durch anschließende Zeitungsberichte nie die Flächenwirkung entfalten, welche heute durch zeitgleiche oder zeitversetzte Radio-, Fernseh- oder Internetübertragungen erzielt wird. Sowohl die Lesekompetenz als auch die eingeschränkten freien Zeiten zur Informationsbeschaffung setzten der Verbreitung von Informationen zusätzliche Grenzen. Heute hingegen ist es Personen des öffentlichen Lebens möglich, sich über die genannten Kanäle täglich und ununterbrochen in den Lebenswelten der Bürger präsent zu halten. Die Verbreitung von Propaganda im nationalsozialistischen Regime Deutschlands über den so genannten Volksempfänger stellt hierfür ein frühes Beispiel dar. In völlig anderem Duktus jedoch mit

vergleichbarer Wirkung adressierte beispielsweise der venezolanische Präsident Hugo Chavez in einer Fernsehsendung die Bevölkerung seines Landes. In seiner, mitunter stundenlangen, Sendung gerierte sich der Staatspräsident im Stile eines Unterhalters. Dabei vermittelte er in publikumsgerechter Manier die Politik seiner Regierung, polemisierte gegen nationale wie internationale Kontrahenten und stilisierte sich als Helfer des einfachen Mannes von der Straße. Letzteres geschah durch Gespräche mit Anrufern, deren Anliegen er unbürokratisch zu regeln versprach. Die direkte Ansprache und schnelle Hilfe in Einzelfällen sind zweifellos dazu geeignet, den Eindruck zu vermitteln, der Präsident kümmere sich um die Belange der Bevölkerung. Regierende vermitteln auf diese Weise dem Wahlvolk nicht nur den Eindruck ständiger Aktivität im Sinne der Bürger sondern auch den Eindruck von Omnipräsenz kombiniert mit Omnipotenz.

Die wöchentlichen Videobotschaften der aktuellen deutschen Bundesregierung⁴¹⁹ sind zwar in einem völlig anderen Stil gehalten als die Polemiken eines Hugo Chavez, stellen aber doch ein Zugeständnis an die veränderten Realitäten einer von schnellen und visuellen Medien geprägten Politikvermittlung dar. Stärker noch als die deutsche Bundesregierung setzt das US-amerikanische Präsidialamt auf die Wirkung von positiven Bildern zur besten Sendezeit. Gerade der gegenwärtige Amtsinhaber Barack Obama profitiert auch über die Wahlkampfphase hinaus von seiner Fähigkeit, vor Kameras zu glänzen. Zum Ablauf seiner ersten 100 Tage im Amt übertrugen beispielsweise fast alle bedeutenden Fernsehsender zeitgleich seine Pressekonferenz.⁴²⁰ Symbolpolitik und Personenzentrierung überlagerten zu diesem Anlass deutlich die politischen Inhalte, zumal im Rahmen des Jubiläums mit dem Senator Arlen Specter aus Pennsylvania ein Überläufer der Republikaner im demokratischen Lager begrüßt werden konnte.

Die Konzentration auf Personen, deren Ausstrahlung inhaltliche Belange in den Hintergrund treten lässt, bedeutet – wie dargestellt – ein Zugeständnis an veränderte Rahmenbedingungen des politischen Konkurrenzkampfes im Zuge der zunehmenden Medialisierung von Wahlkämpfen und Politikvermittlung. Doch keinesfalls stellt die Identifikation mit Persönlichkeiten ein junges Phänomen in der Geschichte von Personen-

⁴¹⁹ Podcasts der Kanzlerin auf <http://www.bundeskanzlerin.de/Webs/BK/DE/Aktuelles/VideoPodcast/video-podcast.html> (30.04.09)

⁴²⁰ Einzig Fox blieb bei seinem lukrativeren Unterhaltungsprogramm, während FoxNews genauso wie CNN, ABC, CBS und NBC die Pressekonferenz übertrugen. FAZ 02.05.2009, S. 7.

verbänden dar. Schon die alte Geschichte kennt eine Reihe von Beispielen, in denen die Strahlkraft oder das Redetalent einzelner Protagonisten die Zustimmung der Massen erobern konnte. Doch die technischen Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte haben der heutigen Politikergeneration ganz andere Mittel in die Hände gelegt, um Zustimmung und Gefolgschaft flächendeckend auch in sehr großen Personenverbänden zu generieren.

Wie die oben angeführten Beispiele verdeutlichen, bestehen in der Art der Nutzung dieser Mittel mehr als nur graduelle Unterschiede. Gefährlich im Sinne der Autoritarmusthese wird die Konzentration auf Persönlichkeiten dort wo es Einzelnen gelingt, potentielle Konkurrenten weitgehend oder völlig vom Zugang zu medialen Kommunikationsplattformen auszuschließen. Ein Medienimperium zur Sicherung der eigenen Präsenz und einer gewogenen Berichterstattung kann, wie im Falle Silvio Berlusconi, sogar noch dazu beitragen, dass öffentliche Aufmerksamkeit sich auch finanziell rentiert. Dort, wo Regierungen oder einzelne Amtsinhaber Radio- und Fernsehkanälen Programme oktroyieren, ist der Weg zur autokratischen Herrschaft unter Ausschaltung der Kontrollinstanz einer unabhängigen Presse in der Regel zumindest ein Stück weit beschritten. Naturgemäß fallen die Bewertungen der die Programme Bestimmenden und ihrer Kritiker darüber auseinander, ob es sich um Information oder Indoktrination handelt, welche über diese Kanäle erfolgt.

Direkter noch als im Zusammenhang mit einer Mediendominanz verläuft die Linie zwischen Persönlichkeitszentrierung und autoritärer Herrschaft im Hinblick auf Auswüchse bei der Kompetenzzuschreibung. Wenn nämlich der Personenkult zum Zugeständnis von Kompetenzen führt, die dem von der Person bekleideten Amt rechtlich gar nicht zustehen, entstehen Spannungsfelder, in denen rechtsstaatliche Bestimmungen unter Druck geraten.

Im Vergleich mit etablierten Parteien mit vergleichsweise stabilen Stammwählerschaften und dauerhaften, programmatischen Leitlinien oder fest gefügten Ideologien sind populistische Bewegungen im Regelfall sehr viel enger an ihre Leitfiguren gebunden. Ihr Zuspruch korreliert sehr viel stärker mit der Beliebtheit des Spitzenpersonals als dies bei den etablierten, traditionellen Parteien der Fall ist. Aus diesem Grund sind die parteiinternen Strukturen in der Regel weniger stark von intermediären Kräften geprägt. Das „Durchregieren“ des starken Mannes an der Spitze innerhalb seiner eigenen Partei konnte anhand des österreichischen Fallbeispiels anschaulich gemacht werden.

Die grundlegend andere, hierarchische und demokratische Elemente verdrängende Struktur der neuen parteiähnlichen Wahlmaschinen der Nachfolger Pim Fortuyns oder auch das Wahlbündnis Silvio Berlusconi tragen den unbedingten Führungsansprüchen der Protagonisten Rechnung. Das Ausboxen parteiinterner Gegner sowie das Fördern der eigenen Protégés stoßen in populistischen Parteien in der Folge auf geringere Widerstände. Wenn diese Widerstände auftreten, dann sind Austritte, Spaltungen oder Parteiauflösungen fast vorprogrammiert, was beide Fallbeispiele belegen.

In solchen Staaten, in denen eine Parteiengesetzgebung interne demokratische Strukturen vorgibt, wie das in der Bundesrepublik Deutschland der Fall ist, bedeutet ein Besitzanspruch einer Führungspersonlichkeit auf die Entscheidungshoheit bei Sach- oder Personalentscheidungen bereits eine Verletzung rechtlicher Vorschriften. Zwar folgen in den meisten Parteien und Wahlbündnissen die Personal- und Sachentscheidungen informellen Regeln, doch wird – anders als bei den stärker personenzentrierten Populistischen Bewegungen – Wert auf eine wenigstens formale Einhaltung der fixierten Regeln Wert gelegt. Somit ergibt sich ein bemerkenswerter Widerspruch zwischen dem oft postulierten basisdemokratischen Anspruch und den realen Praktiken populistischer Bewegungen.

Noch problematischer in Bezug auf die Forschungsfrage nach der Sicherheit rechtsstaatlicher Komponenten im Zuge populistischer Machtübernahme erscheint die Übertragung der oben ausgeführten Herrschaftsansprüche auf die Regierungstätigkeit. Wenn demnach Hugo Chavez in seiner Fernsehsendung einem erzürnten Anrufer beispielsweise verspricht, die Schlaglöcher vor seinem Haus ausbessern zu lassen, dann tut er das in Übergehung jeder zwischengelagerten Instanz. Wenn der Staatspräsident die Bautrupps einer Kommune eigenhändig von möglicherweise dringlicheren Baustellen abzieht, um dem geplagten Bürger am Telefon zu helfen, mögen Anderen daraus nicht zwangsläufig unbillige Härten entstehen; aber sein Handeln belegt eine fehlende Akzeptanz institutionalisierter Verfahrensweisen. Bei Eingriffen in juristische Verfahren wird eine solche Ablehnung noch deutlicher und die Gefährdung des Rechtsstaates evident.

Der überbetonte Bezug auf die Belange des Volkes mag in Wahlkämpfen als populistische Polemik gelten. Die dort abgegebenen Versprechen, unbürokratisch, schnell und Widerstände aus dem Weg räumend zu handeln, bedeuten jedoch oft bereits einen Angriff auf die rechtsstaatlichen Institutionen eines Staates.

Insofern lässt sich die Autoritarismusthese so formulieren, dass der starke bzw. übersteigerte Bezug auf einzelne Persönlichkeiten im modernen, stark medial geprägten Populismus zu einer Verschiebung des Rechtssetzungsanspruches führen kann. Die Berufung auf Personen und eine Zubilligung von individueller Entscheidungsmacht, die sich über das allgemein verbindliche Recht erhebt, bedeutet eine eklatante Verletzung des Grundsatzes, dass im demokratischen Verfassungsstaat nach aristotelischem Diktum nicht Menschen sondern Gesetze herrschen.

Primat des Volkswillens

Dass das Volk selbst herrschen solle, ist eine der gängigen und nächstgelegenen Schlussfolgerungen aus dem Begriff der Demokratie als Herrschaft des Volkes. Sie nimmt ihren Ausgang in der dem Volk zuerkannten Souveränität. Bereits in Kapitel 2 wurde der komplexe Zusammenhang der zentralen Elemente Souveränität, Herrschaft und Recht im Konstrukt der Verfassungsstaatlichkeit thematisiert.

Allerdings wollen die dem einfachen Mann auf der Straße aufoktroierten Beschränkungen seiner Souveränität dem selbsternannten Verteidiger der demokratischen Freiheit, dem Populisten, scheinbar oder tatsächlich nicht einleuchten. Jedenfalls dann, wenn der populistische Führer ankündigt, die Ketten der Rechtsstaatlichkeit zu sprengen, welche die freie Entfaltung des Volkswillens behindern, greift er die Verfassungsstaatlichkeit an.

Die Verdrängung von Regelkatalogen, Verfahrensvorschriften, Minderheitenschutz, kurz: die Aufhebung der Beschränkungen des reinen Mehrheitsprinzips führt in entgegen gesetzter Richtung weg vom Rechtsstaat und kann dabei zwei Kurse einschlagen. Gemäß dem in Kapitel 2 entwickelten Katalog kann diese Entwicklung in eine populistische Demokratie führen. Sogar die Erreichung einer Identität von Regierten und Regierenden kann auf dem Zielschild solcher Bestrebungen prangen. Doch ebenso möglich und durchaus wahrscheinlicher erscheint die Ankunft in der Diktatur.

Mit Sicherheit blüht im Falle der Verdrängung der oben genannten Beschränkungen in einer Abstimmung Unterlegenen das uneingeschränkte Diktat der Mehrheit. Worüber abgestimmt wird, wie die Fragen formuliert werden, und welche Mittel zur Erlangung eines Mehrheitsvotums erlaubt sein sollen, bleibt zunächst offen. Aufgrund

der unterschiedlichen individuellen Voraussetzungen der jeweiligen Mitglieder einer Gesellschaft und der Komplexität der Belange einer jeden Gemeinschaft wird es zwangsläufig zur Arbeits- und Aufgabenteilung und damit auch zur Herausbildung einer Gruppe kommen, welche als Avantgarde, Elite oder Meinungsführer bezeichnet werden kann. Sobald jedoch Einzelne in der Lage sind, die Formulierungen der Frage einer allgemeinen Abstimmung zu kontrollieren, so erhalten sie damit auch einen kaum zu unterschätzenden Zugriff auf einen wichtigen Stellhebel zur Beeinflussung des Ergebnisses eben dieser Abstimmung.

Somit öffnet sich der Weg zu einer faktischen Herrschaft Einzelner oder von Gruppen. Zwar können Charisma oder Tradition die Meinungsführerschaft solcher Zirkel bzw. Einzelner rechtfertigen, doch wäre mit der allgemeinen Akzeptanz dieser Legitimationsquellen der verbleibende (identitär-)demokratische Charakter eines Systems stark in Zweifel zu ziehen. In jedem Fall bedeuten die Schwächung bzw. der völlige Wegfall der Rechtsstaatlichkeit für die Sicherheit struktureller Minderheiten düstere Aussichten. Die fehlende Rechtssicherheit kann darüber hinaus erfolgreiche Mitglieder einer Gemeinschaft am Genuss der Früchte ihrer Arbeit hindern. Wo beispielsweise keine Eigentumsrechte verbrieft werden, kann der Neid Vieler zum Ende jeglichen Wohlstandes führen.

Dort, wo Kontrollrechte der Opposition als institutionalisierte Aufgabe entfallen und die Willkür der Mehrheit regiert, besteht nicht nur eine allzeit währende Informations- und Beteiligungsnotwendigkeit aller Stimmberechtigten, die ja in sämtlichen Angelegenheiten selbst mit zu entscheiden haben, sondern auch eine ständige Ungewissheit über die erwartbaren Rahmenbedingungen des eigenen Lebens, da sich mit den Mehrheitsverhältnissen auch binnen kürzester Zeiträume die Bedingungen des Zusammenlebens verändern können.

Der demokratische Verfassungsstaat als Wahrer individueller und kollektiver Freiheitsrechte hat in einem solchen Umfeld schon lange seine Grundlage eingebüßt. Wenn Populismus die Ummünzung der Volkssouveränität in der oben beschriebenen Weise postuliert, dann – so der zweite Aspekt der Autoritarismusthese – bedeutet das Diktat der Mehrheit eine diametrale Abkehr vom demokratischen Verfassungsstaat. Die identitäre Demokratie nach dem Bilde Rousseaus, in der demjenigen, welcher dem *volonté générale* widerspricht, neben Abschied nur der Tod bleibt, kann durchaus auch als totalitäre Demokratie bezeichnet werden.

Aufgrund der abweichenden Potentiale und tatsächlich entwickelten Kompetenzen der Individuen in einer Gesellschaft, erscheint es unmöglich, dass sich in einer vollkommenen, direkten und identitären Demokratie nicht Führungsriegen und bestimmende Zirkel formen. Dem Missbrauch solcher Sonderstellungen ist in Abwesenheit eines einhegenden und allgemein verbindlichen Rechts- und Institutionenrahmens, namentlich einer Verfassungsstaatlichkeit, kein Einhalt zu gebieten. Daher konvergieren modellhaft denkbare Reinformen der Demokratie im oben beschriebenen Sinne realiter mit den von vorneherein auf einzelne Führungspersönlichkeiten zugeschnittenen Entwürfen. Das Fehlen von Normenkontrollen ermöglicht die Errichtung einer autoritären Herrschaft durch innere Zirkel bzw. Einzelne.

Die Logik aller populistischen Bewegungen lässt sich als Dreischritt zusammenfassen. An erster Stelle steht die Betonung der Bedeutung und fundamentalen Position des Volkes. Die populistische Analyse des jeweils gegenwärtig bestehenden Verhältnisses zwischen der Masse des Volkes und der herrschenden Elite führt im zweiten Schritt zu dem Vorwurf, dass das Volk von den Herrschenden bevormundet und verraten sei. Daraus folgt Drittens die Forderung nach einer Wiederherstellung des Primats des Volkes. In der Konsequenz lassen sich zwei Hauptziele der populistischen Angriffe ausmachen: Dies sind das Prinzip der Repräsentation und vom Volk nicht (direkt) gewählte, unabhängige Organe, wie beispielsweise Verfassungsgerichte und Zentralbankpräsidien. In der Theorie kommt der populistische Gegenentwurf der bestehenden Verhältnisse einem „reinen“ demokratischen Regime nahe, in welchem dem Volk das erste und letzte Wort gehören. In der Praxis wird dieser urdemokratische Anspruch jedoch konterkariert durch die zentrale Position, welche ein einzelner Führer oder eine Führungsriege aufgrund ihrer angenommenen Fähigkeit zur Erkenntnis, Durchsetzung und Verteidigung des „Volkswillens“ einnehmen.⁴²¹ In letzter Konsequenz sind demnach in populistischen Ansprüchen Tendenzen zu autoritärer, mithin sogar totalitärer, Herrschaft grundgelegt.

⁴²¹ Vgl. Yves Mény und Yves Surel: *The Constitutive Ambiguity of Populism*, in: Dieselben (Hrsg.): *Democracies and the Populist Challenge*, Basingstoke u.a. 2002, S. 1-21, hier S. 11-13.

5.4 Chance für den demokratischen

Verfassungsstaat: Die Remobilisierungsthese

Aufbruch der Parteiensystemstrukturen

Parteien sind gegenwärtig in fast allen Demokratien der Erde bedeutende Akteure in der überwiegenden Zahl der zentralen politischen Prozesse. Fast überall, wo ein Staatsvolk das Recht genießt, seinen Willen in freien Wahlen und Abstimmungen kundzutun, haben sich Parteien als intermediäre Kräfte etabliert. Sie erfüllen in vielfältiger Weise, z. B. bei der Repräsentation, der Vermittlung, der Rekrutierung von Personal und der Willensbildung, wichtige Scharnierfunktionen zwischen Staat und Gesellschaft. Im Grad ihrer Organisation, in ihrer staatsrechtlichen Stellung und in ihrer ideologischen Bestimmtheit weichen die Parteien sowohl innerhalb eines Staates als auch im staatenübergreifenden Vergleich sehr weit voneinander ab. Entsprechend groß sind die Unterschiede zwischen den Parteiensystemen unterschiedlicher Staaten. Ihre Genese und augenblickliche Verfassung sind das Ergebnis historischer Prozesse, gesellschaftlicher Bestimmungsfaktoren und rechtlicher Rahmenbedingungen. Da Gesellschaften sich in aller Regel stets in unterschiedlich schnell und unterschiedlich intensiv verlaufenden Wandlungsprozessen befinden, sind auch die zugehörigen Parteiensysteme einem Wandel unterworfen. Auch wenn aus diesem Grund völlig statische Parteiensysteme kaum anzutreffen sein werden, so zeigt ein Blick auf verschiedene etablierte Demokratien der westlichen Welt, dass in einer Reihe von Staaten Phasen großer Stabilität dieses Gefüges ausgemacht werden können.

Dort, wo sich über Jahre oder gar Jahrzehnte die gleichen Parteien als Repräsentanten der Bevölkerung in ähnlichen Konstellationen um die Hebel der Macht gruppieren, kann es zu Unwuchten im politischen System kommen. Beispielsweise können strukturelle Minderheiten auf Dauer von der Mitentscheidung ausgeschlossen werden. Ebenso können oft wiederholte Abläufe zu Automatismen mutieren, so dass deren Sinn, Effizienz und Gemeinwohlorientierung nicht mehr auf den Prüfstand gestellt werden.

Die möglichen Folgen und Begleiterscheinungen solcher Praktiken werden mal als Postenschacher und Patronage, mal als Filz, Korruption und Nepotismus tituliert. Jedenfalls kann eine über mehrere Legislaturperioden unveränderte Kräftekonstellation

dazu tendieren, dass sich die Beratung und Entscheidungsfindung weit von der Legitimationsbasis entfernt und in esoterische Zirkel verlagert. Dies wiederum ruft Unzufriedenheit in den Teilen der Bevölkerung hervor, die sich dadurch nicht mehr oder nur noch unzureichend repräsentiert sehen. Phänomene wie politisches Desinteresse, Frustration oder Politikverdrossenheit werden immer wieder auch auf die oben angesprochenen Fehlentwicklungen und die Beharrungskräfte von Systemstrukturen zurückgeführt.

Inwieweit ein Ruf nach Veränderung der politischen Angebote Gehör findet, hängt wiederum von einer Reihe unterschiedlicher Faktoren ab. Bedeutsam hierbei ist unter anderen die Höhe der Einstiegshürden für alternative Anbieter auf dem politischen Markt. Das Wahlrecht eines jeweiligen Staates bestimmt zu einem großen Teil die Aussicht auf Erfolg für das Unterfangen, bestehende Kräfteverhältnisse zu verschieben. So sind die Chancen einer neuen (dritten) Partei in einem vom Mehrheitswahlrecht geprägten Staat mit einem Zweiparteiensystem ungleich geringer als in einer Verhältniswahl Delegiertensitze zu erringen. Graduelle Unterschiede ergeben sich durch die Ausgestaltung des jeweiligen Wahlrechts mittels Mindeststimmanteil bzw. regionaler, nationaler, ethnischer oder religiöser Sonderbestimmungen.

Ebenfalls bedeutsam für die Erfolgsaussichten neuer Gruppierungen sind ihr Wiedererkennungswert und ihre konturierte Positionierung im Verhältnis zu den anderen Anbietern. Hier stellt der fundamental-oppositionelle Populismus einer gegen die etablierten Spieler antretenden Bewegung oder Partei ein wichtiges Merkmal dar. Die lautstark proklamierte Rückbindung an den postulierten Souverän in einer Gestalt als Volksganzes und die bewusst inszenierte diametrale Gegnerschaft zu den Angehörigen des bestehenden Machtkartells bilden tragfähige Leitern beim Aufstieg in der Wählergunst. Die medienwirksame Konzentration auf einzelne Führungspersönlichkeiten hilft bei der Verankerung im Wählergedächtnis.

So lässt sich als erster Teilaspekt einer Remobilisierungsthese formulieren, dass populistische Strömungen über eine besonders gute Chancenausstattung verfügen, um als verkrustet wahrgenommene Parteiensystemstrukturen aufzubrechen. Sie erstarken in der Krise eines (überkommenen) Parteiensystems, welches nicht länger die Interessenlagen der Bevölkerung abzubilden im Stande scheint. Damit stehen populistische Bewegungen oftmals am der originären Wortbedeutung der Krise entsprechenden Wen-

depunkt, wo sie den Wandel einleiten und mitgestalten, ebenso wie sie von ihm profitieren.

In beiden in dieser Arbeit behandelten Fallbeispielen war eine – wahrscheinlich nachhaltige – Veränderung der Parteiensysteme in den betreffenden Ländern zu konstatieren. Zweifellos herrschen in diesem Feld Wechselbeziehungen zwischen der grundsätzlichen und sich langfristig vollziehenden Entwicklung der Sozialstrukturen in den westlich geprägten etablierten Demokratien und dem Auftreten der politischen Eliten bzw. sich fundamental-oppositionell gebärdenden Gegeneliten. Die Auflösung klassischer Milieustrukturen und der damit einhergehende Verlust an gewachsenen, traditionellen Parteibindungen großer Bevölkerungsteile begünstigen neu entstehende Parteien und Bewegungen per se. Der auf diese Weise entstehende Druck wirkt sich auf die etablierten Spieler (re-)mobilisierend aus und verschiebt lange währende Kräfteverhältnisse innerhalb der Parlamente.

Den etablierten Spielern entstehen auf diese Weise neue, dynamische Gegner, welche sowohl inhaltlich als auch in der Art der Politikvermittlung Konkurrenzdruck aufbauen, indem sie die Angebotspalette für den Wähler verbreitern. Dass die inhaltliche Ausrichtung und das Aufgreifen sensibler Themen nicht nur Gutes für die Stabilität eines Landes bedeuten muss, ist bereits oben ausgeführt worden. Grundsätzlich ist jedoch eine Diversifizierung des Angebots dem Pluralismus einer offenen Gesellschaft zuträglich. Sie bedeutet eine Verbesserung der Aussichten der Wähler, ihre Interessen in den Programmen der Parteien wieder zu finden und sich in wechselnden Mehrheiten vertreten zu fühlen. Die Erhaltung von Reziprozität und Responsivität im politischen Prozess sind zentral für eine nachhaltige Gewährleistung von Systembefürwortung in der Bevölkerung. Im Rahmen ihrer (re-)mobilisierend wirkenden Ausstrahlung auf etablierte Akteure helfen Populisten, einer Systemabkehr relevanter Bevölkerungsteile entgegen zu wirken. Unter diesem Gesichtspunkt ist dem Populismus folglich ein Chancenpotential zu attestieren.

Intensivierung der Partizipation

Eng verknüpft mit der eben beschriebenen Erweiterung des politischen Angebotes ist die potentielle Ausdehnung der politischen Partizipation. Dieser Prozess lässt sich wiederum in zwei Segmente unterteilen. Die Erschließung bis dato politisch inaktiver Be-

völkerungsteile stellt einen Mobilisierungsfaktor dar. Die Zunahme des Grades der Partizipation bedeutet einen zweiten Aspekt.

Vor allem im Fallbeispiel der Niederlande haben Politikwissenschaftler in den Jahren vor dem Auftritt Pim Fortuyns eine in weiten Teilen der Bevölkerung verbreitete politische Apathie diagnostiziert. Auch in Österreich herrschte in den langen Jahren der Dominanz der beiden großen Volksparteien eine gewisse „Grabesruhe“, die in Teilen der Bevölkerung zu einem Rückgang des Interesses am politischen Geschehen beitrug. Das schlug sich in einem Rückgang der Nutzung von konventionellen Partizipationsrechten nieder. Der geeignete Indikator hierfür sind die sinkenden Zahlen der Wahlbeteiligungquoten. Dieser Befund lässt sich auf viele etablierte Demokratien der westlichen Welt übertragen.

Dass eine Demokratie ohne Demokraten kaum Überlebenschancen besitzt, ist als fast schon sprichwörtliche Binsenweisheit nicht zuletzt aus der Diagnose des Zusammenbruchs der Weimarer Republik überliefert. Umstrittener hingegen ist die Interpretation von solchen Daten in etablierten Demokratien, welche eine politische Abstinenz weiter Bevölkerungsteile belegen. Zuvorderst sind die Quoten der Nichtwähler zu nennen. Die Interpretationen reichen vom Befund einer besorgniserregenden Erosion des demokratischen Grundkonsenses bis zu einer beruhigenden These von der Grundzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen in den Reihen der Nichtwähler. Mit Sicherheit kann davon ausgegangen werden, dass die tatsächlichen Motive für die Nichtnutzung demokratischer Partizipationsmöglichkeiten ein sehr breites und individuell höchst unterschiedlich ausgeprägtes Spektrum abdecken. Dies reicht von Desinteresse, Unkenntnis und höherer Priorisierung von alternativen Betätigungen bis hin zu Ablehnung, Ohnmachtsgefühlen und Frustration. In den Staaten, auf die sich diese Arbeit bezieht, sind es jedenfalls keine tatsächlichen oder potentiellen Repressionen, die Bürger von politischer Partizipation abhalten. Nichtsdestotrotz wird vielfach ein Defizit bei der politischen Beteiligung konstatiert, für bedenklich erachtet und kritisiert. Politische Abstinenz in relevanten Teilen der Bevölkerung wird als Erosion der Legitimationsgrundlagen und somit als Gefährdung der demokratischen Ordnung wahrgenommen.

Für fortschreitende oder anhaltende politische Abstinenz von Bürgern in etablierten Demokratien können verschiedene systemische Erklärungen angeführt werden. So verliert Politik möglicherweise ihren Reiz, wenn die Konfliktlinien entlang gradueller

und nicht diametraler Gegensatzpositionen verlaufen. Da die zunächst industriell und mittlerweile postindustriell geprägten Demokratien westlicher Prägung über Jahrzehnte hinweg eine weitgehende Auflösung ideologischer Lager und damit einhergehend ein Abnehmen der Schärfe der politischen Auseinandersetzung erlebt haben, kann ein starker Trend zur Mitte in den meisten politischen Lagern ausgemacht werden. Damit sind ideologische Leitlinien zunehmend verschwommen.

Zudem haben die besprochenen Staaten lange Phasen wirtschaftlicher Prosperität erlebt, was einem weiteren Erklärungsansatz Vorschub leisten kann. So wäre es möglich, dass ein relevanter Teil der Bevölkerung in einem Zustand wirtschaftlicher Sättigung keine Veranlassung für politische Intervention verspürt. Die oben angeführte Ohnmachtsannahme in Teilen der Wählerschaft schließlich kann vor allem in etablierten Demokratien aus über lange Zeit hinweg stabilen Mehrheitsverhältnissen in stabilen Parteiensystemen resultieren. So produktiv stabile Systeme auch sein mögen, so sehr tragen sie das Risiko einer innovationshemmenden Stagnation in sich. Ein politisches System, das sich seinen Kritikern als verkrustet darstellt, kann Frustration und Ablehnung hervorrufen, stehen doch die Anhänger alternativer Positionen vor dem Problem, dass sie sich in der haltekraftigen, gegenwärtigen Verfasstheit nicht repräsentiert sehen.

Das Aufkommen populistischer Strömungen in Ländern mit solchen Befunden ist sowohl als Ergebnis der Krise der politischen Systeme als auch als Lösungsansatz für empfundene Repräsentations- bzw. Legitimationsdefizite zu interpretieren. Das dem Populismus innewohnende Postulat der möglichst direkten und kompromisslosen Umsetzung des Volkswillens findet in seinen modernen Erscheinungsformen in aller Regel Niederschlag in der Forderung nach mehr Bürgerbeteiligung in direktdemokratischen Formen. Die Ergänzung der repräsentativdemokratischen Verfassung eines Staates durch direktdemokratische Elemente stellt insofern einen qualitativen Veränderungsanspruch an die Partizipationsmöglichkeiten dar. Zwar blieb der konkrete Erfolg bei der Durchsetzung dieser Forderung in den gewählten Beispielen gering. Doch das EU-Referendum der Niederlande erzielte immerhin große Wirkung über die Niederlande hinaus.

Sehr viel gewichtiger einzustufen ist jedoch die mit den Diskussionen um die Veränderung der politischen Teilhabe einhergehende Zunahme der Aufmerksamkeit für das politische Geschehen an sich. Populismus ist geeignet, um Themen der politischen Arena in die Lebenswelten der Bevölkerung zu transportieren. Dabei werden sowohl

solche Bevölkerungsgruppen angesprochen, die sich vormals durch Desinteresse oder Frustration vom politischen Geschehen abgewandt hatten, als auch solche, die ihr politisches Engagement aufgrund des veränderten Klimas intensivieren. Diese letztgenannte Intensivierung entspringt dabei oftmals aus einer ablehnenden Haltung den postulierten oder auch bereits eingetretenen Veränderungen gegenüber.

Demnach führt der laute Aufschrei in den Medien und bei den etablierten Parteien angesichts der vermeintlichen Bedrohungen, welche von den populistischen Bewegungen ausgehen, in vielen Fällen zu einem den Herausforderungen entgegen gerichteten politischen Engagement.

Scheinbar unbeeindruckt von der öffentlichen Schelte für die Protest-Populisten bedienen sich auch Vertreter etablierter Parteien im Rahmen des Politikerpopulismus' immer wieder des Werkzeugkastens populistischer Politikvermittlung, um Wählerstimmen zu gewinnen und Ihre Beliebtheits- bzw. Bekanntheitsgrade zu steigern.

Unter dem Strich bleibt – gleich ob aufgrund von Aufgeregtheit oder tatsächlicher Zunahme der Möglichkeiten befördert – eine Steigerung der Teilnahme am politischen Geschehen. In einer Staatsorganisation, welche auf der Legitimation der Herrschenden durch die Bevölkerung fußt, muss eine solche Zunahme zunächst einmal positiv bewertet werden.

Nicht unerwähnt bleiben darf an dieser Stelle, dass die Mobilisierung auch zu Ergebnissen führen kann, die den Prinzipien einer freien und offenen Gesellschaft zuwider laufen. Neben den konventionellen können auch unkonventionelle bis hin zu illegalen und illegitimen Partizipationsmöglichkeiten ausgeschöpft werden. Wenn politische Mobilisierung umschlägt in Gewaltakte – wie im Falle der Niederlande belegt – wird der gemeinsame Boden rechtsstaatlicher Demokratie verlassen.

5.5 Die Indikatorfunktion von Populismus

Verschiedentlich wurde Populismus als eine Pathologie der Demokratie bezeichnet. Yves Mény und Yves Surel haben diesen Ansatz verfolgt und dabei drei Argumentationslinien herauskristallisiert.⁴²² Die erste und jüngste stellt die starke Affinität zwischen populistischem Auftritt und extremer Rechte in den Vordergrund. Doch bereits an anderer Stelle wurde deutlich, dass sowohl in der Geschichte als auch in der Gegenwart progressive bzw. linke Populismen ebenfalls konstatierbar waren bzw. sind. Radikale und extremistische Parteien und Bewegungen jeglicher Couleur können sowohl als Gegner der Demokratie als auch deren einzige Wahrer und Verteidiger auftreten. Mit hin kommen auch Mény und Surel zu dem Schluss, dass der Pathologiebefund entlang dieser Route nicht aufrecht zu erhalten ist. Diese Argumentationslinie mit Bezug auf den extremistischen Charakter einiger Träger populistischer Impulse ist nur eingeschränkt nachvollziehbar.

Der zweite Argumentationsstrang, um Populismus als Pathologie der Demokratie fest zu machen, fußt auf dem Elitendemokratiekonzept der realistischen Schule in der Tradition von Joseph Schumpeter, Gaetano Mosca und Vilfredo Pareto.⁴²³ Wenn davon ausgegangen wird, dass eine gut funktionierende Demokratie eine elitäre sei, und dass sich der Beitrag des Volkes folglich auf die Auswahl seiner Herrscher beschränke, dann bedeutet der populistische Anspruch auf Einbeziehung des Volkes in die konkreten Entscheidungsfindungsprozesse tatsächlich eine störende Abweichung vom so gearteten Modell der Demokratie. Allerdings muss in Frage gestellt werden, ob das Konzept der Elitendemokratie, in dem der Wählerschaft einer Teilelite den Herrschaftsauftrag auf Zeit überträgt, das allein maßgebliche für die heutigen Demokratien darstellt. Schließlich werden Responsivität und Interessenaggregation bzw. -transmission zumindest in der Theorie moderner Demokratien betont.

⁴²² Hierzu Yves Mény und Yves Surel: *The Constitutive Ambiguity of Populism*, in: Dieselben (Hrsg.): *Democracies and the Populist Challenge*, Basingstoke u.a. 2002, S. 1-21, hier S. 3-7.

⁴²³ Joseph Schumpeter: *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, 7. Aufl. Tübingen 1993; Gaetano Mosca: *Die herrschende Klasse: Grundlagen der politischen Wissenschaft*, München 1950, Vilfredo Pareto: *Ausgewählte Schriften*, Frankfurt a. M. 1976.

Fruchtbarer erscheint der dritte Argumentationsstrang, welcher nach Paul Taggart⁴²⁴ Populismus als Pathologie repräsentativer Politik auffasst. Insofern wäre nicht ein grundlegender Widerspruch zwischen Demokratie und Populismus auszumachen, sondern zwischen Populismus und der meistverbreiteten Form der Demokratie. Wenn Populismus die repräsentative Demokratie in Frage stellt, dann könne er vor dem Hintergrund, dass diese gegenwärtig die fast ausschließliche Form der Demokratie darstellt, als utopisch, unrealistisch oder eben pathologisch eingestuft werden.⁴²⁵

„As such, populism cannot be described as anti-democratic per se,“ schließen Yves Mény und Yves Surel.⁴²⁶ Vielmehr lässt er sich als immerwährende Begleiterscheinung der Demokratie begreifen. „Populism [...] accompanies democracy like a shadow,“ heißt es bei Margaret Canovan.⁴²⁷ Dieser Schatten wird in der Lücke zwischen Anspruch der Demokratie als „Volksherrschaft“ und der Realität der Demokratie in ihrer Gestalt als repräsentativem und gewaltenteiligem Verfassungsstaat geworfen. Die Abweichung zwischen demokratischem Ideal und demokratischer Realität wäre somit ein steter Quell für die Befuerung populistischer Impulse.

Die Unzufriedenheit mit der Performanz des politischen Systems lässt sich in eine Reihe von Aspekten gliedern.⁴²⁸ So werden die im System etablierten Parteien angeklagt, unfähig zu sein, Programme aufzustellen, welche den Erwartungen und Wünschen der Bevölkerung entsprächen. Teile der Bevölkerung bzw. Interessen innerhalb der Bevölkerung blieben auf diese Weise unberücksichtigt. Kritik entzündet sich in repräsentativ verfassten Systemen vor allem im Fall von Koalitionsregierungen auch an der Diskrepanz zwischen Wählerauftrag und tatsächlichem *policy output*. Die Unfähigkeit bzw. der Unwille der politischen Elite, tabuisierte Themen auf die Agenda zu setzen und Lösungen zu finden, stellt ebenso einen Stein des Anstoßes dar, wie der (scheinbare) Mangel an institutionellen Instrumenten, um progressive, innovative oder unkonventionelle Ansichten und Ideen in den Politikprozess einzuspeisen. Zudem spielen grundsätzliche Zweifel an der Verteilungsgerechtigkeit innerhalb des Gemeinwesens sowie der Verlust

⁴²⁴ Paul A. Taggart: *Populism*, Buckingham u.a. 2000.

⁴²⁵ Vgl. Mény/Surel 2002, S. 5.

⁴²⁶ Ebd.

⁴²⁷ Margaret Canovan: *Trust the People! Populism and the Two Faces of Democracy*, in: *Political Studies* 47 (1) 1999, S. 2-16, hier S. 16.

⁴²⁸ Zu diesem Absatz vgl. Mény/Surel 2002, S. 14.

von Vertrauen in die herrschende Elite oder die politischen Institutionen eine Rolle für das Aufkommen populistischer Impulse.

Demnach können Manifestationen mit populistischer Färbung als eine Art Weckruf für die Eliten gewertet werden. Der Grad des Erfolges populistischer Parteien und Bewegungen erlaubt Rückschlüsse in Bezug auf den gegenwärtigen Zustand einer repräsentativen Demokratie. Populismus erfüllt somit eine Indikatorfunktion bezüglich des Zustandes eines Gemeinwesens. Erfolge von Populisten können daher auch als Gradmesser für die Zufriedenheit der Wählerschaft mit der Performanz der gegenwärtigen politischen Klasse gewertet werden.

Treffend hat Russell Dalton formuliert „Democracies must adapt to survive.“⁴²⁹ In diesem Sinne kann das starke Aufkeimen von Populismus als eine Art Fieberwarnung verstanden werden, die darauf hinweist, dass mit Problemen nicht zufriedenstellend umgegangen wird bzw., dass das Zusammenspiel zwischen Masse und Elite im Rahmen der gegebenen Verfahrensweisen mangelhaft funktioniert.

⁴²⁹ Russell J. Dalton: *Citizen Politics: Public Opinion and Political Parties in Advanced Industrial Democracies*, Chatham 1996, S. 84f.

5.6 Aussichten: Die Marginalisierungs- und Domestizierungsthese

Beide Fallbeispiele dieser Arbeit haben aufgezeigt, dass der Erfolg der jeweiligen populistischen Bewegungen von vorübergehender Natur war. Auch wenn sich Veränderungen in der Parteienlandschaft und der politischen Kultur der beiden untersuchten Staaten konstatieren lassen, welche nach gegenwärtigem Ermessen mit einiger Wahrscheinlichkeit dauerhaft sein werden, so hat doch der Zuspruch der jeweiligen Träger des populistischen Impulses nach dem Erreichen seines Höhepunktes einen jeweils rapiden Abschwung genommen. Im Falle der Niederlande ist die Parteischöpfung Pim Fortuyns inzwischen aufgelöst. In Österreich hat sich das traditionsreiche Parteivehikel Jörg Haiders nach dessen Loslösung auf deutlich niedrigerem Niveau stabilisiert. Im Falle von Haiders Schöpfung, dem BZÖ, fällt die Einschätzung schwerer. Ob die Nachfolger Haiders an dessen Erfolge dauerhaft anknüpfen können werden, kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt kaum verlässlich prognostiziert werden. Jedenfalls liegt ihr Zuspruch deutlich unter dem Niveau, welches die Populisten unmittelbar vor ihrem Eintritt in die nationale Regierung erreicht hatten.

Personal bedingte Fragilität

Diese Befunde lenken den Blick des Analytikers unmittelbar auf die Schicksale der beiden Protagonisten der jeweiligen Bewegungen. Die Ermordung Fortuyns und der Unfalltod Haiders legen in Anbetracht der ungemein starken Persönlichkeitsbindung populistischer Bewegungen, welche oben bereits ausführlich thematisiert wurde, den Schluss nahe, dass die relative Kurzfristigkeit des Erfolges in den besprochenen Fällen entscheidend abhängig sein könnte vom Ableben der Aushängeschilder. Insofern ließe sich eine erste These anhand der Fallbeispielen formulieren: Die zu Tage getretene Fragilität populistischer Bewegungen läge demnach in ihrer Abhängigkeit von Einzelpersonen begründet.

Zwar kann diese Interpretation auf den ersten Blick überzeugen; sie muss jedoch bei genauerem Hinsehen mit Fragezeichen und Ergänzungen versehen werden. Dass die

LPF in den Tagen nach der Ermordung Pim Fortuyns bis zum Wahlgang in der Wählergunst noch steigen konnte, mag, ebenso wie die Wahlerfolge des BZÖ bei den Landtagswahlen in Kärnten, noch als „Kondulenzreflex“ der Wählerschaft gewertet werden. Doch gerade im österreichischen Fall erscheint die einfache These vom Niedergang in Folge des Ausfalls der Identifikationsfigur nicht zu verfangen. Schließlich erlebte die FPÖ ihre erdrutschartigen Verluste in der Folge des Zerbrechens der ersten schwarz-blauen Regierung zu Lebzeiten Haiders. Zudem ist sowohl in den Niederlanden als auch in Österreich zu beobachten, dass sich Nachfolger mit zwar unterschiedlichem, teils jedoch beachtlichem Erfolg bemühen, die Erfolge der Protagonisten zu wiederholen, indem sie mehr oder weniger deutlich deren Gebaren und Taktiken kopieren.

Es wäre demnach irrig anzunehmen, dass die überbordende Dominanz einzelner Protagonisten in populistischen Bewegungen dazu führte, dass der Ausfall eben dieser Persönlichkeiten automatisch auch das Ende der jeweiligen Bewegungen bedeutete. Denn gerade der Nimbus einer Galionsfigur kann über ihren Tod hinweg als Leuchstern und Quelle der Identifikation dienen, wie zahlreiche Beispiele aus Lateinamerika belegen. Hier fügen sich unter anderem Peronisten oder auch selbsternannte Jünger Simon Bolivars in eine Wählerstimmen versprechende Traditionslinie. Mit dem Heilsbringer stirbt demnach nicht gleichsam die von ihm gestiftete Lehre, wesentliche Ziele und Inhalte können sich allerdings – ebenso wie die Mittel zu ihrer Erlangung – elementar verändern.

Mitunter sind die Führer von Parteien und Bewegungen in der Lage, ihr Charisma auf Verwandte oder Gefolgsleute zu übertragen. Auch hierfür geben die Staaten Lateinamerikas bis heute beredtes Beispiel. Die innerfamiliäre Weitergabe der präsidentiellen Kompetenzen innerhalb des kubanischen Hauses Castro und des argentinischen Hauses Kirchner belegen, dass trotz formaler Regeln persönliche Verbindungen bzw. verwandtschaftliche Beziehungen bei der Neubesetzung von Ämtern nach wie vor von großer Bedeutung sind. Ähnliche, quasi-dynastische Züge lassen sich auch in manchen Parteien Europas feststellen: So wird die Tochter Jean-Marie LePens als seine Nachfolgerin an der Spitze des Front National gehandelt. Die Schwester Jörg Haiders wurde, wie aufgezeigt, zur Parteivorsitzenden der FPÖ berufen. Diese Beispiele belegen, dass – zumindest innerhalb von Parteien – auch in etablierten demokratischen Verfassungsstaaten populistische Dynastien entstehen können.

Ist die Strahlkraft des Protagonisten groß genug und ungetrübt, so kann es seinen Nachfolgern gelingen, sich in diesem Glanz zu präsentieren, um Wahlerfolgsgeschichten fortzuschreiben. Nimbus und Mythos überleben in diesen Fällen die ersten Träger des populistischen Impulses. Sollten sie jedoch verloren gehen oder zerstört werden, so sinkt der Stern ihrer Bewegung. Insofern bleiben die Leitfiguren populistischer Bewegungen zwar unersetzbar, müssen jedoch nicht zwangsläufig lebendig sein, um ihren Erben und Exegeten Erfolge zu bescheren.

Fragile Identität

Also muss es neben der inszenierten Identität von Hauptakteuren und der jeweiligen populistischen Bewegung andere Erklärungen für die Fragilität und Flüchtigkeit des Erfolges geben. Diese sind in der besonderen Aufstellung der besprochenen Bewegungen zu suchen. In beiden Fällen war die elitenskeptische Haltung der populistischen Bewegung ein bedeutendes Moment der Selbstinszenierung. Nicht nur die Protagonisten sondern auch ihre Gefolgsleute positionierten sich als Außenseiter und Erneuerer in einem – so ihre Darstellung – überkommenen System. Die Skepsis gegenüber den etablierten Eliten wurde als establishmentfeindliche Haltung verkauft. Die Populisten traten als Fundamentalopposition auf und versuchten erfolgreich, den Wählern ihr Angebot als quasirevolutionäre Alternative zum missliebigen Status quo anzubieten. Die Polemik gegen das Establishment verfiel in den weiten Kreisen derer, die aus den abnehmenden Parteibindungen herausgelöst im Sammelbecken der Unentschlossenen schwammen. Ebenso konnte der völlig andere Ton im politischen Marktgeschrei diejenigen an die Wahlurnen locken, die sich von der Politik mangels Interesse oder Aussichten auf Gehör abgewandt hatten. Den Populisten gelang es nicht nur, Proteststimmen gegen das System zu sammeln. Vor allem gelang es ihnen, eine neue Identität zu stiften. Das Wir-Gefühl einer stummen Mehrheit, die vom Machtkartell der etablierten Eliten um ihre demokratischen Partizipationsrechte gebracht aus der Bevormundung ausbricht, stellt ein ganz wesentliches Konstrukt erfolgreicher populistischer Bewegungen in demokratischen Verfassungsstaaten dar. Die Nichtverallgemeinerbarkeit von Interessen, das Nichtvorhandensein eines „gesunden Volkswillens“ und die naturgemäßen individuellen Differenzen in der Beurteilung von konkreten politischen Sachentscheidungen sind gewichtige Gründe, dieses Konstrukt als eine Fiktion anzusehen. Doch seine Wirkmächtigkeit entfaltet es dessen ungeachtet.

Erfolgreichen Populisten gelingt es auf dem Weg zum Gipfel ihres Zuspruchs, eine Identität stiftende Wir-hier-unten-gegen-die-da-oben-Dichotomie zu begründen. Ein gemeinsames Feindbild eint die Reihen der Gefolgsleute. Der Kampf gegen die bestehenden Ungerechtigkeiten macht die Vorkämpfer zu stilisierten Idolen der Masse.

Mit der Übernahme von Regierungsverantwortung muss diese Identität stiftende dichotome Konstruktion zwangsläufig zusammen brechen. Das gilt in jedem Fall für den Eintritt in Koalitionsregierungen, wie in den untersuchten Fällen, und mit Einschränkungen auch bei der Übernahme von Alleinregierungen.

Koalitionen wurden in beiden Fällen zwangsläufig mit etablierten Spielern eingegangen. Dass Koalitionen zu Kompromissen zwingen, liegt ebenso auf der Hand, wie die Tatsache, dass die Einstellung von fundamentalkritischem Feuer gegen den Partner eine *conditio sine qua non* für das Eingehen einer Koalition bedeutet. Aber auch potentielle Alleinregierungen von Populisten sehen sich beim Amtsantritt mit Beschränkungen konfrontiert, die eine detailgetreue Umsetzung der eigenen Ankündigungen in aller Regel unmöglich machen. Parlamentarische Oppositionsrechte, Behördenapparate, vorgefundene Rechtsregelungen, institutionelle Zwänge und fest geregelte Abläufe bedeuten Haltekräfte gegen eine vollständige Revolutionierung einer bestehenden Verfassungsstruktur. Allerdings zeigt das Beispiel Deutschlands, dass mit der legalen Machtübernahme einer systemfeindlichen Partei binnen sehr kurzer Zeit auf pseudolegalem Weg diese Beschränkungen umgangen und niedergerissen werden können, um einen totalitären Staat zu implementieren. Nichtsdestotrotz bedeutet auch ein solcher Systemumsturz, welcher das Ende des demokratischen Verfassungsstaates darstellt, einen Wandel der oben beschriebenen populistischen Identität. Sollte das neue Regime seinen populistischen Charakter erhalten wollen, dann würde die resultierende populistische Diktatur nicht länger „Die-da-unten“ gegen ein Machtkartell „oben“ sondern mit höchster Wahrscheinlichkeit gegen innere und äußere Feinde mobilisieren. Im Fall der Nationalsozialisten mussten Juden, Nichtsesshafte und andere Minderheiten als mobilisierende innere Feinde dienen. In Venezuela unter Hugo Chavez, einem modernen Beispiel für eine fast entwickelte populistische Diktatur, werden politische Gegner, im Land befindliche Angehörige von staatsfernen ausländischen Unternehmen sowie Bürgerliche als innere und vor allem die USA als äußerer Feind stilisiert.

In jedem Fall kann eine Aufrechterhaltung der bis zum Wahlerfolg bzw. Regierungseintritt postulierten Frontlinien nicht gelingen. Mit dem Regierungseintritt und der

damit verbundenen Übernahme von Verantwortung drängt sich den erfolgreichen Populisten die Notwendigkeit einer Neuausrichtung auf. Wie aufgezeigt, gilt das sowohl bei Alleinregierungen als auch im Rahmen von Koalitionsregierungen. Dass bei der Erlangung einer absoluten Mehrheit von Populisten dem demokratischen Verfassungsstaat der Untergang droht, wird im Unterkapitel zur Autoritarismusthese deutlich.

Domestizierung durch systemische Integration

Wenn jedoch Populisten in eingehogter Manier Regierungsverantwortung übernehmen, kommt die Domestizierungsthese dieses Unterkapitels zum Tragen. Die Einbindung derer, die mit extremen Positionen auf Stimmenjagd gingen, in Regierungen, welche einen Kurs der Mitte und des Ausgleichs steuern müssen, führte in den Fallbeispielen zu einer deutlichen Veränderung der Außendarstellung sowie der Publikumswahrnehmung. Dort wo nicht länger Maximalforderungen formuliert werden können, sondern Kompromisse vermittelt werden müssen, bleibt kaum Raum für eine Selbststilisierung als Fundamentalerneuerer. Für die Populisten gilt in gesteigertem Maß, was für alle ehemals Oppositionellen eintritt, sobald sie Regierungsverantwortung übernehmen. Nicht grundlos hat sich Jörg Haider bei der Regierungsbildung des Jahres 2000 dagegen verwehrt auf der Regierungsbank Platz zu nehmen. Er zog es vor, aus der Peripherie auf die Politik in Wien zu schießen, anstatt sich selbst mit dem so vehement kritisierten Establishment in ein Boot zu setzen. Allerdings fehlte seiner Kritik an Wien die Authentizität, sobald seine Parteifreunde mit am Steuerrad der Republik saßen. Die oben beschriebene zwangsläufige Abkehr von der Identität einer Fundamentalopposition konnte in den gegebenen Konstellationen in den Niederlanden und Österreich nicht ohne empfindliche Reibungsverluste gelingen. Mit dem Verlust dieser Identität schwand der Zuspruch der Wähler, und die Träger des populistischen Impulses wurden marginalisiert. Zwar können in solchen Fällen andere die Rolle des Außenseiters und Systeminfragestellers übernehmen, doch unterliegen sie bei Eintritt in die Regierungsverantwortung den gleichen Zwängen und Nöten, wie LPF und FPÖ bzw. BZÖ in den Fallbeispielen.

Die Domestizierung und eine damit einhergehende Marginalisierung der populistischen Bewegungen und ihrer Exponenten erscheinen im Zusammenspiel der Systemfaktoren in den Fallbeispielen demokratischer Verfassungsstaaten als ein Automatismus, wel-

cher bei Eintritt in eine Koalitionsregierung greift. Die Ähnlichkeiten in den jeweiligen Systemstrukturen der Fallbeispiele legen die Frage nahe, wie sich populistische Herausforderungen in Mehrheitsdemokratien auswachsen. Das Westminster-Modell der Demokratie, welches in Großbritannien nicht nur seinen Ursprung sondern auch sein prägnantestes Beispiel hat, öffnet mit seiner tendenziell bipolaren Parteiensystemstruktur und dem Winner-takes-all-Prinzip Tür und Tor für eine populistische Totalübernahme. Das Fehlen einer Verfassungsgerichtsbarkeit, die zentralstaatliche Ausprägung und die im Begriff der Parlamentsouveränität falsch ausgedrückte Dominanz dieser Zentralgewalt sind weitere Faktoren für die Annahme, dass ein Sieg einer populistischen Bewegung in diesem Umfeld massive Wirkung zeitigen würde. Allerdings setzt das Mehrheitswahlsystem mit Ein-Personen-Wahlkreisen und ausschließlicher Direktwahl hohe Hürden vor eine solche Übernahme. Der erforderliche Wählerstimmenanteil für die Regierungsübernahme in einer Mehrheitsdemokratie liegt relevant höher als derjenige, welchen LPF und FPÖ erreichten, bevor sie in die Regierungsverantwortung gezogen wurden. Beide blieben Juniorpartner in den jeweiligen Koalitionen, was ihre Einhegung leichter und, wie oben ausgeführt, in gewisser Weise zwangsläufig machte.

Anders verhielte es sich im Falle einer absoluten, parlamentarischen Mehrheit für eine protestpopulistische Partei, welche mit fundamentalem Systemveränderungsanspruch angetreten und als Siegerin aus den Wahlen hervorgegangen wäre. Für diesen Fall ist wiederum keine Unterscheidung zwischen Mehrheits- und Konsensdemokratien erforderlich, da hier wie dort so signifikant hohe Zustimmungswerte erzielt worden sein müssten, dass die Akzeptanz des bestehenden Systems offensichtlich in Frage stünde.

Sofern also ein gewisses – je nach Struktur eines jeweiligen politischen Systems zu bestimmendes – Maß an Zustimmung für die Träger eines populistischen Impulses nicht überschritten wird, wird eine Einhegung im Sinne einer Domestizierung und damit einhergehenden Marginalisierung fast zwangsläufig erfolgen. Von besonderer Bedeutung für diesen Prozess ist neben der Einbindung in Regierungsverantwortung – vorzugsweise als Juniorpartner in Koalitionsregierungen – die Demaskierung fiktiver Konstrukte. Dazu zählen die Entlarvung von Maximalforderungen als nicht realisierbare Utopien und die Entledigung der Exponenten von ihrem Nimbus als Heilsbringer und Propheten des Volkswillens.

Zwar ist diese Demaskierung eine genuine Aufgabe der politischen Gegner von Populisten, doch haben die konkreten Beispiele gezeigt, dass, nicht zuletzt aufgrund der

besonderen Parteistrukturen und die Ausrichtung auf mit besonderen Persönlichkeitsmerkmalen ausgestattete Führer, diese Funktion auch von den Populisten selbst wahrgenommen wird. Die Selbstentlarvung und die Verstrickung in Widersprüche gehören ebenso zum Repertoire der Populisten wie narzisstische und autodestruktive Züge in den Persönlichkeiten, die den jeweiligen Bewegungen voran stehen.

Verlust von Alleinstellungsmerkmalen

Ein dritter Aspekt der Marginalisierungsthese bezieht sich auf die weiter oben diskutierte Agenda-Setting-Funktion populistischer Bewegungen und ist von der Frage der Regierungsbeteiligung und Übernahme von Verantwortung gänzlich unabhängig. Wie beide Fallbeispiele zeigen, lag der Erfolg der Populisten zu einem Gutteil darin begründet, dass sie sich als Störer des Burgfriedens profilieren konnten, indem sie Wahlkämpfe mit Themen betrieben, die von den etablierten Spielern mit einem Tabu belegt worden waren. Die Nichtbefassung mit den Problemen, welche aus der vordergründigen Toleranz und faktischen Entstehung von Parallelkulturen entstanden, war unter den politischen Eliten der Niederlande eine Art Dogma, dessen Infragestellung den Außenseitern enormen Zulauf bescherte. Durch den Erfolg der LPF angetrieben, begannen sich fast alle etablierten Parteien mit dem Thema auseinanderzusetzen und bezogen Stellung. An dieser Stelle soll nicht, wie oben, auf die Gefahren und Notwendigkeiten einer Tabuaufgabe eingegangen werden. Im Rahmen der Marginalisierungsthese ist vielmehr von Bedeutung, dass durch die allgemeine Befassung mit einem vormals absichtlich oder unabsichtlich vernachlässigten Thema, der Provokateur sein Alleinstellungsmerkmal einbüßt. So erging es Populisten von alters her. Schon die *People's Party* des amerikanischen Südens und Westens sah sich mit der Tatsache konfrontiert, dass ihre Konkurrenten die genuinen Forderungen der Bewegung der „kleinen Leute“ in ihre Programme aufnahmen. Diese Entwicklung kann als Erfolg in der Sache gewertet werden, bedeutet für die Populisten damals wie heute jedoch eine Abnahme der eigenen Attraktivität durch den Wegfall der Exklusivität des eigenen politischen Angebots.

In der Regel verfügen etablierte Parteien über ausreichend personelle Kapazitäten um dem Wähler bei der Besetzung eines Themas Kompetenz zu signalisieren. Somit treten den Emporkömmlingen in Sachfragen und Diskussionen beschlagene Kontrahenten

gegenüber, um die Wählergunst in das Lager der etablierten Parteien zurück zu lenken. Sobald also ein Thema der Fundamentalopposition Hofffähigkeit erlangt, setzt ein Mechanismus zur Relativierung und Umverteilung des Wählerzuspruchs ein, der in aller Regel zu einer Abnahme der Umfragewerte populistischer Bewegungen führt.

Die Komponenten der Marginalisierungsthese lassen sich wie folgt zusammenfassen: Der Verlust des Alleinvertretungsanspruches, der Identitätsverlust bzw. -wandel in der Regierungsverantwortung und die starke Abhängigkeit von Individuen stellen zwangsläufige bzw. immanente Faktoren für den Rückgang des Wählerzuspruchs populistischer Bewegungen in demokratischen Verfassungsstaaten dar, sofern es den Institutionen gelingt, dem auf Systemveränderung ausgerichteten Ansturm der Populisten stand zu halten. Die Domestizierung erfolgt im Rahmen der Einbindung der Fundamentalopposition in verfassungsgemäße Strukturen und zeitigt einen Verlust der genuinen Identität der Träger des populistischen Impulses.

5.7 Begegnungsstrategie Bildung

Die Stabilitätsbedingung des demokratischen Verfassungsstaates ist, dass er eine genügend breite Schicht von Bürgern hat, die in diesem Sinne nicht Bourgeois, sondern Citoyens sind. Hat er sie nicht, so geht er unter, wie die Weimarer Republik.

*Martin Kriele*⁴³⁰

Eine der Besonderheiten des demokratischen Verfassungsstaates liegt darin, dass er abhängig ist von Voraussetzungen, die er selbst nicht oder nur schwer schaffen kann. Wie an verschiedenen Stellen dieses Kapitels bereits erwähnt wurde, sind die Instrumente zur Stabilisierung der eigenen Ordnung im demokratischen Verfassungsstaat deutlich eingeschränkt, vergleicht man sie mit denjenigen, welche in autoritären oder totalitären Regimes zum Einsatz gelangen. Hinzu tritt die Tatsache, dass keine Herrschaftsform so hohe Anforderungen an die Regierten stellt, wie das die Demokratie tut. Der demokratische Verfassungsstaat wiederum stellt aufgrund der Komplexität seines institutionellen Gefüges den Bürger vor vergleichsweise höchste kognitive Herausforderungen.

*The democratic project is to bring the mass of the people into politics; but making this possible requires institutional arrangements that are too complex for most people to grasp in imagination.*⁴³¹

Margaret Canovan fasst die Crux der Demokratie treffend zusammen. Sie fährt fort:

*Looking at the system from the grassroots, we see no evidence that we as individual members of the population are exercising power; neither can we see a collective people doing so on our behalf.*⁴³²

⁴³⁰ Martin Kriele: *Einführung in die Staatslehre*, Opladen 1981, S.34.

⁴³¹ Margaret Canovan: *Populism for political theorists?* In: *Journal of Political Ideologies*, Vol. 9, No. 3/2004, S. 241-252, hier: S. 245.

⁴³² Ebd.

Also generiere die „demokratische Ideologie“ mit ihrem Bezug auf das souveräne Volk Erwartungen, welche zwangsläufig enttäuscht werden müssten. Populisten könnten an dieser Stelle einwerfen, die Herrschaft sei dem Volk gestohlen worden.⁴³³

Die Demokratie birgt demnach – ganz besonders in ihrer Gestalt als demokratischer Verfassungsstaat – ein nicht zu vernachlässigendes Risiko, dass die in ihr organisierten Teile eines Gemeinwesens den Sinn und die Richtigkeit staatstragender Arrangements nicht (mehr) erkennen bzw. anerkennen. Gerade diese Einsichten sind jedoch für die Demokratie – anders als für autoritäre oder totalitäre Regimes – konstitutiv, fußt sie doch auf dem Konzept einer Gemeinschaft mündiger Bürger und nicht willensloser Untertanen.

Politische Bildung zwischen Indoktrination und Förderung der Mündigkeit

Somit kommt in der Demokratie im Allgemeinen und im demokratischen Verfassungsstaat im Besonderen gewissen Schlüsselkompetenzen der Bürger eine herausragende Bedeutung zu. Mit diesen Schlüsselkompetenzen befasst sich die politische Bildung. Das „Demokratielernen“⁴³⁴ stellt im demokratischen Verfassungsstaat die vorrangige Aufgabe der politischen Bildung dar. Im Bestreben nach Sicherung seines Selbsterhaltes muss der demokratische Verfassungsstaat die Entwicklung der politischen Kompetenz seiner Bürger fördern. Andererseits verbietet seine freiheitliche Grundanlage jegliche Form der Indoktrination.

In dieser Dilemmasituation gilt es, stets auf einer Gratwanderung die Formen, Inhalte und Zielausrichtungen politischer Bildung auszutarieren. So stand beispielsweise in der Folge der totalitären Erfahrungen des Dritten Reiches in der Gründungs- und Frühphase der Bundesrepublik Deutschland in Gestalt der *reeducation* die aktiv auf das Verhalten und die Einstellungen Bevölkerung zielende Erziehung im Vordergrund. Diese Form der Erziehung ist zu unterscheiden von einer Bildung im engeren Sinn, welche weniger die Funktionstüchtigkeit als die Mündigkeit des Individuums fokussiert. Im weiteren Verlauf der Ausformung der politischen Kultur der Bundesrepublik

⁴³³ Vgl. Ebd.

⁴³⁴ Gotthard Breit u. Siegfried Schiele (Hrsg.): *Demokratielernen als Aufgabe der politischen Bildung*, Schwalbach/Ts. 2002.

zeigte sich, dass die politische Bildung zunehmend instrumentalisiert wurde, um in den Lagerkämpfen zwischen „rechts“ und „links“ bzw. „konservativ“ und „progressiv“ Gefolgsmannschaften bei den heranwachsenden Staatsbürgern zu generieren. Diesem als schädlich erkannten Missbrauch der politischen Bildung versuchte man in den 1970er Jahren Einhalt zu gebieten. Die notwendige Selbstbeschränkung der Mittler politischer Bildung fand ihren Niederschlag schließlich im Beutelsbacher Konsens.⁴³⁵ Auf einer Tagung der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg wurden 1976 Minimalbedingungen für die politische Bildung festgelegt. In der bis heute maßgeblichen Vereinbarung anerkannten die Beteiligten neben dem Indoktrinationsverbot auch das Gebot der Kontroversität, welches einseitigen Darstellungen von in Wissenschaft und Politik kontrovers diskutierten Sachverhalten entgegensteht. Zudem müsse der Rezipient politischer Bildung,⁴³⁶ so die dritte Forderung des Papiers, in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und seine eigene Interessenlage selbstständig zu analysieren. Die Absage an illegitime Einflussnahmen und die Beschränkung auf die Vermittlung von kognitiven, prozeduralen und habituelle Kompetenzen stellt für die Bundesrepublik Deutschland bis dato die letzte und damit aktuelle Positionierung der politischen Bildung dar.

Anhand der beschriebenen Entwicklungen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist klar geworden, dass neben den im Beutelsbacher Konsens fixierten Ansprüchen an die politische Bildung unterschiedliche Auffassungen über ihre Funktionen und Ziele existieren. Zur besseren Differenzierung erscheint es angebracht, den sehr allgemeinen Begriff aufzuschlüsseln. In der Folge soll zwischen politischer Sozialisation, staatsbürgerlicher Erziehung, politischer Bildung im engeren Sinn und Sozialerziehung unterschieden werden.⁴³⁷

Im Rahmen der politischen Sozialisation wird das Individuum teils intendiert, im Rahmen von gezielter politischer Bildung und Erziehung, und teils nicht intendiert, durch nicht zielgerichtete Beeinflussung in Familie, Nachbarschaft, Peers, Medien und Insti-

⁴³⁵ Zum Beutelsbacher Konsens u.a.: Armin Scherb: *Der Beutelsbacher Konsens*, in: Volker Lange u. Volker Reinhardt, (Hrsg.): *Basiswissen Politische Bildung*, Bd. 2: *Strategien der Politischen Bildung*, Hohengehren 2007, S. 31-38.

⁴³⁶ Der Beutelsbacher Konsens spricht vom „Schüler“, da sich die Debatte der 1970er Jahre vor allem auf den schulischen Unterricht bezog. Doch die Maßgaben für die politische Bildung lassen sich auf außerschulische Kontexte politischer Bildung übertragen.

⁴³⁷ Die Begrifflichkeiten und ihre nachfolgende Erläuterung folgen Joachim Detjen: *Politische Bildung*, München 2007, S. 3-11.

tutionen, „in das politische Selbstverständnis einer Gesellschaft eingeführt.“⁴³⁸ Insofern bezeichnet der Begriff sehr allgemein einen Prozess der Eingliederung und Gewöhnung von Individuen in bzw. an ihre politische Lebensumwelt.

In besonderem Maße auf die Eingliederung eines Individuums zielt die staatsbürgerliche Erziehung ab. Sie hat vor allem den Erhalt und die Sicherung der bestehenden Ordnung im Sinn und kann bereits in den absolutistischen Fürstenstaaten des 17. Jahrhunderts konstatiert werden.⁴³⁹ Der Einzelne soll „Staatstauglichkeit“ erlangen und im Sinn der hergebrachten Ordnung funktionieren. Dass diese Art politischer Bildung in der Form von Erziehung in ihrem Gehalt unbestimmt ist, liegt auf der Hand. Staatsbürgerliche Erziehung kann im totalitären Regime ebenso stattfinden wie auch in demokratischen Verfassungsstaaten.

Anders verhält es sich mit der politischen Bildung im engeren Sinn. Sie hat den mündigen Bürger zum Ziel. Dabei setzt sie auf die Vervollkommnung der Anlagen des Individuums im Kontext seiner Anteilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten des Gemeinwesens unter Rückgriff auf autonome moralische Urteile. Der Mensch innerhalb eines weitgehend autonomen Prozesses der Selbstentfaltung steht im Mittelpunkt dieser humanistischen Auffassung des Bildungsbegriffes.

Grundlagen für die Fruchtbarkeit von Erziehungs- und Bildungsbestrebungen im oben beschriebenen Sinn liefert die Sozialerziehung. Sie fasst die zielgerichteten Bemühungen zur Schaffung von Voraussetzungen für das friedliche und konstruktive Zusammenleben in einer Gemeinschaft zusammen. Zu den erwünschten Grundeinstellungen bzw. Basiskompetenzen zählen Empathievermögen, Kooperationsbereitschaft, Loyalität, Solidarität und Toleranz.⁴⁴⁰ Verschiebt sich der Schwerpunkt von der Aktivität einer mit Erziehung beauftragten Person auf die sozialen Interaktionen und selbstständigen Lernprozesse der Rezipienten kann anstelle von Sozialerziehung der Begriff des sozialen Lernens verwendet werden.

Es lassen sich fünf Funktionen politischer Bildung und Erziehung unterscheiden, deren Interpretation und Gewichtung sich je nach der Qualität des herrschenden Regimes richten.

⁴³⁸ Ebd., S. 3.

⁴³⁹ Vgl. ebd., S. 4.

⁴⁴⁰ Vgl. ebd..

Elementar ist die Stabilisierung der gegebenen Herrschaftsordnung. Zentraler Aspekt für die Stabilisierung jeder gegebenen Ordnung ist die Legitimation der Herrschaft. Sie wird naturgemäß in autokratischen Regimes anders vermittelt als in Demokratien.

Politische Bildung hat zudem die Aufgabe die geistigen Grundlagen des Gemeinwesens zu verankern. Dies kann von der Oktroyierung totalitärer Ideologien über die Verbreitung nationaler oder patriotischer Ideen bis hin zur Vermittlung von freiheitlich-pluralistischen Weltanschauungen reichen.

Die Kenntnis und Annahme der geistigen Grundlagen sowie die Akzeptanz der Legitimität der Herrschaftsordnung bilden die Grundlagen für die Qualifizierung zu funktionierenden Mitgliedern des Gemeinwesens. Die Art des angestrebten „Funktionierens“ hängt wiederum ab von der Qualität des jeweiligen Regimes. Konforme Untertanen stehen am einen Ende der Skala; politisch kompetente und mündige Bürger am anderen.

Die Förderung der Mündigkeit des Bürgers stellt die vierte und lediglich in freiheitlichen Regimes angestrebte Funktion politischer Bildung dar. Gelegentlich kann das Ziel der Mündigkeit mit dem Ziel der Funktionstüchtigkeit konfliktieren, sofern sich die Mündigkeit in nichtkonformen oder illegalen Beteiligungsformen niederschlägt.

Eine fünfte Funktion politischer Bildung besteht in ihrem Einsatz zur Besserung gesellschaftlich-politischer Zustände. In missionarischer Form kann sie eingesetzt werden, um empfundene Missstände zu beseitigen. Dies war im Fall der *reeducation* in der Frühphase der Bundesrepublik ebenso der Fall wie bei dem Versuch, zunehmender Ausländerfeindlichkeit in den 1990er Jahren durch politische Bildungsbemühungen zu begegnen.

Demokratiekompetenz

Im Rahmen der Einleitung zu diesem Unterkapitel ist deutlich geworden, dass der demokratische Verfassungsstaat die höchsten Anforderungen an die in ihm organisierten Menschen stellt. Zusammenfassend lässt sich das Paket der vom mündigen Bürger geforderten Fähigkeiten als Demokratiekompetenz bezeichnen. Diesem Schlüsselbegriff der politischen Bildung im demokratischen Verfassungsstaat haben Politikwissen-

schaftler aber auch Pädagogen eine Reihe von Publikationen gewidmet.⁴⁴¹ Anlass für akademische Diskussionen stellten hierbei die unterschiedlichen Auffassungen von Autoren zur notwendigen Gewichtung einzelner Aspekte der politischen Bildung dar.

Die Demokratiepädagogik erziehungswissenschaftlicher Provenienz betont vor allem die Bedeutung sozio-moralischer und bürgerschaftlicher Einstellungen sowie die Aneignung von Handlungskompetenzen, während das kognitive Lernen wenn überhaupt dann in handlungsorientierter Form projektbezogen stattfinden soll. Die Gegenposition in der politischen Bildung steht auf dem Standpunkt, dass fundiertes Wissen, vermittelt in kognitiv anspruchsvollem Unterricht, eine nicht zu ersetzende Basis für gelingende Partizipation mittels Einsatzes von prozeduralen und habituellen Kompetenzen darstellt. Diese beiden divergierenden Auffassungen nähern sich dem gemeinsamen Ziel eines demokratiekompetenten Bürgers also von gewissermaßen gegensätzlichen Richtungen. Die eine Seite kombiniert eine soziale und emotionale Bindung an die Werte und Komponenten des bestehenden Systems mit dem Anspruch der Partizipation im Sinne einer handelnden Einmischung in die öffentlichen Angelegenheiten. Die andere Seite stellt das Wissen um die Grundlagen und Funktionsweisen des Systems in den Vordergrund und erwartet aufgrund dieser Einsichten eine Identifikation mit der freiheitlichen Ordnung und eine adäquate Nutzung der eigenen Handlungsoptionen.

Bürgerbilder

Unter Rückgriff auf Ergebnisse der empirischen Sozialforschung hat die politische Bildung unter dem Aspekt des politischen Engagements im Rahmen der Demokratiekompetenz vier Persönlichkeitstypen entwickelt.⁴⁴² Diese lassen sich in einer aufsteigenden Rangfolge nach dem Grad ihrer Kompetenzausprägung gliedern.⁴⁴³

⁴⁴¹ Bspw. Gerhard Himmelmann und Dirk Lange (Hrsg.): *Demokratiekompetenz, Beiträge aus Politikwissenschaft, Pädagogik und politischer Bildung*, Wiesbaden 2005; Joachim Detjen: *Der demokratiekompetente Bürger – Politikwissenschaftliche Anmerkungen zu einer normativen Leitvorstellung Politischer Bildung*, Wolnzach 1999.

⁴⁴² Siegfried Schiele: *Handlungsorientierung: Liebblick oder Nebelschleier?* In: Gotthard Breit u. Siegfried Schiele (Hrsg.): *Handlungsorientierung im Politikunterricht*, Schwalbach/Ts. 1998, S. 1-12.

⁴⁴³ Zur Diskussion der Bürgerbilder siehe u. a. Gerhard Himmelmann: *Das Modell des Bürgers*, in: Ders.: *Demokratie Lernen als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform*, Schwalbach/Ts. 2001, S. 18-21.

Als Desinteressierte lässt sich die Gruppe der Privatiere umreißen, welche das Recht auf Nichtbefassung mit den öffentlichen Angelegenheiten des Gemeinwesens in Anspruch nehmen.

Die reflektierten Zuschauer stellen das Private zwar deutlich über die Einmischung in die Politik, nehmen aber doch zumindest Kenntnis von den politischen Prozessen und beteiligen sich regelmäßig an Wahlen und Abstimmungen.

Der interventionsfähige Bürger ist zwar nicht dauerhaft in der Politik engagiert, sieht sich aber sowohl in der Lage als auch bereit, situationsbedingt aktiv in das politische Geschehen einzugreifen.

Der Aktivbürger bildet die zahlenmäßig kleine Spitze dieser Ordnung. Er räumt dem Politischen einen ausnehmend hohen Stellenwert ein. Er engagiert sich aktiv in Parteien, Interessenverbänden und anderen Vereinigungen, um dauerhaft an der Ausgestaltung des Gemeinwesens teilzuhaben.

Für die politische Bildung in freiheitlichen Demokratien stellen der Aktivbürger das Maximal-, der interventionsfähige Bürger das Normal- und der reflektierte Zuschauer das Minimalziel dar. Ihr Anliegen muss es sein, die Zahl der Desinteressierten zu verringern bzw. so klein wie möglich zu halten. Während Aktivbürger sich selbst Wissen und Kompetenzen aneignen und dabei selbstständig die Angebote politischer Bildung annehmen und konstruktiv nutzen, bleibt der Umgang mit Desinteressierten eine stete Herausforderung.⁴⁴⁴ Für das Funktionieren einer Ordnung, die auf der Mitwirkung der in ihr Organisierten basiert, ist es unabdingbar, dass eine möglichst große Zahl über die Bereitschaft und Kompetenz zum politischen Urteil verfügt.

Populismus und politische Bildung

Vor dem Hintergrund der oben in aller gebotenen Kürze umrissenen Konzepte können die Beziehungen zwischen politischer Bildung und Populismus erläutert werden.

Der emanzipatorische Impetus populistischer Impulse kann durchaus in einem fruchtbaren Verhältnis zu den Aufgaben und Zielen politischer Bildung stehen. Wie im Rahmen der Remobilisierungsthese erörtert wurde, ist das Auftreten von Populismus

⁴⁴⁴ Vgl. Detjen 1999, S. 28.

durchaus geeignet, die Partizipationsbereitschaft von Bevölkerungsgruppen zu erhöhen. In diesem Sinne können Desinteressierte zur Reflektion, Teilnahme oder Aktivität animiert werden. Ebenfalls können reflektierte Zuschauer bzw. interventionsfähige Bürger in der Stufenfolge der Bürgerbilder in Richtung des Aktivbürgers aufsteigen.

Entscheidend aus Sicht der Befürworter des demokratischen Verfassungsstaates ist jedoch die Qualität der bürgerlichen Aktivität. Diese wiederum hängt neben habituellen und prozeduralen Kompetenzen entscheidend ab von der politischen Urteilsfähigkeit des Individuums. Da den Auftritten populistischer Bewegungen in der Regel basisdemokratisch anmutende Komponenten innewohnen, konfliktieren sie kaum mit den erstgenannten Kompetenzbereichen. Schließlich deckt sich die postulierte Rückbindung politischer Entscheidungen an den „eigentlichen Souverän“ mit dem Anspruch auf Mitbestimmung und Mitentscheidung demokratisch gesinnter Bürger. Von elementarer Bedeutung in der Beurteilung von Ansprüchen und Konzepten populistischer Provenienz ist daher das Wissen um das institutionelle Gefüge und die rechtliche Ordnung des Gemeinwesens – mithin die kognitive Kompetenz.

Zwar macht Wissen alleine noch nicht den Demokraten aus, aber ohne hinreichendes Wissen bleiben die prozedurale und die habituelle Kompetenz gewissermaßen blind und sind vor Fehlleitungen nicht geschützt.⁴⁴⁵

So formuliert Joachim Detjen seine Auffassung „von der Notwendigkeit kognitiver Anstrengungen beim Demokratielernen“⁴⁴⁶ und unterstreicht auf diese Weise die Unabdingbarkeit von Denkleistungen und konkreten Wissensbeständen für die Fällung politischer Urteile im Allgemeinen. Dies lässt sich ohne jede Anpassung oder Einschränkung auf die Beurteilung populistischer Impulse übertragen. Nur die Kenntnis vom komplexen System rechtsstaatlicher Demokratie und der Kompetenzzuteilung im gewaltenteiligen Staat hilft bei der Unterscheidung zwischen legitimen und illegitimen Ansprüchen der Spieler auf der politischen Bühne.

Die Gefahr, dass arglose Bürger Populisten „auf den Leim gehen“, verringert sich mit dem Grad der politischen Urteilsfähigkeit derselben. Kann also die politische Bildung ihre Zielsetzungen in Bezug auf das Interesse und die Interventionsfähigkeit der Bür-

⁴⁴⁵ Joachim Detjen: *Von der Notwendigkeit kognitiver Anstrengungen beim Demokratielernen*, in: Himmelmann/Lange 2005, S. 286-298, hier: S. 286.

⁴⁴⁶ Ebd.

ger verwirklichen und deren politische Urteilskompetenz auf ein hohes Niveau heben, so hilft sie ihren Rezipienten bei der Abwehr von aus verfassungsstaatlicher Perspektive destruktiven Angriffen. Allerdings stößt die politische Bildung an Grenzen, die ihr einerseits die Freiwilligkeit und andererseits die Freiheit setzen. So unterliegt die überwiegende Mehrheit der außerschulischen politischen Bildungsmaßnahmen dem Prinzip der freiwilligen Teilnahme. Ausnahmen bilden u. a. die Unterweisungen von Bundeswehrangehörigen, beispielsweise im Rahmen der Offiziersausbildung, und anderen im Staatsdienst befindlichen Personen. Da politische Bildung im außerschulischen Bereich zu einem Großteil von Tendenzbetrieben wie politischen Stiftungen, Gewerkschaften, etc. angeboten wird, kann eine weltanschauliche Neutralität nicht immer gewährleistet bleiben. Problematisch für den demokratischen Verfassungsstaat erweist sich dieser Umstand, wenn Anbieter bzw. Unterrichtende sich nicht auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bewegen. Auch extremistisch gesinnte Anbieter und Nachfrager können unter dem Label politischer Bildung in Austausch treten. In der Frage nach dem richtigen Umgang mit solchen Fällen kollidieren das Toleranzgebot einer freiheitlichen Wertordnung und der legitime Selbsterhaltungs- bzw. Selbstverteidigungsanspruch des demokratischen Verfassungsstaates.⁴⁴⁷

Den Befürwortern des demokratischen Verfassungsstaates bleibt die begründete Hoffnung, dass in der Folge einer fundierten, weltanschaulich neutralen, Indoktrination vermeidenden politischen Bildung die überwiegende Mehrheit der Rezipienten zu Wertordnungen und Einstellungen gelangt, welche die Vorzüge eines freiheitlich-demokratischen politischen Systems anerkennt und eine solche Ordnung allen autoritären bzw. totalitären Alternativen vorzieht.

In den beiden in dieser Arbeit untersuchten Fallbeispielen haben die Bürger die populistischen Parteien nicht mit solchen Stimmenanteilen versehen, welche diese in eine Regierungsführerschaft oder gar Alleinregierung gehievt hätten. Zudem haben die Aktivbürger in den Spitzenämtern der etablierten Parteien es verstanden, die Populisten in das System einzubinden und sie damit in dessen Regelwerk zu fügen. Grundlegende Prinzipien wie die Einhaltung der Rechtswege, die Gewaltenteilung und der Minderheitenschutz wurden dabei eingehalten, und die Verfassungsstaatlichkeit blieb zu jedem

⁴⁴⁷ In der Bundesrepublik Deutschland tritt dieser Konflikt deutlich zu Tage bei der aus öffentlichen Mitteln finanzierten politischen Bildung durch parteinahe Stiftungen. Auch extremistische Parteien bzw. deren Stiftungen können – sofern die Parteien Parlamentssitze erringen – Anspruch auf öffentliche Gelder erlangen.

Zeitpunkt erhalten. Dass dem so war, ist nicht zuletzt der Kenntnis, Akzeptanz und Identifikation eines Gutteils der Bevölkerung und der überwiegenden Mehrheit der politischen Elite des betreffenden Landes von bzw. mit diesen Prinzipien zu verdanken. Die Verankerung der Grundwerte und Strukturen sowie der Legitimität der herrschenden Ordnung sind sowohl das Ergebnis als auch die Aufgabe politischer Bildung. Demokratie braucht politische Bildung⁴⁴⁸ – nicht zuletzt, um populistische Impulse beurteilen, einordnen und gegebenenfalls abfedern zu können.

⁴⁴⁸ Vgl. den gleichnamigen Titel von Gotthard Breit u. Siegfried Schiele (Hrsg.): *Demokratie braucht politische Bildung*, Schwalbach/Ts. 2004.

6. Resumé

Guter und schlechter Populismus?

In Anbetracht der verschiedenen Spielarten des Populismus erscheint es auf den ersten blick verlockend, eine Unterscheidung vorzunehmen, die gefährliche bzw. gefährdende Formen des Phänomens von solchen scheidet, die zu einem „Mehr an Demokratie“ oder einer „besseren Rückbindung der Politik an das Volk“ führen.

Tatsächlich ist es – wie bereits angedeutet – kaum so einfach, die populistische Demokratie mit ihrem partizipatorisch geprägten Charakter der Seite der „Guten“ zuzuschlagen oder andererseits den populistisch agierenden Demagogen als Vorboten einer populistischen Diktatur mit dem Stempel des „Bösen“ zu versehen. Die Fruchtlosigkeit eines solchen Versuches der Etikettierung wird sofort deutlich, wenn man sich die Grenzen menschlicher Erkenntnismöglichkeiten ins Gedächtnis ruft. Schließlich kann niemand hinter die Stirn seines Gegenübers schauen; weswegen es unmöglich bleibt, festzustellen, ob dieses Gegenüber an der Spitze einer Bewegung danach strebt, die Gesellschaft eines Gemeinwesens langfristig politisch zu emanzipieren und im Sinne der basisdemokratischen Ideale zu bürgerschaftlichem Engagement zu bewegen. Genauso wenig sind wir in der Lage, zu erkennen, ob das selbe Gegenüber die Instrumente der Volksgesetzgebung, Volksbefragung, Volksinitiative und des Bürgerbegehrens lediglich als Vehikel einzusetzen trachtet, welche es an die Spitze eines – nach unseren heutigen Maßstäben – pseudodemokratischen weil quasidiktatorischen Regimes befördern sollen. Insofern ist es bei der Betrachtung von aufkeimenden populistischen Impulsen oder Bewegungen nur sehr begrenzt möglich, deren tatsächliche Absichten in Bezug auf die zukünftige Gestaltung des politischen Prozesses zu erkennen.

Mitunter völlig divergierend von den ursprünglichen – tatsächlichen wie lediglich vorgeschobenen – Absichten einer populistischen Bewegung sind die realen Ergebnisse ihrer Betätigung. Unterstellen wir den Anführern beider in dieser Arbeit untersuchten populistischen Phänomene die Absicht, sich durch ihre Anti-Establishment-Polemik lediglich selbst zur neuen politischen Elite zu formen. Unterstellen wir weiterhin, dass die in den Wahlkämpfen prominent gewordenen Themen und Positionen lediglich aus der „Schau auf das Maul des Volkes“ und nicht aus eigenen Überzeugungen gewonnen

wurden. Und unterstellen wir darüber hinaus, dass der Ruf nach mehr Beteiligung der Bürger lediglich ein Instrument darstellte, um sich die Stimmen der Wähler zu sichern, während man insgeheim hoffte, dass diese Wähler nach der Stimmabgabe wieder in bequemer Apathie versinken würden. Entsprechen diese Unterstellungen den Tatsachen, so läge nahe, einen „bösen Populismus“ zu konstatieren. Betrachtet man jedoch die realen Ergebnisse, so ist festzustellen, dass einerseits keines der unterstellten Ziele verwirklicht wurde, andererseits sich jedoch durchaus auch positiv interpretierbare Veränderungen in den betroffenen Staaten vollzogen haben. So scheint die niederländische Bevölkerung nach dem Intermezzo LPF heute politisch interessierter und aktiver zu sein. Die etablierten Parteien in Österreich und den Niederlanden haben sich im Zuge ihrer Akzeptanzkrisen mit den eigenen Positionen auseinandersetzen müssen und zum Teil weit reichende personelle und programmatische Konsequenzen gezogen. Der Konkurrenzkampf in beiden Parteiendemokratien scheint belebt. Dass die Erfolge von FPÖ und LPF selbstverständlich auch bedenkliche Folgen zeitigten, fällt in diesem Zusammenhang nicht so sehr ins Gewicht, da lediglich aufgezeigt werden sollte, dass augenscheinlich „böser“ Populismus durchaus auch positive Folgen zeitigen kann.

Unter umgekehrten Vorzeichen gilt dieser Befund auch für den vermeintlich „guten“ Populismus einer *Grass-Roots-Democracy*-Bewegung. Zwar dürften in den komplexen arbeitsteiligen Gemeinwesen unserer Zeit die Chancen zur Verwirklichung einer idealen Demokratie in Rousseaus Sinn unter Verwirklichung des Prinzips der materiellen Identität von Regierenden und Regierten eher weiter sinken als steigen. Doch in den vergangenen Jahren sind immer wieder starke Basis-Bewegungen entstanden, denen es durch massiven Druck auf den Straßen und Aufsehen erregende Aktionen gelang, ihre Interessen zumindest auf der politischen Tagesordnung unterzubringen. Nehmen wir an, diesen in der Regel spontan zusammentretenden Massen mit loser Organisationsform würde insofern eine Verbesserung der Chancen auf Durchsetzung ihrer Interessen gegeben, als dass flächendeckend die Möglichkeit einer Volksgesetzgebung in die jeweiligen staatlichen Verfassungsdokumente aufgenommen würde. Dies bedeutete einerseits einen Schritt auf dem Weg zum oben erwähnten Ideal einer identitären Demokratie. Andererseits könnte daraus ein Konflikt zwischen zwei miteinander konkurrierenden Legislativen entstehen. Zwar zeigt das Beispiel der Schweiz, dass verfassungsstaatliche Prinzipien wahrende Arrangements möglich sind; aber das mögliche Insistieren auf einem nicht eingehegten Souveränitätsanspruch des Volkes bedeutete die Infragestellung des politischen Systems eines repräsentativen, demokratischen Ver-

fassungsstaats. Zudem könnte die Dominanz einer Volksgesetzgebung ohne beschränkende Instrumente auch enormen Druck auf die zentrale rechtsstaatliche Errungenschaft des Minderheitenschutzes ausüben. Diese potentiellen Szenarien unterstreichen, dass vermeintlich „guter“ Populismus prinzipiell auch sehr „böse“ Effekte zeitigen kann.

Es ist also festzuhalten, dass eine eindeutige Etikettierung von „gutem“ oder „bösem“ Populismus wenn überhaupt, dann nur mit Einschränkungen bzw. zusätzlichen Erklärungen zum Verständnis der Etiketten bzw. zur Gewichtung von Motiven möglich sein kann.

Systemkonformer und fundamentaloppositioneller Populismus

Deutlich zielführender erscheint daher eine andere Unterteilung der Populisten nach ihrem Verhältnis zum Objekt dieser Untersuchung zu sein. Aus der Perspektive des demokratischen Verfassungsstaates lassen sich systemkonforme von fundamentaloppositionellen Populisten unterscheiden.

Fundamentaloppositionell wäre ein Populismus zu nennen, der die bestehende Ordnung grundsätzlich in Frage stellt und angreift. Sieht die programmatische Ausrichtung einer populistischen Bewegung beispielsweise eine Aufhebung der Gewaltenteilung oder die Abschaffung elementarer Grund- oder Menschenrechte vor, so steht sie nicht länger auf dem Boden des demokratischen Verfassungsstaates. Angriffe auf die institutionelle Ordnung können aber auch aus den Reihen von etablierten Parteien kommen. Wenn beispielsweise Politiker Volksabstimmungen anmahnen, wo diese im Kompetenzgefüge des Verfassungsstaates nicht vorgesehen sind, so begeben sie sich zumindest in eine Grauzone. Zwar können Ansprüche auf eine legale und legitime Reform der Kompetenzzuordnung im demokratischen Verfassungsstaat erhoben werden. Doch sind solche Veränderungen unter Wahrung der Verfassungsmäßigkeit über institutionell vorgeschriebene Wege herbeizuführen. Mitunter „vergessen“ das auch erfahrene Politiker aus etablierten Parteikreisen.

Der systemkonforme Populismus hingegen stellt nicht nur eine unvermeidliche Begleiterscheinung des demokratischen Kampfes um Gefolgschaft dar, sondern erfährt gegenwärtig sogar eine gewisse Aufwertung, indem sich auch Politiker aus etablierten

Volksparteien das Etikett eines Populisten anheften lassen. Sie rekurrieren dabei auf den ursprünglichen semantischen Wert des Wortes und streben danach, ihrer Volksnähe auf diese Weise Ausdruck zu verleihen. „Ich halte Populist nicht für ein Schimpfwort“ ließ der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer in einem Interview wissen.⁴⁴⁹ Im weiteren Verlauf dieses Gesprächs finden sich eine Reihe von Einlassungen, die eine Einsicht in vermeintlich einhellige Volksmeinungen dokumentieren sowie eine stärkere Rückbindung wichtiger und weit reichender politischer Entscheidungen an die Bevölkerung fordern. Zweifellos kann hier ein Politikerpopulismus konstatiert werden. Doch bewegen sich die programmatischen Aussagen in diesem Fall kaum bestreitbar auf verfassungsstaatlichen Boden. Wenn Horst Seehofer ankündigt, dass ein im Grundgesetz der Bundesrepublik nicht vorgesehenes Referendum in Bezug auf europäische Fragen „kommen“ werde, dann darf ihm unterstellt werden, dass er diesem Referendum eine ordnungsgemäße Änderung des Grundgesetzes vorangehen lassen möchte. Möglicherweise handelt es sich bei einer solchen Äußerung aber auch lediglich um wahlkampfaktische Aussagen mit der Absicht, Wähler zu gewinnen. Auch für den Fall, dass der CSU-Vorsitzende selbst die Chancen auf die Erreichung einer Zweidrittel-Mehrheit im deutschen Bundestag für diese Grundgesetzänderung gering einschätzen sollte, erscheint seine Ankündigung als zwar trügerische aber noch systemkonforme Wahlwerbung.

Anders verhält es sich, wenn Funktionäre von Parteien beispielsweise zu sozialen Unruhen und damit zu illegalen Formen politischer Partizipation aufrufen. Wer soziale Unruhen als „notwendig und wünschenswert“ erklärt, um „mittels sozialer Proteste eine Regierung zu stürzen, Neuwahlen zu erzwingen und neue gesellschaftliche Hoffnung zu erzeugen,⁴⁵⁰“ erweckt nicht eben den Eindruck, sich ausschließlich auf den (Rechts-)Wegen des demokratischen Verfassungsstaates bewegen zu wollen.

Die wirklichen Beweggründe und Absichten derer, die populistische Aussagen tätigen, bleiben in jedem Fall im Verborgenen, so dass die Beurteilung dieser Einlassungen naturgemäß schwer fallen muss. Häufiger als offene Angriffe auf die Prinzipien und Grundlagen des demokratischen Verfassungsstaates sind implizite Infragestellungen derselben. Sie lassen sich zwar aus Aussagen und Programmen ableiten, sind aber

⁴⁴⁹ FAZ 13.05.2009, S. 5.

⁴⁵⁰ Pressemitteilung der Partei DIE LINKE in NRW anlässlich der grassierenden Finanzmarktkrise; FAZ 28.04.2009, S. 4.

ebenso gut kaschierbar. Aus diesem Grund fiel es auch in den beiden Fallbeispielen schwer, definitive Aussagen zu den Haltungen der Protagonisten der populistischen Bewegungen in Österreich bzw. den Niederlanden bezüglich Rechtsstaatlichkeit, Toleranz, Minderheitenschutz, etc. zu treffen. Offensichtlich bedarf es eines genauen Hinsehens, um systemkonformen vom fundamentaloppositionellen Populismus zu scheiden – zumal beides sowohl von den aggressiven Infragestellern des Establishments als auch von etablierten Politikern zum Einsatz gebracht wird.

Gefahr und Chance

Die Frage, ob Populismus eine Gefahr oder eine Chance für die moderne rechtstaatliche Demokratie in ihrer Ausprägung als demokratischer Verfassungsstaat darstellt, ist nicht eindeutig zu beantworten. Populismus birgt beide Potentiale. Dabei tritt, wie die Aufregtheit in der öffentlichen Wahrnehmung im Rahmen der Auseinandersetzungen um populistisches – oder auch pseudopopulistisches – Gebaren belegt, das Gefahrenpotential augenscheinlicher zutage als die dem Populismus ebenfalls innewohnenden Chancenpotentiale. Wie aufgezeigt, bedeuten populistische Tendenzen in der politischen Auseinandersetzung einen zumeist impliziten, mitunter auch expliziten Angriff auf die Grundlagen des demokratischen Verfassungsstaates. Repräsentation lässt die Demokratie erst funktionieren, und Verfassungsstaatlichkeit garantiert ihr Überleben. Doch diese beiden Prinzipien demokratisch legitimierter Repräsentativdemokratien stellen Populisten oftmals in Frage.

Der Populist stellt seinen, als Ausdruck von Volkssouveränität interpretierten, möglichst unmittelbaren Herrschaftsausübungsanspruch über jedes Institut, sei es das Parlament oder ein Verfassungsdokument. Der Volkstribun ersetzt, wenn ihm kein Einhalt geboten wird, unter Berufung auf tatsächlich vorhandene oder interpretierte bzw. konstruierte Positionen einer bestenfalls angenommenen Volksgemeinschaft rechtstaatlich normierte Verfahrensweisen durch persönliche Order.

An dieser Stelle soll nicht dem schon in der Antike formulierten und bis heute unzählige Male wiederholten Argument von der Wankelmütigkeit des Pöbels das Wort geredet werden, um die Gefahren direkter Volksherrschaft in der Form einer identitären oder zumindest plebiszitären Demokratie aufzuzeigen. Wohl aber sei betont, dass ein Infragestellen des Rechtsstaatsprinzips eine Gefährdung der Funktionstüchtigkeit des Systems

bedeutet, auf dem das komplexe und nicht spannungsfreie Konstrukt einer liberalen Demokratie basiert. Das Ringen um Posten und Positionen im Institutionengefüge fußt, ebenso wie die Institutionen selbst, auf jener Rechtsgrundlage, die durch jede Forderung nach absoluter, d. h. unbefristeter, unbeschränkter bzw. ungeteilter Machtausübung im Regierungshandeln unter Berufung auf den Volkswillen unterminiert wird.

Dennoch liegt im Populismus auch ein nicht zu vernachlässigendes Chancenpotential für solche politischen Systeme, die man als etablierte oder auch arrivierte Demokratien bezeichnen kann. Nicht nur kann populistisches Gebaren bei intelligenter Auswahl der Versatzstücke den Bewerbern um die Wählergunst entscheidende Vorteile verschaffen und damit die Konkurrenz beleben. Viel wichtiger aus Sicht der Gesamtheit eines Staatsvolkes stellt sich in Bezug auf die Gemeinwohlorientierung die Möglichkeit der Einleitung fälliger Innovationen durch enttabuisierende und verkrustete Strukturen aufbrechende populistische Bewegungen dar. Allerdings ist die Agenda-Setting-Funktion des Populismus, wie aufgezeigt, ambivalent einzustufen. Tabus können zu Recht bestehen, und bestimmte, schützenswerte Bereiche sollen und müssen auch in einer freiheitlichen Gesellschaft unstrittig sein. Auch wenn sich die Ausgestaltung und Abwägung im Laufe der Zeit verändern können, so sind fundamentale Grundregeln, wie das Einhalten von rechtlichen Normen und das legitime Zustandekommen derselben, von so zentraler Bedeutung, dass von ihnen nicht abgesehen werden kann. In seiner Funktion als Indikator für Schieflagen in der politischen Praxis bzw. mangelhafter Ausgestaltung der Beziehung zwischen Masse und politischer Elite kommt dem Populismus im demokratischen Verfassungsstaat eine wichtige Warnfunktion zu. Sein Aufkeimen mahnt die Vertreter des Volkes, sich auf die grundlegenden Konzepte von Demokratie als Herrschaft des Volkes mit dem Postulat der Gemeinwohlorientierung zu besinnen.

Die oben erwähnten fundamentalen Regeln einer Gesellschaft müssen, um auf möglichst breite Akzeptanz zu stoßen, annähernd jedem Mitglied einleuchten. Gefragt sind in diesem Zusammenhang die individuelle politische Bildung, das persönliche politische Interesse und in der täglichen Praxis die politische Kultur einer Gemeinschaft. Entscheidende Indikatorfragen hierbei lauten unter anderen: Wie gut funktioniert das Zusammenspiel der Akteure politischer Auseinandersetzung? Wie ist es um die Kompetenzabsteckung der einzelnen Akteure und deren gegenseitige Akzeptanz und Achtung bestellt? Wie fest verankert sind die Spielregeln? Gerade diese letzte Frage lenkt den Fokus auf das Individuum, den einzelnen Bürger in seiner Eigenschaft als *citoyen*. Der Grad der

Wehrhaftigkeit einer rechtsstaatlichen und repräsentativen Demokratie gegen die ihr selbst innewohnenden Tendenzen zur Selbstauflösung hängt zu einem Gutteil vom Grad der Systemkenntnis und Systembefürwortung der vielen Einzelnen ab. Die Chance auf Befolgung von liberal-demokratischen Spielregeln und die Bewahrung von Freiheitsrechten steht und fällt sowohl mit den Überzeugungen derjenigen Personen, welche die Posten im Räderwerk staatlicher Organisation besetzen, als auch derjenigen, welche sie in ihre Ämter wählen.

Ob also Populismus, gleich ob als Politikerpopulismus, populistische Demokratie, reaktionärer bzw. reaktionaler Populismus, den Bestand einer freiheitlichen Grundordnung gefährdet oder im Gegenteil sichert, hängt letztlich von der diffusen Systemakzeptanz ab; der Verankerung von freiheitlich-rechtsstaatlichen und demokratischen Prinzipien in der Gesamtzahl der in der Gemeinschaft organisierten Individuen. Spielregeln und auch Werte sind zwar einem Wandel unterworfen, die allgemeine Akzeptanz von Spielregeln und die Achtung von Werten gehören jedoch zum nichtverhandelbaren Grundkonsens einer Gesellschaft.

Bei der Verbreitung des Wissens über die grundlegenden Werte und systemischen Funktionsweisen bzw. das institutionelle Gefüge eines Gemeinwesens kommt, wie dargestellt, der politischen Bildung eine wichtige Aufgabe zu. Unter Berücksichtigung des Freiheitsanspruches der Bürger gilt es, diese in die Lage zu versetzen, die Tragweite politischer Forderungen und Konzeptionen auf der Basis fundierter Urteile zu analysieren. So werden Bürger in die Lage versetzt, den demokratischen Verfassungsstaat potentiell gefährdende Tendenzen zu erkennen. Politisch gebildete Bürger sind auch in der Lage, gegebenenfalls die Scheinheiligkeit von Populismus-Anklagen zu durchschauen, wo diese lediglich der Abwehr unliebsamer Konkurrenz dienen.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Populismen-Typologie nach Margaret Canovan	55
Abbildung 2: Schema des politischen Systems Österreichs	69
Abbildung 3: Zusammensetzungen des Nationalrats der Zweiten Österreichischen Republik	75
Abbildung 4: Entwicklung des Stimmanteils der FPÖ und ihrer Abspaltungen bei den Nationalratswahlen zwischen 1983 und 2008	83
Abbildung 5: Schema des politischen Systems der Niederlande	112
Abbildung 6: Zusammensetzungen der Zweiten Kammer in den Niederlanden ...	114
Abbildung 7: Stimmanteilsentwicklungen ausgewählter Parteien bei den niederländischen Wahlen zur Zweiten Kammer	141
Abbildung 8: Niederländische Regierungskoalitionen von 1994 bis 2006.....	142

Abkürzungsverzeichnis

a.a.O.	am angegebenen Ort
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
ARP	<i>Anti-Revolutionaire Partij</i> / Anti-revolutionäre Partei
Bd.	Band
BZÖ	Bündnis Zukunft Österreich
bzw.	beziehungsweise
CDA	<i>Christen Democratisch Appèl</i> /Christlich-Demokratischer Appell
CHU	<i>Christelijke Historische Unie</i> /Christlich-historische Union
CPN	<i>Communistische Partij van Nederland</i> /Kommunistische Partei der Niederlande
CU	<i>Christen Unie</i> /Christenunion
d. h.	das heißt
D'66	<i>Democraten 66</i> / Demokraten 66
Ders.	Derselbe
DS'70	<i>Democratisch Socialisten '70</i> / Demokratische Sozialisten '70
ebd.	ebenda
ERP	<i>European Recovery Program</i>
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EVP	<i>Evangelische Volkspartij</i> /Evangelische Volkspartei
f	unmittelbar folgende Seite
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
Hrsg.	Herausgeber
IP	Internationale Politik
KStA	Kölner Stadtanzeiger
KPÖ	Kommunistische Partei Österreichs
KVP	<i>Katholieke Volkspartij</i> /Katholische Volkspartei
LIF	Liberales Forum
LN	<i>Leefbaar Nederland</i> /Lebenswerte Niederlande
LPF	<i>Lijst Pim Fortuyn</i> /Liste Pim Fortuyn
NRW	Nordrhein-Westfalen
NS	Nationalsozialistisch/Nationalsozialisten
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

o. O.	ohne Ort
ÖVP	Österreichische Volkspartei
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PPR	<i>Politieke Partij Radikalen</i> /Radikale Politische Partei
PSP	<i>Pacifistisch Socialistische Partij</i> /Pazifistisch-sozialistische Partei
PvdA	<i>Partij van de Arbeid</i> /Partei der Arbeit
PVV	<i>Partij voor de Vrijheid</i> /Partei für die Freiheit
s. o.	siehe oben
S.	Seite/Seiten
SGP	<i>Staatkundig Gereformeerde Partij</i> /Politisch reformierte Partei
SP	<i>Socialistische Partij</i> /Sozialistische Partei
SPÖ	Sozialdemokratische (Arbeiter)Partei Österreichs
SZ	Süddeutsche Zeitung
ToN	<i>Trots op Nederland</i> /Stolz auf die Niederlande
Ts.	Taunus
u.	und
u. a.	unter anderem/n bzw. und andere
UN	<i>United Nations</i>
US	United States
v. a.	vor allem
VdU	Verband der Unabhängigen
vgl.	vergleiche
Vol.	<i>Volume</i>
VVD	<i>Volkspartij voor Vrijheid en Democratie</i> /Volkspartei für Frieden und Demokratie
WdU	Wahlpartei der Unabhängigen

Literaturverzeichnis

A

Abromeit, Heidrun: Wozu braucht man Demokratie? Die postnationale Herausforderung der Demokratietheorie, Opladen 2002.

Adam, Konrad: Die Ohnmacht der Macht, Berlin 1994.

Akkerman, Tjitske: Populism and Democracy: Challenge or Pathology?, in: Acta Politica 2003, 38, S. 147-159.

Anderson, Christopher J.: Blaming the Government. Citizens and the Economy in five European Democracies, New York 1995.

Anderson, Christopher J.: Economics, Politics, and Foreigners: Populist Party Support in Denmark and Norway, in: Electoral Studies, Bd. 15/1996, S.497-511.

Andeweg, Rudy B. u. Irwin, Galen A.: Governance and Politics of the Netherlands. 2nd Edition fully revised and updated, New York u. a. 2005.

Andeweg, Rudy B. u. Irwin, Galen A.: Governance and Politics of the Netherlands, Houndmills u.a. 2002.

Andeweg, Rudy B.: De formatie van de paarse coalitie. Democratisch en politicologisch gehalte van een kabinetsformatie, in: Jaarboek 1994 DNPP, Groningen 1995, S. 149-171.

Andeweg, Rudy B. u. Irwin, Galen A.: Dutch Government and Politics, Basingstoke u.a. 1993.

Angenendt, Steffen: Einwanderung und Rechtspopulismus. Eine Analyse im europäischen Vergleich, in: IP 4/2003, S.3-12.

Akkerman, Tjitske: Populism and Democracy: Challenge or Pathology?, in: Acta Politica 2003, 38, S. 147-159.

Arditi, Benjamin: Populism as an Internal Periphery of Democratic Politics, in: Francisco Panizza (Hrsg.): Populism and the Mirror of Democracy, London/New York 2005, S. 72-98.

Arnim, Hans Herbert von: Der Staat als Beute, München 1993.

Assheuer, Thomas u. Perger, Werner A. (Hrsg.): Was wird aus der Demokratie?, Opladen 2000.

Assheuer, Thomas u. Sarkowicz, Hans: Rechtsradikale in Deutschland: Die alte und die neue Rechte, München 1992.

B

Backes, Uwe u. Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus und Demokratie (E&D). 20. Jg. Baden-Baden 2008.

Backes, Uwe u. Jesse, Eckhard (Hrsg.): Gefährdungen der Freiheit. Extremistische Ideologien im Vergleich, Göttingen 2006.

Backes, Uwe (Hrsg.): Rechtsextreme Ideologien in Geschichte und Gegenwart, Köln 2003.

Backes, Uwe u. Jesse, Eckhard: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, 3 Bde, Köln 1989.

Backes, Uwe: Extremismus und Populismus von rechts. Ein Vergleich auf europäischer Ebene, in: APuZ, B46-47/1990, S.3-14.

Backes, Uwe: Nationalpopulistische Protestparteien in Europa. Vergleichende Betrachtungen zur phänomenologischen und demokratietheoretischen Einordnung, in: Österreichische Zeitung für Politikwissenschaft 20/1991, S.7-17.

Backes, Uwe: Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen 1989.

Backes, Uwe: Schutz des Staates. Von der Autokratie zur streitbaren Demokratie, Opladen 1991.

Bailer-Galanda, Brigitte u. Neugebauer, Wolfgang: Haider und die Freiheitlichen in Österreich, Berlin 1997.

Bailer-Galanda, Brigitte: Haider wörtlich. Führer in die Dritte Republik, Wien 1995.

Ballestrem, Karl Graf: Liberalismus und Demokratie, in: Ders. u. Ottmann, Henning (Hrsg.): Theorie und Praxis. FS für Nikolaus Lobkowitz, Berlin 1996.

Barlucchi, M. Chiara u. Dreier, Volker: Der Schlaf der Politik gebiert Ungeheuer: Zu den Sezessionsbestrebungen der Lega Nord, ihren Ursachen und möglichen Erfolgsaussichten, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 8/1998 Nr.2, S.569-596.

Baus, Ralf (Hrsg.): Zur Zukunft der Volksparteien. Das Parteiensystem unter den Bedingungen zunehmender Fragmentierung, Sankt Augustin/Berlin 2009.

Becker, Michael u.a. (Hrsg.): Rechtsstaat und Demokratie. Theoretische und empirische Studien zum Recht in der Demokratie, Wiesbaden 2001.

Benedikt, Heinrich (Hrsg.): Geschichte der Republik Österreich, Wien 1954; Nachdruck München 1977.

Benoist, Alain de : Aus rechter Sicht. Eine kritische Anthologie zeitgenössischer Ideen, 2 Bde., Tübingen 1983 bzw. 1984.

Berchtold, Klaus (Hrsg.): Österreichische Parteiprogramme 1868-1966, München 1967.

Berelson, Lazarsfeld, Mc Phee: Voting, Chicago 1954.

Bergsdorf, Harald: Rhetorik des Populismus am Beispiel rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien wie der "Republikaner" der FPÖ und des "Front National", in: ZParl 31/2000 Nr. 3, S.620-626.

Betz, Hans-Georg: Lega Nord – ein Paradigma für Westdeutschland, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 40/1993, S.123-128.

Betz, Hans-Georg: Radical right-wing populism in Western Europe, New York 1994.

Betz, Hans-Georg: Radikal rechtspopulistische Parteien in Westeuropa, in: APuZ, B44/1991, S.3-14.

Betz, Hans-Georg: Rechtspopulismus: Ein internationaler Trend?, in: APuZ B9-10/1998, S.3-12.

Betz, Hans-Georg: The New Politics of the Right. Neo-Populist Parties and Movements in Established Democracies, Basingstoke u.a. 1998.

Beyme, Klaus von u. Offe, Claus (Hrsg.): Politische Theorien in der Ära der Transformation, PVS Sonderheft 26, Opladen 1996.

Birnbaum, Norman: Populismus, Reaganismus und die amerikanische Demokratie, in: Dubiel 1986, S.106-132.

Bischoff, Joachim u.a.: Moderner Rechtspopulismus. Ursachen, Wirkungen, Gegenstrategien, Hamburg 2004.

Bobbio, Norberto: Die Zukunft der Demokratie, Berlin 1988.

Bobbio, Norberto: Vom Alter – De senectute, Berlin 1997.

Boyte, Harry C.: The new populism. The politics of empowerment, Philadelphia 1986.

Breit, Gotthard u. Schiele, Siegfried (Hrsg.): Demokratie braucht politische Bildung, Schwalbach/Ts. 2004.

Breit, Gotthard u. Schiele, Siegfried (Hrsg.): Demokratie-lernen als Aufgabe der politischen Bildung, Schwalbach/Ts. 2002.

Breit, Gotthard u. Schiele, Siegfried (Hrsg.): Handlungsorientierung im Politikunterricht, Schwalbach/Ts. 1998.

Breitling, Rupert: Populismus, in: Pelinka 1987, S.26-34.

Broughton, David u. Donovan, Mark (Hrsg.): Changing Party Systems in Western Europe, London/New York 1999.

Brumlik, Micha: Geistesaristokraten und Einpunktegalitaristen – Ein anti-populistisches Pamphlet, in: Dubiel 1986, S.248-277.

Brug, Wouter van der: How the LPF Fuelled Discontent: Empirical tests of explanations of LPF support, in: Acta Politica 2003, 38, S. 89-106.

Brunner, Otto u.a. (Hrsg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 3, Stuttgart 1995.

Butterwegge, Christoph u. Hentges, Gudrun (Hrsg.): Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz, Opladen 2008.

C

Camus, Jean-Yves: Strömungen der europäischen extremen Rechten – Populisten, Integristen, Nationalrevolutionäre, Neue Rechte, in: Backes 2003, S. 235-260.

Canovan, Margaret: G.K. Chesterton. Radical Populist, New York 1977.

Canovan, Margaret: Populism, New York/London, 1981.

Canovan, Margaret: Trust the People! Populism and the Two Faces of Democracy, in: Political Studies 47 (1) 1999, S. 2-16.

Canovan, Margaret: Taking Politics to the People: Populism as the Ideology of Democracy, in: Mény/Surel 2002, S. 25-44.

Canovan, Margaret: Populism for political theorists? In: Journal of Political Ideologies, Vol. 9, No. 3/2004, S. 241-252.

Connif, Michael L. (Hrsg.): Populism in Latin America, Tuscaloosa u. London 1999.

Crepaz, Markus M.L. u.a. (Hrsg.): Democracy and Institutions. The life work of Arend Lijphart, Ann Arbor 2000.

Czernin, Hubertus (Hrsg.): Wofür ich mich meinetwegen entschuldige. Haider beim Wort genommen, Wien 2000.

Czernin, Hubertus: Der Haider-Macher. Franz Vranitzky und das Ende der alten Republik, Wien 1997.

D

Daalder, Hans und Irwin, Galen A. (Hrsg.): Politics in the Netherlands. How much change?, London u.a. 1989.

Daalder, Hans und Mair, Peter (Hrsg.): Western European Party Systems. Continuity & Change, Beverly Hills, Calif. 1983.

Daalder, Hans: Politiek en Historie, Amsterdam 1990.

Daalder, Hans: The Dutch Party System: From Segmentation to Polarization – And Then?, in: Daalder 1987, S. 193-284.

Dachs, Herbert u.a. (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik, Wien 1997.

Dalton, Russel J.: Citizen Politics: Public Opinion and Political Parties in Advanced Industrial Democracies, Chatham 1996.

Decker, Frank: Der neue Rechtspopulismus, Opladen 2004.

Decker, Frank: Insel der Seligen? Warum deutsche Rechtspopulisten oft scheitern, in: IP 4/2003 S. 13-22.

Decker, Frank: Parteien unter Druck. Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien, Opladen 2000.

Decker, Frank: Perspektiven des Rechtspopulismus in Deutschland am Beispiel der „Schill-Partei“, in: APuZ B21/2002, S. 22-31.

Decker, Frank (Hrsg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?, Wiesbaden 2006.

Detjen, Joachim: Politische Bildung. Geschichte und Gegenwart in Deutschland, München 2007.

Detjen, Joachim: Von der Notwendigkeit kognitiver Anstrengungen beim Demokratielernen, in: Himmelmann/Lange 2005, S. 286-298.

Detjen, Joachim: Der demokratiekompetente Bürger – Politikwissenschaftliche Anmerkungen zu einer normativen Leitvorstellung Politischer Bildung, Wolnzach 1999.

Detterberg, Klaus: Der Wandel politischer Parteien in Westeuropa, Opladen 2002.

Dierse, Ulrich: Ideologie, in: Brunner/Conze/Koselleck 1995, S. 131-169.

DíTella, Torcuato: Populism and Reform in Latin America, in: Veliz 1965 S. 47-74.

Dix, Robert H.: Populism: Authoritarian and Democratic, in: Latin American Research Review Vol. XX Nr.2/1985, S. 29-52.

Dix, Robert H.: The developmental Significance of the Rise of Populism in Colombia, Houston 1975.

Dubiel, Helmut (Hrsg.): Populismus und Aufklärung, Frankfurt a. M. 1986.

E

Easton, David: A systems analysis of political life, New York 1965.

Ebbinghausen, Rolf: Die Krise der Parteiendemokratie und die Parteiensoziologie, Berlin 1969.

Eckardt, Frank: Pim Fortuyn und die Niederlande. Populismus als Reaktion auf die Globalisierung, Marburg 2003.

Eisel, Stephan: Minimalkonsens und freiheitliche Demokratie, Paderborn 1986.

Eismann, Wolfgang (Hrsg.): Rechtspopulismus. Österreichische Krankheit oder europäische Normalität?, Wien 2002.

Ernst, Werner W.: Zu einer Theorie des Populismus, in: Pelinka 1987, S. 10-25.

Enzmann, Birgit: Der demokratische Verfassungsstaat. Zwischen Legitimationskonflikt und Deutungsoffenheit, Wiesbaden 2009.

F

Faber, Richard u. Unger, Frank (Hrsg.): Populismus in Geschichte und Gegenwart, Würzburg 2008.

Falkenberg, Susanne: Populismus und populistischer Moment im Vergleich zwischen Frankreich, Italien und Österreich, Diss. O.O. 1997.

Falter, Jürgen W.: Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland, München 1994.

Fikentscher, Wolfgang: Demokratie. Eine Einführung, München 1993.

Firtzsche, Peter: Rehearsals for Fascism: Populism and Political Mobilization in Weimar Germany, New York/Oxford 1990.

Flecker, Jörg: Die populistische Lücke: Umbrüche in der Arbeitswelt und ihre populistische Verarbeitung, FORBA-Schriftenreihe 1/2004; erscheint in: Butterwegge, Christoph u.a. (Hrsg.): Arbeitswelt und Rechtspopulismus – Sozioökonomischer Wandel, individuelle Reaktionen und die Hinwendung zur extremen Rechten, Opladen o.Jahr.

Forndran, Erhard: Demokratie und demokratischer Staat in der Krise? Eine Frage an Theorie und Praxis zu ihren Handlungsmöglichkeiten und Handlungsgrenzen, Baden-Baden 2002.

Fortuyn, Pim: Autobiografie van een babyboomer, aangevuld met herinneringen van Marten Fortuyn, vrienden en geestverwanten, 2. Aufl. Rotterdam 2002.

Fortuyn, Pim: De puinhopen van acht jaar Paars. Een genadeloze analyse van de collectieve sector en aanbevelingen voor een krachtig herstelprogramma, Rotterdam 2002.

Fortuyn, Pim: Droomkabinet. Hoe Nederland geregeerd moet worden, Amsterdam 2001.

Fortuyn, Pim: De derde revolutie! Hoe de informatietechnologie alles op zijn kop zet, Utrecht 1999.

Fortuyn, Pim: Babyboomers. Autobiografie van een generatie, Rotterdam 1998.

Fortuyn, Pim: 50 jaar Israel. Hoe lang nog? Tegen het tolereren van fundamentalisme, Utrecht 1998.

Fortuyn, Pim: Zielloss Europa. Tegen een Europa van technocraten, bureaucratie, subsidies en onvermijdelijke fraude, Utrecht 1997.

Fortuyn, Pim: Tegen de islamisering van onze cultuur. Nederlandse identiteit als fundament, Utrecht 1997.

Fortuyn, Pim: Stakingsrecht in Nederland. Theorie en Praktijk 1872-1986, Weesp 1985.

Fortuyn, Pim (Hrsg.): De Nederlandse verzorgingsstaat. Terugblik en vooruitzien, Deventer 1983.

Fortuyn, Pim: Sociaal-economische politiek in Nederland 1945-1949, Alphen aan den Rijn 1981.

Fraenkel, Ernst: Deutschland und die westlichen Demokratien, Frankfurt a. M. 7.Aufl. 1979.

Frölich-Steffen, Susanne u. Rensmann, Lars (Hrsg.): Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa, Wien 2005.

Fukuyama, Francis: Das Ende der Geschichte: Wo stehen wir? München 1992.

G

Gabriel, Oscar W. u.a. (Hrsg.) : Parteiendemokratie in Deutschland, 2. Aufl. Opladen 2002.

Geden, Oliver: Diskursstrategien im Rechtspopulismus. Freiheitliche Partei Österreichs und Schweizerische Volkspartei zwischen Opposition und Regierungsbeteiligung, Wiesbaden 2006.

Geierhos, Wolfgang: Vera Zasulič und die russische revolutionäre Bewegung, München/Wien 1977.

Gerlach I. u. Nitschke, P.: Metamorphosen des Leviathan? Staatsaufgaben im Umbruch, Opladen 2000.

Gerlich, Peter: Consociationalism to Competition: The Austrian Party System since 1945, in: Daalder 1987, S. 61-106.

Germani, Gino u.a.: Populismo y contradicciones de clase en Latinoamérica, México 1977.

Gessenharter, Wolfgang: Kippt die Republik? Die Neue Rechte und ihre Unterstützung durch Politik und Medien, München 1994.

Giddens, Anthony: Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie, Frankfurt a. M. 1997.

Glaab, Manuela: *Impulse für eine neue Parteiendemokratie. Analysen zu Krise und Reform*, München 2003.

Glaab, Manuela: *Tabubruch als Tugend. Rechtspopulismus in Europa*, in: IP 4/2003, S. 55-56.

Glötz, Peter: *Die deutsche Rechte. Eine Streitschrift*, Stuttgart 1989.

Goodwyn, Lawrence: *Democratic Promise. The Populist Moment in America*, New York 1976.

Goodwyn, Lawrence: *The Populist Moment. A short History of the Agrarian Revolt in America*, Oxford/London/New York 1978.

Greß, Franz u.a.: *Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa. Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien*, Opladen 1990.

Guggenberger, Bernd: *Bürgerinitiativen in der Parteiendemokratie*, Stuttgart u.a. 1980.

H

Habermas, Jürgen: *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*, Frankfurt a. M. 1973.

Hahn, Steven: *The roots of southern populism*, New York 1983.

Haider, Jörg: *Zu Gast bei Saddam. Im „Reich des Bösen“*, Wien 2003.

Haider, Jörg: *Befreite Zukunft jenseits von links und rechts. Menschliche Alternativen für eine Brücke ins neue Jahrtausend*, Wien 1997.

Haider, Jörg: *Die Freiheit, die ich meine*, Frankfurt a. M./Berlin 1994.

Haider, Jörg: *Antrittsrede des neugewählten Bundesparteiobmannes Dr. Jörg Haider auf dem Ordentlichen Bundesparteitag am 14. September 1986 in Innsbruck*, Wien 1986.

Hainsworth, Paul (Hrsg.): *The Politics of the Extreme Right. From the margins to the mainstream*, London u.a. 2000.

Hamilton, Alexander, Madison, James u. Jay, John: *Die Federalist Papers*, hrsg. von Barbara Zehnpfennig, Darmstadt 1993.

Hartleb, Florian: *Rechts- und Linkspopulismus im westeuropäischen Vergleich – Zur strukturellen und inhaltlichen Bestimmung eines eigenständigen Parteientypus*, in: Uwe Backes u. Eckhard Jesse (Hrsg.): *Gefährdungen der Freiheit*, Göttingen 2006, S. 105-145.

Hartleb, Florian: *Rechts- und Linkspopulismus. Eine Fallstudie anhand von Schill-Partei und PDS*, Wiesbaden 2004.

Hartmann, Jürgen: *Niederlande*, in: Raschke, Joachim (Hrsg.): *Die politischen Parteien in Westeuropa. Geschichte – Programm – Praxis. Ein Handbuch*, Hamburg 1978, S. 373-396.

Hauch, Gabriella u.a. (Hrsg.): *Populismus. Ideologie und Praxis in Frankreich und Österreich*, Innsbruck u.a. 2002.

Hayward, Jack (Hrsg.): *Elitism, Populism and European Politics*, Oxford 1996.

Hermet, Guy : *Les populismes dans le monde*, Paris 2001.

- Hermet, Guy: La passage à la démocratie, Paris 1996.
- Hertel, Gerhard: Populisten auf dem Vormarsch? Analyse der Wahlsieger in Österreich und der Schweiz, München 2000.
- Hesk, Jon : Deception and Democracy in Classical Athens, Cambridge 2000.
- Himmelman, Gerhard u. Lange, Dirk (Hrsg.): Demokratiekompetenz. Beiträge aus Politikwissenschaft, Pädagogik und politischer Bildung, Wiesbaden 2005.
- Himmelman, Gerhard: Demokratie Lernen als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform, Schwalbach/Ts. 2001.
- Hirschner, Gerhard (Hrsg.): Parteiendemokratie zwischen Kontinuität und Wandel, München 1995.
- Hofer, Marc: Tyrannen – Aristokraten – Demokraten. Untersuchungen zu Staat und Herrschaft im griechischen Sizilien, Bern 2000.
- Höffe, Otfried: Wirtschaftsbürger – Staatsbürger – Weltbürger. Politische Ethik im Zeitalter der Globalisierung, München 2004.
- Hofinger, Christoph, Ogris, Günther u. Thalhammer, Eva: Der Jahrhundertstrom: Wahlkampfverlauf, Wahlmotive und Wahlströme im Kontext der Nationalratswahl 2002, in: Fritz Plasser u. Peter A. Ulram (Hrsg.): Wahlverhalten in Bewegung. Analysen zur Nationalratswahl 2002, Wien 2003, S. 159-190.
- Hofmann, Anna u. von Thadden, Rudolf (Hrsg.): Populismus in Europa – Krise der Demokratie?, Göttingen 2005.
- Holsteyn, Joop J. M. van u. Irwin, Galen A.: Never a Dull Moment: Pim Fortuyn and the Dutch Parliamentary Election of 2002, in: West European Politics 2003, 26(2), S. 41-66.
- Holsteyn, Joop J. M. van u.a.: In the Eye of the Beholder: The Perception of List Pim Fortuyn and the Parliamentary Elections of May 2002, in: Acta Politica 2003, 38, S. 69-87.
- Holtmann, Everhard u.a.: Die Droge Populismus. Zur Kritik des politischen Vorurteils, Wiesbaden 2006.
- Hummer, Waldemar u. Pelinka, Anton: Österreich unter „EU-Quarantäne“. Die „Maßnahmen der 14“ gegen die österreichische Bundesregierung aus politikwissenschaftlicher und juristischer Sicht, Wien 2002.

I

- Ignazi, Piero: Extreme Right Parties in Western Europe, Oxford 2003.
- Ionescu, Ghita u. Gellner, Ernest (Hrsg.): Populism. Its Meaning and National Characteristics, London 1969.

J

- Jesse, Eckhard: Die Demokratie der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 8.Aufl. 1997.

Jesse, Eckhard: Politischer Extremismus in Deutschland und Europa, München 1993.

Johnson, Carol: Pauline Hanson and One Nation, in: Betz 1998, S. 211-218.

Jungwirth, Michael: Europas Rechtspopulisten. Haider, Le Pen & Co., Graz 2002.

K

Keman, Hans u. Pennings, Paul: The Dutch Parliamentary Elections in 2002 and 2003: The Rise and Decline of the Fortuyn Movement, in: Acta Politica 2003, 38, S. 51-68.

Keuning, Hendrik J.: Het Nederlandse Volk in zijn Woongebied. Hoofdlijnen van een economische en sociale Geografie van Nederland, Den Haag 1965.

Kiesraad – The Dutch Electoral Council (Hrsg.): Annual Report 2006, The Hague 2007.

Kirfel Martina u. Oswald, Walther (Hrsg.): Die Rückkehr der Führer. Modernisierter Rechtsradikalismus in Westeuropa, Wien/Zürich 1991.

Kitschelt, Herbert: The Radical Right in Western Europe, Ann Arbor 1997.

Klöti, Ulrich u. a. (Hrsg.): Handbuch der Schweizer Politik. Manuel de la politique suisse, 4. vollst. überarb. Aufl. Zürich 2006.

Kornhauser, William: The Politics of Mass Society, London 1972.

Korsten, Josef: Rechtspopulismus und Neokonservatismus in den heutigen USA, Aachen 1985.

Kraushaar, Wolfgang: Die neue Leutseligkeit, in: Dubiel 1986, S. 278-315.

Kriele, Martin: Einführung in die Staatslehre. Die geschichtlichen Legitimitätsgrundlagen des demokratischen Verfassungsstaates, 2. Aufl. Opladen 1981.

L

Laclau, Ernesto: Populism: What's in a Name?, in: Francisco Panizza (Hrsg.): Populism and the Mirror of Democracy, London/New York 2005, S. 32-49.

Laclau, Ernesto und Mouffe, Chantal: Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus, Wien 1991.

Laclau, Ernesto: Politik und Ideologie im Marxismus. Kapitalismus – Faschismus – Populismus, Berlin 1981.

Lademacher, Horst u. a. (Hrsg.): Ablehnung – Duldung – Anerkennung. Toleranz in den Niederlanden und in Deutschland. Ein historischer und aktueller Vergleich, Münster u. a. 2004.

Lampe, Thomas: Der Aufstieg des „Front National“ in Frankreich: Extremismus und Populismus von rechts, Frankfurt a. M. 1992.

Lange, Dirk u. Reinhard, Volker (Hrsg.): Basiswissen Politische Bildung, Bd. 2: Strategien der Politischen Bildung, Hohengehren 2007.

Leggewie, Claus: Rechts gegen Globalisierung, in: IP 4/2003 S. 33-40.

Lehmann-Horn, Knut: Die Kärntner FPÖ 1955 – 1983. Vom Verband der Unabhängigen (VdU) bis zum Aufstieg von Jörg Haider zum Landesparteiobmann, Klagenfurt 1992.

Lepszy, Norbert: Regierung, Parteien und Gewerkschaften in den Niederlanden. Entwicklung und Strukturen, Düsseldorf 1979.

Lijphart, Arend: Patterns of Democracy. Government forms and performance in thirty-six countries, New Haven/London 1999.

Lijphart, Arend: The Politics of Accommodation. Pluralism and Democracy in the Netherlands, 2nd Edition revised, London u. a. 1975.

Lijphart, Arend: The Politics of Accommodation. Pluralism and Democracy in the Netherlands, Berkeley u. a. 1968.

Linder, Wolf: Schweizerische Demokratie. Institutionen, Prozesse, Perspektiven, 2. überarbeitete u. aktualisierte Aufl. Bern u. a. 2005.

Lipset, Seymour Martin: Political man. The social Bases of Politics, Garden City, NY 1960.

Lipset, Seymour Martin: Soziologie der Demokratie, Berlin 1962.

Loch, Dietmar u. Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Schattenseiten der Globalisierung, Frankfurt a. M. 2001.

Loch, Dietmar: Der schnelle Aufstieg des Front National: Rechtsextremismus im Frankreich der 80er Jahre, München 1990.

Lösche, Peter: Politik in USA, Opladen 1977.

Löwenich, Friedhelm: Dem Volk aufs Maul. Überlegungen zum Populismus, in: PVS 30 (1989), S. 22-31.

Lucardie, Paul: Populismus im Parteiensystem in Deutschland und den Niederlanden, in: APuZ 35-36/2007, S. 41-46.

Lucardie, Paul: Das Parteiensystem der Niederlande, in: Niedermayer 2006, S. 331-350.

Lucardie, Paul: Populismus im Polder: Von der Bauernpartei bis zur Liste Pim Fortuyn, in: Nikolaus Werz (Hrsg.) Populismus. Populisten in Übersee und Europa, Opladen 2003, S. 177-194.

Luther, Kurt Richard: Wahlstrategien und Wahlergebnisse des österreichischen Rechtspopulismus, 1986-2006, in: Fritz Plasser u. Peter A. Ulram (Hrsg.): Wechselwahlen. Analysen zur Nationalratswahl 2006, Wien 2007, S. 231-254.

Luther, Kurt Richard und Müller-Rommel, Ferdinand (Hrsg.): Political Parties in the New Europe. Political and Analytical Challenges, Oxford u.a. 2002.

Luther, Kurt Richard und Pulzer, Peter (Hrsg.): Austria 1945-95. Fifty Years of the Second Republic, Aldershot u.a. 1998.

Luther, Kurt Richard: Austria: From Moderate to Polarized Pluralism?, in: Broughton/Donovan 1999, S. 118-142.

Lutz, Helma: Integration und Integrationspolitik in den Niederlanden, in: Meendermann 2003, S.37-51.

M

Magiera, Siegfried u. Sommermann, Peter (Hrsg.): Freiheit, Rechtsstaat und Sozialstaat in Europa, Berlin 2007.

Mair, Peter: Populist Democracy vs. Party Democracy, in: Mény/Surel 2002, S. 81-98.

Meendermann, Karin: Migration und politische Bildung, Münster u.a. 2003.

Mény, Yves und Surel, Yves: The Constitutive Ambiguity of Populism, in: Dieselben (Hrsg.): Democracies and the Populist Challenge, Basingstoke u.a. 2002, S. 1-21.

Mény, Yves und Surel, Yves (Hrsg.): Democracies and the Populist Challenge, Basingstoke u.a. 2002.

Mény, Yves: Government and Politics in Western Europe. Britain, France, Italy, Germany, Oxford 1993.

Merkel Wolfgang u. a. (Hrsg.): Defekte Demokratie. Band 2: Regionalanalysen, Wiesbaden 2006.

Merkel Wolfgang u. a. (Hrsg.): Defekte Demokratie. Band 1: Theorie, Opladen 2003.

Merkel, Wolfgang: Theorien der Transformation: Die demokratische Konsolidierung postautoritärer Gesellschaften, in: Klaus von Beyme u. Claus Offe (Hrsg.): Politische Theorien in der Ära der Transformation, PVS Sonderheft 26, Opladen 1996, S. 30-58.

Miller, Raymond: New Zealand First, in: Betz 1998, S. 203-210.

Minkenbergh, Michael: Die neue radikale Rechte im Vergleich. USA – Frankreich – Deutschland, Opladen/Wiesbaden 1998.

Moeckli, Silvano: Das politische System der Schweiz verstehen, Altstätten 2007.

Morrow, Duncan: Jörg Haider and the new FPÖ: beyond the democratic pale?, in: Hainsworth 2000, S. 33-63.

Mosca, Gaetano: Die herrschende Klasse: Grundlagen der politischen Wissenschaft, München 1950.

Mouffe, Chantal: The 'End of Politics' and the Challenge of Right-wing Populism, in: Francisco Panizza (Hrsg.): Populism and the Mirror of Democracy, London/New York 2005, S. 50-71.

Mudde, Cas und Van Holsteyn, Joop: The Netherlands: explaining the limited success of the extreme right, in: Hainsworth 2000, S. 144-171.

Müller, Albrecht: Von der Parteiendemokratie zur Mediendemokratie, Opladen 1999.

Müller, Friedrich: Demokratie in der Defensive: funktionelle Abnutzung – soziale Exklusion – Globalisierung, Berlin 2001.

Müller, Wolfgang und Strøm, Kaare (Hrsg.): Coalition Governments in Western Europe, Oxford 2003.

N

Napel, Hans-Martien ten: The Netherlands: Resilience Amidst Change, in: Broughton/Donovan 1999, S. 163-182.

Narr, Wolf-Dieter: Der falsche Populismus repräsentativer Demokratie, in: Faber und Unger (Hrsg.): Populismus in Geschichte und Gegenwart, Würzburg 2008, S. 261-277.

Nick, Rainer und Pelinka, Anton: Politische Landeskunde der Republik Österreich, Berlin 1989.

Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Demokratie und Partizipation. FS für Max Kaase, Wiesbaden 2000.

Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Die Parteiensysteme Westeuropas, Wiesbaden 2006.

Nijhuis, Ton: Wahlentwicklung in den Niederlanden. Volksparteien in der Krise, in: Ralf Baus (Hrsg.): Zur Zukunft der Volksparteien. Das Parteiensystem unter den Bedingungen zunehmender Fragmentierung, Sankt Augustin/Berlin 2009, S. 87-99.

Nitsch, Hermann: Zur politischen Lage in Österreich, in: Hans-Henning Scharsach (Hrsg.): Haider. Österreich und die rechte Versuchung, Reinbek bei Hamburg 2000, S. 243-249.

O

Oberreuter, Heinrich (Hrsg.): Ungewissheiten der Macht. Parteien, Wähler, Wahlscheidungen, München 1998.

Oberreuter, Heinrich u. Mintzel, Alf: Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, München 1990.

Obszerninks, Britta: Nachbarn am rechten Rand. Republikaner und Freiheitliche Partei Österreichs im Vergleich, Münster 1999.

Offe, Claus (Hrsg.): Demokratisierung der Demokratie. Diagnosen und Reformvorschläge, Frankfurt a. M./New York 2003.

Offe, Claus: Der Tunnel am Ende des Lichtes. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten, Frankfurt a. M. 1994.

Osterhoff, André: Die Euro-Rechte. Zur Bedeutung des Europäischen Parlaments bei der Vernetzung der extremen Rechten, Münster 1997.

P Q

Panizza, Francisco (Hrsg.): Populism and the Mirror of Democracy, London/New York 2005.

Pareto, Vilfredo: Ausgewählte Schriften, Frankfurt a. M. 1976.

Paridon, Kees van: Wiederaufbau – Krise – Erholung. Die Niederländische Wirtschaft seit 1945, in: Friso Wielenga u. Ilona Taute (Hrsg.): Ländbericht Niederlande. Geschichte – Wirtschaft – Gesellschaft, Bonn 2004, S. 363-422.

Peetz, Peter: Neopopulismus in Lateinamerika: Die Politik von Alberto Fujimori (Peru) und Hugo Chávez (Venezuela) im Vergleich, Hamburg 2001.

Pelinka, Anton, Sickinger, Hubert u. Stögner, Karin (Hrsg.): Kreisky – Haider. Bruchlinien österreichischer Identitäten, Wien 2008.

- Pelinka, Anton u. Rosenberger, Sieglinde: Österreichische Politik. Grundlagen – Strukturen – Trends, Wien 2007.
- Pelinka, Anton: Die FPÖ: Eine rechtspopulistische Regierungspartei zwischen Adaption und Opposition, in: Susanne Frölich-Steffen u. Lars Rensmann (Hrsg.): Populisten an der Macht, Wien 2005, S. 87-104.
- Pelinka, Anton: Vom Glanz und Elend der Parteien. Struktur- und Funktionswandel des österreichischen Parteiensystems, Innsbruck 2005.
- Pelinka, Anton (Hrsg.): Populismus in Österreich, Wien 1987.
- Pelinka, Anton: Österreich, in: Raschke, Joachim (Hrsg.): Die politischen Parteien in Westeuropa. Geschichte – Programm – Praxis. Ein Handbuch, Hamburg 1978, S. 412-432.
- Pfahl-Traughber, Armin: Konservative Revolution und Neue Rechte. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat, Opladen 1998.
- Pfahl-Traughber, Armin: Rechtsextremismus. Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung, Bonn 1995.
- Pfahl-Thraughber, Armin: Volkes Stimme? Rechtspopulismus in Europa, Bonn 1994.
- Pfahl-Traughber, Armin: Rechtspopulistische Parteien in Westeuropa. Das Eindringen in die demokratische Mehrheitskultur, in: Jesse 1993, S. 39-56.
- Pharr, Susan J. U. Putnam, Robert D. (Hrsg.): Disaffected Democracies. What's troubling the trilateral countries?, Princeton/N.J. 2000.
- Pick, Hella: Lueger und Haider oder Die verführerische Kraft des Populismus, in: Hans-Henning Scharsach (Hrsg.): Haider. Österreich und die rechte Versuchung, Reinbek bei Hamburg 2000, S. 270-279.
- Plasser, Fritz u. Ulram, Peter A. (Hrsg.): Wechselwahlen. Analysen zur Nationalratswahl 2006, Wien 2007.
- Plasser, Fritz (Hrsg.): Politische Kommunikation in Österreich. Ein praxisnahes Handbuch, Wien 2004.
- Plasser, Fritz u. Ulram, Peter A. (Hrsg.): Wahlverhalten in Bewegung. Analysen zur Nationalratswahl 2002, Wien 2003.
- Plasser, Fritz u. Ulram, Peter A.: Das österreichische Politikverständnis. Von der Konsens- zur Konfliktkultur?, Wien 2002.
- Plasser, Fritz u.a. (Hrsg.): Das österreichische Wahlverhalten, Wien 2000.
- Plasser, Fritz u.a. (Hrsg.): Wahlen und politische Einstellungen in Deutschland und Österreich, Frankfurt a. M. 1999.
- Plasser, Fritz u.a. (Hrsg.): Wahlkampf und Wählerentscheidungen. Analysen zur Nationalratswahl 1995, Wien 1996.
- Popper, Karl R.: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. Der Zauber Platons, dt. von Paul Feyerabend, Bern 1957.
- Priester, Karin: Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen, Frankfurt a. M. 2007.

Probst, Lothar: Jörg Haider und die FPÖ: Anmerkungen zum Rechtspopulismus in Österreich, in: Hans-Jürgen Puhle (Hrsg.): Populismus. Populisten in Europa und Übersee, Opladen 2003, S. 113-125.

Puhle, Hans-Jürgen: Zwischen Protest und Politikstil: Populismus, Neo-Populismus und Demokratie, in: Nikolaus Werz (Hrsg.): Populismus. Populisten in Europa und Übersee, Opladen 2003, S. 15-43.

Puhle, Hans-Jürgen: Was ist Populismus?, in: Dubiel 1986, S. 12-32.

Putnam, Robert D.: Bowling Alone. The collapse and revival of American community, New York u.a. 2000.

R

Raby, David L.: Populism: A marxist analysis, Montreal 1983.

Raschke, Joachim (Hrsg.): Die politischen Parteien in Westeuropa. Geschichte – Programm – Praxis. Ein Handbuch, Hamburg 1978.

Rauch, Georg von: Zarenreich und Sowjetstaat im Spiegel der Geschichte, Göttingen/Frankfurt/Zürich 1980.

Reese, Knut: Direct Democracy – a Trojan horse, in: Studia Diplomatica 29/1976, S. 585-595.

Rein, Raanan: Peronismo, populismo y politica. Argentina 1943-1955, Buenos Aires 1998.

Ritterbrand, Charles E.: Kärntner Chamäleon. Jörg Haiders Auf- und Abstieg in Österreich, in: IP 4/2003, S. 23-28.

Rohe, Karl: Politik. Begriff und Wirklichkeit, Berlin 1994.

Rose, Richard (Hrsg.): Electoral Participation. A Comparative Analysis, Beverly Hills 1980.

S

Saloutos, Theodore u. Hicks, John D.: Twentieth Century Populism. Agricultural Discontent in the Middle West 1900-1939, Lincoln 1951.

Schain, Martin u.a. (Hrsg.): Shadows over Europe: The Development and Impact of the Extreme Right in Western Europe, New York 2002.

Scharsach, Hans-Henning: Haiders Kampf, Wien 1992.

Scharsach, Hans-Henning: Haiders Clan. Wie Gewalt entsteht, Wien – München – Zürich 1995.

Scharsach, Hans-Henning (Hrsg.): Haider. Österreich und die rechte Versuchung, Reinbek bei Hamburg 2000.

Scharsach, Hanns-Henning u. Kuch, Kurt: Haider. Schatten über Europa, Köln 2000.

Scharsach, Hanns-Henning: Rückwärts nach rechts. Europas Populisten, Wien 2002.

Scheer, Hermann: Parteien kontra Bürger? Die Zukunft der Parteiendemokratie, München/Zürich 1979.

Scherb, Armin: Der Beutelsbacher Konsens, in: Lange, Dirk u. Reinhardt, Volker (Hrsg.): Basiswissen Politische Bildung, Bd. 2: Strategien der Politischen Bildung, Hohengehren 2007, S. 31-38.

Schiele, Siegfried: Handlungsorientierung: Lichtblick oder Nebelschleier? In: Gottward Breit u. Siegfried Schiele (Hrsg.): Handlungsorientierung im Politikunterricht, Schwalbach/Ts. 1998, S. 1-12.

Schmidt, Manfred G.: Demokratietheorien, 3. überarb. Aufl., Opladen 2000.

Scholten, Ilja: Does Consociationalism exist? A critique of the Dutch Experience, in: Rose 1980, S. 329-354.

Schönefelder, Sven: Rechtspopulismus. Teil Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Schwalbach/Ts. 2008.

Schoultz, Lars: The Populist Challenge. Argentine Electoral Behavior in the Postwar Era, Chapel Hill/London 1983.

Schumpeter, Joseph: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, 7. Aufl. Tübingen 1993.

Shils, Edward: The torment of secrecy, Melbourne 1956.

Soloutos, Theodore (Hrsg.): Populism. Reaction or Reform?, New York u.a. 1968.

Stein, Steve: Populism in Peru, Madison, Wisconsin 1980.

Stöss, Richard: Parteikritik und Parteiverdrossenheit, in: APuZ 1990-1, S. 15-24.

T

Taggart, Paul A.: Populism and representative politics in contemporary Europe, in: Journal of Political Ideologies Vol. 9, No. 3/2004, S. 269-288.

Taggart, Paul A.: Populism, Buckingham u.a. 2000.

Taggart, Paul A.: The New Populism and the New Politics. New Protest Parties in Sweden in a Comparative Perspective, Basingstoke u.a. 1996.

Taggart, Paul: New Populist Parties in Western Europe, in: West European Politics, 18, 1 (Januar 1995), S. 34-51.

Trechsel, Andreas: Volksabstimmungen, in: Ulrich Klöti u. a. (Hrsg.): Handbuch der Schweizer Politik, Zürich 2006, S. 103-124, hier. S. 459-487.

Tributsch, Gudmund (Hrsg.) Schlagwort Haider. Ein politisches Lexikon seiner Ansprüche von 1986 bis heute, Wien 1994.

UV

Veen, Hans-Joachim: Die schwindende Berechenbarkeit der Wähler und die Zukunft des deutschen Parteiensystems – Auch eine Analyse der Bundestagswahlen nach der Vereinigung, in: Oberreuter 1998, S. 42-67.

Veliz, Claudio: Obstacles to change in Latin America, London/Oxford/New York 1965.

Vernet, Daniel: Krise der Demokratie. Der Vormarsch des Rechtspopulismus in Frankreich, in: IP 4/2003, S. 29-32.

Visser, Jelle und Hemerijck, Anton: Ein holländisches Wunder? Reform des Sozialstaates und Beschäftigungswachstum in den Niederlanden, Frankfurt a. M./New York 1998.

W

Wandruszka, Adam: Österreichs politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen, in: Benedikt, Heinrich (Hrsg.): Geschichte der Republik Österreich, Wien 1954; Nachdruck München 1977, S. 289-485.

Weizsäcker, Richard von: Im Gespräch mit Gunter Hofmann u. Werner A. Perger, Frankfurt a. M. 1992.

Werz, Nikolaus (Hrsg.): Populismus. Populisten in Übersee und Europa, Opladen 2003.

Wielenga, Friso u. Taute, Ilona (Hrsg.): Ländbericht Niederlande. Geschichte – Wirtschaft – Gesellschaft, Bonn 2004.

Wielenga, Friso: Konsens im Polder? Politik und politische Kultur in den Niederlanden nach 1945, in: Wielenga/Taute 2004, S. 13-129.

Wilsford, David: Studying Democracy and Putting it into Practice: The contributions of Arend Lijphart to democratic theory and to actual democracy, in: Crepaz 2000, S. 1-8.

Winkler, Hans-Joachim: Sicherung der Parteiendemokratie. Parteiverbote und Fünfprozentklausel, Opladen 1966.

Wintle, Michael: Pillarisation, Consociation and Vertical Pluralism in the Netherlands Revisited: A European View, in: West European Politics, Bd.23/3 (Juli 2000), S. 139-152.

Worm, Alfred: Ein Streitgespräch mit Jörg Haider, Wien 2005.

Woodward, Comer Vann: A History of the South: Origins of the New South. 1877-1913, Baton Rouge 1971.

Worsley, Peter: The Third World, London 1973.

Wyrzykowski, Mirosław: Herausforderungen für die demokratische Ordnung – die verfassungsrechtlichen Schranken der “moralischen Revolution”, in: Magiera u. Sommermann (Hrsg.): Freiheit, Rechtsstaat und Sozialstaat in Europa, Berlin 2007, S. 167-174.

XYZ

Ziemke, Thies: Marxismus und Narodnicestvo, Frankfurt a. M. 1980.

Zinell, Adelheid: Moderner Rechtspopulismus in Frankreich. Von Charles de Gaulle bis Jean-Marie Le Pen, Frankfurt a. M. u.a. 1996.

Zöchling, Christa: Haider. Eine Karriere, Wien 1999.

Online-Quellen

- <http://www.bundeskanzlerin.de/Webs/BK/DE/Aktuelles/VideoPodcast/video-podcast.html> (30.04.2009)
- http://www.bzoe.at/index.php?content=bzoe_programm (27.03.2009)
- http://www.elections2009-results.eu/de/austria_de.html (18.06.2009)
- http://www.elections2009-results.eu/de/netherlands_de.html#ancre4 (18.06.2009)
- http://www.fpoe.at/fileadmin/Contentpool/Portal/PDFs/Parteiprogramme/Partei-programm_dt.pdf (27.03.2009)
- <http://www.nzz.ch/2007/03/19/il/newzzEZHAKECR-12.html> (03.08.2009)
- <http://www.leefbaar.nl/> (04.04.2009)
- <http://www.pvda.nl/renderer.do/clearState/true/menuId/200028616/returnPage/200032878/> (17.04.2009)
- <http://www.ris.bka.gv.at/Bundesrecht/> (04.06.2009)

Presse

- Frankfurter Allgemeine Zeitung – FAZ
- Kölner Stadtanzeiger – KStA
- Neue Zürcher Zeitung – NZZ
- Süddeutsche Zeitung – SZ
- Die Welt
- Die Zeit

Erklärung der Eigenständigkeit

Ich versichere, dass die vorliegende Arbeit mit dem Titel

Populismus – Gefahr oder Chance für den demokratischen Verfassungsstaat?

von mir selbstständig und ohne unerlaubte Hilfe verfasst wurde. Außer den angeführten wurden dabei keine weiteren Schriften oder Hilfsmittel verwendet. Die aus den im Literatur- und Quellenverzeichnis angegebenen Werken dem Wortlaut oder dem Sinn nach entnommenen Passagen sind unter Angabe der Entlehnung kenntlich gemacht.

Es wurde nicht die Hilfe von Vermittlungs- und Beratungsdiensten (Promotionsberater oder Promotionsberaterinnen oder andere Personen) in Anspruch genommen.

Frühere Promotionsversuche wurden nicht unternommen. Eine Promotion wurde nicht zu einem früheren Zeitpunkt abgeschlossen. Die Arbeit lag noch nicht anderweitig zu Prüfungszwecken vor.

Eichstätt, im September 2009

Harald Schmidt